

Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung, 9. Jahrgang, Heft 3, April 2006

Castle Hill Publishers



ISSN: 1370-7507

Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung

9. Jahrgang • Heft 3 • April 2006



Rechtsanwältin Sylvia Stolz



Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung

<u>Herausgeber, Verlag und Vertrieb</u>: Castle Hill Publishers,
Box 243, Uckfield, TN22 9AW, Großbritannien
<u>Gegründet</u>: im Sommer1996, Erstausgabe März 1997.

<u>Chefredaktion:</u> Victor Neumann,
<u>Fremdsprachenredaktion:</u> Jürgen Graf,
<u>Lektorat:</u> Patricia Willms.

<u>E-Post:</u> Redaktion & Verlag: chp@vho.org.
<u>Internetz</u>: http://www.vho.org/VffG.
<u>ISSN: 1370-7507.</u>

<u>Bestellungen & Kundenservice:</u> chporder@vho.org

<u>Erscheinungsweise:</u> vierteljährlich, nach Möglichkeit jeweils März, Juni, September, Dezember.
Umfang: 80 Seiten DIN A4.
Jahresbezug:
– Normal-Abo: inkl. Versand: € 60,- (3-Jahres-Abo: € 160-).
–Vorzugs-Abo: Lehrlinge, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Wehr- und Zivildienstleistende oder Rentner mit kleinem Einkommen (Nachweis erforderlich) €45 (3 J.: € 110)
– Förder-Abo: € 100,- (3 Jahre: € 270,-).
– Frei-Abo: Spender mit einem jährlichen Spendenaufkommen > € 60 erhalten VffG für ein Jahr gratis, werden jedoch gebeten, das Abo danach in ein Normal-Abo umzuwandeln.
<u>Einzelverkaufspreis:</u> € 15,-*

<u>Probeheft:</u> Sonderangebot: 1 Aktuelle Ausgabe + 1 Heft nach Wahl aus den Jahrgangen bis 2005 für € 10!
Werbeexemplare: Bei Bedarf können wir Ihnen Werbeexemplare sowie Werbematerial für VffG zukommen lassen. Bitte wenden Sie sich dazu an die Redaktion.
Versand: in Großbritannien und Europa inklusive, für Übersee: Seepost + 30%, Luftpost +40 %.
Zahlungsbedingungen: 60 Tage rein netto.

<u>Zahlungsweise:</u>
– bar: vorzugsweise €, SF, £ oder US$.
– Schecks;
– online per Kreditkarte: www.vho.org/store/pay.html
– Überweisung: Castle Hill Publishers, HSBC Bank, Uckfield, GB, Konto Nr. 11428985, IBAN: GB26MIDL404532 11428985; BIC: MIDL GB 21 60 N
<u>Überweisungen von Europa nach England mit dem EU-Standard-Überweisungsformular sind gebührenfrei!</u>

<u>Kündigung:</u> 3 Monate vor Ablauf des Bezugszeitraumes, ansonsten Verlängerung um ein (bzw. 3) Jahr(e).
<u>Unterstützung:</u> Wenn Sie unsere Arbeit wertvoll finden, so bitten wir Sie herzlich, uns nach Kräften zu unterstützen, sei es durch Abonnements, die Vermittlung neuer Abonnenten, durch Spenden oder durch aktive Mitarbeit. Unter. www.vho.org/support finden Sie Informationen, wie Sie bei unserem Aufklärungsprojekt mithelfen können.
Spenden fließen zu 100% in die Erforschung und Veröffentlichung wichtiger historischer Fragen.

Inhalt

Die Uhr läuft ab

Von Victor Neumann

Sowohl in der jüdisch beherrschten Presse wie in unabhängigen Zeitschriften kann man lesen, daß dem Revisionismus ein großer Schlag versetzt worden sei, weil eine Reihe prominenter Revisionisten jüngst verhaftet wurde und nun in deutschen Gefängnissen sitzt. Die vier prominentesten sind, in der Reihenfolge ihrer Ankunft auf deutschem Boden, Ernst Zündel, Siegfried Verbeke, Germar Rudolf und David Irving.

Der Sinn und Zweck dieser Verhaftungen soll wohl sein, genau die Personen an der Entfaltung ihrer Fähigkeiten zu hindern, die Organisationstalent und Handlungskraft besitzen. Mit der Hoffnung: wenn die vier führenden Revisionisten gleichzeitig aus dem Verkehr gezogen werden, müßte doch der Revisionismus mehr oder weniger lahm gelegt sein.

Aber im Gegenteil, wir können feststellen, daß der Revisionismus nicht lahmgelegt wurde. Die Maßnahmen der Juden sind Nadelstiche, die im wesentlichen nur die Inhaftierten selbst wie auch ihre Familien treffen. So hat Germar Rudolf eine 12-Monate alte Tochter, die um den Vater beraubt wurde und nun von der Mutter alleine aufgezogen werden muß.

Die revisionistischen Internetseiten sind weiterhin online – überhaupt haben die Juden die Schlacht um das Internet eindeutig verloren.

Auch die Zeitschriften werden weiter herauskommen, auch wenn in einer Übergangszeit einige Hindernisse und Verzögerungen aufgetreten sind. Im großen Ganzen wird nach einer Umstellungsperiode alles wieder beim Alten sein – oder?

Eben nicht – allein schon die sogenannten Gerichtsverhandlungen gegen Revisionisten wirken wie ein Reichsparteitag. Menschen, die früher alles mit Distanziertheit betrachtet haben, werden nun aktiv. „Rechts“ und „links“ werden unwesentliche Kategorien, nur eines zählt: Das Verlangen nach Freiheit, nach Rede- und Gedankenfreiheit. Und dieser Prozeß verläuft schneller und schneller.

Wie alles begann

Vor einigen Jahrzehnten, als Thies Christophersen erstmals von seinen Erlebnissen in Auschwitz berichtete, kam der Revisionismus nur langsam und schleppend voran. Ich erinnere mich, daß ich im Jahr 1973 eine miserabel gedruckte Broschüre mit dem Titel „Die Auschwitzlüge“ in die Hand bekam. Es sollte noch einige Jahre dauern, bis ich Thies Christophersen persönlich kennenlernte – beim Zündelprozeß, der für mich selbst meine Geburtsstunde als Revisionist darstellt.

Abgesehen von Rassinier gab es keinerlei kritische Veröffentlichungen zum Thema Auschwitz. Thies Christophersen kam wegen der Veröffentlichung seines Erlebnisberichts ins Gefängnis, aber der Schneeballeffekt war enorm: Unter dem Pseudonym Richard Harwood wurde die Broschüre *Did Six Million Really Die?* verfaßt, Artur Butz schrieb sein berühmtes Werk *The Hoax of the 20th Century* (deutsch: *Der Jahrhundertbetrug*) und Wilhelm Stäglich verfaßte seine tiefgehende Untersuchung über den Auschwitzprozeß mit dem Titel *Der Auschwitzmythos*.

Der Fortschritt des Revisionismus

Die rechtswidrige Vorgehensweise gegen den Richter Dr. Wilhelm Stäglich und gegen viele andere in Deutschland, darunter auch Thies Christophersen, hatte Ernst Zündels Interesse am Revisionismus geweckt.

In Frankreich war Prof. Robert Faurisson auf die Verfolgung der oben Genannten aufmerksam geworden.

Wieder demonstrierten die Juden ihre Macht – es kam zum Verfahren gegen Ernst Zündel in Kanada.

Dank des Zündel-Prozesses brachte Prof. Faurisson den amerikanischen Gaskammerexperten Fred Leuchter an die Öffentlichkeit. Es kam zur ersten wissenschaftlichen und forensischen Untersuchung der behaupteten Gaskammern in Auschwitz. Der Leuchter-Report wurde veröffentlicht. Jetzt hatte der Revisionismus plötzlich eine wissenschaftliche Grundlage.

Zahlreiche neuerschienene Publikationen wurden verboten, aber im Kielwasser dieser „Gerichtsverfahren“ wurden weitere fachkundige Personen mobilisiert.

Druck erzeugt Gegendruck

Es ist unnötig, weiterzuerzählen. Die Verfolgung durch die jüdische Mafia, die ausschließlich ihr Dogma gelten lassen will, bewirkte nur noch mehr qualifizierten Widerstand. Der junge Wissenschaftler Germar Rudolf erbrachte erneut eine chemische Analyse der Cyanrückstände in Auschwitz und erörterte das Ergebnis in seiner Doktorarbeit. Das nach ihm benannte Rudolf Gutachten entsprach, erstmals, komplett allen wissenschaftlichen Anforderungen. Jetzt wurde es brenzlig für die Volksverhetzer. Eine Diskussion in der Öffentlichkeit wurde unvermeidbar. *DIE ZEIT* mußte z.B. versuchen, die wissenschaftlichen Ergebnisse Germar Rudolfs wegzudiskutieren – mit Halbzitaten und Verdrehungen (siehe Otto Ernst Remer: *DIE ZEIT LÜGT*).

Die breite Masse konnte immer noch mit der Macht und Hetze der Massenmedien unter Kontrolle gehalten werden, aber die intellektuelle Bevölkerungsschicht war für das Holocaustdogma in zunehmenden Ausmaß verloren gegangen. Hier und da begannen Leute in führenden Positionen laut das Dogma anzuzweifeln. Die Betroffenen verloren sofort ihre Stellungen und landeten oft im Gefängnis. Die übrigen wurden dann vorsichtiger und hielten ihren Mund – aber die Judenpropaganda ist für sie nicht länger glaubwürdig. Diese Entwicklung verläuft stillschweigend unter der Oberfläche und wird vom Normalbürger nicht bemerkt. Er glaubt weiterhin an die Gaskammern, weil der Nachbar auch immer noch daran glaubt – das reicht für ihn vorläufig vollauf.

Aber wie lange noch? Bis der Staat seine Glaubwürdigkeit vollständig verloren hat – etwa wenn die Arbeitslosen in zu großer Zahl auf die Straße gehen – bei zunehmend leeren Kassen und Sozialabbau, oder wenn Rassenkrawalle auch in Deutschland zur täglichen Unordnung gehören. In Frankreich sollen nun Milliarden investiert werden, um die Krawallmacher bei Laune zu halten. Aber kann man damit die Arbeitslosigkeit bekämpfen? Und selbstverständlich fehlt das Geld, das dafür aufgewendet werden muß, an anderen Stellen.

Die aktuelle und objektive Lagebeurteilung ergibt, daß in zunehmendem Ausmaß „die Juden“ als Urheber dieser Schwierigkeiten wahrgenommen werden.

Der Frontverlauf

Hier muß nicht lange argumentiert werden – denn auf dem Schlachtfeld gibt es nur zwei Gruppierungen. Auf der einen Seite „die Juden“ – noch verstecken sie sich, aber sie geben sich allein schon durch ihre unüberhörbare Bezeichnung der Gegenseite als „Antisemiten“ zu erkennen:

- Wer die Überfremdung kritisiert, wird als „Nazi“ abgestempelt.
- Wer „deutsches Geld für deutsche Aufgaben“ fordert, wird als „Nazi“ abgestempelt.
- Wer kein Geld mehr an den Staat Israel zahlen will, wird als „Nazi“ abgestempelt.

Das gleiche gilt bei vielen anderen jüdischen Vorhaben, die aber im Bewußtsein der Allgemeinheit zunächst gar nicht als jüdisch erkannt werden.

Der Frontverlauf wird somit mit der nötigen Schärfe gezeichnet. Wer die Oberhand hat, ist eine Frage der Glaubwürdigkeit. Glaubwürdig ist derjenige, der die Kontrolle über die Medien hat. Die „bösen Buben“ sind gegenwärtig die „Nazis“.

Dieser Stellungskrieg birgt aber auch ein Risiko: Was die Juden an Glaubwürdigkeit verlieren, gewinnt zwangsläufig die andere Seite. Wann die Waagschale zu Gunsten der „Nazis“ kippt, ist nur eine Frage der Zeit. Dann hilft keine Anti-Nazi-Hetze mehr, sie beschleunigt vielmehr diesen Prozeß weiter – weil sie dann zu Gunsten der „Nazis“ ausgelegt wird.

So lange eine Minderheit wegen „Volksverhetzung“ verfolgt wird, interessiert sich der Durchschnittsbürger dafür nur am Rande. Wird er aber selber arbeitslos, und wird dieser Zustand in seinem Bewußtsein mit der Macht der Juden in Verbindung gebracht, dann ist es Schluß mit der Ignoranz.

Die Juden sind auf dem besten Weg, diese Bewußtmachung einzuleiten: anläßlich der Äußerung des iranischen Präsidenten, der Holocaust sei eine Mythos, forderte der Vorsitzende des Zentralrats der Juden einen Boykott gegen den Iran. Da Deutschland ein wichtiger Handelspartner des Iran ist, kann man sich ausrechnen, wie viele Arbeitsplätze das kosten und wieviel Deutsche dadurch arbeitslos würden.

Seit 1945 marschieren die Juden in eine Sackgasse: Ohne Ende wurde „Vergangenheitsbewältigung“ betrieben. Das Ergebnis dieses Prozesses ist: Jeder kennt Adolf Hitler. Das Lügengebäude der Hetze wurde unzertrennlich mit Adolf Hitler und dem Nationalsozialismus verbunden.

Gegenwärtig stehen die Juden für die breite Masse noch als die unschuldig Verfolgten da, während die Nationalsozialisten als die *verbrecherischen* Verfolger der Juden gelten und als solche abgestempelt werden.

In Wirklichkeit werden aber die „Revisionisten“ und national denkende Deutsche verfolgt und eingesperrt. Doch die Rollen können schnell wechseln. Die hetzenden Juden haben selbst die Idee wach gehalten, die dem von ihnen geschaffenen Chaos ein Ende setzen wird. Ihrer nationalen Eigenart zufolge werden sie unaufhörlich weiter verfolgen und geifern, ohne es selbst zu merken: Für jede Verhaftung, für jede ruinierte Existenz und zerstörte Familie nähern sie sich mehr und mehr dem unausweichlichen Ende.

Je mehr nämlich die Revisionisten und die gemäßigten politischen Aktivisten eingesperrt und „außer Betrieb“ gesetzt werden, um so stärker wird eine Radikalisierung eintreten, weil nur diejenigen, die sich zu wehren wissen, eine Überlebenschance haben.

Ferner: Da die jüdische Hetze nicht nur auf Deutschland beschränkt ist, wird auch die Reaktion hierauf international sein.

In welches Land wollen die Juden dann emigrieren ? Wo sind sie gern gesehene Gäste ?

Das den Arabern vor der Gründung Israels vorgegaukelte Paradies ist längst zu einer haßbrodelnden Hölle geworden. Also wird nicht einmal Palästina den Juden als Asyl zur Verfügung stehen, dort dröhnt permanent die Begleitmusik der Selbstmordattentate.

Diesmal gibt es keine Zufluchtsmöglichkeit. Alle Völker der Erde haben jetzt genug. Gott gnade den Juden, wenn die Götterdämmerung anbricht.

Französische Historiker fordern: Freiheit für die Wissenschaft

Bestürzt über die immer häufigeren politischen Eingriffe bei der Beurteilung geschichtlicher Ereignisse und über die Gerichtsverfahren gegen Historiker und Denker wollen wir an die folgenden Grundsätze erinnern:

Die Geschichtswissenschaft ist keine Religion. Der Historiker akzeptiert kein Dogma, er respektiert keine Verbote, er kennt keine Tabus. Er kann Anstoß erregen.

Die Geschichtswissenschaft ist nicht ultimative moralische Instanz. Es ist nicht die Aufgabe eines Historikers, zu preisen oder verdammen. Er erklärt.

Die Geschichtswissenschaft ist nicht der Sklave des Zeitgeistes. Der Historiker überlagert nicht die Vergangenheit mit den heutigen ideologischen Begriffen und fügt keine jetzigen Empfindsamkeiten in die Ereignisse der Vergangenheit ein.

Die Geschichtswissenschaft kann nicht die Aufgabe des Gedenkens wahrnehmen. Der Historiker nimmt bei seiner wissenschaftlichen Arbeit die Erinnerungen von Menschen auf, vergleicht sie miteinander, und stellt sie den Dokumenten, den Gegenständen, den Spuren gegenüber; er stellt die Tatsachen fest. Die Geschichte berücksichtigt Erinnerungen, aber sie beschränkt sich nicht darauf.

Die Geschichtswissenschaft kann nicht ein Objekt der Justiz sein. In einem freien Staat steht es weder dem Parlament, noch der Justiz zu, festzulegen, was die historische Wahrheit ist. Die Vorgehensweise des Staates ist, selbst wenn sie von den besten Absichten beseelt ist, nicht die Vorgehensweise der Geschichtswissenschaft.

Gegen diese Grundsätze wurde verstoßen, als die Freiheit des Historikers wiederholt durch Gesetze eingeschränkt wurde, insbesondere die Gesetze vom 13. Juli 1990 [das „Fabius-Gayssot"-Gesetz – es entspricht dem § 130 in der BRD], vom 29. Januar 2001 vom 21. Mai 2001 vom 23. Februar 2005,

die unter Strafandrohung vorschreiben, was der Historiker suchen und was er finden muß, welche Methoden er anwenden darf, und welche Grenzen ihm gesetzt werden.

Wir verlangen die Abschaffung dieser gesetzlichen Bestimmungen, die eines demokratischen Systems unwürdig sind.

Jean-Pierre Azéma, Elisabeth Badinter, Jean- Jacques Becker, Françoise Chandernagor, Alain Decaux, Marc Ferro, Jacques Julliard, Jean Leclant, Pierre Milza, Pierre Nora, Mona Ozouf, Jean-Claude Perrot, Antoine Prost, René Rémond, Maurice Vaïsse, Jean-Pierre Vernant, Paul Veyne, Pierre Vidal-Naquet und Michel Winock

Der Appell wurde am 13. Dezember 2005 in der französischen Zeitschrift *Libération* veröffentlicht.
Bis Ende Januar 2006 wurde der Aufruf von über 400 Universitätsangehörigen unterzeichnet.

Neues von Germar Rudolf

Von Störtebeker

Seit Anfang Dezember geht alle Post an Germar Rudolf aufgrund eines neuen Ermittlungsverfahrens über die Zensur des AG Mannheim. Das bedeutet, daß aus- und eingehende Post jeweils 3–4 Wochen unterwegs ist und bei Germar Rudolf stapelweise ankommt.

Einzelheiten über die JVA Stuttgart-Stammheim sind im Internet zu finden unter www.jva-stuttgart.de



Um 1990 war es noch erlaubt, Blumen zu schicken – das geht nicht mehr! Auch bittet Germar Rudolf, kein Geld ins Gefängnis zu schicken! Schreiben Sie an den politischen Gefangenen Germar Rudolf! Adresse:

Asperger Str. 60
70 439 Stuttgart

BITTE BRIEFMARKEN BEIFÜGEN!

Bis zu 5 Stück sind erlaubt – und notwendig, damit Germar Rudolf Porto für z.B. Post in die USA hat.

Für Bücher und CDs gibt es jetzt eine neue Regelung: sie dürfen an Germar Rudolf nur direkt vom Verlag/Hersteller geschickt werden – es gibt aber nicht mehr wie früher eine Beschränkung auf die zwei Lieferfirmen, die im Internet genannt wurden.

Um Doppelbestellungen zu vermeiden, setzen Sie sich bitte vorher mit chp@vho.org in Verbindung!

Auszüge aus Germar Rudolfs Briefen:

„Schon seit Jahren antworte ich Leuten, die mich wegen meines Schicksals bedauern, – und damals war ich noch in Freiheit – daß es mir doch verglichen mit dem, was die Kriegsgeneration durchmachen mußte, vorzüglich geht. So war es dann auch meine Frau, die bei einem unserer letzten Telefongespräche im US-Abschiebegefängnis meinte, sie vergleiche ihre Lage nun mit dem ungezählter Frauen, deren Männer plötzlich zum Krieg eingezogen wurden, bloß kann sie sich glücklich schätzen, daß sie mich mit Gewißheit heil und gesund wieder zurückbekommt.“

„Da ich hier besonderen Sicherungsmaßnahmen unterliege, kann ich weder telefonieren, noch an sozialen Aktivitäten teilnehmen (mit Ausnahme von Gottesdiensten).

Stammheim ist ein alter Kasten, der Ausrüstung nach zu urteilen wahrscheinlich kurz nach dem Krieg gebaut (1950er oder 60er spätestens). Sporteinrichtungen gibt es hier nicht.

Meine Prozeßvorbereitung krankt daran, daß man mit 8 Wochen Postlaufzeit (hin- und zurück) praktisch wie gelähmt ist.“

Zur Deportation und den Hintergründen.

„Entgegen anderslautenden anfänglichen Behauptungen der Einwanderungsbehörden, die diese nie auch nur versuchte zu belegen, argumentierte die US Regierung im Eilverfahren dahingehend, daß sie mich aus dem Grunde abschiebt, weil sie es einfach tun könne. Falls ich meine Berufung gegen die Entscheidung im Asylverfahren – im Frühjahr 2006 anstehend – gewönne, könnte ich ja zurückkommen. Es entstünde mir daher aus der Abschiebung kein Schaden.

Ein zweites Argument lief darauf hinaus, ich dürfe die Ablehnung meines Antrags auf Wiedereröffnung des Verfahrens wegen der Ehe mit einer US-Bürgerin gar nicht in der Berufung rügen, weil ich es versäumt hätte, die Gründe für diese Ablehnung bereits vor dieser Ablehnung zu rügen. Zu deutsch: Wir hätten schon mit der Stellung des Antrages gegen jene Gründe Einspruch einlegen müssen, die erst bei der dann später erfolgten Ablehnung des Antrags von der Behörde aufgeführt wurden. Das ist freilich Schwachsinn hoch drei. Wie kann man im Voraus einem Ablehnungsgrund widersprechen? Auch das Argument der US-Behörde, ich könne ja wiederkommen, wenn ich meinen anhängigen Berufungsprozeß gewinne, ist falsch, wie ja die Argumentation der Regierung im Fall selbst zeigt: laut US-Regierung bin ich ja bloß ein „Krimineller auf der Flucht“, der nur mal erst seine Strafe absitzen muß und geduldig alle weiteren zu erwartenden Strafen über sich ergehen lasen muß.

Interessanterweise hatte, ja mußte mich die US-Regierung stets als „Nicht-kriminell“ kategorisieren, im Gegensatz zu den meisten anderen in Abschiebeverfahren befindlichen Ausländern, denn nach US-Recht bin ich eben KEIN Krimineller. Insofern wird auch in der Hinsicht die US-Regierung der Lüge überführt.

Laut US-Gesetz kann ein Asylsuchender während eines schwebenden Verfahrens dann NICHT abgeschoben werden, wenn ihm dadurch irreparabler Schaden entsteht. Dazu zählt u.a. eine langjährige Freiheitsstrafe, also genau das, was die US-Regierung in ihrer eigenen Argumentation als mein zu erwartendes Schicksal feststellte, nun aber im Eilverfahren plötzlich „vergaß“.

Weder das US-Bundesgericht noch der Oberste Gerichtshof nahmen den Fall zur Entscheidung an. „Motion denied without opinion“ [*Antrag nicht zur Entscheidung zugelassen*] *vernahm man von beiden.*

Also wurde ich am 14. Nov. in einen Linienflug der United gesetzt mit zwei Begleitern der US-Behörden und auf der Gangway in Frankfurt der Flughafen-Polizei übergeben, die mich gleich an Beamte des BKA überreichte. Klappe zu, Affe tot. So löst man diplomatische Probleme, ohne das Recht in Schwierigkeit zu bringen: „Motion denied without opinion“ = Wir spielen die drei berühmten Affen. Hätten die Gerichte gerichtet (geurteilt), hätten sie mir recht geben müssen und damit ein über Jahrzehnte wachsendes diplomatisches Problem geschaffen. Oder sie hätten der Regierung recht geben müssen, und dann aber einen Präzedenzfall geschaffen, mit dem klare Rechtsbrüche juristisch abgesegnet worden wären. Also Augen zu und durch. So einfach ist das. Legal, illegal, scheißegal.

Am 24. Januar wird mein Asylfall in Atlanta regulär verhandelt. Ich kann den immer noch gewinnen! Zumindest auf der Ebene meiner Ehe. Dann darf ich „zurückkommen“. Bloß wie ???“

Zum Zell-Alltag

„Ich bin in einer Einzelzelle...

Geweckt wird um 5:45 mit einem Piepton über das Kommunikationsfeld. Das hat auch ein eingebautes Radio mit drei Kanälen – alle regional – aber ich bekomme kein Radio, da ich mich weigerte, von den mir monatlich zustehenden 40 € 15 € für die GEZ zu zahlen. Ich bin auch der Einzige im ganzen Gefängnis, der sich geweigert hat, einen Fernseher in der Zelle zu haben (und dann wieder € 15 berappen zu müssen).

6:15 gibt es dann Frühstück, bestehend im Wesentlichen aus Wasser und Brot sowie Butter und einem Aufstrich-Alibi: einmal pro Wochen ein Ei, zweimal einen halben Liter Milch (ja, als „Aufstrich!“), und den Rest der Woche eine 25 g Packung Marmelade. Gut, das Wasser heißt morgens „Kaffee“, aber nährwertlich ist das sogar noch schlimmer als Wasser. Und da ich Kaffee hasse, gibt es eben Wasser.

***Hofgang**: Gegen 9 oder 9:30 geht es zum „Hofgang“, also eine Stunde im Hof im Kreis gehen. Der Hof ist recht groß – eine Runde ca. 200 m – und hat Rasen hier und da, so daß es wirklich nicht schlecht ist. Ich mache in der Stunde ca. 32–35 Runden, also 6–6,5 km, vorausgesetzt, die blöden Anstaltsschuhe haben mir nicht wieder irgendwo eine Blase oder gar Blutblase verpaßt. (private Turnschuhe sind mir verboten, im Gegensatz zu anderen Häftlingen. Grund unbekannt)*

Nach der Rückkehr versorge ich meine leidenden Füße, lese evt. etwas (ich kann drei Bücher pro Woche ausleihen), und um 11:00 gibt’s Mittagessen. Die Qualität ist akzeptabel, die Menge üblicherweise auch, obgleich manchmal etwas zu kurz bemessen. Nachschlag gibt es nicht. …

Danach wird gelesen oder auf Briefe geantwortet, oder ich schreibe an meinem Gefängnistagebuch, das ich immer dann, wenn 3 Blätter voll sind, meiner Frau zusende (daher ist es auch in Englisch).

Um 15:00 gibt es Abendessen ausgehändigt, wobei ich es üblicherweise erst gegen 17:00 esse. Es gibt Wasser (= Tee) und Brot – wer hätte das gedacht – plus Butter und meistens ein Stück Wurst…

Der Tag geht dann weiter, bis ich irgendwann… das Licht ausmache. Da ich keine Uhr habe, weiß ich nicht, wann das ist…

Hier in der Zelle geht es etwa so karg zu wie ich als Junggeselle schon immer gelebt habe, und sobald die Arbeit losgeht, sieht es auf dem Schreibtisch sogar auch so aus wie zu Hause. …

Arbeit und Sport sind meine Therapie, so daß meine Füße wohl noch mehr Blasen kriegen und endlich wichtige Bücher ins Englische übertragen werden.“

Über die Ankunft in Deutschland

„Ich kam hier nur mit den Kleidern an, die ich am Leibe trug, und hier wurde ich sogleich „Sicherungsmaßnahmen“ unterworfen: Telefonverbot, Einzelhaft, keine Veranstaltungen mit anderen, Arbeitsverbot. Damit war mir die Möglichkeit zum Verdienen von Geld genommen, also auch zum Kauf von Briefmarken. Zusammen mit dem Telefonverbot wäre ich damit perfekt von der Welt abgeschnitten gewesen…“

Germar will nun das Lesen nachholen, für das er in den letzten 10 Jahren keine Zeit hatte. Außerdem hat er angefangen, ein Buch zu übersetzen.

All das ist natürlich kein Ersatz für die Freiheit und die Trennung von Frau und Kind.

Freiheit für Germar Rudolf!

OFFENER BRIEF an Bundeskanzlerin Angela Merkel

Von Patricia Willms

Bergen, 12.12.05

Betr.: Ihr Amtsantritt

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin!

Da Sie der ehemaligen DDR entstammen, nehme ich an, daß Sie am eigenen Leib oder bei Familienangehörigen und Bekannten erlebt haben, was es bedeutet, wegen unliebsamer Meinungen schikaniert, verfolgt oder gar ins Gefängnis gesteckt zu werden.

Sicherlich stürmen nach der Amtsübernahme viele Dinge auf Sie ein und es ist nicht einfach, sofort auf allen Gebieten Bestandsaufnahme zu machen. Daher möchte ich Ihnen eine wichtige Angelegenheit besonders ans Herz legen: die Meinungsfreiheit in der BRD.

Informieren Sie sich, wie viele politische Gefangene es derzeit in der BRD gibt – ich meine damit Menschen, die nur wegen irgend welcher politischer Äußerungen oder gar ihrer Meinung zu historischen Ereignissen hinter Gitter gebracht wurden.

Informieren Sie sich über die Verfassungswidrigkeit des Maulkorbparagraphen 130 StGB, der ausschließlich eine ganz bestimmte Auffassung zu geschichtlichen (!) Ereignissen unter Strafe stellt.

Während Kriminelle, die z.B. einen Menschen umgebracht haben, mit aufreizender Milde bestraft werden (bei einer Verurteilung wegen Totschlag von z.B. 6 Jahren Freiheitsentzug ist der Täter oftmals schon nach 4 Jahren wieder auf freiem Fuß oder zumindest im Offenen Vollzug) werden Gedankenverbrecher mit bis zu 5 Jahren Gefängnis bestraft – üblicherweise ohne vorzeitige Entlassung, ohne Lockerung wie offenen Vollzug oder dergleichen.

Stellvertretend für die politischen Häftlinge in der BRD möchte ich Germar Rudolf und Ernst Zündel nennen. Germar Rudolf ist Wissenschaftler und sitzt im Gefängnis ein, anstatt seine 9-monatige Tochter betreuen zu können, während seine Frau ihrer Arbeit nachgehen muß. Ernst Zündel wurde unter ähnlichen Umständen wie im Fall El Masri von seinem Haus in Tennessee (USA) weg verschleppt (bei seiner Festnahme lag kein Haftbefehl vor, seine Frau, die US-Staatsbürgerin ist, wurde bis heute noch nicht von den Behörden informiert, daß ihr Mann außer Landes verbracht wurde).

Zu den Vorwürfen/Verurteilungen selbst will bzw. kann ich mich nicht äußern – da, was ich dazu zu sagen hätte, vom Maulkorbparagraphen 130 StGB unter Strafe gestellt wird.

Der Jurist Dr. Günter Bertram, (Vorsitzender Richter beim LG Hamburg i.R.) hat vor dem § 130 StGB in der Neuen Juristischen Wochenschrift – NJW Heft 21/2005 S. 1476 ff. – gewarnt:

„§ 130 StGB enthält irreguläres Ausnahmestrafrecht und steht damit und insoweit zu Verfassung und Meinungsfreiheit im Widerspruch. **Der Gesetzgeber muß sich hier zu einer Richtungsänderung durchringen**…“

Bertram wirft dem Bundesverfassungsgericht vor, sich ungeachtet „der inzwischen erhobenen und sich aufdrängenden Bedenken“ vor einer Stellungnahme zu § 130 Abs. 3 StGB-BRD zu drücken.

Nun hat es erstmals ein Staatsoberhaupt gewagt, den Sachverhalt beim Namen zu nennen: der iranische Präsident **Mahmud Ahmadinedschad** hat nicht nur die Zweifel ausgedrückt, die zu äußern in der BRD strafrechtlich verfolgt wird, er hat auch darauf hingewiesen, daß die Meinung zu diesem Thema mit Gewalt – nämlich der Verfolgung und Inhaftierung aller Dissidenten – aufrechterhalten wird. Selbstverständlich ist der Einsatz von Staatsgewalt zu einem verwerflichen Ziel nicht legitim.

Ich spreche im Namen vieler Deutscher, wenn ich Sie bitte, dem iranischen Präsidenten im Namen des deutschen Volkes Dank zu sagen, und seine mutigen Worte zugleich zum Anlaß zu nehmen, die umgehende Freilassung von Ernst Zündel und Germar Rudolf zu veranlassen, wie auch die weiterer Verurteilter, etwa Ernst Kögel (pensionierter Lehrer), Siegfried Verbeke, oder Manfred Roeder. **Lassen Sie alle weiteren Verurteilungen wegen § 130 StGB überprüfen und revidieren!**

Antworten Sie mir nicht, daß dies nicht in Ihrer Macht stünde, weil es eine Angelegenheit der Justiz sei. Als Bundeskanzlerin bestimmen Sie die Richtlinien der Politik, und bekanntlich unterliegen die Staatsanwaltschaften politischen Weisungen. Sie brauchen also nur dem Volksempfinden und dem Empfinden aller anständigen Deutschen Rechnung zu tragen und gegen die verurteilenden Richter Ermittlungen wegen Rechtsbeugung und Sabotage des Rechtsstaats einleiten zu lassen – das führt dann automatisch zu einer Wiederaufnahme der Prozesse und der Rehabilitierung der politisch Verfolgten. Falls Sie das nicht wagen, könnten Sie zumindest eine entsprechende Amnestie aufgrund Ihres Amtsantritts erlassen.

Da eines Tages geprüft werden wird, ob Sie gemäß Ihres Amtseides gehandelt haben und Sie somit persönlich für Ihr Handeln verantwortlich gemacht werden, erwarte ich auch, daß mein Schreiben nicht nur von einem Sekretär bearbeitet, sondern Ihnen persönlich vorgelegt wird – damit es nicht eines Tages heißt, Sie hätten „nichts gewußt“.

Laut Presseberichten soll der Präsident des Iran die Juden als Krebsgeschwür bezeichnet haben.

Bevor Sie nun mit der bundesrepublikanischen Politikern abgeforderten „Empörung“ reagieren, (siehe Fall Hohmann!) sollten Sie überlegen, ob diese Einschätzung nicht genau durch die Reaktion des Zentralrats der Juden bestätigt wird – dieser hat umgehend einen Boykott des Irans gefordert.

Ist so etwas in deutschem Interesse? Ist das nicht Volksverhetzung?

1933 erklärte das internationale Judentum dem deutschen Reich den Krieg („Jews of all the World unite“ – Daily Express, 24.4.1933, u.a.) und rief zu einem internationalen Boykott deutscher Waren auf – und zwar sollte der Boykott so umfassend sein, daß nicht nur der Kauf deutscher Waren boykottiert werden sollte, sondern ebenfalls die Firmen, die deutsche Waren lieferten, sie – neben anderen Waren – verkauften… Die Folge war der 2. Weltkrieg mit zig Millionen Toten (wobei ich privat von der landläufigen Zahl 6 Millionen abziehe).

Wird mit dem jetzigen Boykottaufruf ein neuer Krieg – diesmal gegen den Iran – vorbereitet?

Verbietet das Grundgesetz nicht jeden Aufruf zum Krieg? Auf welcher Seite stehen Sie?

Ich grüße Sie mit der Achtung, die Sie verdienen!

Patricia Willms

UNO ächtet Revisionismus

Von Robert Faurisson

Am 1. November 2005 wurde in der Vollversammlung der UNO von sämtlichen Repräsentanten der 191 Länder eine in Israel konzipierte Resolution angenommen, bzw. deren Annahme zugelassen (eine Abstimmung darüber fand nicht statt), die den 27. Januar zum „ Internationalen Gedenktag für die Opfer des Holocaust" proklamiert. Darüber hinaus wird in der Resolution „jegliches Bestreiten des Holocaust als Ganzes oder in Teilen" verurteilt".

Der Geschichtsrevisionismus sieht somit seine Existenz von der ganzen Welt bestätigt, aber zugleich bedeutet die Resolution, daß die Revisionisten durch praktisch alle Länder der Welt geächtet werden.

Was den Vatikan angeht, der keinen Sitz in der Vollversammlung hat, so hat dieser bereits 1992 erklärt:[1] „Es gibt keinen Geschichtsrevisionismus, der den unmenschlichen Abgrund des Holocaust in Frage stellen kann."

Die Geschichte menschlicher Gesellschaften und Religionen strotzt von Verboten, Ächtungen und Exkommunikationen. Bis in die jüngste Vergangenheit konnten jedoch die Opfer im Prinzip darauf hoffen, außerhalb ihres Heimatlandes ein Refugium zu finden. Jetzt ist die Verurteilung erstmals weltumfassend.

Damit wird bestätigt, daß der Geschichtsrevisionismus ein Phänomen von ganz außergewöhnlicher Natur ist, wie auch, daß es den Juden ein weiteres Mal gelungen ist, enorme Privilegien zu erlangen.

Mit einem Taschenspielertrick erreichte die israelische Delegation die Annahme der Resolution. Sie ging dabei zu Werke wie gewisse Gruppierungen in Frankreich, die unter dem Deckmantel von Kampagnen gegen Pädophilie ein Gesetz erwirkten, das im Internet die Kommunikation über Pädophilie und – Revisionismus verbietet! Zuerst fragten sie: Ist Pädophilie an sich nicht abscheulich? Die Antwort war „Ja." Der zweite Schritt war die weitere Frage: „Sollte Pädophilie im Internet nicht durch spezielle Gesetze verboten werden?" Die Antwort lautete wieder „Ja." Als dritten Schritt schlußfolgerten die Gruppierungen: „Laßt uns also kämpfen, damit wir ein Gesetz gegen Pädophilie und – Revisionismus [den sie Negationismus nannten] erlangen".

Der Präsident der Vollversammlung, der Schwede Jan Eliasson, wies am 1. November die Kunstfertigkeit aus, mündlich zu fragen, ob jemand gegen die Resolution zum Gedenken an den „Holocaust" sei. Da sich keine Hand erhob, erklärte er, ohne vorherige Abstimmung irgendeiner Art, daß die Resolution damit angenommen sei. Der Text enthielt in einer ihrer Bestimmungen die Verdammung jeglicher Form von „Holocaust"-Revisionismus. Die Zustimmung des US-Delegierten bedeutet eine Mißachtung der im Ersten Zusatz der US-Verfassung garantierten Meinungsfreiheit.

Am bemerkenswertesten ist, daß die arabisch-muslimischen Länder – einschließlich des Iran – diesen israelischen Text angenommen haben. Alle Anwesenden akzeptierten, bzw. ließen mit leichten verbalen Einschränkungen eine von den Juden stammende Resolution durchgehen, die so weit geht, das Recht auf freie Forschung über ein geschichtliches Thema zu verurteilen!

Zwar hat die UN-Resolution unmittelbar nur politische und nicht juristische Bedeutung. Da jedoch der Generalsekretär im weiteren Verlauf Bericht erstatten muß über die Maßnahmen, die im Rahmen dieser Resolution ergriffen wurden, haben die Revisionisten allen Grund, juristische Folgen für sich selbst zu befürchten, etwas in bezug auf Grenz- und Flughafenpolizei, dir Erlaubnis, in bestimmte Länder einzureisen oder sich dort aufzuhalten oder in bezug auf die Ausstellung von Visa. Die Resolution wird zur moralischen Rechtfertigung und Erleichterung von Auslieferungsmaßnahmen gegen Revisionisten dienen.

Es fehlt nicht an Präzedenzfällen:

1) der europäische Haftbefehl;
2) die Auslieferung des Revisionisten René-Louis Berclaz von Serbien an die Schweiz;
3) die Auslieferung des Revisionisten Ernst Zündel durch die USA an Kanada, und dann von Kanada an Deutschland;
4) die Auslieferung des belgischen Revisionisten Siegfried Verbeke von den Niederlanden an Deutschland;
5) die Auslieferung des Revisionisten Germar Rudolf von den USA an Deutschland;
6) In Österreich wurde am 11. November der Halbrevisionist David Irving, der britischer Staatsbürger ist, von der Verkehrspolizei auf der Autobahn festgenommen und ist nun in Wien in Haft.

Gefährliches Unterfangen

Für jeden bekannten Revisionisten ist es bereits jetzt gefährlich, sein Heimatland zu verlassen. Wer dies tut, setzt sich selbst einem Auslieferungsbegehren an das Transitland entweder seitens Israels oder seitens Deutschlands aus. In der israelischen Knesseth wird derzeit ein Gesetz behandelt, das es Israel erlaubt, die Auslieferung eines jeden Revisionisten zu fordern, um ihn in Jerusalem vor Gericht zu stellen, unter Anwendung der jüdischen antirevisionistischen Gesetzgebung von 1986.

Philippe Bolopion, der UN-Korrespondent für *Le Monde*, schrieb kürzlich einen aufschlußreichen Artikel über die Erfolge, die der jüdische Staat seit Juni 2004 in der UNO erreicht hat. Er listete die sechs jüngsten Errungenschaften Israels auf: [2]

- Im Juni 2004 forderte Kofi Annan zu dem Eingeständnis auf, „daß der UNO-Bericht über Antisemitismus zeitweise nicht unseren Idealen Rechnung trägt“;
- Im Oktober des gleichen Jahres wurde eine Resolution angenommen, die Antisemitismus verurteilt;
- Im Januar 2005 beging eine Sondersitzung der Generalversammlung den 60. Jahrestag der „Befreiung der Todeslager“;
- Im Juni wurde ein israelischer Botschafter als Vizepräsident der Vollversammlung gewählt – der erste Israeli in 53 Jahren;
- anläßlich einer Konferenz der Staats- und Regierungsoberhäupter im September schüttelte Ariel Sharon bei einem Besuch der Vereinten Nationen dem pakistanischen Präsidenten Pervez Musharraf die Hand, und die israelische Delegation knüpfte zahlreiche neue Kontakte;
- Im Oktober beeilte sich der Sicherheitsrat, den Iran wegen der durchaus nicht neuen Aufforderung zu verurteilen, Israel von der Landkarte zu tilgen.

Diese Erfolge sind um so bemerkenswerter, als keine andere Nation der Welt derartig die UN zum Narren hält wie „Israel“, ein Staat, der seine Gründung der UNO verdankt. Der jüdische Staat hält mit seiner unvergleichlichen *Chuzpe* einen Rekord in bezug auf die Anzahl von UN-„Resolutionen“, die gleich in den Papierkorb wandern.

Dieser Staat, der auf der kolossalen Lüge vom Holocaust errichtet wurde, praktiziert unter Verletzung internationalen Rechtes Kolonialismus, Rassismus, Apartheid, Militärbesetzung und Folter. Wir können hinzufügen, daß Israel ein Arsenal an Atomwaffen besitzt und diesbezüglich von Deutschland im Namen des besagten „Holocaust“ unentgeltlich mit drei ultramodernen U-Booten versehen wurde, die mit Atomwaffen ausgerüstet werden können.

Der jüdische Staat und sein Militär stecken mit Deutschland und dessen Militär dermaßen unter einer Decke, daß die Deutsche Post soeben eine Briefmarke für den gängigsten Portowert herausgegeben hat, die links eine israelische Flagge zeigt, dann rechts die deutsche Flagge, und schließlich einen Stacheldraht, der die beiden verbindet, als Symbol des ewigen „Holocaust.“ Deutschland wird zum „Guantanamo“ des jüdischen Staates.



Die „Annahme“ der israelischen Resolution markiert den Triumph des Holocaust-Betruges. Man kann diesbezüglich sagen, daß der jüdische Staat sich selbst übertroffen hat was Chuzpe, unsaubere Verfahrensweise, das Übertrumpfen anderer und Intoleranz angeht.

Diese außergewöhnliche UN-Resolution stellt auch unter Beweis, daß der Geschichtsrevisionismus eine Realität ist, die nicht länger ignoriert, geleugnet oder heruntergespielt werden kann. Sein schlechter Ruf wurde global.

Anmerkungen

1. *L’Osservatore Romano*, 7.11.1992
2. „L’offensive de charme d’Israel à l’ONU rencontre un certain succès“, *Le Monde*, 4.11.2005, S. 3

Europa auf dem Weg in die Diktatur?

Von Wladimir Bukowski

Fast fünfzig Jahre lang – in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg – lebten wir in großer Gefahr, in großer Spannung, im Schatten des riesigen Monsters Sowjetunion, das Europa jederzeit verschlingen konnte. Die Sowjetunion war mehrmals nahe daran, dies zu tun. Nur durch ein Wunder konnten wir vor kurzem zusehen, wie dieses Monster starb. Doch sobald das Untier gestorben war, erfanden wir in Europa ein neues. Die Union sozialistischer Republiken.

Je länger ich die Entwicklung beobachte, um so mehr Wesenszüge und Tricks entdecke ich, die denen des alten Monsters bemerkenswert ähneln. Lassen Sie es mich anhand eines einfachen Vergleichs verdeutlichen: Was war die Sowjetunion? Sie war eine Union sozialistischer Republiken. Was ist die Europäische Union? Sie ist eine Union sozialistischer Republiken. Wie wurde die Sowjetunion regiert? Von 15 nicht gewählten Leuten, die sich selbst gewählt hatten und die wir nicht abwählen konnten. Und wie wird die Europäische Union regiert? Von etwa zwei Dutzend nicht gewählten Leuten, die wir nicht abwählen können und die uns gegenüber zu keiner Rechenschaft verpflichtet sind. Wie entstand die Sowjetunion? Sie entstand, indem die verschiedenen Republiken gezwungen wurden, oft durch militärische Gewalt, der Union beizutreten. Und wie entstand die Europäische Union? Die Länder wurden zum Beitritt gezwungen, indem sie finanziell bedroht und eingeschüchtert wurden. Theoretisch hatte jede sowjetische Republik das Recht auszutreten, so stand es in der Verfassung. Aber praktisch gab es dafür keine Prozedur. Kein Land konnte also auch nur beginnen, einen Austrittsprozeß einzuleiten. Zu meinem Entsetzen stellte ich nun fest, daß es sich in der Europäischen Union ähnlich verhält. Es existiert kein rechtliches Verfahren für einen Austritt, obwohl nie jemand je gesagt hat, daß man die Europäische Union nicht mehr verlassen könne.

Korrupt und aggressiv

Die Sowjetunion war ein unglaublich korruptes Land. Die Korruption war von oben organisiert. Es war eben eine typisch sowjetische sozialistische Korruption. Es gibt die Korruption, die gewissermaßen in den lebenden Organismus eindringt. Und es gibt die Korruption, die von oben her organisiert ist, die zum System gehört. Um welche Korruption es sich handelt, kann ich an den Symptomen erkennen. Die Symptome der Korruption in der Europäischen Union sind ebenfalls typisch sozialistisch. Die Sowjetunion war ein aggressiver Staat. Gemäß Selbstdefinition konnte sie nur überleben, wenn sie immer weitere Länder und Gebiete aufnahm. Sobald sie aufhörte, sich zu vergrößern, begann sie zusammenzubrechen. Wenn Sie die Europäische Union anschauen, sehen Sie dieselbe Dynamik am Werk: Obwohl es für die europäischen Länder weder finanziell noch wirtschaftlich sinnvoll ist, mehr und mehr Mitgliedsstaaten aufzunehmen, mehr und mehr Volkswirtschaften zu helfen, was enorme Investitionen erfordert, suchen sie trotzdem weiter und weiter nach neuen Mitgliedern, üben Druck aus und zwingen ein europäisches Land nach dem anderen, der Europäischen Union beizutreten, indem sie deren finanzielle Abhängigkeit ausnutzen. Sind das einfach nur zufällige und oberflächliche Ähnlichkeiten, oder gibt es einen tieferen Grund, warum die beiden Strukturen so ähnlich sind? Nachdem ich sowohl in den Archiven des Zentralkomitees als auch denen der EU recherchiert habe, bin ich zur Schlußfolgerung gekommen, daß die Ähnlichkeiten kein Zufall sind.

Bolschewiki und Menschewiki

Einfach gesagt, ist die Geschichte des Nachkriegs-Europa definiert durch die Beziehungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, oder – wie ich sie nennen würde – den Bolschewiki und den Menschewiki. Und diese Beziehungen bestimmen die meisten Ereignisse der letzten fünfzig Jahre in Europa. Die Bolschewiki wollten die Menschewiki immer dazu bringen, ihre Programme auszuführen und das finanzielle Potential Europas in die Sphäre des Sozialismus herüberzubringen, es zur wichtigsten Treibkraft beim Aufbau der sozialistischen Welt zu machen. Die Menschewiki hatten immer den Traum, daß die Bolschewiki eines Tages milder gestimmt zur Herde der Sozialdemokraten zurückkehren würden. Und jedes Mal wendeten die Bolschewiki den gleichen Trick an. Sie täuschten vor, sie würden zur Sozialdemokratie zurückkehren, und die Sozialdemokraten waren glücklich. Der Trick funktionierte unter Lenin, unter Stalin. unter Chruschtschow, unter Breschnew und besonders unter Gorbatschow. Und im Laufe der Zeit wurde daraus eine Theorie gemacht, eine Theorie der Annäherung, die besonders in den frühen sechziger Jahren sehr populär war, ganz besonders unter

den Sozialisten. Die Theorie nahm eine Annäherung zwischen den zwei Welten an, wobei die Kommunisten milder und Europa sozialdemokratisch werden würde. So also würde es eine Annäherung zwischen den zwei Welten geben, keine Grenzen mehr, keine Kriege, keine Feindseligkeiten, nur noch allumfassendes Glück.

1985: Die historische Wende.

Die Idee eines Vereinten Europa oder eines gemeinsamen europäischen Marktes hatte ursprünglich nichts mit der erwähnten Annäherungstheorie zu tun. Es war ein vollkommen anderes Konzept. Es ging einzig darum, einen gemeinsamen Markt zu schaffen, nicht mehr und nicht weniger. Und die erste Reaktion sowohl der westeuropäischen Linken als auch der Sowjetunion war negativ. Bis 1985 war die offizielle sowjetische Linie gegen die europäische Integration gerichtet. Die Sowjetunion betrachtete die europäische Integration als feindlich, als etwas, was der Westen gegen sie betrieb. Dann, um das Jahr 1985, tauchte bei den europäischen Sozialisten plötzlich eine Idee auf: Wenn sie das ganze Projekt übernehmen und umdrehen würden, könnten sie es für ihre Zwecke nutzen. Genau zur gleichen Zeit, also um 1985/86, änderte sich auch die Haltung der Sowjetunion gegenüber der europäischen Integration dramatisch. Von da an betrachtete die Sowjetunion die Integration Europas nicht mehr als Feind, sondern nannte sie nun auf einmal das gemeinsame „europäische Haus". Das bedeutet, daß es eine Abmachung zwischen Moskau und den Kommunisten einerseits, und den europäischen Sozialisten, besonders der Sozialistischen Internationale und ihren Mitgliedern, den Parteien, andererseits gab. Sie sollten die gleiche Struktur schaffen, was ihnen erlauben würde, Europa nach sozialistischer Art zu regieren.

Eine sowjetische Operation.

Das ist der Grund, weshalb wir alle im Jahre 1989 eine spektakuläre Veränderung in Europa beobachten konnten. Plötzlich begannen alle osteuropäischen Diktatoren zu stürzen. Man nannte es eine „samtene Revolution", aber tatsächlich war es eine sowjetische Operation. Die interessante Frage war: Wieso brauchten sie eine Revolution dafür? Normalerweise genügte ein einziger Telefonanruf, wenn die Sowjetunion eine Regierung auswechseln wollte, zum Beispiel in Polen oder in Ungarn. Dafür war es nicht nötig, eine Revolution zu organisieren. Die Erklärung ist, daß sie eine Revolution vortäuschen mußten, um den Leuten ihr überkommenes Modell eines „Sozialismus mit menschlichem Gesicht" aufzuzwingen. Sie wollten den „Prager Frühling" von 1968 gewissermaßen in unsere Zeit herüberholen, um dadurch eine Massenbegeisterung zu entzünden. Dadurch sollte der Anschein hervorgerufen werden, als käme es von den Menschen selbst, was der Stabilisierung der damaligen Situation diente. Das ist nicht etwa bloße Vermutung. Es ist alles dokumentiert, untersucht und bewiesen. So belegt etwa die von der Regierung Vaclav Havel in der Tschechischen Republik durchgeführte Untersuchung ohne jeden Zweifel, daß die Prager Ereignisse von 1989 sowjetische Operationen waren. Sie erinnern sich vermutlich daran, daß die Ereignisse 1989 in der damaligen Tschechoslowakei mit einer riesigen Studentendemonstration anfingen, die von der Polizei brutal niedergeschlagen wurde, was den Tod eines Studenten zur Folge hatte. Die Untersuchung der tschechischen Regierung hat nun ergeben, daß die Demonstration vom KGB organisiert wurde, daß der angeblich getötete Student sehr wohl am Leben ist und in Wirklichkeit ein junger Mitarbeiter der Sicherheitspolizei war. Die Operation war unter Führung des Chefs des tschechischen Geheimdienstes durchgeführt worden, des Generals Alois Lorens, der ebenfalls wohlauf ist. Ich sah ihn im Fernsehen, wo er bestätigte, daß es eine sowjetische Operation war, die „wir brillant durchgeführt haben; doch zum Glück erzielten wir nicht die Resultate, die man von uns erwartet hatte. Eigentlich sollte nämlich nicht Vaclav Havel als Präsident herauskommen, sondern ein liberaler Kommunist, aber das hatte nicht funktioniert."

Mehr oder weniger das gleiche wie in der Tschechoslowakei geschah in Ostdeutschland. Die erste Demonstration gegen Honecker war von Krenz organisiert worden, und zwar auf Befehl von Moskau. Gorbatschow gab ziemlich offen bekannt, daß er Honecker los haben wollte, und die ersten Tumulte, die ersten öffentlichen Unruhen waren samt und sonders von Moskau kontrolliert und organisiert, wobei die deutsche Sicherheitspolizei Moskaus Befehle durchführte. Das einzige Land, in dem der sowjetische Plan funktionierte, war Rumänien.

In Rumänien war geplant, Ceausescu durch Iliescu zu ersetzen, und genau das fand tatsächlich statt. In allen anderen Ländern waren die Resultate der Operationen vollkommen verschieden von den geplanten Ereignissen. Und zwar stellte sich bei den abschließenden Analysen plötzlich heraus, daß die Leute ganz etwas anderes wollten, als Moskau geplant hatte. Sie wollten keinen „Sozialismus mit menschlichem Gesicht". Sie wollten auch keinen Sozialismus mit irgendeinem anderen Gesicht. Sie wollten überhaupt keinen Sozialismus. Und sie wollten auch keinen liberalen Kommunismus. So zeigte sich, daß die Leute, wenn sie wählen konnten, und sei es auch nur für einen sehr kurzen Zeitraum, sich in jedem Land dafür entschieden, daß sie nicht das wollten, was die neuen Regierungen ihnen anboten. Gemäß sowjetischer Planung hätte die deutsche Wiedervereinigung nur im Rahmen der europäischen Integration stattfinden dürfen. Das war die offizielle sowjetische Politik. Die Sowjets wußten, daß sie sich auf ihre Partner, die

europäischen Sozialdemokraten, verlassen konnten. Stellen wir uns jetzt nur für einen kurzen Augenblick vor, die deutsche Wiedervereinigung hätte später stattgefunden, nicht im Jahr 1990, sondern wäre um einige Jahre hinausgeschoben worden. Was wäre dann passiert? Dann würde die Wiedervereinigung gerade jetzt stattfinden. Oder sogar noch etwas später, wenn Europa sich bereits etwas mehr gefestigt hätte. Dies hätte ihnen erlaubt, das vereinigte Deutschland ganz unter sozialistischer Kontrolle zu haben, demilitarisiert, nicht mehr Mitglied der NATO und so weiter. Zum Plan gehörte auch, daß dadurch gleichzeitig Polen stabilisiert worden wäre, das zwischen der Sowjetunion und Deutschland eingeklemmte Polen.

Das war der Plan. Doch dieser Plan funktionierte nicht, ganz einfach deshalb, weil die Menschen in Osteuropa es besser gewußt haben. Sie warteten nicht. In Deutschland entschieden sie, die Vereinigung sofort herbeizuführen, und sie hatten absolut recht. Wenn sie noch einige Jahre gewartet hätten, hätten sie niemals das bekommen, was sie jetzt haben. Die beschriebenen Ereignisse führten dazu, daß der sowjetische Teil des Plans zusammenbrach. Ein Jahr später brach auch die Sowjetunion zusammen. Aber der westliche Teil des Projektes blieb bestehen. Was wir heute in der Gestalt der Europäischen Union haben, ist nur die Hälfte des Plans. Aber sogar diese Hälfte ist schrecklich genug. Sie ist im großen und ganzen gemäß den Richtlinien der Sowjetunion aufgebaut. Ich kann Ihnen ganz genau sagen, was passieren wird, denn ich habe in gewisser Weise schon in Ihrer Zukunft gelebt. Zum Beispiel kann ich Ihnen voraussagen, daß die Ergebnisse des Experiments genau das Gegenteil von dem sein werden, was proklamiet wird. Genau das hatten wir in der Sowjetunion. Heute sagt man uns, wir würden die Europäische Union brauchen, um keine Kriege zu haben, um den Frieden zu bewahren – obwohl in Europa zur Zeit niemand in irgendeiner Weise den Frieden bedroht.

Vorprogrammierte Uneinigkeit

Ich kann Ihnen mit Sicherheit voraussagen, daß die meisten europäischen Staaten in wenigen Jahren uneinig sein werden. Die Uneinigkeiten werden so groß sein, daß Konflikte nicht mehr weit sind. Heute wird uns versprochen, daß die Vereinigung Europas den Völkern ermöglichen wird, ihre nationalen Unterschiede zu überwinden, alle rassischen, nationalen und ethnischen Widersprüche für immer zu begraben. Genau das Gegenteil wird eintreffen. Nach 73 Jahren Sowjetunion, in der wir eine glückliche Familie der Nationen hätten sein sollen, gab es mehr ethnische Konflikte als irgendwo sonst auf dem Erdball. Zur Zeit, sagt man uns, unsere Wirtschaft würde blühen, die Länder Europas würden als Folge der Vereinigung wirtschaftlich gestärkt und eine starke Konkurrenz für Amerika werden. Auch werde das vereinigte Europa für unsere wirtschaftlichen Interessen einstehen. Genau das Gegenteil wird passieren. Wir werden nicht nur arm, unfähig und überreguliert werden, sondern auch immer abhängiger von Amerika. Ich kenne diese Strategen so gut und ich kann so genau voraussagen, was passieren wird, daß ich ein sehr reicher Mann wäre, könnte ich nur jemanden finden, der mit mir wetten würde. Aber das tut keiner.

Der kommende GULAG in der EU

Kürzlich habe ich einem Freund in England eine Wette angeboten. Ich habe ihm gesagt, ich würde mit ihm um einen beliebigen Betrag wetten, daß es in einigen Jahren eine europäische Steuer geben werde, eine Spezialsteuer, um all diese teuren Strukturen zu bezahlen. Er glaubte mir nicht. Also bot ich ihm eine Wette an. Leider ging er nicht darauf ein. Sonst wäre ich innerhalb weniger Jahre ein reicher Mann. Auch andere Freunde in England sind mit meinem Vergleich nicht einverstanden; sie sagen, daß ja die Sowjetunion ohne Gulag nicht vorstellbar sei, und daß wir hier in Europa keinen Gulag hätten und wohl auch keinen bekommen würden. Auch hier muß ich widersprechen.

Wir haben bereits den Anfang eines GULAG. Als Anfang haben wir bereits den intellektuellen Gulag. Schon jetzt werden Menschen geächtet, verlieren ihren Arbeitsplatz und haben keine Möglichkeit mehr, ihre Meinung öffentlich zu äußern, nur weil sie in bestimmten Fragen von der offiziellen Linie abweichen, zum Beispiel bezüglich Themen wie Rasse, Frauen, Sexualität oder was auch immer, sogar bezüglich dem Rauchen. Aber das ist noch nicht das Ende.

Es wird einen Gulag geben. Lesen Sie den Vertrag von Nizza! In diesem Vertrag steht, daß eine europäische Polizei gegründet werden soll.

Der neue KGB – betrieben von der EU

Eine europäische Polizei! Das ist ein neuer KGB, den sie einrichten wollen. Diese Polizei soll unglaubliche Befugnisse bekommen – Befugnisse, die keine Polizei in irgendeinem Land Europas zur Zeit hat. Als erstes wird diese Euro-Polizei Immunität besitzen. Wie nett, nicht wahr! Ein Polizist, der Diplomat ist. Er kann kommen und mich zusammenschlagen, und ich kann ihn vor Gericht nicht anklagen. Wie nett! Solche Machtbefugnisse hatte nicht einmal der KGB.

Außerdem wird es keine feststehende Verfahrensweise geben; sie können dich in deinem Heimatland abholen und in irgendein europäisches Land bringen. Und es soll keine Möglichkeit der gerichtlichen Anhörung geben, bevor man ausgeliefert wird. Somit besteht kein Schutz durch irgendein nationales Recht, wenn diese Leute festlegen, daß du ein Krimineller bist.

Der kommende Zusammenbruch

Ich glaube, das sind genug schlechte Nachrichten. Ich komme nun zu den guten. Da es sich um eine Struktur handelt, die ich so gut kenne, kann ich Ihnen mit Sicherheit voraussagen, daß sie zusammenbrechen wird. Beim Zusammenbruch könnten wirtschaftliche Schwierigkeiten auftreten. Auch wird die Europäische Union ein Erbe von Unstimmigkeiten und Feindseligkeiten hinterlassen. Die Zeit nach ihrem Zusammenbruch wird nicht besonders angenehm sein. Aber die EU wird zusammenbrechen.

Eine weitere gute Nachricht ist, daß sie viel einfacher zu bekämpfen ist als die frühere Sowjetunion. Diese Leute sind schwächer, sie sind nicht stark. Sie sind auch nicht so skrupellos wie die Machthaber der Sowjetunion. Sie sind weniger erfahren als diese. Die meisten sind bloß Intellektuelle, die sehr gerne davon sprechen, wie sehr sie die Menschheit lieben. Ich kann Ihnen sogar sagen, wie Sie dieses Gebilde bekämpfen können. Denn das ist es, was wir in der Sowjetunion getan haben, und zwar mit Erfolg. Da wir von korrupten Eliten sprechen, sollten wir dieser Realität ins Auge sehen. Wir sprechen nicht über die eine oder andere Partei, über den einen oder anderen Teil der Gesellschaft. Nein, wir sprechen über die Korruption der Eliten in Europa.

Die einzige adäquate Antwort darauf ist eine Massenbewegung von der Basis her. Gehen Sie also zu den Universitäten und versuchen Sie, an jeder Universität in jedem Semester, in jeder Schule, überall, kleine Zellen aufzubauen. Die Jugend sollte nach vorne kommen, wir brauchen Massenbewegungen. Dann werden diese Leute in Brüssel keine Stärke haben und keine Antwort wissen. Sie können ja nicht einmal gegen das kleine Österreich etwas machen, das sich ihnen widersetzt. Alles, was sie konnten, war, irgendwelche dummen Sanktionen zu organisieren, die sie selbst innerhalb eines halben Jahres wieder rückgängig machen mußten. Das zeigt, daß diese Leute schwach, dumm und unfähig sind. Die meisten sind Bürokraten, und wenn wir eine wirkliche Volksbewegung nach vorne an die Kampflinie treten lassen, werden sie sehr schnell zusammenbrechen.

Als wir in den frühen sechziger Jahren unsere Bewegung gegen den Kommunismus in der Sowjetunion begannen, glaubte keiner von uns, daß er lange genug leben würde, um das Ende dieses Systems zu erleben. Wir hatten einen sehr mächtigen Feind: Den skrupellosen KGB, der jeden von uns jederzeit umbringen konnte. Doch heute stehen die Punkte zu unseren Gunsten! Sie sind tot, und wir leben. Ich bin überzeugt, daß Sie viel bessere Chancen haben, diese Reste der Sowjetunion in Europa zu überwinden, als wir sie damals vor vierzig Jahren hatten, im Kampf gegen die Sowjetunion.

Nachwort der Redaktion

Wladimir Bukowski hielt diesen Vortrag in Salzburg vor der EU-Abstimmung im Jahr 2000.

Bukowski war einer der bekanntesten sowjetischen Dissidenten. 1972 zu 12 Jahren Haft verurteilt, wurde er 1976 in den Westen ausgetauscht und lebt heute als Schriftsteller in Cambridge.

Schon diese wenigen biographischen Daten sind aufschlußreich. Bukowski mußte nur vier Jahre seiner Haft absitzen. Ein politischer Häftling wie Günter Deckert, zuerst zu zwei Jahren Haft verurteilt, mußte dann 6 Jahre absitzen, ohne daß irgend eine Regierung ihn freikaufte oder austauschte. Auch Ernst Zündel ist bereits seit 3 Jahren in Haft, und ein Ende ist nicht abzusehen. Worauf mag dieser Unterschied beruhen?

Bukowski hat einflußreiche Freunde, die seine Freilassung bewirken konnten. Er steht also durchaus nicht so außerhalb des Systems wie die allseits geächteten Revisionisten. Das zeigt sich auch in anderen Dingen: Bukowski hat sich mit dem Oligarchen Berezowski alliiert und ihn vor den Folgen eines internationalen Haftbefehls und der russischen Strafjustiz gerettet, indem er – zusammen mit Lord Bell – für Berezowski in Großbritannien gebürgt und eine Kaution von 100.000 Pfund hinterlegt hat.

Desinformation wirkt am besten, wenn sie sich eng an die bekannten Tatsachen anlehnt und diese nur in ein paar Details umbiegt, oder in die letzten Schlußfolgerungen einen „Dreh“ einbringt, um so eine andere Stoßrichtung zu bewirken. Bukowskis Analyse sollte auch unter diesem Aspekt betrachtet werden.

War den Machthabern im Ostblock die „samtene Revolution“ wirklich aus dem Ruder gelaufen – oder waren in Wirklichkeit die Ostblockregierungen selbst einer „höheren“ Macht aus dem Ruder gelaufen, so daß sie ersetzt werden mußten? Die Antwort ergibt sich aus folgender Frage: Hat die Einverleibung der „DDR“ durch die BRD-OMF nicht eben verhindert, daß sich die Mitteldeutschen wirklich befreien konnten?

1989 wurde nur eine Demarkationslinie zwischen den Besatzungszonen entfernt – „Trizonesien“ wurde zu „Vierzonesien“ – so, wie 1949 die Bizone mit der französischen Besatzungszone vereinigt wurde. Hat das Deutschland souveräner gemacht, hat das dem Deutschen Reich mehr Handlungsvollmacht gegeben?

Die EU als Hyper-(Sowjet-)Staat hat Bukowski richtig gezeichnet, aber dieses Monster wird kaum von selbst zerfallen. Welche Opposition wünscht sich nicht Massenproteste – doch Vorsicht: werden solche Protestbewegungen (Farbe Orange!) nicht gerade von Oligarchen wie Berezowski bezahlt, gesteuert – und damit wirkungslos gemacht?

Der naive Deutsche neigt nicht zu Planspielen auf dieser hohen Ebene – das gilt für die meisten Nationalen ganz besonders. Aber wir kommen nicht darum herum, uns diesbezüglich Gedanken zu machen.

Holocaust-Justiz verläßt das sinkende Schiff „Offenkundigkeit“

Von Horst Mahler

Der Prozeß gegen Ernst Zündel wegen Leugnung des Holocausts ist schon im Ansatz gescheitert. Die 6. große Strafkammer des Landgerichts Mannheim hat die Flucht ergriffen: die am 8. November 2005 begonnene Hauptverhandlung wurde am zweiten Verhandlungstag, am 15. November 2005, auf unbestimmte Zeit vertagt.
Unter dem Druck der auf Germar Rudolfs „Vorlesungen über den Holocaust“ gestützten Beweisanträge ist der von den Holocaust-Juristen aufgeschüttete Damm der „Offenkundigkeit des Holocausts“ gebrochen. Vor der hereinbrechenden Flut überzeugend belegter Gegenbeweise haben sich die Mannheimer Richter auf einen hohlen Baum gerettet, der schon bald entwurzelt und fortgespült werden wird. Das ist der Sieg des Revisionismus. Die Wunde, die er der Lüge geschlagen hat, ist brandig geworden.

Was ist geschehen?

Am ersten Tag der Hauptverhandlung gegen Ernst Zündel verkündete die 6. Große Strafkammer des Landgerichts Mannheim ihren Beschluß vom 7. November 2005. Darin heißt es: „Dieser Völkermord (der ‚Holocaust‘) wird in § 130 III StGB tatbestandlich vorausgesetzt (BGHSt 47, 278), so daß sich jede diesen Umstand leugnende Beweiserhebung verbietet.“ Entgegen dessen Wortlaut soll künftig § 130 Absatz 3 StGB-BRD wie folgt gelesen werden:

„Zu bestrafen ist, wer öffentlich bekennt,
daß er nicht an den Holocaust glaube.“

Aber auch diese Lesart erübrigt nur scheinbar alle Debatten zu der Frage, ob der Holocaust wirklich stattgefunden hat oder nicht, ob er „offenkundig“ ist oder noch des Beweises bedarf. Zwar braucht der Tatrichter – um verurteilen zu können – jetzt nicht mehr überzeugt zu sein, daß es ihn gegeben habe. Ja, er kann sogar vom Gegenteil, daß es ihn nicht gegeben habe, überzeugt sein und muß dennoch wegen Leugnung verurteilen. Der Kunstgriff, mit der Behauptung der „Offenkundigkeit“ den Holocaust als festgestellte Tatsache in das Urteil zu schmuggeln, ist entbehrlich geworden.

Anträge der Verteidigung, die die Offenkundigkeit in Frage stellen, wären aber dennoch nicht völlig ungeeignet, zur Entlastung eines angeklagten Holocaustleugners beizutragen. Für die Strafzumessung müßte es weiterhin von Bedeutung sein, ob die Absage an die Holocaustreligion aus einem „reinen Herzen“ aufsteigt, oder wahrheitsfeindlicher Gesinnung entspringt.

Die neue Lesart macht entsprechende Beweisanträge mithin nicht zu verteidigungsfremdem Verhalten.

Die Argumentation der Mannheimer Richter und des Bundesgerichtshofes hat zudem einen Haken: Jene Anordnung ist strukturgleich mit dem Befehl der Inquisition:

„Als Ketzer dem Feuertod ist zu überantworten, wer bekennt, daß er nicht an die Lehren der alleinseligmachenden Katholischen Kirche glaube.“

Die europäische Menschheit hat schon vor Jahrhunderten erkannt, daß derlei Befehle kein Recht sind. Überzeugung und Glaube sind freie Seinsweisen des objektiven Geistes. Sie gehorchen keinem Willen. Und der Geist ist frei nur, indem er sich äußert, sich bekennt. Recht ist das Dasein der Freiheit selbst. Es kann dem Begriffe nach niemals gegen die Freiheit gekehrt sein.

Wer die im Bekennen einer Überzeugung erscheinende Freiheit mit strafbewehrten Befehlen zu reglementieren versucht, wird selbst so enden, wie nach gesundem Volksempfinden Gewaltherrscher zu enden haben, an deren Händen das Blut der Völker klebt.

Ja, genau darum geht es: nicht um Rechtsbeugung in einem einzelnen Fall, nicht um Nötigung im Amt, nicht um Freiheitsberaubung geht es. Es geht um Völkermord, um den Seelenmord am Deutschen Volk.

Die Mannheimer Richter machen sich zu Gehilfen dieses Verbrechens.

Es wird hier die Rolle kenntlich, die die von der Fremdmacht eingesetzten Richter der Revisionsgerichte zu spielen haben: Diese haben durch entsprechende Judikate für das „gute Gewissen“ der in den Tatsacheninstanzen richtenden Juristen zu sorgen, die längst das eigene Rechtsdenken verlernt haben und nur noch blind nachvollziehen, was ihnen sogenannte Oberrichter vorkauen.

Die Behauptung des Bundesgerichtshofes, der Holocaust in der Lesart der Feindpropaganda sei „tatbestandlich“ dem § 130 Abs. 3 StGB-BRD „vorausgesetzt“, erweist sich schon bei erstem Hinsehen als eine freche Lüge.

Im Tatbestand des Holocaustmaulkorbs (§ 130 Abs. 3 StGB-BRD) ist von „Leugnen“ die Rede. „Leugnen“ bedeutet, „die Wahrheit von etwas für falsch zu

erklären“ (vgl. *Etymologisches Wörterbuch des Deutschen*, Akademie Verlag, Berlin 1993).

Die Wahrheit dessen, was geleugnet worden sein könnte, ist dadurch unmittelbar ein Tatbestandsmerkmal, das genau aus diesem Grunde dem Tatbestand nicht vorausgesetzt sein kann. Es muß also, wenn wegen Leugnens verurteilt werden soll, die Wahrheit dessen, was im Leugnen für falsch erklärt wäre, festgestellt sein.

Den „Bundesrichtern“ darf keinesfalls das Maß an Dummheit zugestanden werden, das die Einsicht in einen so einfachen Gedanken verhindern könnte.

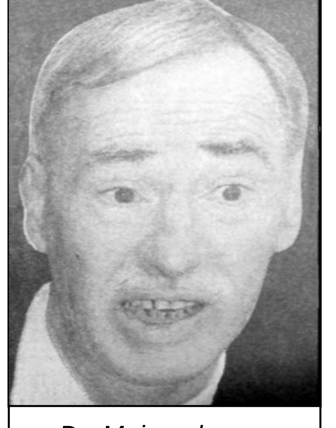
Sie haben also – das liegt auf der Hand – bewußt die Unwahrheit gesagt.

Was heißt das?

Die Holocaustrichter halten sich nicht mehr an das, was sie als Gesetz ansehen. Sie setzten vielmehr ein von der Fremdmacht gewünschtes Ergebnis voraus und machen dieses begründbar, indem sie den Wortlaut der erhaltenen Befehle so biegen, daß er jenes Ergebnis deckt.

Sie mißachten offen die mit Artikel 20 Absatz 3 Grundgesetzt begründete Selbstbindung der Fremdmacht. Diese hat in diesem Grundgesetzartikel zugesagt, die Rechtsprechung „an Recht und Gesetz“ zu binden.

Die Verteidigung von Ernst Zündel wird den Mannheimer Richtern jetzt wohl genau das in aller Öffentlichkeit vorbuchstabieren. Danach werden die Deutschen, die noch Deutsche sein wollen, wissen, daß der Zündelprozeß ein Scheinprozeß ist und in Deutschland der Rechtsstaat, die Blüte der politischen Freiheit, verendet ist; daß statt dessen hier Unrecht, Lüge und Gewalt herrschen.



Dr. Meinerzhagen

Von Anfang an stand im Mittelpunkt des Prozeßgeschehens die Verteidigungsschrift vom 18. Oktober 2005, die die vom Gericht bestellte Verteidigerin, Rechtsanwältin Sylvia Stolz, Wochen vor Beginn der öffentlichen Hauptverhandlung dem Gericht vorgelegt hatte mit dem Antrag, das Verfahren gegen Ernst Zündel wegen fehlender Rechtsgrundlage einzustellen bzw. auszusetzen bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Frage, ob § 130 Abs. 3 StGB-BRD (Volksverhetzung durch Leugnung des Holocausts) mit dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland – hier insbesondere mit Artikel 5 (Gewährleistung der Meinungsäußerungsfreiheit) – vereinbar sei.

Der Inhalt dieser Schrift hat das Gericht in Panik versetzt. Mit ihm habe – so der Vorsitzende Richter Dr. Meinerzhagen – die Verteidigerin den Beweis geliefert, daß sie nicht – wie von ihr erwartet – für einen reibungslosen und zügigen Verlauf der Hauptverhandlung garantiere. Das Gericht hat angekündigt, die Verlesung dieser Schrift und der darin angekündigten Beweisanträge unter allen Umständen durch energisches Handeln verhindern zu wollen.

Was hat es nun mit der Verteidigungsschrift vom 18. Oktober 2005 auf sich?

Diese ist in ihrer Substanz identisch mit der Schutzschrift, die ich vor einigen Monaten gegen zwei mich selbst betreffende Anklagen wegen Leugnung des Holocausts der Staatsschutzkammer des Landgerichts Berlin und einer großen Strafkammer des Landgerichts Potsdam vorgelegt habe. Sie ist schon vor Monaten über e-Postverteiler veröffentlicht worden. Sie steht jedem frei zur Verfügung – also auch der Verteidigung von Ernst Zündel. In ihr sind die Grundlinien für die Verteidigungsstrategie in Holocaustprozessen wie folgt dargestellt:

Carlo Schmid: Das Deutsche Reich besteht fort

1. Ausgangspunkt ist die von dem Völker- und Staatsrechtslehrer Prof. Dr. Carlo Schmid am 8.9.1948 vor dem Parlamentarischen Rat gehaltene Grundsatzrede „Was heißt eigentlich ‚Grundgesetz?‘“.

Darin wird gezeigt, daß das Deutsche Reich als Völker- und Staatsrechtssubjekt fortbesteht und die „Bundesrepublik Deutschland“ kein Staat ist, sondern nur eine von den westlichen Siegermächten dem wehrlosen und handlungsunfähigen Deutschen Reich aufgezwungene „Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft“ (OMF). Diese verstoße gegen das völkerrechtliche Interventionsverbot (Art. 43 Haager Landkriegsordnung). Daraus folge – so Carlo Schmid –, daß das Grundgesetz und die auf seiner Grundlage geschaffenen Organe und „Gesetze“ für das Deutsche Reich und seine Bürger keinerlei rechtliche sondern nur eine rein tatsächliche Bedeutung hätten.

Die Verteidigerin verweist darauf, daß sogar das Bundesverfassungsgericht – selbst ein Organ der Fremdherrschaft – in ständiger Rechtsprechung den Standpunkt vertrete, daß das Deutsche Reich 1945 nicht untergegangen sei, sondern fortbestehe. Damit stelle sich die Frage, in welchem Verhältnis die Bundesrepublik Deutschland zum Deutschen Reich stehe.

Das Marionettenregime OMF-BRD – so wird unter Bezugnahme auf den Völkerrechtslehrer Friedrich Berber gefolgert – sei nicht einmal als „de-facto-Regierung“ des Deutschen Volkes anzuerkennen. Vielmehr sei es ausschließlich ein Organ der

Fremdherrschaft. Alle vom Deutschen Bundestag beschlossenen Gesetze seien null und nichtig.

Insbesondere erweise sich, daß § 130 Abs. 3 StGB-BRD kein Gesetz im Sinne geschriebenen Rechts, sondern lediglich der Befehl der Fremdmacht an die Deutschen sei, den am Deutschen Volk mit der „Auschwitzkeule" verübten Seelenmord widerstandslos hinzunehmen. Das gesetzte Recht sei nichts anderes als der allgemeine – in diesem Sinne vernünftige – Wille eines Volkes. Der Wille eines Volkes aber sei auf Selbsterhaltung und Selbstbestimmung – also auf Freiheit gerichtet. Niemand könne ernsthaft annehmen, daß es der Wille des Deutschen Volkes sei, sich in aufgezwungenen Schuldgefühlen zu suhlen und dadurch seine Selbstvernichtung zu betreiben.

Die auf dem Boden des Deutschen Reiches errichtete Fremdherrschaft sei das Mittel zur Erreichung des Kriegszieles Nr. 1 der feindlichen Hintergrundmacht, wie es zwischen Stalin und Roosevelt vereinbart worden sei: Das Deutsche Volk soll durch Beseitigung seiner rassischen Geschlossenheit vernichtet werden.

Aus dem Wesen dieses Zieles folge notwendig, daß die Maßnahmen zu seiner Erreichung erst nach der militärischen Wehrlosmachung des Deutschen Reiches durch eine langdauernde verdeckte (talmudische) Besetzung Deutschlands in Angriff genommen werden konnten.

Die Fremdherrschaft sei vermittelt durch eine als solche nicht ohne weiteres erkennbare Marionettenregierung sowie durch eine an den Deutschen vollzogene völkerrechtswidrige Gehirnwäsche – „Umerziehung" genannt. Deren Erfolg beruhe auf dem gewaltigen Schuldkomplex, der mit der Holocaustreligion im Deutschen Volk erzeugt worden sei.

Offenkundigkeit des Holocaust nicht dokumentiert

2. Die Anordnung, den „Holocaust" nicht zu leugnen (§130 Abs. 3 StGB-BRD), ist entsprechend der Deutschen Gesetzeslehre so konstruiert, daß ein Schuldspruch aus dieser Bestimmung den Nachweis voraussetzt, daß der „Holocaust" – so wie ihn die Greuelpropaganda gegen das Deutsche Volk behauptet – wirklich stattgefunden habe. Die Gerichte haben bisher eine diesbezügliche Beweisaufnahme abgelehnt mit der Behauptung, daß der Holocaust „offenkundig" sei und deshalb eines Beweises nicht bedürfe. Gegen diese Verschanzung des Feindes sind in der Verteidigungsschrift vom 18. Oktober 2005 zwei Angriffssäulen aufgebaut. Zielpunkte derselben sind:

a) die Prüfung der Frage, wie die vermeintliche Offenkundigkeit denn entstanden sein soll. „Offenkundigkeiten" im Sinne des strafprozessualen Beweisrechts fallen nicht vom Himmel. Literatur und Rechtsprechung haben Kriterien entwickelt, nach denen zu beurteilen ist, wie sich das Werturteil (die Meinung) „Das Ereignis X ist offenkundig" bezüglich bestimmter zeitgeschichtlicher Ereignisse als allgemeine Überzeugung in Raum und Zeit herausschält. Es wird in der Schrift der Nachweis angekündigt, daß unter Berücksichtigung dieser Kriterien die Entstehung der Offenkundigkeit des Holocausts lediglich vorgetäuscht worden sei.

In diesem Zusammenhang wird auf die von den Feinden des Reiches entwickelten Technologien zur Bewußtseinskontrolle verwiesen, die es ermöglichen, die von der Plutokratie beherrschte Bewußtseinsindustrie als Kriegswaffe gegen das Deutsche Volk einzusetzen. Im Mittelpunkt dieser Waffenentwicklung steht die Erkenntnis, daß man mit geeigneten Mitteln fast alle Menschen dazu bringen kann, fast alles zu glauben, wenn es gelingt, ihnen zu suggerieren, daß fast alle anderen es glauben.

Revisionisten haben „Offenkundigkeit" zerstört

b) die Beweisführung, daß die „Offenkundigkeit des Holocausts", wenn sie denn je bestanden haben sollte, durch die Ergebnisse der revisionistischen Geschichtsforschung restlos zerstört wäre, und die Holocaustjustiz in den Versuch verstrickt ist, den Glauben an den Holocaust mit Gewalt im Gewande des Rechts als religiöses Dogma durchzusetzen bzw. aufrecht zu erhalten.

Einmal angenommene „Offenkundigkeiten" können – wie unlängst der Petitionsausschuß des „Deutschen Bundestages" in einem Entschließungsentwurf auch für die vermeintliche Offenkundigkeit des Holocausts hervorgehoben hat – erschüttert werden mit Beweisanträgen, die neue Erkenntnisse der Geschichtsforschung thematisieren. Die als Holocaust-Leugner angeklagten Personen – so argumentiert der Petitionsausschuß – seien durch nichts gehindert, derartige Beweisanträge in der Hauptverhandlung zu stellen.

Die Mannheimer Strafkammer kennt nun Germar Rudolfs „Vorlesungen über den Holocaust". Zum ersten Male werden darin alle wesentlichen Erkenntnisse der revisionistischen Geschichtsforschung gut belegt und in geraffter Form dargestellt. Vorher konnten immer nur einzelne tatsächliche Aspekte des behaupteten Holocaustgeschehens widerlegt werden. Es schien immer noch möglich zu bleiben, ernsthaft die Meinung zu vertreten, daß der Holocaust dennoch – wenn nicht so, dann eben anders – in der Wirklichkeit stattgefunden habe. Erst das Buch von Germar Rudolf ermöglicht es jetzt, aus dem Extrakt des Revisionismus schöpfend die Reliquien und Heiligenbilder der Holocaustreligion mit überwältigenden Argumenten zu vernichten.

Wie steht die Partie?

Den Mannheimer Richtern ist bewußt, daß im weiteren Verlauf des Prozesses gegen Ernst Zündel die Offenkundigkeit des Holocausts von der Verteidigung öffentlich „geschreddert" werden wird. In einem Anfall

von Rechtsblindheit haben sie – schriftlich – angekündigt, das mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln verhindern zu wollen. Es bekümmert sie offensichtlich wenig, daß sie sich damit offen dem Petitionsausschuß des Bundestages entgegenstellen.

Aber welche Mittel stehen ihnen zur Verfügung?

Die Verteidiger sind als „selbständiges Organ der Rechtspflege“ nicht der Jurisdiktion des Gerichts unterworfen, sondern diesem gleichgeordnet. Das Recht, Beweisanträge zu stellen, ist die Seele der Verteidigung. Dieses Recht, das zugleich eine Pflicht ist, kann den Verteidigern nicht genommen werden – auch nicht unter dem Vorwand, daß das Gericht diese Tätigkeit für strafbar hält.

Man darf gespannt sein, ob das Gericht sich zur Ausübung körperlichen Zwanges gegen die Wahlverteidiger hinreißen lassen und diese von Gerichtsdienern aus dem Verhandlungssaal tragen lassen wird. Die Verteidiger unterstehen nicht der Ordnungsstrafgewalt des Gerichtsvorsitzenden. Das Gericht ist nicht einmal befugt, die prozessualen Handlungen der Verteidiger zu beurteilen oder gar zu kritisieren.

Sollte sich die Mannheimer Justiz dazu versteigen, gegen die Wahlverteidiger mit vorläufigen Berufsverboten vorzugehen, müßte sie wohl mit einem Eingreifen des Bundesverfassungsgerichts rechnen, das im Wege der einstweiligen Anordnung eine solche Maßnahme suspendieren könnte. Dabei könnte von Karlsruhe auf geschickte Weise eine breite Diskussion über die Vereinbarkeit von § 130 Abs. 3 StGB mit Artikel 5 GG angestoßen werden.

Der wahre Grund von „Antisemitismus“

3. Es wird schließlich unter Bezugnahme auf einen dem Gericht vorgelegten, 540 Seiten umfassenden Sammelbeweisantrag zur Judenfrage die Erhellung des heilsgeschichtlichen Hintergrundes der Holocaustreligion angekündigt. Diese wird dadurch als das ideologische Fundament der Jüdischen Weltherrschaft kenntlich gemacht werden.

Ausgangspunkt ist dabei die Beobachtung, daß im Raum der öffentlich geäußerten Meinungen „Antisemitismus“ stets nur als eine vorhandene Geisteshaltung behauptet und als das absolute Verbrechen denunziert wird. Wie und warum das Vorhandene entstanden sei – ist eine verbotene Frage.

Daß alles, was erscheint, einen Grund hat, wird in bezug auf die Feindschaft gegen Juden aus dem Bewußtsein verdrängt. Wir Deutsche sollen meinen, daß es unsere Gene seien, die feindliche Gefühle gegen Juden erzeugen. Die Frage nach dem wahren Grund des „Antisemitismus“ wird selbst schon als ein schweres Verbrechen (Volksverhetzung) geahndet.

Mit der Verteidigungsschrift vom 18. Oktober 2005 wird auch dieses Tabu gebrochen. Notwendigerweise, weil die religiösen Antriebe zur Installierung und Verteidigung des Holocaustmythos anders nicht begriffen – also auch nicht überwunden – werden können.

Mit der Abarbeitung der zahlreichen Beweisanträge wird der Judenheit der Heiligenschein des „ewigen Opfervolkes“ genommen werden. Israel, das Auserwählte Volk des Alten Testaments, wird danach in einem völlig veränderten Licht erscheinen: als Räuber und Mörder „von Anfang an“ (Joh 8, 44 f.) im Auftrag Jahwes getreu seiner Verheißung, daß alle Völker Israel dienen und jene, die sich nicht versklaven lassen, umgebracht werden sollen (Jes 60, 10–12).

Aber zugleich wird im Lichte der Hegelschen Geschichtsphilosophie über alle bisherigen Deutungen des Judentums hinausgegangen werden. Die als „Globalisierung“ talmudisch verstellte Judenherrschaft wird einsichtig gemacht werden als notwendiger Impulsgeber für das Herausdenken der Freiheit – als Einheit der Freiheit sowohl des Einzelnen als auch der Freiheit des Gemeinwesens. Der „Kreuzzug für Menschenrechte und Demokratie“ wird durchschaubar werden als Propaganda für Mammonismus und zur Verschleierung von Lüge, Heuchelei, Betrug, Raub und Mord (vgl. dazu 5. Mose 15, 6 und 28, 12–14; Jes 34, 2–3, auch Joh 8, 44). Es wird daran erinnert werden, daß schon in den 20er Jahren der Autobauer Henry Ford in einer umfassenden wissenschaftlichen Arbeit den „Internationalen Juden“ als den Herrscher im „Global Village“ identifiziert hatte.

Der Deutsche Volksgeist erkennt, daß die Zersetzung der Völker durch das Judentum erst das Element der Freiheit schafft: das Individuum als den elenden vereinzelten Einzelnen. Dieser sucht – um dem sozialen Kältetod zu entgehen – jetzt sein Heil in der Rückbesinnung auf die Volksgemeinschaft, die dadurch erst ihr Selbstbewußtsein, die Einsicht in ihre Notwendigkeit, erlangt. Das Individuum erlangt seine Würde als Person in der aus der Not geborenen Einsicht, Teil eines Ganzen zu sein. Für das vom Individuum jetzt als Not-wendend erlebte Ganze – für das eigene Volk – stellt sich ein Gefühl der Verantwortung und Liebe ein. Den Vorschein der selbstbewußten Volksgemeinschaft hatte der Deutsche Volksgeist im Deutschen Reich unter Adolf Hitler als „Wohlfühldiktatur“ und „Regime der sozialen Wärme“ (DER SPIEGEL Nr. 10/2005 S. 56) vor sich gebracht, aber noch ohne wahrhafte Einsicht in die heilsgeschichtliche Rolle des Judentums.

Erst jetzt wird das Judentum erkannt werden als Negativ der Volksgemeinschaft, als „Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.“ (Goethe, Faust Teil I).

Diese Kraft der Negativität gehört zur Weltgeschichte als Gang Gottes zu sich selbst wie der Nordpol zum Südpol gehört.

Darin liegt die Anerkennung des Judentums als Weggenosse und Knecht Gottes. Aus dieser Erkenntnis erwächst der Gedanke, daß das Leben der Juden geheiligt ist: Sie sind nicht Verderber des Heils, sondern das dialektische Ferment zu seiner Vollbringung.

Nur wenn beide Momente – die Entlarvung der Auschwitzlüge und die Entzauberung des Auserwählten Volkes – zu einem geistigen Leben erweckt werden, wird das Deutsche Volk in Freiheit auferstehen und sich wieder als Reich setzen.

Mit dieser Einsicht ist – wenn sie zur allgemeinen wird – die Macht Alljudas gebrochen.

Der „Rechtsstaat“ erweist sich als Attrappe!

Die Völker haben allen Grund, dem Zündel-Prozeß mit Aufmerksamkeit zu folgen. Der Jüdische Volksgeist arbeitet daran, die Inquisition auferstehen zu lassen und die Welt erneut einem Glaubenszwang zu unterwerfen.

Jetzt werden die Grundlagen der politischen Freiheit, also auch des Rechtswesens, von unseren Feinden zertrümmert. Indem das deutlich und mit Händen greifbar wird, läuten dem „System“ die Totenglocken, die auf breiter Front den Geist der Freiheit aus seinem Narkoseschlaf wecken, in den er durch die Niederlage des Deutschen Reiches gefallen war.

Das alles ist nicht verwunderlich. Man muß sich nur gegenwärtig halten, daß wir es hier nicht mit Justizgewährung, d.h. mit Rechtsanwendung auf den Einzelfall, zu tun haben, sondern mit Ausübung von feindlicher Willkür durch die Vasallen einer Fremdmacht. Es ist das Wesen der Feindschaft, so und nicht anders zu handeln.

Erstaunlich ist nur, daß die Deutschen, die es noch sein wollen, auch noch 60 Jahre nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht das mit sich machen lassen; daß sie so gänzlich die nationale Ehre preisgegeben haben und seelenruhig den Mord an ihrem Volk geschehen lassen. Der Ketzerprozeß gegen Ernst Zündel wird zum Meilenstein auf dem Wege zur Befreiung Deutschlands.

Die bereits beschlossene Verurteilung Ernst Zündels zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe muß der Welt als das Verbrechen bewußt werden, das sie ist: als Absicherung des Jüdischen Seelenmordes am Deutschen Volk und damit zugleich als Beitrag zur Vernichtung aller nichtjüdischen Völker, die als geschichtliche Völker eine Bedeutung haben.

Es ist eine notwendige Bedingung für die Begründung, Festigung und Erhaltung der talmudische Weltherrschaft, daß der Seelenmord am Deutschen Volk diesem nicht als Seelenmord bewußt wird. Es liegt in unserer Hand, der Judenheit diese Bedingung ihrer Herrschaft zu nehmen.



Sylvia Stolz und Horst Mahler

Das ist der tiefere Grund, warum das Mannheimer Gericht vor Sylvia Stolz die Flucht ergriffen hat. Diese hat angekündigt, daß sie ungeachtet der gegen sie persönlich gerichteten Drohungen des Gerichts in der Hauptverhandlung die entsprechenden Beweisanträge verlesen werde. Sie sei entschlossen – wenn es sein muß – um der Wahrheit willen den Gang in die Gefängnisse der Fremdherrschaft anzutreten.

Kleinmachnow, 17. November 2005

Wir können euch nicht zwingen, Recht zu sprechen,
aber wir können euch zwingen,
immer deutlicher Unrecht zu begehen!

In Memoriam

Nachruf

Plötzlich und unterwartet verschied am 9.12.2005

die Offenkundigkeit des Holocaust

Die Verstorbene war ein Kind des Internationalen Militärtribunals und erblickte 1945 das Licht der Welt (das genaue Geburtsdatum ist nicht bekannt.)

Schon seit Beginn ihres Lebens litt sie an einer Erbkrankheit, so daß sie sich nicht im Freien aufhalten und ihr Leben nur fristen konnte, solange sie umgeben war von einer Atmosphäre mit einem bestimmten Mindestgehalt an Schwindel und Lüge.

Ein sich schon seit längerer Zeit anbahnender Klimawechsels machte der Verstorbenen schwer zu schaffen. Zu Beginn des Zündel-Prozesses war sie sogar ins Koma verfallen.

Aufgrund ihres schlechten Gesundheitszustands veranlaßten verschiedene Gruppen, die am Überleben der Offenkundigkeit interessiert waren, ihre rasche Einweisung ins Krankenhaus.

Dort wurde die jetzt Verstorbenen auf der Intensivstation künstlich ernährt und beatmet. Zur Lebensverlängerung diente ein eigens für sie in der BRD fabriziertes Schutzzelt vom Typ „StGB 130“.

Dennoch verschlechterte sich der Zustand der Offenkundigkeit zuletzt dramatisch. Durch den Wirbelsturm Verity, der sich am 8.12.05 bei der Rede des iranischen Staatspräsidenten Mahmud Ahmadinedschad erhob, wurden Keime des Pflänzchens Wahrheit verbreitet und begannen allerorts zu sprießen, was den atmosphärischen Gehalt an Gaswahrheit drastisch erhöhte.

Der sinkende Konzentration der für die Offenkundigkeit überlebenswichtigen Gaslüge ließ sofort eingeleiteten Wiederbelebungsversuche erfolglos bleiben.

Die Ärzte sahen sich außerstande, die Patientin weiter am Leben zu halten.

Auch die Juristen konnten nur noch den Tod feststellen.

Die trauernden Hinterbliebenen

Schuld- und Sühne-Politiker der BRD-OMF

Der Zentralrat der Dauerkassierer

Staatsanwälte und Richter, denen die Verstorbene ihr täglich Brot gesichert hat

Ein Termin für die Trauerfeier steht noch nicht fest, da die Leiche zur Feststellung der Todesursache obduziert und zu diesem Zweck an den Staat Israel ausgehändigt wird.

Das Reizvollste aus den Zündel-Briefen

Zusammengestellt von Andreas Grossmann

Die Redaktion freut sich immer, wenn sie neue Mitarbeiter in ihren Reihen begrüßen kann. Wir möchten hier unseren Lesern Staatsanwalt Andreas Grossmann vorstellen, ein Maiglöckchen des Jahrgangs 1951, der viel Zeit darauf verwendet hat, die nachfolgende Sammlung der markigsten Zündel-Zitate zu erstellen.

Andreas Grossmann arbeitet bei der Staatsanwaltschaft des LG Mannheim. Um nicht berufliche Nachteile zu riskieren, muß er natürlich vorsichtig sein und darf keinerlei Beifall zu den Erkenntnissen von Ernst Zündel zum Ausdruck bringen. Er hat daher die Zündel-Leckerbissen unter dem Vorwand einer rechtlichen Würdigung in Form einer „Anklageschrift" zusammengestellt.

Wir bitten unsere Leser, einige dadurch bedingte Formulierungen zu entschuldigen, die normalerweise als Beleidigung von Ernst Zündel, wenn nicht gar als Vortäuschen einer Straftat gewertet werden müßten. Wir nehmen dies in Kauf, weil wir es begrüßen, daß die Worte von Ernst Zündel nun auch von behördlicher Seite verbreitet werden.

Die Staatsanwaltschaft legt dem Angeschuldigten folgenden Sachverhalt zur Last:

Blablablabla

In seinen Botschaften und Schriften habe er – häufig unter zusätzlichen Hinweisen auf im Internet abrufbare weiterführende revisionistische Literatur und Verkaufswerbung für Hitlers „Mein Kampf" – jeweils bewusst der historischen Wahrheit zuwider, unter Identifizierung mit den nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen, in pseudo-wissenschaftlicher Art, getragen von den Tendenzen, den Nationalsozialismus von dem Makel des Judenmordes zu entlasten, gesteigert und intensiv auf die Sinne und Leidenschaften der Leser einzuwirken, unter Leugnung des von den nationalsozialistischen Machthabern geplanten Vernichtungsschicksals der Juden, blablabla

der Leugnung der Existenz von Gaskammern zur Massentötung von Juden, blablabla

unter der Verunglimpfung der Überlebenden des Völkermordes und des Andenkens während der Massenvernichtung ermordeter Juden, blablabla

unter der Behauptung, die Massenvernichtung stelle eine Erfindung der Juden dar und diene der Unterdrückung sowie Erpressung des deutschen Volkes, … unter anderem folgendes ausgeführt:

1. Zundelsite vom Februar / März 2003

a) Dokument „Holocaust 101" (Bd.'7, Bl. 1ff = Bd. 12.5, Bl. 8 ff)

Part I – Behauptung der Revisionisten:

- Der Holocaust ist nutzbringende Nachkriegspropaganda, die als eine systematische, heimtückische Kampagne während des Zweiten Weltkrieges begann, als eine der Strategien der Hochfinanz, Truppen zusammenzuziehen und die Welt, insbesondere Amerika, in einen Krieg hineinzuziehen, der, wie sich herausstellte, im Grunde ein Bruderkrieg war.

Part II – Behauptung der Revisionisten:

- Es gibt keinen Beweis dafür, dass der Holocaust, so wie er von der Holocaust-Promotion-Lobby und der extrem politisierten Hollywood-Filmindustrie dargestellt wird, tatsächlich stattgefunden hat.

Part III – Behauptung der Revisionisten:

- Die Zahl der „Holocaust"-Opfer ist in unverantwortlicher Weise übertrieben worden.

Part IV – Behauptung der Revisionisten:

- Die offizielle Politik des Dritten Reiches gegenüber den Juden war Emigration, nicht Ausrottung.

Part VI – Behauptung der Revisionisten:

- Zyklon B war ein Entlausungsmittel. Es war für einen Massenmord ungeeignet.

Part VII – Behauptung der Revisionisten:

- Zyklon B ist hochgiftig. Damit wäre es töricht und kontraproduktiv gewesen, Arbeitskräfte des Dritten Reiches zu gefährden, indem man sie angeblich Leichen aus den Gaskammern ziehen ließ, kurz nachdem diese „vergast" wurden.

Part VIII – Behauptung der Revisionisten:

- Dem amerikanischen Hinrichtungsexperten Fred Leuchter gelang ein wissenschaftlicher Durchbruch, indem er bewies, dass die sogenannten Gaskammern von Auschwitz nicht für ihren angeblichen Zweck hätten benutzt werden können.

- Leider brauchte es eine leichtgläubige, systematisch falsch erzogene Bevölkerung, so wie wir sie heute haben, verbunden mit rückhaltloser Gehirnwäsche durch die korrupte Systempresse, um die Lüge über Jahrzehnte so zu verbreiten, wie sie verbreitet worden ist (Bd. 7, Bl. 13).
- Aber selbst während des Krieges wussten die Führer der alliierten Nationen, …, dass keine organisierten Massenmorde durch Vergasungen oder irgendwelche anderen Mittel in diesen Lagern stattfanden … es fanden keine Vergasungen von Menschen statt – nur von Läusen! (Bd. 7, Bl. 13).
- Die Alliierten und der Papst mussten also nicht bestreiten, was nicht stattfand – außer in den kranken Hirnen der Zionisten, die auf dem einmaligen „Opferstatus" herumritten – für die Gründung des Staates Israel und politische Vorteile nach dem Krieg (incl. massiven deutschen Wiedergutmachungszahlungen), für die die Anschuldigung des Völkermordes an den Juden gebraucht wurde … die Zionisten brauchten eine Verurteilung, um das Schuld-Geld aus der von den Alliierten eingesetzten Regierung herauszuziehen (Bd. 7, Bl. 14).
- Revisionisten entgegnen aber, dass es keine Staatspolitik gegeben hat, die den „Massenmord an den Juden" oder an anderen unerwünschten Minderheiten gefordert hat (Bd. 7, Bl. 15).
- Das Zahlenspiel um die angeblichen jüdischen Verluste ist in der Tat ärgerlich (Bd. 7, Bl. 18).
- Um die alte Leier vom „Protokoll der Wannsee-Konferenz" (vom 20.01.1942), in dem angeblich die Pläne der Nazis zur „Ausrottung der europäischen Juden" skizziert sind, zu produzieren, braucht es schon einige Dreistigkeit (Bd. 7, Bl. 19).
- Die deutsche Regierung könnte die Lagerdokumente überprüfen … warum wird das nicht getan? Eine naheliegende Vermutung ist, dass dann der ganzen Welt offenbart würde, dass falsche Wiedergutmachungsforderungen gestellt wurden, und dass schon seit langer Zeit Milliarden bezahlt und betrügerisch abkassiert werden (Bd. 7, Bl. 21).
- Es ist richtig, dass Hitler die Juden aus dem „Einflussbereich" des deutschen Volkes entfernen wollte. Das Land war im Krieg, ein Krieg, von dem viele annahmen, dass er von internationalen jüdischen Bankiers angestiftet worden war. Das Judentum wurde als „zersetzend" angesehen, nicht nur finanziell, auch rassisch und kulturell. Ein damals gebräuchliches Wort war „Parasiten" … der Führer wollte die Juden „aus seinem Blickfeld" weghaben. Er mochte sie nicht. Aber hier hört die Geschichte auf. Es ist erstaunlich, wie die talmudischen Verdrehungen und Spitzfindigkeiten anscheinend immer noch einige Leute dazu bringen, „Umsiedlung" und „Evakuierung" plötzlich für Code-Wörter für „Ausrottung" zu halten (Bd. 7, Bl. 23). Die betrügerische Geschichte von den starken Ventilatoren, die in den angeblichen Gaskammern installiert waren, die in Wirklichkeit Leichenschauhäuser waren, ist oft vorgebracht worden (Bd. 7, Bl. 29).
- Wenn das Ziel gewesen wäre, möglichst viele Juden umzubringen, dann hätten doch desto mehr Juden umgebracht werden können, je effizienter die Anlagen dazu waren. Dann wären bestimmt nicht solche „Hühnerkästen" benutzt worden, wie sie heute den leichtgläubigen Massen präsentiert werden … Die revisionistische Behauptung ist kurz und klar: Es sind keine Gaskammern in deutschen Konzentrationslagern mit dem Zweck, Menschen zu töten, betrieben worden (Bd. 7, Bl. 30).
- Wenn Hitlers Ziel Völkermord gewesen wäre, hätten weitaus einfachere und billigere Methoden zur Verfügung gestanden … Alles andere ist antideutsche Hetze, so wie Steven Spielbergs „Schindlers Liste" (Bd. 7, Bl. 30 f).
- Niemand bestreitet die Existenz von Konzentrationslagern. Es waren Haftanstalten mit nicht annähernd so vielen Insassen, wie allgemein behauptet wird. Es waren keine Vernichtungslager … Es ist traurige Wahrheit, dass zehntausende von Menschen verschiedenster Nationalitäten in deutschen Lagern gestorben sind, größtenteils durch Krankheiten … (Bd. 7, Bl. 34).
- Zu behaupten, es gab Greueltaten, und diese dann mit Völkermord gleichzusetzen, ist eine bösartige Irreführung (Bd. 7, Bl. 34 f).
- Es gab keine deutschen „Todeslager" … Die Menschen starben in jedem Konzentrationslager des Krieges aus vielen traurigen Gründen, auch an Altersschwäche (Bd. 7, Bl. 35).
- Die sogenannten „4 Millionen", revidiert zu „1,5 Millionen", sind geschrumpft auf 74.000 bewiesene Todesfälle … Etwas über 30.000 Juden starben in Auschwitz … hauptsächlich wegen Krankheiten und Übervölkerung (Bd. 7, Bl. 37).
- Oder geht es nicht eher darum, die Deutschen in unaufhörlicher geistiger, politischer, ökonomischer und finanzieller Knechtschaft zu halten? Um sie anfällig zu machen für immer neue, kaum verhohlene Erpressungsversuche, die schon über 100 Milliarden Mark aus ihnen herausgepresst haben für die Holocaust-Lobbyisten und die Mitglieder ihres Stammes, ihrer Institutionen und Organisationen nicht zu vergessen den Staat Israel? Der Missbrauch Deutschlands und der Deutschen muss aufhören. Beim Holocaust geht es nicht, und ging es nie um diesen viel strapazierten „jüdischen Opferstatus". Es geht um Erpressung. Machtpolitik. Und um Geld, Rache und Hass! (Bd. 7, Bl. 37)
- Diese Deutschen haben ein Recht auf die ganzen Fakten. Die Holocaust-Promotio-Lobby verdreht

ihre Fakten in unverschämter Weise. Ihre Intoleranz bekommt jeder zu spüren, der ihre unerhörten Methoden und Ziele in Frage stellt: Durch die Beschäftigung von Geheimagenten, das Zahlen von Schmiergeldern, Boykotte, Drohungen und Holocaust-Terrorismus (Bd. 7, Bl. 37).

b) Dokument Nürnberg: Über Gräber wächst kein Gras (Bd. 12.5, Bl. 151)

- Die Medien der ganzen Welt sind voll von Berichten … über die Nürnberger Gerichtsverfahren, wo alle die alten Hetzparolen, die verlogenen eidesstattlichen Erklärungen meineidiger alliierter Zeugen und die teils erfolterten Geständnisse von deutschen Soldaten, Beamten und Zivilisten … immer wieder breitgetreten werden … Ein wichtiger Punkt, den die meisten Leute nicht wissen, ist, dass die Idee, das Konzept und auch die Pläne für die Nürnberger Verfahren rein jüdischen Gehirnen entsprungen sind (Bd. 12.5, Bl. 151).
- Hier ist also der Beweis für den Ursprung des ganzen Unheils, das unser Volk danach befiel. Es war ein jüdisches Konzept, eine Mischung von Rache und Parasitismus, wie es in der Menschheitsgeschichte bis dahin und seither nie wieder gegen einen geschlagenen Gegner angewandt wurde! (Bd. 12.5, Bl. 152)

c) Dokument „Starben wirklich 6 Millionen?

- Endlich die Wahrheit“, Autor Richard Harwood (Bd. 12.5, Bl. 233/1) Das über die Zundelsite im Volltext abrufbare Werk enthält wie dem Angeschuldigten bekannt war an zahlreichen Stellen verharmlosendes und wahrheitswidriges Abstreiten des Völkermordes an den Juden. Insbesondere wird in der Publikation behauptet, es habe keine planmäßige Vernichtungspolitik der deutschen Regierung gegeben und die offiziellen Opferzahlen seien weit übertrieben. Die Zundelsite mit vorgenanntem Inhalt sei am 16.02.2003 in Mannheim abgerufen worden.

2. Schrift „Ernst Zündel: Sein Kampf für Deutschland“ (Erscheinungsjahr 1999, Bd. 7, Bl. 40 ff)

- Zündel und Freunde protestieren vielerorts fast täglich gegen anti-deutsche Hetzfilme im Fernsehen, besonders gegen die Serie „Holocaust“, … (S. 5) Der erste große Zündel-Aufklärungsfilm … „Genozid durch Propaganda“ entsteht. Dieser Farbfilm, der sich mit der anti-deutschen Hetz-Propaganda, dem Holocaust-Thema usw. auseinandersetzt, … (S. 7)
- Zündel betreffender Dokumente vom deutschen Staat, die zum ersten Mal den Vasallenstatus der BRD vis à vis der jüdischen Lobby schriftlich festgehalten haben und erschreckend deutlich machen! (S. 9)
- Die jüdische, d.h. die staatliche Seite fährt inzwischen die schwersten juristischen Geschütze auf, darunter Dr. Raul Hilberg, der „Papst des Holocaustes“, der mehrere dicke Wälzer zum Thema „Judenausrottung in Europa“ über die Jahrzehnte zusammengeschustert hat, und der 84-jährige Jude Dr. John Fried aus New York, der zum Entsetzen der Anklage aussagt, wie er die „Gerichtsprotokolle von den Nürnberger Prozessen“ zum Druck für die Nachwelt selektiv ausgewählt hatte, d.h., wie er alles, was den Alliierten abträglich war, in den Papierkorb der Geschichte wandern ließ und nur Deutschland belastendes Material abdruckte! (S. 14)
- Am Ende tritt Zündel selbst vor den Richter und tut, was viele später beanstanden werden. Nach seinen Ansichten befragt zum Thema „Holocaust“, „judengenozid“, „Gaskammern“ usw. antwortet er offen, ehrlich und detailliert und erläutert für Richter, Geschworene, Staatsanwalt und die anwesende Presse, klar und deutlich, warum er, der früher ohne Einschränkungen an die Standardversion des Holocaust geglaubt hatte, nun nicht mehr an ihn glaube! Eine Hand auf der Bibel referiert er im Zeugenstandruhig, sachlich und mit Gefühl und Nachdruck. Er erläutert Stunde um Stunde, warum er die Schrift „Starben wirklich 6 Millionen?“ überhaupt veröffentlicht habe. Reiner emotioneller Glaube, sagt er, sei bei ihm durch Geschichtswissenschaft und von Beweisen fundiert ersetzt worden. Er legt an diesem Tage Rechnung ab in aller Öffentlichkeit – und auch ein Bekenntnis zur deutschen Geschichte im ganzen, ohne Einschränkungen und Abstriche – einschließlich zur Kriegsgeneration, zu Adolf Hitler und seinem Wollen und Wirken in Deutschland von 1933 bis 1945. Er geht unbeirrt seinen Weg, weil er nicht anders kann. Er sagt, Hitler habe ein Liebesverhältnis zum deutschen Volke gehabt; er habe des Volkes Vertrauen errungen; er habe dessen Ehre wiederhergestellt und Arbeit, Brot, Sauberkeit und Ordnung in Deutschland geschaffen. Er sagt, Adolf Hitler sei ein missverstandenes Genie gewesen, dessen Lebensphilosophie durch die Holocaust-Geschichte total und gezielt von seinen Gegnern verzerrt worden wäre. Hitler habe sich gegen den Kommunismus gestemmt, weil ihm keine andere Wahl geblieben war. Er sagt, er habe diese Themen immer wieder wiederholt, schon seit Jahrzehnten, vor Fernseh-, Radio- und Zeitungsreportern. Der Zweite Weltkrieg sei Deutschland aufgezwungen worden! Hitler wollte keinen Krieg,

er brauchte den Frieden für den sozialen Aufbau! (S. 17, 18)

- Innerhalb des Gerichtssaales wird nun Tag für Tag .. die jüngste deutsche Geschichte revidiert und neu geschrieben … Das Zündel-Team hat mit seiner Salamitaktik Erfolg! Scheibe für Scheibe der alten Holocaustversion wird zerlegt, zerschnitten und zerhackt! (S. 25)
- Der Rest ist bereits Geschichte! Leuchter hat mit seiner Arbeit einer irregeführten Welt einen Pionierdienst geleistet! Heute wissen schon Millionen Menschen in der Welt, dass Deutschland … forensisch bewiesen, vom vorgeworfenen Judengenozid durch Vergasungen freigesprochen worden ist! (S. 27)
- Trotz des kanadischen Maulkorbes geht die Zündel-Saat jetzt in den fernsten Ecken des Erdballes auf. Der „Holocaust" wankt! … Der Leuchter-Bericht dient als Basis dieser unglaublich erweiterten „totalen Wahrheitskampagne". (S. 32)
- Zündel appelliert an seinen weltweiten Freundeskreis um Dokumente über was die Juden den Deutschen seit Bismarcks Zeiten angetan haben. Er arbeitet an einer tiefschürfenden Programmserie im Radio und Fernsehen mit dem Titel … Der Holocaust gegen die Deutschen! (S. 47). Warum kämpft Zündel so hinhaltend und verbissen? Die Antwort ist ganz einfach. Unerhörte Aufklärungssiege hat er durch diese schwäbische Zähigkeit seit Jahren erreicht. Weltweit ist nun bekannt, dass mit der Holocaustgeschichte vieles nicht stimmt! (S. 54)
- So lange Zündel frei ist, kann er segensbringend weltweit seine Volksaufklärung" für Deutschland betreiben (S. 55).
- Kaum ein Deutscher der Nachkriegszeit hat weltweit so viel für die Rehabilitierung Deutschlands erreicht wie Zündel vor allen Dingen auf dem Gebiete der „Gaskammern" und der „Judenverfolgung"! … Mit seinen Schriften … und dem Internet hat er den Holocaust ins Wanken und fast an den Abgrund gebracht! (S. 56) Informationen über diesen hochinteressanten und dramatischen Kampf, die „Holocaust-Keule" abzuschütteln und den Gegnern die Moralpistole aus der Hand zu schlagen, … (S. 56)

3. „Germania-Rundbrief" Nr. 259 vom 13.10.2000

- Alle Schuld rächt sich auf Erden! An diesen Spruch musste ich unweigerlich in den letzten Wochen denken, als das Holocaust-Kartenhaus der Gegner, so vorsichtig seit Jahrzehnten konstruiert und zusammengelogen, immer mehr ins Wanken geriet und ihre Wut und Angst immer sichtbarer wurde (S. 2).
- Hunderte von Millionen von Menschen sind durch die Zundelsite-Webseite … aufmerksam gemacht worden, dass mit dem Holocaust etwas nicht stimmt, dass skupellose geld- und machtgierige Geschäftemacher ihn für ihre finsteren Machenschaften ausnützen. Viele in den Medien und der Politik begreifen langsam, dass die sogenannten „Leiden der Opfer" denen nur Mittel zum Zweck sind… Unsere Gegner haben genau so ihren enormen geistigen Einfluss auf die Psyche der Menschen durch ihre anti-deutschen Propagandalügen erreicht… Unser revisionistisches, ewiges Anstürmen an allen Fronten gegen dieses Lügengebäude brachte es nun ins Wanken … (S. 3).

4. Germania-Rundbrief Nr. 262 vom 11.01.2001

- John Sack … würde nie zum echten Holocaust-Revisionisten werden. Er sagt zwar, die Lügen, Verdrehungen, gefälschten Zeugenaussagen, die durch Folterungen entstanden waren, aber er blieb bei seiner Meinung: Der Holocaust hat stattgefunden! (S. 4)
- …der ein ganzes Leben lang nur anti-deutsche Hetzpropaganda und die Lügen von „Holocaust-Opfern" … zu hören bekommen hatte (S. 4 f.).
- dass es KZs gab, dass es dort viele Todesfälle durch Seuchen, Krankheit und Unterernährung, also durch Kriegseinwirkung gab, aber das lässt er mich klipp und klar sagen, … dass es keine staatlich abgesegnete Ausrottungspolitik (also keinen Genozid) gegen die Juden im Dritten Reich gab". (S. 6)

5. Germania-Rundbrief Nr. 264 vom 26.03.2001

- Der Standpunkt der Revisionisten, dass es keine Gaskammern zur Tötung von Juden im Dritten Reich gegeben habe, … natürlich auch die „offizielle" oder die Standardversion der Holocaust-Geschichte mit ihren … „täglich ansteigenden" angeblichen Opferzahlen (S. 1).
- Noch einmal wurde die nackte Panik, die die Holocaust-Lobby erfasst, offenbar, wenn eine öffentliche Untersuchung oder Diskussion ihrer Hauptpropagandawaffe bevorsteht. … Es ist die ewige Furcht des Lügners, durch die Bekanntmachung der Wahrheit der Lüge überführt zu werden (S. 1).
- Der Anfang vom Ende dieser … ewigen Erpressungen ganzer Völker … (S. 2)
- Westdeutschland und die korrupte Vasallenclique, die es seit 50 Jahren beherrscht, nähert sich ihrem 1989! Ich prophezeite es damals: „Die BRDDR wird eines schönen Tages implodieren, wenn nicht gar explodieren! Wenn das passiert, dann werden alle Terroristen in schwarzen Roben, alle Verfassungsschützer, alle bezahlten Söldner in Polizei,

Bundeswehr usw. nicht helfen." Wir werden diesen verdienten Zusammenbruch dieser Missgeburt, diesem dem Mülleimer der Geschichte geweihten Provisorium noch miterleben… Dieser Staat wird mit all seinen korrupten Bonzen nicht als Ruhmesblatt in die deutsche Geschichte eingehen – dessen bin ich sicher, und dafür werden wir sorgen! (S. 3f.)

- Neue Holocaust-Erpressungen in Sicht! (S. 4)
- … Sobald die Österreicher, Schweizer und die Deutschen diese Erpressungsgelder bezahlt haben, werden die Aasgeier, die sich an den wirklichen und fabrizierten Leichen ihrer Volksgruppe fettfressen, mit immer neuen Forderungen kommen (S. 5).
- Wir alle sind sicher, dass die Grundarbeit gegen den Holocaust geschafft ist. Wir haben alle Beweise gegen die Lügen erbracht, die wir brauchen. Der Feind hat nichts übrigbehalten außer Schimpfworten! Was sich jetzt auf der Weltszene abspielen wird, sind die Totenwehen dieses Lügenmonstrums, das man „Holocaust" nennt. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis ein erpresster Industrieller oder vielleicht ein ganzer Staat, der erpresst wird, das widerliche Geschöpf bei den Haaren ergreift und ihm das Genick bricht. Wir Revisionisten haben die Beweise dafür parat und warten auf diesen Augenblick (S. 6).

6. Germania-Rundbrief Nr. 265 vom 16.04.2001

- Wir haben in mühsamster, jahrzehntelanger Arbeit die größte Lüge des Jahrhunderts geschichtlich, historisch, forensisch und auch archäologisch ausgegraben und durch meine Gerichtsverfahren dem Licht und der Sonne preisgegeben. Jetzt gilt es, den bisher gleichgültigen Menschen in der ganzen Welt klarzumachen, was das für uns Deutsche bedeutetnämlich endlich aufzuhören, auf den Knien vor den Juden und den Siegern des Zweiten Weltkrieges herumzurutschen und sich schuldig zu fühlen für etwas, das niemals in der grotesken, von Hollywood und anderen Propagandisten weltweit verbreiteten Form geschah! (S. 2)
- Die Führer der islamischen Staaten sollten ihr Schweigen zum „Holocaust-Betrug" brechen (S. 3).
- Zudem lässt sich beobachten, dass nicht nur die industrielle oder kommerzielle Ausbeutung wirklicher oder erfundener jüdischer Leiden ein gewinnbringendes Geschäft ist, … Anprangerung der „Holocaust-Mafia" (S. 4).
- Obleich Rassist und Gegner der … Juden, hat Hitler niemals befohlen oder geduldet, dass jemand aufgrund seiner Rasse oder Religion getötet wurde; … (S. 4) Die erpressten Geständnisse im Zusammenhang mit den Gaskammern und Gaswagen, welche in Wahrheit niemals existiert haben; die Geständnisse im Zusammenhang mit den durch nichts bewiesenen Massentötungen der Einsatzgruppen … (S. 5)
- Mögen diese Führer endlich ihr Schweigen ûber den größten Betrug der Neuzeit brechen. Den „Holocaust" ! (S. 5)
- Wenn die Wahrheit über das Holocaust-Thema erst an den Tag kommt, dann sind über Nacht die auf Holocaust-Schuldgefühlen basierenden Zahlungen an Israel und die Diaspora zu Ende! … Die Lügner und Erpresser brauchten unbedingt die Freiheit, weiter lügen und weiter erpressen zu können! Es ging um Milliarden und Abermilliarden! Ich musste mundtot gemacht werden! (S. 6)
- Jetzt heißt es für unsere Gegner „die Wahrheit ist ante portas"! Für die größten Lügner aller Zeiten stehen schlimme Zeiten bevor! (S. 6)

7. Germania-Rundbrief Nr. 270 vom 23.09.2001

- …Ohne die unselige Politik der Wiedergutmachung für historisch und forensisch einwandfrei nie an Juden begangene deutsche Verbrechen im Zweiten Weltkrieg in dem propagierten Ausmaße – ohne diese Starthilfe hätte dieser zionistische Banditen- und Mörderstaat, angeführt durch Mörder und Terroristen, die sich zu Ministern und sogar Premierministern gemausert hatten, nie überleben können (S. 6).
- Wie dieser Wiedergutmachungsschwindel und die Wiedergutmachungserpressungen… eingefädelt und getätigt wurden (S. 6).
- Für diese Gruppe von Juden ist die Erbauung eines neuen Tempels in Jerusalem das Zeichen des herannahenden Kommens des Messias, der für alle Zeiten die Nationen versklaven wird und der „Gottes auserwähltes Volk" als die Herren des Universums krönen wird… Es ist nicht das erste Mal, dass Juden von der Weltherrschaft und dem ewigen Königreich des Antichristen träumen (S. 7).
- Diese Wahnideen des „auserwählten Volkes" … Eines ist sicher, dass wir es hier mit jahrtausendealtem Gedankentum und Geheimwissen okkulter, teuflischer, den Antichrist als Messias betrachtender Menschen zu tun haben. Meine Bibliothek und Akten sind zum Bersten voll mit den Schand- und Missetaten und Verbrechen dieser Typen seit biblischen Zeiten (S. 8).

8. Germania-Rundbrief Nr. 272 vom 20.11.2001

- … Wie in der Holocaust-Geschichte, nach 40 Jahren der Lüge, Fälschungen, Verdrehungen, ungerechtfertigsten Schuldzuweisungen und Erpressungen in Milliardenhöhe (S. 1).
- Die Schande Kanadas, ein Land, das ganz und gar unter der Fuchtel der Lügen-Lobby steht… (S. 1).

- So haben wir den Holocaust, eine Verschwörung der Lügen und Fälschungen, falscher Zeugenaussagen, falscher Fährten, technischer und naturwissenschaftlicher Unmöglichkeiten Faden um Faden über Jahrzehnte mühsamster Detektivarbeit entwirrt (S. 5).

9. Germania-Rundbrief Nr. 274 vom 26.01.2002

- wie der „Holocaust" förmlich aus dem Nichts durch teuflisch raffinierte Propaganda geschaffen wurde, und wie eine emotionalisierte Propagandahysterie völlig unschuldige Menschen von politisch motivierten Tribunalen abgeurteilt und am Ende, obwohl schuldlos, ihre Opfer in Nürnberg … hinrichten konnte … (S. 6).

10. Germania-Rundbrief Nr. 276 vom 22.03.2002

- Und warum benimmt sich Israel heute so brutal, wenn es doch alle Erfolge durch das ewige Geheule und konstante Schwingen der Auschwitz-Keule erzielt hat, da Israel Schmerzen zufügen, ausrauben und ermorden kann, wen und wo immer es ihnen passt? (S. 4)
- Also noch einmal: Thema Holocaust und Gaskammer – Revisionismus. Ich nahm Ende der 60er Jahre den bewussten Kampf gegen diese alliierte Propagandakriegslüge auf, weil ich sah, wie die Gegner unseres Volkes und des Reiches diese Keule immer benützen, wenn es um Lebens- und Überlebensfragen des deutschen Volkes geht. Ich musste also einen Weg finden, dem Gegner diese Waffe aus der Hand zu schlagen … (S. 4).
- Durch die weltweit verbreiteten Beweise, wie verlogen, moralisch verkommen und verbrecherisch diese neue Politoligarchie die Menschheit durch diesen gigantischen Schwindel betrogen hatte, wollte ich zeigen, wie man ein ganzes Volk mit dieser Lüge versklavt hatte, um widerrechtlich erzwungene Hunderte von Milliarden von Mark und Dollar erpressen zu können. Ich hoffte, dass durch die Ausbeutung der Früchte unserer Recherchen zum Thema Holocaust-Erpressung und -Ausbeutung unsere Gegner als eiskalte Politgangster entlarvt werden würden, so dass wir ihnen dadurch die Maske vom Gesicht reißen konnten und der Welt ihre ganze teuflische Natur und die geradezu satanischen globalen Pläne ihrer angestrebten Weltherrschaft durch Wahrheitsfindung und -verbreitung durchkreuzen könnten. Der erwiesene, vorsätzlich geplante und durchgeführte Holocaust-Betrug hatte so viel Sprengkraft in sich, um dieses ganze Kartenhaus, auf dem die Nachkriegslügen aufgebaut waren, in die Luft zu sprengen (S. 4).
- Der fiktive Holocaust hatte ausgedient! (S. 4)
- Israel ist ein Wahngebilde, eine Missgeburt, aus dem Auserwähltheitswahn religiöser Spinner entstanden, vom gleichen Wahn heute noch teils beseelt und künstlich am Leben erhalten durch Tributzahlungen von Nationen wie Deutschland, die vom induzierten Wahnglauben an ihre Schuld am „Holocaust" nach der Niederlage von 1945 geistig und seelisch kastriert wurden. Israel ist Zufluchtsort eines teuflischen Weltgangstertums, Herberge von Folterern, Betrügern, Lügnern, Geschichtsfälschern, Terroristen, Geldwäschern, Drogenherstellern, Drogenhändlern und Massenmördern ein Land, in das alle diejenigen seit fast 100 Jahren geflohen sind, die in ihren Geburtsländern versagt oder Verbrechen begangen haben (S. 7)

11. Germania-Rundbrief Nr. 278 vom 20.05.2002

- Das ist der Größenwahn, der solche Typen … produzierte und eine endlose Kette von Revolutionären, von Folterern, Betrügern, Gangstern und Ganoven, von Halsabschneidern, Holocaust-Schwindlern und Schweizer Gold-Erpressern sowie die Unterdrücker der Palästinenser… Alle Menschen dieser Erde sind im Unrecht, und nur die Juden haben recht, immer recht! Sie, die Juden … haben die Weisheit mit dem Löffel gefressen! (S. 8)
- Nur durch diese Einstellung ist es möglich, dass … in tausend anderen Fällen jüdische Spione ihre Gastvölker verraten, in den Medien beschmutzen und moralisch zerstören und aushöhlen wie die Maden den Speck. Nur so lassen sich die Erpressungen gegen die Schweiz, Österreich, Deutschland … erklären. So lange wir Nichtjuden das nicht begreifen, so lange wird dieses makabre Schauspiel weitergehen und die endlosen Erpressungen werden kein Ende nehmen (S. 8).

12. Germania-Rundbrief Nr. 280 vom 17.07.2002

- Dass der Holocaust eine alliierte Propagandaerfindung war, … (S. 5).
- Für mich war damit das Geheimnis der angeblichen Gaskammern gelöst. Unser Volk war vom Fluch und der unfundierten Verdächtigung, ein Genozid durch Vergasungen an den Juden geplant zu haben, freigesprochen (S. 6).
- Auschwitz, Birkenau und Majdanek waren und sind für unsere Gegner wahre Tischlein-deck-dich und Golddukaten-Esel. Milliardenprofite hängen für die Gegner von der Aufrechterhaltung der jüdischen Propagandalüge ab. Natürlich wehren sie sich, wie jeder Dieb sich wehren würde! Im Prinzip aber haben wir das Holocaust-Rätsel und die damit verbundene Schuldzuweisung gegen deutsche Menschen gelöst und entkräftet. Jegliches weitere Graben und Nach-Dokumenten-Suchen kann und wird uns dem Ziel, die Auschwitz-Lüge aus der Welt zu schaffen, nicht näher bringen. Immer neue Recherchen in Archiven sind dazu nicht nötig. Nur

die Wahrheitsverbreitung generell über diesen Aspekt des Zweiten Weltkrieges kann das bewerkstelligen. Und das ist, was heute durch das Internet geschieht – durch die zundelsite.org und ihre Hunderte Nachahmer in aller Welt! (S. 6)

- … Haben wir Revisionisten fast ein halbes Jahrhundert gebraucht, um den Holocaust-Schwindel zu ergründen. Zum kompletten Einsturz haben wir die Legende … immer noch nicht bringen können. Noch stehen ihre Museen, noch spielt das Fernsehen ihre Lügenfilme, noch verbreiten sie ihre Lügen über Zeitungen und Filme … (S. 8).
- Unser deutsches Volk, unsere deutsche Heimat würde dann vor dieser neuen Welt dastehen als das erste – nein als das einzige! Volk, das sich diesen Teufeln und Dämonen schon einmal, um Europa und seine jahrtausendealte Kultur zu retten, entgegenwarf, ohne zu zögern und nach dem Preis zu fragen ! (S. 8)

13. Germania-Rundbrief Nr. 283 vom 20.10.2002

- So frisst sich also die Wahrheit durch das Dickicht der jahrzehntelangen, faustdicken Holocaust-Lügen … Auch der juristische Kampf gegen die alliierten Propagandalügen ist schon ein Bestandteil des deutschen Befreiungskrieges (S. 8).

14. Germania-Rundbrief Nr. 286 vom 22.01.2003

- Vor allen Dingen möchte ich eines noch einmal klarmachen: Als wir so verbissen um die Wahrheit zum Holocaust-Thema kämpften, wollten wir natürlich die deutsche Ehre wiederherstellen und unseren Nachkommen ein ehrliches, sauberes Bild der Kämpfe der deutschen Wehrmacht und der SS hinterlassen. Aber darum alleine ging und geht es nicht! Wir wollen unsere Feinde der Lüge überführen und durch Wahrheitsverbreitung neutralisieren, damit sie nicht ein neues, großes, diesmal sogar weltweites Unglück mit ihrer verlogenen Geschichtsversion über die Völker bringen können. Und solch ein Unglück steht der Welt, wenn kein Wunder passiert, scheinbar um Haaresbreite bevor! (S. 1)
- …Dass er mit unseren revisionistischen Büchern… seine Heimat vor der jüdischen Holocaust-Erpressung schützen kann… Die Folge war, dass seine Heimat, die Schweiz, der jüdischen Milliardenerpressung über angebliches Nazi-Gold zum Opfer fiel! (S. 3)
- Horst Mahler… jemand, der den Holocaust als politische Keule und Erpressungswaffe ganz und gar erkennt… (S. 3)
- Jeder einzelne alliierte Soldat kämpfte… für die Interessen einer Weltverschwörung von religiösen Spinnern von einem sich selbst vorgesponnenen Auserwähltheitsdünkel, einer messianischen Wahnidee, welche diese Menschen seit Jahrtausenden in ihren geistigen Zangen hält. Sie kämpften daher im wahrsten Sinne des Wortes für Wahnsinnige! Religiöse Menschen würden diese Wahnsinnigen als Teufel bezeichnen! (S. 6)
- Das besiegte und von Zionisten besetzte und beherrschte Amerika ist erst jetzt reif, diese bittere Lektion, die Europa befiel, zu lernen: Erst unter Hitler begann man, sich in Deutschland und später auch in anderen mit Deutschland alliierten europäischen Ländern von Staats wegen dieser weltweiten jüdischen Verschwörung anzunehmen. Der Sieg der Alliierten 1945 über Deutschland und seine europäischen Verbündeten, also der Sieg des Judentums über uns, machte diesem weltweiten Abwehrversuch ein Ende! (S. 6)
- **Eine innere Befreiung wie durch Adolf Hitler … oder ähnliche Volkstribune wird es in dieser Epoche der Geschichte sicher nicht in absehbarer Zeit geben … Am Ende, nachdem alles gesagt und geschrieben ist, kämpfen wir schlicht und einfach um das Überleben der eigenen Art, der eigenen Rasse, des eigenen Volkes (S. 8).**



Wählte die Leckerbissen aus: StA. Andreas Grossmann

Nachwort der Redaktion:

Bekanntlich hat das Gericht bereits am 8.11.05 Sylvia Stolz als Pflichtverteidigerin von Ernst Zündel entlassen. Dies wurde u.a. mit der Erwartung begründet, daß sie im Rahmen ihrer Verteidigung nach § 130 StGB strafbare Äußerungen von sich geben könnte. Danach hat das Gericht sogar beim OLG Karlsruhe ihre Entlassung gefordert.

Andreas Grossmann blieb trotz Verlesung der obigen Passagen ein solches Schicksal erspart – seine blablabla-Kommentierungen von Ernst Zündel wirken so überzeugend regimekonform, daß niemand dahinter einen selbständig denkenden Menschen vermutet.

So stand auch seiner Beförderung zum Gruppenleiter nichts im Wege.

Zündelprozeß – 2. Runde: Der Geist ist aus der Flasche

Von Horst Mahler

Am ersten Verhandlungstag (9.2.06) im neu begonnenen Scheinverfahren gegen Ernst Zündel wegen „Holocaustleugnung" erwies sich Dr. Meinerzhagen, der als „Vorsitzender Richter" werkelt, als hochgradig erregbar. Nach zahlreichen vorangegangen fruchtlosen Attacken gegen Sylvia Stolz, die Verteidigerin von Ernst Zündel, verlor er schließlich die Nerven und verpaßte der Rechtsanwältin einen Maulkorb. Bisher Unerhörtes war geschehen.

Nach der eher lustlosen Verlesung der Anklage gegen Ernst Zündel durch zwei Staatsanwälte erwiderte zunächst der Mitverteidiger, Rechtsanwalt Schaller aus Wien, mit einer beeindruckenden Beschwörung des Rechtsstaates, dem die Mannheimer Juristen verpflichtet seien.

Nach ihm ergriff Sylvia Stolz das Wort wie folgt:

„Die Holocaustjustiz der OMF-BRD ist reines Verbrechen!"

„Die Verteidigung weist die Anklage gegen den Bürger des Deutschen Reiches, Ernst Zündel, zurück. Diese ist kein Rechtsakt im Sinne der Rechtsordnung des Deutschen Reiches oder einer Rechtsordnung überhaupt, sondern die völkerrechtswidrige Ausübung von Gewalt durch das Marionettenregime[1] „Bundesrepublik Deutschland" – in Anlehnung an den von dem Völker- und Staatsrechtler Prof. Dr. Carlo Schmid geprägten Ausdruck „Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft" nachfolgend kurz „OMF-BRD" genannt.

Die Unterzeichnete hat die Grundlagen dieser rechtlichen Einordnung der „Bundesrepublik Deutschland" im vorbereitenden Schriftsatz vom 18. Oktober 2005 durch ausführliche Zitierung der vor dem Parlamentarischen Rat gehaltenen Grundsatzrede von Prof. Dr. Carlo Schmid dargestellt. Zitiert wurden ferner einschlägige Ausführungen der Lehrer des Völkerrechts Prof. Dr. Friedrich Berber und Prof. Dr. Otto Kimminich. Die daraus für den Fall Ernst Zündel zu ziehenden Schlußfolgerungen wurden erläutert.

Die „6. große Strafkammer des Landgerichts Mannheim" hat in der Besetzung außerhalb der Hauptverhandlung – also ohne die ehrenamtlichen Richter – mit dem Beschluß vom 7. November 2005 zu erkennen gegeben, daß sie gewillt ist, die von der Verteidigung geltend gemachten rechtlichen Gesichtpunkte schlicht zu ignorieren. Insoweit heißt es in dem Beschluß der „Strafkammer":

> *„Die rechtlichen Ausführungen, die der Angeklagte in der eigentlichen Antragsschrift vortragen läßt, sind für die Kammer nicht nachvollziehbar und erscheinen letztlich mitsamt daraus aus ihnen abgeleiteten Konsequenzen ohne rechtliche Relevanz."*

Diese Abfertigung wird von der Verteidigung nicht hingenommen. Jeder juristische Laie mit Grundschulausbildung dürfte wohl in der Lage sein, die entfalteten Argumente zu verstehen und die Bedeutung der Resultate für den Zündel-Prozeß zu erkennen. Die Verteidigung wird als Gegenvorstellung den Antrag vom 18. Oktober 2005 in der Hauptverhandlung einschließlich der Begründung verlesen, damit die Verweigerungshaltung der „Berufsrichter" erkennbar wird und die Schöffen die willkürliche Ablehnung der Anträge ggf. korrigieren können.

Die Unterzeichner des Beschlusses vom 7. November 2005, die Herren Dr. Meinerzhagen und Hamm sowie Frau Krebs-Dörr stellen sich mit ihrer Haltung in die Tradition des „Internationalen Militärtribunals" der Sieger über das Deutsche Reich, die übereingekommen waren „die Diskussion darüber (abschaffen zu wollen), ob die Handlungen Verletzungen des (Völker) Rechts sind oder nicht." Die sogenannten „Richter" und „Ankläger" beschlossen, „wir erklären einfach, was das (Völker)Recht ist, so daß es keine Diskussion geben wird, ob es (Völker)Recht ist oder nicht."[2]

Die Verantwortlichen dieser Greuelpropagandaschau hatten sich ausdrücklich von der Wahrheitssuche und von dem Gedanken der Gerechtigkeit abgewandt, um den Meuchelmord an den Führungspersönlichkeiten des Deutschen Reiches als Justizgewährung erscheinen zu lassen. Darauf werde ich im Verlaufe meiner Darlegungen noch zurückkommen.

Im Antrag vom 18. Oktober 2005 (S. 26) hat die Unterzeichnete angekündigt, daß die Verteidigung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln das Dogma von der Offenkundigkeit des Holocausts angreifen und zeigen werde, daß diese im Zuge der fortdauernden Kriegsführung der Feindmächte gegen das Deutsche Reich von Anfang an nur vorgetäuscht worden ist.

Die zuvor namentlich genannten Juristen haben diese Ankündigung zum Anlaß genommen, ihren Vorsatz für die wahrheitsfeindliche Ausrichtung der Hauptverhandlung wie folgt zu verlautbaren:

> *„Die Antragsschrift beschäftigt sich, soweit sie die ‚Offenkundigkeit des Holocausts' angreift, mit den bekannten Scheinargumenten, die von den sogenannten Revisionisten in der Vergangenheit und Gegenwart vorgetragen werden (vgl. BGHSt*

> *47, 278), ohne daß der historisch eindeutig belegte und damit offenkundige Völkermord unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, insbesondere an den Juden (stdg. Rspr. des BVerfG und des BGH vgl. nur BVerfGE 90, 241, 249; BGHSt 40, 97, 99; 46, 36, 46 f.; 47, 278) damit in Frage gestellt werden könnte.*
> *Dieser Völkermord wird in § 130 III StGB tatbestandlich vorausgesetzt (BGHSt 47, 278), so daß sich jede diesen Umstand leugnende Beweiserhebung verbietet (BGHSt aaO).“*

Damit haben Dr. Meinerzhagen und Kollegen unverkennbar die Flucht aus dem Offenkundigkeits-Dogma angetreten. Das ist die gute Nachricht.

Das trotz geplatzter Offenkundigkeit ausgesprochene Beweisverbot ist die schlechte Nachricht.

Was geht in den Köpfen dieser Juristen vor sich? Was sind Scheinargumente?

Mit „Scheinargumenten“ bezeichnen diese Juristen nach dem Vorbild des Nürnberger Tribunals wohl solche Argumente, die geeignet erscheinen, ein nach dem Willen der Fremdherrschaft von vornherein feststehendes „Urteil“ als Unrecht zu erweisen. Sie müssen nach ihrem Willen deshalb unterdrückt werden.

Was sind „bekannte“ Scheinargumente?

„Bekannte“ Scheinargumente dürften dann solche sein, an denen die Willkür sich schon einmal erfolgreich erprobt hatte.

Was sind „tatbestandliche Voraussetzungen“?

„Tatbestandliche Voraussetzungen“ sind die völlige Abschaffung des Straf-**Rechts**.

Im Strafrecht ist die Strafe die durch ein Gesetz angeordnete Vergeltung einer Schuld. Schuld ist der in einer Handlung in Erscheinung tretende Unwert, der nicht sein soll. Ohne Handlung keine Schuld.

Um Strafe von Terror zu unterscheiden, werden im Strafgesetz bestimmte für strafwürdig erachtete Handlungen durch „Tatbestandsmerkmale“ typisiert und dadurch von erlaubtem Tun abgegrenzt.

Die Tatbestandsmerkmale erstrecken sich auf die Handlung sowie auf Begleitumstände, die für die Bestimmung des Handlungsunwertes bedeutsam sind.

Die in § 130 Abs. 3 StGB-BRD typisierte Handlung im engeren Sinne ist eine bestimmte Meinungsäußerung. Handlungsunwert begründender Begleitumstand ist eine bestimmte zeitgeschichtliche Tatsache („Holocaust“ genannt).

Die Aufgabe des Strafrichters ist es, einen durch menschliches Handeln gesetzten Lebenssachverhalt – hier eine bestimmte Meinungsäußerung und deren Begleitumstand – als gegeben festzustellen und zu prüfen, ob dieser Sachverhalt der als Straftat typisierten Handlung entspricht.

Der Rechtsgenosse kann sein Wollen auf Vermeidung der typisierten Handlung richten. Der Tatbestand einer Strafnorm garantiert zugleich die Straffreiheit allen Handelns, das nicht einen Straftatbestand erfüllt (nulla poena sine lege – „Keine Strafe ohne Gesetz“). Im Raum der nicht als Straftat typisierten Handlungen kann der Mensch frei von der Angst vor Strafübeln leben. Das unterscheidet den Rechtsstaat von der Tyrannei.

Das Statut des Nürnberger Sieger-Tribunals hat diesen Grundsatz mißachtet (das ist einhellige Meinung).

Angestiftet vom „Bundesgerichtshof“ der OMF-BRD schicken sich Dr. Meinerzhagen und Kollegen an, gleichfalls diese Grenze zwischen Recht und Tyrannei einzureißen, indem sie die dem Tatrichter obliegende Feststellungslast bezüglich des Holocausts beseitigen wollen mit der Behauptung einer im „Gesetz“ (§ 130 III StGB) als solche gar nicht erscheinenden Fiktion.

Worin besteht nun der rechtsdogmatische Fehler des Dr. Meinerzhagen und des BGH der OMF-BRD?

Sie setzen in ihrer „Argumentation“ den sogenannten Holocaust als gegebenes Geschehen in Raum und Zeit voraus. Sie postulieren, daß jeglicher Zweifel daran jenseits der Denkmöglichkeiten liege. Damit haben sie sich zu Religionsstiftern aufgeschwungen. Religion ist wesentlich Glauben unter Ausschluß des Zweifels.

Von Gläubigen wird jeder Versuch, Vernunftgründe für Glaubensinhalte beizubringen, inbrünstig erschlagen – weil sie die Vorboten des Zweifels sind. Gefordert ist bedingungsloses Zutrauen zur Priesterkaste, die immer zugleich Glaubenspolizei ist.

Im Dunstkreis der Holocaust-Religion ist der Justizapparat der OMF-BRD zur Inquisition verkommen. Dahinter steht ein zynisches Macht-Kalkül: Die Weltjudenheit hat die Möglichkeit erspäht, mit der Holocaust-Lüge ihr Hintergrund-Weltreich und den Staat Israel zu gründen und gegen Einspruch abzusichern. Sie weiß aus Erfahrung, daß man fast alle Menschen dazu bringen kann, fast alles zu glauben, wenn es gelingt, ihnen zu suggerieren, daß fast alle anderen es glauben. Der Holocaust wurde durch die Jüdische Medienmacht zum suggerierten Glauben fast aller Menschen gemacht.

Papst Benedikt XVI. hat sich – als er noch Kardinal Ratzinger war – über diese Macht wie folgt geäußert:[3]

> *„Das Gefühl, daß die Demokratie noch nicht die rechte Form der Freiheit sei, ist ziemlich allgemein und breitet sich immer mehr aus… Gibt es nicht die Oligarchie derer, die bestimmen, was modern und fortschrittlich ist, was ein aufgeklärter Mensch zu denken hat. Die Grausamkeit dieser Oligarchie, ihre Möglichkeit öffentlicher Hinrichtungen, ist hinlänglich bekannt. Wer sich ihr in den Weg stellen möchte, ist Feind der Freiheit, weil er ja die freie Meinungsäußerung behindert… Wer könnte an der Macht von Interessen zweifeln, deren schmutzige Hände immer häufiger sichtbar werden? Und überhaupt: Ist das System von Mehrheit und Minderheit wirklich ein System der Freiheit? ….“*

Soll die Lüge als „von fast allen geglaubte Wahrheit" suggeriert werden, muß die Wahrheit in die Schweigespirale versenkt werden. Das kann aber nur gelingen, wenn der Widerspruch gegen die Lüge gewaltsam – eben durch Inquisition – niedergehalten wird.
Strafjustiz dient der Wiederherstellung (Bewährung) des Rechts durch Nichtung des Verbrechens in der Strafe.
Inquisition dient der Durchsetzung und Erhaltung eines bestimmten Glaubens durch Vernichtung der Ketzer. Nun ist es aber der allgemeine Wille der Völker des Abendlandes, daß Glaubenszwang in jeglicher Form zu nichten ist. Das nämlich ist der Inhalt der Glaubensfreiheit, der Kernbereich der Anerkennung des Menschen als Person. Darin unterscheidet sich die Neuzeit vom Mittelalter.
Inquisition ist als Nichtung der Glaubensfreiheit reines Verbrechen. Sie hat mit Rechtsanwendung und Wiederherstellung des Rechts durch Strafe nichts zu tun.
Holocaust-Justiz ist Inquisition, also reines Verbrechen – und schlimmste Art der Ungerechtigkeit, weil „vorgespielte Gerechtigkeit" (Platon).

Dr. Meinerzhagen fällt ins Wort

Mit dem Aufschrei: „Also das reicht jetzt!" fiel an dieser Stelle Dr. Meinerzhagen der Verteidigerin ins Wort, das er ihr sogleich entzog und die Sitzung unterbrach. Mit seinen Kollegen flüchtete er ins Beratungszimmer, aus dem sie nach etwa einer Viertelstunde wieder hervorkamen. Dr. Meinerzhagen verkündete den Beschluß des „Gerichts", daß Rechtsanwältin Sylvia Stolz künftig alle Anträge schriftlich zu stellen habe, also nicht mehr verlesen dürfe.

Dadurch wird der Scheinprozeß jetzt auch noch zu einer „Geisterverhandlung" (Rainer Hamm, Strafverteidiger 94, 457). Die Öffentlichkeit soll die Argumente der Verteidigung nicht mehr erfahren dürfen. Die Holocaustjuristen erstreben „Grabesstille" im Gerichtssaal (vgl. dazu Scheffler NJW 94, 2194).

Ihr verbrecherisches Handeln als Rechtsanwendung zu tarnen, scheitert jedoch auch so. Die Behauptung, der Holocaust sei vielfach „belegt", äußern die Juristen „ins Blaue" hinein. Schon allein dieser Umstand disqualifiziert sie vollständig. Das Gegenteil ist längst vielfach bewiesen.…

Mutmaßungen, Absurditäten, Fälschungen und Lügen – so sind die Grundlagen der „Offenkundigkeit des Holocausts" beschaffen. Jetzt sollen wir diesen Schwindel auch noch als „tatbestandlich vorausgesetzt" schlucken. Für wie dumm halten Sie, Herr Dr. Meinerzhagen, uns eigentlich? Merken Sie denn nicht, als was Sie sich vor der Weltöffentlichkeit und für das demnächst zu schreibende Geschichtsbuch darstellen?

Will der Bundesgerichtshof auch jetzt noch an der Behauptung festhalten, der Holocaust sei vielfältig und zuverlässig belegt? Welche Charakterisierung müßten sich dann wohl die Roten Roben gefallen lassen?

„Der Kaiser ist nackt!" lieber Herr Dr. Meinerzhagen. Oder sehen Sie immer noch Kleider, wo keine sind? Wie wollen Sie Ihre Blöße bedecken?

Sie sollten rechtzeitig die Erkenntnis beherzigen, daß es eine für jeden Gesetzgeber unübersteigbare Grenze gibt: Er kann Tatsachen nicht dekretieren. Das unterscheidet Gesetzgeber von Zauberern oder von Gott selbst. Meinen Sie, daß diese Grenze für „Richter" nicht gilt?

Der Gesetzgeber – nicht der Richter – kann unter Umständen Tatsachen fingieren. Gesetzliche Fiktionen vermögen jedoch niemals Strafe zu begründen, weil nur wirkliche, nicht jedoch fingierte Schuld vergolten werden kann. Wollen Sie auch diesen Grundsatz nicht mehr gelten lassen? Wer sind Sie, daß Sie sich dieses anmaßen?

Soll die Deutsche Rechtskultur dem Sühnewahn einiger Justizpersonen der OMF-BRD geopfert werden?

Die Mannheimer Juristen sollten Rechenschaft ablegen, ob nach ihrer Meinung wegen Holocaustleugnung auch dann zu strafen sei, wenn sie selbst von Zweifeln am Holocaust geplagt wären oder gar der Überzeugung anhingen, daß dieses geschichtliche Geschehen von den Feinden des Deutschen Reiches nur vorgetäuscht worden sei. Wollten sie diese Frage mit einem „Ja" beantworten, müßte man sie nach einem entsprechenden Urteilsspruch sofort als Verbrecher in Handschellen in ein Gefängnis abführen oder als geistig Verwirrte in eine Irrenanstalt verbringen – so oder so wären sie gemeingefährlich. Ist ihre ehrliche Antwort aber ein „Nein", wie könnte dann der Versuch, durch Beibringung von Beweisen eine solche Überzeugung herbeizuführen, ein „verteidigungsfremdes" – und damit zugleich ein strafwürdiges Verhalten sein?

Sie können sich drehen und wenden, wie sie wollen: Die Holocaustjuristen kommen aus der Grube, die sie sich selbst gegraben haben, nicht mehr heraus. Da hilft auch nicht die Berufung auf den Bundesgerichtshof.…

Es ist schwer vorstellbar, daß Dr. Meinerzhagen und Kollegen sowie die „Richter" des BGH diese einfachen Überlegungen nicht schon selbst angestellt haben. Sie dürften folglich lediglich Scheinargumente als Begründung für ihr willkürliches Regiment angeführt, die wahren Gründe aber verschwiegen haben.

Werden die wahren Gründe im Zündel-Prozeß endlich aufgedeckt werden?

Kleinmachnow am 10. Februar 2006

Anmerkungen

1 zu diesem Begriff vgl. Berber, Friedrich, *Lehrbuch des Völkerrechts*, Band II Kriegsrecht, 2. Aufl., C.H. Beck Verlag München 1969, S. 132 f.
2 Heydecker, Leeb, *Der Nürnberger Prozeß – Bilanz der Tausend Jahre*, 6. Aufl., Kiepenheuer & Witsch, Köln 1962, S. 94
3 Kardinal Ratzinger „Freiheit und Wahrheit" in Jürgen Schwab, Otto Scrinzi, *Über die Revolution von 1848*, Aula-Verlag, Graz 1998

Sylvia Stolz: eine deutsche Jeanne d'Arc

Von Störtebeker und Nemo

Dieser Prozeß ist nicht nur Zeitgeschichte – dieser Prozeß macht auch Geschichte.

Selbst Zündels eingeschworene Gegner begreifen: **„Zündelprozess verloren, bevor er begann"** – so titelt die Antifa-„stattzeitung", die ihren Bericht über die zweite Prozeßrunde so begann:

> *„Es hat dem Richter Meinerzhagen nichts geholfen. Im letzten Herbst entließ er die Pflichtverteidigerin, weil sie sich als Gesinnungsgenossin von Zündel herausstellte und entsprechende Beweisanträge stellte… Als Wahlverteidigerin kehrte sie zurück und stellte gleich den Antrag, die Öffentlichkeit auszuschließen. Die Beweisanträge, die sie zu stellen habe – nämlich zu den Gaskammern und Verbrennungsöfen in Auschwitz-Birkenau –, könnten ihr sonst leicht neuerlich den Vorwurf der Volksverhetzung eintragen. Das wurde natürlich abgelehnt. Der Vorfall zeigt aber, wie schwer es dem bürgerlichen Gericht wird, auch gegen einen solchen unsympathischen Angeklagten wie Zündel den Eindruck der vorurteilslosen Prüfung zu erzeugen."*

Weitere Erkenntnis:

> *„Gleichgültig, wie der Zündel-Prozess noch zusammengeschustert wird, für die Menschheit* [euphemisierend für die jüdische Holo-Mafia] *ist er verloren. Beim besten Willen ist von ihm nichts zu erwarten als* ***Fortsetzung des Kriegs mit juristischen Mitteln."*** [Hervorh. d. V.]

Was veranlaßt die Antifa zu einem solchen Eingeständnis? Verfasser Fritz Güde aus Achern wittert, daß für den selbstständig denkenden Prozeßbeobachter erkennbar wird: hier findet kein rechtsstaatliches Verfahren statt, sondern ein Inquisitionsprozeß mit allen damit verbundenen Makeln: Allmacht des Gerichts und Ohnmacht der Verteidigung – nicht einmal verschleierte Voreingenommenheit gegen den Angeklagten und vorweggenommener Schuldspruch. Alles, was Dr. Meinerzhagen zum Angeklagten sagt, klingt wie: „Was haben Sie vorzubringen, bevor ich Sie schuldig spreche?"

Die *TAZ* kommentiert:

> *„Das Verfahren gegen den Holocaustleugner und Hitlerverehrer Ernst Zündel (66) vor der 6. Großen Strafkammer am Landgericht in Mannheim wird zur Farce."*

Als Vorsitzender Richter trägt Dr. Meinerzhagen die Verantwortung dafür, wie die Prozeßführung von der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Zwar verneinen seine Kollegen vom LG Mannheim in Vogel-Strauß-Taktik Mal für Mal seine Befangenheit, aber diese Befangenheit springt jedem Prozeßbeobachter ins Auge – wobei die Kurzsichtigen sie loben, während die Scharfsichtigen erkennen, welch Kuckucksei hier ausgebrütet – oder sollen wir sagen: welche Zeitbombe gelegt – wird?

Richter will Verteidigerin mundtot machen

Am 9.2.2006, zu Beginn der zweiten Prozeßrunde, unterbricht Meinerzhagen die Verteidiger immer wieder in ihrem Vortrag – und der Verteidigerin Sylvia Stolz entzieht er gar das Wort. Nur noch schriftliche Eingaben will er von ihr zulassen. Dies verstößt gegen das fundamentale Prinzip, daß vor Gericht mündlich verhandelt wird. Außerdem wird damit die Öffentlichkeit des Verfahrens untergraben. Zuletzt dreht der Richter dann der Verteidigerin das Mikrophon ab.

Da drängt sich die Frage auf: ist Dr. Meinerzhagen nicht Manns genug, um der grazilen Anwältin Auge in Auge gegenüberzutreten? Kann er ihren Argumenten nichts entgegensetzen? Dann müßte er – als neutraler Richter – den Ausführungen zustimmen.



Rechtsanwältin Sylvia Stolz

Erneut bekundete der Vorsitzende Richter seine Voreingenommenheit, als er Rechtsanwältin Sylvia Stolz vorwarf, Volksverhetzung begangen zu haben. Kennt er als Vorsitzender Richter nicht einmal die Unschuldsvermutung? Zwar hat die Mannheimer Staatsanwaltschaft gegen die Anwältin Ermittlungen **wegen des Verdachts** der Volksverhetzung eingeleitet, das gibt dem Richter aber noch lange nicht das Recht, die Verteidigerin zu behandeln, als ob sie schon

rechtskräftig verurteilt sei – oder steht auch das für ihn jetzt schon fest, wie auch die Verurteilung von Ernst Zündel? Eine solche **Vorverurteilung** kennzeichnet Befangenheit – und dann ist der betreffende Richter vom Verfahren auszuschließen, weil in einem rechtsstaatlichen Verfahren Richter nun mal neutral sein müssen. Hier muß auch berücksichtigt werden, daß die Ermittlungen als fragwürdige Prozeßtaktik der Staatsanwaltschaft erkennbar sind: diese hat nämlich proklamiert, es hänge vom weiteren Verhalten der Anwältin im Prozeß ab, was aus dem Ermittlungsverfahren würde. Das kann man auch als Nötigung der Verteidigung auffassen: wenn sie nicht Wohlverhalten übt, wird sie selbst angeklagt…

Also wird der Vorsitzende Richter Ulrich Meinerzhagen erneut wegen des Verdachts der Befangenheit abgelehnt…

Kampf mit der Hydra

Wie eine deutsche Jeanne d'Arc führt Zündels Anwältin Sylvia Stolz das Verteidigerteam an – in einer Auseinandersetzung, die dem Kampf des Herkules mit der vielköpfigen Hydra gleicht. Wie die nachfolgenden Rededuelle zeigen, hat Sylvia Stolz weder „Einflüsterer" noch „Vorsager" nötig.

Ein *FAZ*-Artikel gibt einen Eindruck vom unerschrockenen Ringen dieser zierlichen Frau mit der übermächtigen Staatsallmacht, repräsentiert durch Dr. Meinerzhagen:[1]

> *Unentwegt fällt sie dem Vorsitzenden ins Wort. Kaum hat er ein, zwei oder drei Sätze hinter sich gebracht, erklingt schon ihr „Herr Meinerzhagen". Dahinter steckt kein Mangel an Selbstbeherrschung: Fräulein Stolz kämpft um die Herrschaft über den Adrenalinspiegel des Vorsitzenden. Fähnchen um Fähnchen setzt sie in ihre Feldzugskarte, und jedes Fähnchen ist ein Nadelstich.*
>
> *Fräulein Stolz ist Anfang Vierzig, aber sie hat sich einen mädchenhaften Körper erhalten und betont das, sofern sie nicht die Robe trägt, mit einem hautengen Strickkleid. Sie wiegt bestimmt keine fünfzig Kilo. Zum kleinen Schwarzen trägt sie schwarze Strümpfe, schwarze Schnallenschuhe im Rokokostil und einen mit kräftigen Violettönen spielenden Seidenschal* […]
>
> *Sie kommt aus Ebersberg bei München, ihre Sprache ist kräftig bayerisch akzentuiert, doch die Stimme wiederum mädchenhaft hell. Mit diesem Diskant dringt sie durch.*
>
> *Immer wieder wird Meinerzhagen damit aus dem Konzept gestochen, besonders auch beim Diktieren von Protokollvermerken, wo – schmerzliche Eigenart der deutschen Sprache – der Zusammenhang zwischen Satzanfang und -ende unterwegs allzu leicht verlorengeht. Dem Vorsitzenden platzt der Kragen, Fräulein Stolz säuselt über Lautsprecher: „Herr Meinerzhagen, warum müssen Sie schon wieder herumschreien? Haben Sie das nötig."*
>
> *Es gelingt ihr, nie die Stimme zu heben, während sie unterbricht. Es soll unschuldig wirken. Der Vorsitzende bekommt sein Rot gut hin, auf dem Gesicht. „Ich heiße Dr. Meinerzhagen." Er wünsche, von der Verteidigung hier nicht als Privatperson angesprochen zu werden. „Ich bin der Vorsitzende der Kammer und leite diese Verhandlung." – „Herr Meinerzhagen..." – „Dr. Meinerzhagen!" – „Wünschen Sie, daß ich Sie mit ihrem Doktortitel anspreche?" – „Ich heiße Dr. Meinerzhagen und werde mit Herr Vorsitzender angesprochen." – „Herr Meinerzhagen, ich nehme es zur Kenntnis. Ich rede Sie mit Ihrem Namen an. Dabei bleibt es." In salbungsvollem Schulmädchenton.*
>
> *Niemand läßt sich gerne ins Wort fallen, ob mit Pauken oder Schalmeien. Der Vorsitzende hat darüber hinaus die Verhandlung zu leiten. Er ist, nach langen Jahren im Beruf und nicht mehr ewig von der Pensionsgrenze entfernt, daran gewöhnt, daß man ihn läßt. Fräulein Stolz hat nicht die Absicht. Ihr ist egal, ob der Richter sie mag oder ihren Mandanten."*

Nach Schließung der Sitzung beginnen drei Zuschauer, die Nationalhymne zu singen. Wie dies eigentlich normal ist, fingen sie mit der 1. Strophe an. Doch was ist hier schon normal?

200 € Ordnungsgeld für Singen der Nationalhymne

Am nächsten Sitzungstag, Mittwoch dem 15.2.06, reagierte sich Meinerzhagen gegen die Zuschauer ab. Dazu noch ein Zitat aus der *FAZ*:[2]

> *Die Kammer hat gegen Mittag des zweiten Verhandlungstages Ordnungsgelder gegen Zuschauer verhängt, die nach Schluß der vorherigen Sitzung „die erste Strophe der Nationalhymne" gesungen hatten, wie der Vorsitzende Dr. Meinerzhagen sagt. Diese Strophe werde gemeinhin als Übersteigerung des Nationalgefühls empfunden. Sie sei „geradezu geächtet". Im übrigen habe der Gesang provozieren und eine Demonstration gegen die Legitimität und Legalität des Gerichtes sein sollen.*
>
> *Fräulein Stolz, wie die Anwältin von ihren Anhängern genannt wird, nimmt diese Ausführungen zum Anlaß für einen weiteren Ablehnungsantrag: Zündel werde sein Bekenntnis zum Deutschtum vorgeworfen, der Vorsitzende aber hege einen „unbändigen Haß gegen alles Deutsche" und habe sich als „Feind der Deutschen" erwiesen.*

Anschließend zitiert Fräulein Stolz einen der Delinquenten, den sie in Potsdam ebenfalls wegen Volksverhetzung verteidigt, aus dem Zuschauerraum herbei: „Herr Reinecke, würden Sie jetzt bitte vorkommen?"

Nach einer Schrecksekunde fährt der Vorsitzende auf: „Wie, was?" Abermals hat Fräulein Stolz sich seine Befugnisse angemaßt.

Reinecke hatte sich schon auf den Weg gemacht. Gern erteilt Fräulein Stolz auch dem Protokollführer Anweisungen. Unablässig fällt sie Dr. Meinerzhagen ins Wort. All das gehört zu ihrem Blitzkrieg gegen sein limbisches System, jene kleine Hirnregion, die die Gefühle steuert. Eigentlich könnte der Vorsitzende die Sitzung jederzeit unterbrechen und seine Gefühlswelt in der Ruhe des Dienstzimmers zurückerobern. Er nutzt dieses Mittel auch oft – doch meist zu spät.

Ausweislich dieses Berichts, dem schwerlich Sympathien für Ernst Zündel unterstellt werden können, ist Dr. Meinerzhagen hier gleich in eine ganze Reihe juristischer Fettnäpfchen getreten:

- **Mißachtung des Gerichtsverfassungsgesetzes**

Eine Sitzung kann, nachdem sie geschlossen wurde, nicht mehr „gestört" werden. § 178 GVG lautet:

> *„Gegen… Personen, die sich* **in** *der Sitzung einer Ungebühr schuldig machen, kann… ein Ordnungsgeld … festgesetzt und sofort vollstreckt werden."*

Was nach Schließung der Sitzung passiert, kann in der Regel nicht mit Ordnungsgeld belegt werden. Doch Dr. Meinerzhagen schert das nicht – er verurteilt jeden der drei Sänger zur Zahlung von 200 Euro.

- **widersinnige Begründung**

Geradezu absurd ist die Behauptung, die 1. Strophe der Nationalhymne sei geächtet. Meinerzhagen zeigt hier eine bedenkliche Unfähigkeit zu logischem Denken: entweder ist ein Liedvers Teil einer Hymne, oder er ist geächtet. Eine geächtet Hymne ist wie ein schwarzer Schimmel.

- **politisch einseitige Stellungnahme**

Erst recht bedenklich ist, wenn Dr. Meinerzhagen in dem Streit um die erste Strophe der Nationalhymne eine Stellung einnimmt, die den verfassungsrechtlichen Standpunkt „seiner" BRD mißachtet, demzufolge das ganze Deutschlandlied die Nationalhymne bildet.

Das Wissen hierum darf man Dr. M. getrost unterstellen, ist er doch verfassungsrechtlich nicht ganz unbeleckt – seine Dissertation hatte die Frankfurter Nationalversammlung zum Thema. Folglich darf er als Richter nur den verfassungsrechtlich gültigen Standpunkt vertreten. Zu dem über die 1. Strophe vom Zaun gebrochenen *politischen* Streit darf er höchstens privat eine andere Stellung einnehmen – aber als Richter wird von ihm verlangt, daß er seine private Meinung nicht in Verfahren einfließen läßt.

- **Überreaktion aus schlechtem Gewissen**

Die Interpretation des Gesangs als „Demonstration gegen die Legitimität und die Legalität des Gerichts" zeigt nur, wie sehr die Nerven des Dr. Meinerzhagen blank liegen.

Der nächste Eklat läßt nicht lange auf sich warten. Ein Zuschauer ruft „Freisler". Dieser Ruf gibt viele Interpretationsmöglichkeiten. Vor allem ist zu klären: was war gemeint – wer war gemeint?

Wer war Freisler? Es gibt deren zwei im politischen Leben. Roland Freisler war weiland Präsident des Volksgerichtshofes in Leipzig, – sein Bruder Oswald Freisler, ebenfalls Jurist, soll laut Wikipedia als NSDAP-Mitglied gegen die Interessen der Partei verstoßen haben, weil er in politisch bedeutsamen Prozessen als Verteidiger auftrat und dabei das NSDAP-Parteiabzeichen deutlich sichtbar trug. Auf heutige Verhältnisse übertragen wäre das etwa so, als wenn Gerhard Schröder oder Andreas von Bülow als Verteidiger für Ernst Zündel oder Germar Rudolf aufträten. Undenkbar? Heute schon – aber damals nicht.

Doch zurück zu unserem Freisler: Allein dieses Wort hat auf Dr. Meinerzhagen wie ein rotes Tuch gewirkt. Woher weiß Dr. Meinerzhagen, daß er damit gemeint sein könnte – ohne daß man an das Sprichwort denkt „getroffene Hunde bellen"? Wenn er aber selbst den Vergleich als irgendwie treffend empfindet, wurde er nicht beleidigt, dann wurde nur eine Tatsache beschrieben. Tatsachen können aber nicht beleidigen, und die Feststellung einer Tatsache ist auch nicht strafwürdig.

Selbst wenn festgestellt worden wäre, daß tatsächlich Dr. Meinerzhagen mit dem Ausruf gemeint war – woher weiß er, wie die Bemerkung gemeint ist – insbesondere, daß sie beleidigend sein sollte? Falls der Rufer ein „unbelehrbarer NS-Sympathisant" ist, kann man nicht ausschließen, daß er auch Roland Freisler positiv sieht. Wie schon bei der Interpretation des Singens der Nationalhymne gibt es für Ulrich Meinerzhagen trotz einer Vielzahl möglicher Interpretationen nur eine – und zwar ohne nähere Untersuchung. Reagiert so ein Richter, der von der Neutralität seiner Amtsführung überzeugt ist?

Ankläger und Richter in eigener Sache — Martialische Strafen für unbotmäßige Zuschauer

Meinerzhagen verdonnerte den Zuschauer – ohne nähere Klärung, was dieser genau gemeint hat – zu sage und schreibe 4 Tagen Ordnungshaft.

Allein schon die Höhe dieser Strafe zeigt, wie hoch der Pegel der Emotionen bei Dr. Meinerzhagen steht.

Wieder einmal verdichten sich die Hinweise auf seine Befangenheit.

> **„Ich kann Sie leider nicht aus dem Sitzungssaal entfernen lassen, obwohl ich das gerne tun würde"**
>
> Der Vorsitzende Richter zu Zündels Anwältin
>
> Quelle: Südwestdeutscher Rundfunk 15.2.2006 (SWR-Online) URL:http://www.swr.de/nachrichten/bw/-/id=1622/nid=1622/did=1060240/q1f3yg/index.html

Doch der in der letzten Verhandlung gestellte Befangenheitsantrag gegen Dr. Meinerzhagen wird wieder durch seine Kollegen abgewiesen – der Angeklagte habe keinen Grund, an der Unparteilichkeit und Unvoreingenommenheit des Richters zu zweifeln.

Also wird weiterverhandelt. Anwältin Stolz will sich nicht in den Maulkorb finden, bezeichnet den Prozeß als Schauprozeß und bringt Gegenvorstellungen vor.

Zum weiteren Verlauf der Verhandlung sei nochmals die rechtsradikaler Tendenzen unverdächtige *FAZ* zitiert:[3]

> *Doch als Fräulein Stolz ihre „Gegenvorstellungen" geltend zu machen beginnt, soll sie dem Gericht zunächst angeben, welchen Umfang diese haben. „Mit einigen wenigen Worten", sagt der Vorsitzende. „Das will ich ja, Sie unterbrechen mich", erwidert Fräulein Stolz, die schon „in der Angelegenheit des Reichsbürgers Ernst Zündel" über das Zusammenspiel von Paragraph 130 StGB und Paragraph 257a StPO vorzutragen begonnen hat und nun fortfährt.*
>
> *„Mit einigen wenigen Worten!" wiederholt Meinerzhagen. „Ich habe ja gerade fünf Worte gesagt", entgegnet die Verteidigerin. „Was sind denn für Sie einige wenige Worte? Zwei? Eins?" Sie spricht weiter.*
>
> *Der Vorsitzende entzieht ihr das Wort. Doch Fräulein Stolz läßt es sich nicht entziehen. Sie redet über den „Freiheitskampf der Deutschen". Der Vorsitzende ruft abermals: „Ich entziehe Ihnen das Wort!" Fräulein Stolz erwidert: „Sie haben mir unberechtigterweise das Wort entzogen, das darf ich mir nicht gefallen lassen."*
>
> *Sie ergreift das Mikrofon mitsamt seinem Standfuß, wendet sich dem Publikum zu, schreitet in den Saal und hält glühend Vortrag. Als das Mikrofon ausgeschaltet wird, stellt sie es zurück auf den Tisch und spricht mit erhobener Stimme weiter, den schwarzen Vorhang ihrer Robe mit weit geöffneten Armen pathetisch entfaltend.*
>
> *„Das hier ist kein Prozeß, sondern ein Werkzeug der Fremdherrschaft." Das Publikum applaudiert. „Sie sabotieren das Verfahren!", ruft der Vorsitzende. „Ich kann das Verfahren nicht sabotieren, weil es keines ist."*
>
> *Nach einer Unterbrechung weist der Vorsitzende die Verteidigerin darauf hin, daß sie hier vor Gericht sei. – „Ich bin hier nicht vor Gericht." Das werde aufgenommen, sagt der Beisitzer. „Nehmen Sie's auf, aber nicht nur ins Protokoll, sondern auch in Ihren Kopf", entgegnet Fräulein Stolz.*
>
> *„Sie haben hier nicht das Wort!" herrscht der Vorsitzende sie an. „Sie können jetzt gern Ihre Ausführungen fortsetze." Richter Meinerzhagen führt aus, daß das Gericht, „ungeachtet der fehlenden rechtlichen Grundlage", überlegen müsse, ob ein Ausschluß der Verteidigerin möglich sei. Das hat es zum letzten Mal wohl 1978 in Frankfurt gegeben, als der Verteidiger Eberhard Kempf in einem K-Gruppen-Verfahren auf Anweisung des Amtsrichters Schwalbe von Polizisten regelrecht aus der Anwaltsbank gepflückt und dann hinausgetragen wurde – unrechtmäßigerweise. Auch Fräulein Stolz weist, gleichsam hoffnungsfroh, darauf hin, man müsse schon Gewalt anwenden, um sie loszuwerden. Nach abermaliger Unterbrechung eröffnet der Vorsitzende die Beweisaufnahme. Er beginnt mit der Verlesung der Dokumente, die sich die Verfahrensbeteiligten zu Gemüte führen sollen. Fräulein Stolz eröffnet gleichzeitig, wie sie sagt, „ein Parallelverfahren" und beginnt ihrerseits einen ausgedehnten Vortrag mit der Frage „Hat der Holocaust stattgefunden?" Beide reden gleichzeitig. Der Richter leiert traumverloren die lange Liste der Dokumente ins Mikrophon, die Verteidigerin agitiert derweil im Senatorengestus ein von hoher Begeisterung durchwühltes Publikum."*

9. März 2006: Dritter Verhandlungstag.

Ein Prozeßbeobachter von www.stoertebeker.net. berichtet:

> *Erneut ist ein Befangenheitsantrag gegen Dr. Meinerzhagen abgelehnt worden, wobei lächerlicherweise wieder argumentiert wurde, ein „vernünftiger" bzw. „verständiger" Angeklagter stelle keine solchen Anträge. Er hat sich also ohne Widerstand aburteilen zu lassen?*
>
> *RA Rieger bemerkte, daß der Richter dem Prozeß nervlich nicht gewachsen sei und ihn doch an einen Kollegen abgeben solle. Danach sollte die Beweisaufnahme wiederholt werden, aber zuvor durfte – man höre und staune – Rechtsanwältin Stolz das tun, was ihr sonst verboten wurde, nämlich sprechen.*
>
> *Sie rügte den Richter wegen seiner nachweisbaren Lügen und Bedrohung der*

Verteidiger und wies darauf hin, daß Meinerzhagen bei einer Verurteilung gegen seinen Amtseid verstoße, demzufolge er nach bestem Wissen und Gewissen nur der Wahrheit und Gerechtigkeit dienen dürfe. Dieses Verfahren sei ein „Scheinprozeß" und geradezu ein „Geisterverfahren". Die Anwältin warf dem Richter „rechtswidrige Machenschaften" vor. Sie werde sich über seine Anordnung hinwegsetzen, Anträge nur noch schriftlich zu stellen.

Der Richter scheint diesmal ein starkes Beruhigungsmittel genommen zu haben und ließ Frau Stolz reden, bis sie eine vorher zu den Akten gegebene „Richtigstellung tatsächlicher Art" verlesen wollte. Das wurde ihr jedoch verweigert.

TAZ: „Richterliche Autorität … so gut wie perdu"

Wegen Mißachtung des Gerichts droht Meinerzhagen schließlich der Wahlverteidigerin Sylvia Stolz an, sie vom Prozeß auszuschließen.

„Sie sabotieren hier das Verfahren", warf er ihr vor.

Ja, wirklich, welch ein Skandal – eine Verteidigerin, die ihren Mandanten *verteidigen* will – obwohl er doch ein böser „Holocaustleugner" sein soll!

Die *TAZ* beschreibt die Szene so:[4]

„Meinerzhagen entzieht der Anwältin mehrfach das Wort – sie redete einfach weiter. Mit ausgebreiteten Armen stellte sie sich mitten in den Gerichtssaal und bezeichnete das Verfahren gegen Zündel als einen „Schauprozess". Sie lasse sich das Wort nicht verbieten, denn sie übe aktuell das „Notwehrrecht für Zündel und das Deutsche Reich" aus, so Stolz zum Kammervorsitzenden Ulrich Meinerzhagen.

Immer wieder wird die „mutigste Frau Deutschlands", so ein Zwischenruf aus dem Publikum, von Meinerzhagen aufgefordert, umgehend zu schweigen. Doch immer wieder ergreift Stolz unbeeindruckt von den Anordnungen des Gerichts ganz selbstherrlich das Wort. Nur weil sie ein „Tabu der westlichen Wertegemeinschaft" brechen und darüber reden wolle, dass der Holocaust „eine Erfindung der Juden" sei, werde sie von der Kammer mit Redeverbot belegt und „abqualifiziert". Der Kammervorsitzende tobt – Stolz redet weiter.

Die vielen Sympathisanten des Angeklagten und seiner Gesinnungsgenossen auf der Verteidigerbank amüsieren sich prächtig. Man schlägt sich vor Lachen über den scheinbar hilf- und glücklos agierenden Kammervorsitzenden auf die Schenkel… Meinerzhagen blickt nur böse.

Verfasser Klaus-Peter Klingelschmitt faßt zusammen: „Die richterliche Autorität von Meinerzhagen ist so gut wie perdu**.** Das ist eine Katastrophe für das Verfahren."

Meinerzhagens Trickkiste

www.stoertebeker.net über den weiteren Verlauf:

Wieder wurde der Prozeß kurz unterbrochen, um RA Bock wenigstens den Schriftsatz vorher lesen zu lassen, jedoch nur diesen – eine Falle!

Als RA Rieger dieses Recht auch für sich proklamierte, sagte der Richter, er hätte ja Einsicht nehmen können. Rieger wies darauf hin, daß ihm dies als „Aktendiebstahl" ausgelegt worden wäre und ihm unter diesem Vorwand weitere Akteneinsicht verwehrt werden könne.

Der Richter mußte sich geschlagen geben und unterbrach erneut.

Dann verkündete RA Rieger, daß er die iranische Botschaft um eine internationale Beobachterkommission bitten wolle, denn in islamischen und selbst in kommunistischen Staaten waren und sind abweichende Auffassungen über die Vergangenheit nicht strafbar. Als Rieger das Beispiel brachte, daß … 6 – 4 gleich 2 sei, unterbrach der Richter den Prozeß erneut. Danach zeigte sich, wofür der Richter die drei Wochen Verhandlungspause genutzt hatte: Er verlas einen ellenlangen Antrag, den er niemals in der kurzen Pause geschrieben haben konnte: die Hauptverhandlung solle auf unbestimmte Zeit vertagt werden, bis das Oberlandesgericht Karlsruhe über seinen Antrag entschieden habe, RA Stolz gegen jedes Recht (!) vom Prozeß auszuschließen!

Das Gericht wirft Frau Stolz vor, sie würde den Prozeß sabotieren und als Forum zur politischen Agitation benutzen. Dieser Vorwurf ist nicht nachvollziehbar, da es sich bei diesem Prozeß bekanntermaßen um ein rein politisches Verfahren handelt. Dies wird auch nicht seitens der Justiz bestritten, Staatsanwalt Grossmann hat als Spezialgebiet „politisch motivierte Verfahren"...

Meinerzhagen beklagt sich über Mißachtung des Gerichts – doch wo ist im Zündelverfahren ein neutrales deutsches Gericht?

Und was ist wohl schlimmer: Mißachtung des Gerichts – oder Mißachtung des Rechts?

Obwohl der Prozeß damit eigentlich schon abgebrochen war, konnte RA Dr. Schaller noch eine Gegendarstellung verlesen: die Verweigerung der Beweisaufnahme sei abwegig. Er erläuterte den Unterschied zwischen Bestreiten und Leugnen – Leugnen kann nur gegen besseres Wissen erfolgen, aber nicht, wenn man etwas selbst für wahr hält. Zündel jedoch hielt und halte etwas für unwahr, insofern leugne

er es nicht, sondern bestreite nur aufgrund besseren Wissens. Das fehle dem Richter – das habe er nachzuarbeiten.

Die Formulierung des § 130,3 StGB sei entlarvend, daß hier „Unbelehrbare" und „Ungläubige" (!) bestraft werden sollen. In welcher Zeit leben wir eigentlich? Im 16. Jahrhundert, als es hieß: „cuius regio, eius religio" (wessen Gebiet, dessen Glaube) – hat man in der BRD an gewisse Dinge zu glauben, oder man wird verurteilt?

Als die Rechtsanwälte Rieger und Stolz dazu auch noch etwas ausführen wollten, brach Meinerzhagen den Prozeß ab. Er ist bis zur Entscheidung des OLG-Karlsruhe und damit auf unbestimmte Zeit vertagt. Das OLG wird sich sputen müssen, denn Zündel ist schon mehr als ein Jahr in bundesdeutscher Haft – seit 1.3.2005. Die Fortdauer der Untersuchungshaft über ein Jahr hinaus ist nur bei besonderen Schwierigkeiten zu rechtfertigen. Unfähigkeit des Richters ist dafür schon mal kein Grund.

Laut offizieller Mitteilungen im „Landesportal Baden-Württemberg" beschuldigt Meinerzhagen die Verteidigerin, sie mache den Prozeß zu einer Farce. Daher will er beim OLG ihren Ausschluß erwirken..

Doch zeigen die oben angeführten Zitate aus Medien, die Zündel bestimmt nicht wohlgesonnen sind, nicht deutlich, daß es Ulrich Meinerzhagen selbst ist, der sich lächerlich macht?

Auch bestätigt die Vorgehensweise von Meinerzhagen nachträglich die Berechtigung des Befangenheitsantrags in der 1. Prozeßrunde. Damals behauptete Meinerzhagen, es seien bloße Vermutungen und Unterstellungen, daß er die Wahlverteidiger aus dem Verfahren katapultieren wolle. Nur 4 Monate später haben sich die „Vermutungen und Unterstellungen" bestätiget. Meinerzhagen hat also seine dienstliche Stellungnahme nicht wahrheitsgemäß abgegeben.

Rechtsanwältin Sylvia Stolz ist es zu verdanken, daß die Zündel-Verteidigung tiefe Einbrüche in die gegnerische Front verbuchen kann. Ihr Mut imponiert ebensosehr wie ihre Klugheit und ihre Schlagfertigkeit. Wie weiland die Freiheitsheldin Jeanne d'Arc hat sie alle Angst und Bangigkeit um ihr persönliches Schicksal hinter sich gelassen, und sich dem Kampf um Wahrheit und Freiheit verschrieben.

Selbst bei der Antifa wittert man, daß die Felle wegschwimmen und die eigenen Schäfchen davonlaufen könnten – allzu deutlich zeichnete sich der Frontverlauf unter der Prozeßführung von Dr. Meinerzhagen ab: Hier die Macht, die jede rechtsstaatliche Freiheit verweigert – dort die Anwälte – nicht nur von Ernst Zündel, sondern der Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit schlechthin:

> *Es „ging […] bei den Streitigkeiten zwischen Anwältin und Richter immer um das eine: dürfen die Vorgänge in Auschwitz diskutiert und teilweise oder ganz in Frage gestellt werden – oder ist „offenkundig", was dort geschah – und es darf nur über die Handlungen des Angeklagten selbst gesprochen werden. Die vorgeworfene Handlung als zugegebene Herausgeberschaft von zundelsite liegt offen zutage. Was dann noch verhandeln? Da von Anfang an entsprechende Anträge der Anwältin nach der zugrundeliegenden „Wahrheit" von Auschwitz selbst als mögliche Straftat bedroht und unterbunden wurden, ist ein Gegenstand der Verhandlung nicht mehr sichtbar.*
>
> *Im Grunde bliebe dann – wie in den letzten Zeiten des Revolutionstribunals von 1793 – nur noch Identifizierung des Angeklagten und Auslieferung an die Guillotine. Der Vorgang des Für und Wider, von Beweis und Gegenbeweis entfällt, damit aber auch Nachvollziehbarkeit des Urteils.*
>
> *Der Fehler liegt tatsächlich am Begriff der „Offenkundigkeit". Wie sich in Wien beim Prozess gegen Irving herausstellte, waren dem Angeklagten als Fachhistoriker verständlicherweise viel mehr Details über die Vernichtung „offenkundig" als dem Richter, der die Offenkundigkeit nur von Amts wegen reklamieren konnte. Wenn ein Prozess geführt werden soll, muss erlaubt sein, „alles" vorzubringen. Insoweit hat selbst ein Mahler recht."*[5]

Wer diesen Prozeß verfolgt, dem öffnen sich die Augen zum Thema Rechtsstaat!

Geben wir das Schlußwort den antifaschistischen „stattnachrichten", die dem Verfahren nicht nur einen „extrem reizbaren Richter" bescheinigen, sondern sich auch bemüßigt sehen, Distanz zum Vorgehen des Gerichts aufzubauen:[6]

> *„Wenn die Antifas aber mit ihrer Demonstration Richter Meinerzhagens Verfahren zustimmen wollten, hätten sie Unrecht. In seinem Gericht in Mannheim läuft eine Mühle, da wird kein Korn zu Mehl, sondern Schrott zu schollerndem Kies."*

Anmerkungen

1. *FAZ* 21.2.2006, „Der Müll, die Stadt und das Fräulein Stolz"
2. *FAZ* 27.2.2006, S. 3, „Jedes deutsche Herz"
3. ebenda.
4. *taz* 10.3.2006, Seite 7
5. stattweb.de – News und Mitteilungen, 12. März 2006
6. ebenda.

Notwehr-Recht

Dokumentation

Rechtsanwältin Sylvia Stolz hat zu den persönlichen Angriffen des Herrn Dr. Meinerzhagen gegen sie in der Sitzung vom 16. Februar 2006 wie folgt Stellung genommen:

Dr. Meinerzhagen hat es für richtig gehalten, den außergewöhnlichen Verlauf der bisherigen Hauptverhandlung als Folge eines „ungebührlichen Betragens" der Verteidigerin darzustellen. Er hat das mit der Erklärung verbunden, daß die Strafkammer prüfen wolle, ob Möglichkeiten gegeben seien, mich aus der Verhandlung zu entfernen.

Mit dieser Erklärung sollte wohl eine uninformierte Öffentlichkeit über die wahren Gründe der Ereignisse im Zündelprozeß getäuscht werden.

Ausgangspunkt der hier zu erörternden Entwicklung ist die von mir verfaßte Schutzschrift vom 18. Oktober 2005, in der ich der Strafkammer vorab die Grundzüge der meinerseits beabsichtigten Verteidigung des Herrn Ernst Zündel dargestellt und die Einstellung bzw. Aussetzung des Verfahrens bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Unvereinbarkeit des § 130 III StGB-BRD (Volksverhetzung in der Begehungsform der Leugnung des Holocausts) mit dem Grundgesetz beantragt hatte.

Über diesen Antrag hatte die Strafkammer aufgrund von tatsächlichen und rechtlichen Erwägungen zu entscheiden.

Die Herren Dr. Meinerzhagen und Hamm sowie Frau Krebs-Dörr haben in ihrem die gestellten Anträge zurückweisenden und in öffentlicher Verhandlung verlesenen Beschluß vom 7. November 2005 – ihre Machtstellung mißbrauchend – gegen mich schwere Verunglimpfungen geäußert. Ohne die Tatsachen – d.h. den sachlichen Gehalt der Schutzschrift vom 18. Oktober 2005 vorzutragen – haben die Genannten aus der Schrift sinnentstellend zitiert und meine Darlegungen als „Anstachelung zum Haß gegen die Juden (§130 I Nr. StGB)", als „in besonders aggressiver Weise vorgetragene Auschwitzlüge" abqualifiziert. Von „Hetze gegen die Jüdische Bevölkerung" war die Rede, in die ich „die Richterschaft" miteinbezogen hätte. (S. 3 des Beschlusses).

Weder Gerichtsvorsitzender noch Spruchkörper sind befugt, einem Verteidiger wegen seiner Anträge oder seiner sonstigen Prozeßhandlungen eine Rüge zu erteilen oder sein Verhalten als strafbar oder berufsrechtswidrig zu beurteilen.

Dem Gericht obliegt nicht die Überwachung des Verteidigers, ob dieser ordnungsgemäß verteidigt.

Die Verteidigung führt der Verteidiger in eigener Verantwortung. Er ist ein unabhängiges Organ der Rechtspflege.

Über dies alles hätte ich noch hinwegsehen können. Mir ist bewußt, daß ich die am eifersüchtigsten gehüteten Tabus der „politisch korrekten" Seelenlandschaft der „westlichen Wertegemeinschaft" gebrochen habe. Die dadurch ausgelösten Aggressionen vermag ich zu ertragen.

Nicht hinnehmbar allerdings ist die Ankündigung der genannten Personen, „keinesfalls die Begehung von Straftaten gegen § 130 I StGB in öffentlicher Hauptverhandlung dulden" zu wollen. Sie drohten, daß sie „entschieden jeden Versuch der Verteidigung zurückweisen [würden], derartige Hetze öffentlich zu verbreiten." (S. 3 des Beschlusses).

Unter „öffentlichem Verbreiten" verstehen Dr. Meinerzhagen, Hamm und Krebs-Dörr das Verlesen der in meiner Schrift vom 18. Oktober 2005 angekündigten Beweisanträge in der Hauptverhandlung. Das Gesetz schreibt diese Verlesung vor.

In der Schutzschrift hatte ich erklärt, daß die Verteidigung von Herrn Zündel die von der Rechtsprechung bemühte „Offenkundigkeit des Holocausts" als ein von jüdischen Organisationen durchgesetztes Dogma angreifen und mit sachbezogenen Beweisanträgen den Nachweis führen werde, daß diese „Offenkundigkeit" von Anfang an nur vorgetäuscht worden ist. Das Gewicht dieser Argumentation konnten die genannten Personen aus den mit der Schutzschrift überreichten Anlagen erkennen (das Buch von Germar Rudolf „Vorlesungen über den Holocaust" und der Beweisantrag von Rechtsanwalt Horst Mahler in eigener Sache im Berliner Judaismus-Prozeß).

Gleichfalls angekündigt hatte ich

unter Hinweis auf die Grundsatzrede des Staats- und Völkerrechtlers Prof. Dr. Carlo Schmid vor dem Parlamentarischen Rat vom 8. September 1948,

auf Artikel 146 GG sowie

auf die ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Fortbestand des Deutschen Reiches

Beweisanträge zu stellen, die den Nachweis erbringen werden,

- daß die Bundesrepublik Deutschland kein Staat, sondern nur – wie Carlo Schmid es ausdrückte – eine

„Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft“ (OMF), also eine Fremdherrschaft, sei, die keinerlei Rechtswirkungen hervorbringen könne, sondern nur eine rein tatsächliche Bedeutung habe;

- daß der Hauptsieger des Zweiten Weltkrieges vermittels dieses Fremdherrschaftsapparates in Fortsetzung des Vernichtungskrieges gegen das Deutsche Reich jetzt mit den Mitteln der psychologischen Kriegsführung – insbesondere mit der „Auschwitzkeule“ – sein Kriegsziel, die Vernichtung des Deutschen Volkes als rassisch geschlossene Lebens- und Schicksalsgemeinschaft, weiterverfolgt;
- daß folglich die Verfolgung des Deutschen Freiheitskämpfers Ernst Zündel einen kriegerischen Akt unserer Feinde darstelle und die Gerichte der OMF-BRD vor allem im Bereich der Holocaustjustiz als Elitetruppe gegen das Deutsche Volk mißbraucht werden.

Die Unterzeichner des Beschlusses vom 7. November 2005 erklärten sich als fest entschlossen, der Öffentlichkeit diese Gedankengänge vorzuenthalten. Um das zu erreichen, sind sie bereit, die Prinzipien eines rechtsstaatlichen Strafverfahrens preiszugeben und mir einen „Maulkorb“ zu verpassen durch den verordneten Zwang, alle Anträge ohne Verlesung in schriftlicher Form dem Gericht vorzulegen.

Gericht fürchtet Überzeugungskraft

Zu diesem Entschluß wären sie wohl nicht gelangt, wenn sie das Vorbringen der Verteidigung mit innerer Überzeugung als „hirnverbrannt“ und „lächerlich“ beurteilen könnten. Es wäre ihnen vermutlich nichts lieber gewesen, als mir Gelegenheit zu geben, mich in aller Öffentlichkeit „bis auf die Knochen zu blamieren“. Sie wissen jedoch, daß es so nicht kommen würde. Sie ahnen, daß sich die Beweisführung der Verteidigung als durchschlagend erweisen wird.

Im Beschluß vom 7. November 2005 findet sich die Behauptung, daß der Völkermord an den Juden – „Holocaust“ genannt – in § 130 III StGB „tatbestandlich vorausgesetzt werde, „so daß sich jede diesen Umstand leugnende Beweiserhebung verbiete.“ (S. 2 d.B.)

Machen wir doch darauf die Probe aufs Exempel.

Illegales Beweisverbot

Müßte bei „tatbestandlicher Voraussetzung“ durch das Gesetz, ein Richter wegen „Leugnung“ des Holocausts nicht auch dann verurteilen, wenn er selbst – vielleicht durch private Lektüre von Germar Rudolfs *Vorlesungen über den Holocaust* – der Überzeugung ist, daß der „Holocaust“ eine Erfindung der Juden ist? Das wäre ein Urteil gegen die erkannte Wahrheit. Der Richter, der so handelt, bricht den Eid, den er geschworen hat. Der lautet: „Ich schwöre, **nach bestem Wissen und Gewissen** zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen.“

Würden Dr. Meinerzhagen, Herr Hamm und Frau Dörr-Krebs unterschreiben, daß sie im gegebenen Beispielsfall gegen den richterlichen Eid handeln und verurteilen würden? Wohl kaum.

Zweifel wecken bei Richtern verboten?

Wenn also der Zweifel des Richters am Holocaust einer Verurteilung entgegensteht, dann kann das Bemühen eines Verteidigers in einem Holocaustprozeß, die Richter durch geeignete Beweisanträge in eben diese Zweifel zu stürzen, kein „verteidigungsfremdes“ – mithin strafbares – Verhalten sein. Die entsprechende Beweisantragsstellung wäre vielmehr der „Königsweg zu einem Freispruch“. Oder wollen die Genannten an dem illegalen Beweisverbot festhalten und das Ereignis, ob ein Richter aufgrund privaten Wissens am Holocaust zweifelt oder auch nicht, dem Zufall überlassen?

Geheimprozeß

Durch die in der Sitzung vom 16. Februar 2006 verlesene Verfügung des Herrn Dr. Meinerzhagen, sämtliche Texte des Ernst Zündel, die Gegenstand der Anklage sind, im sogenannten Selbstleseverfahren in die Hauptverhandlung einzuführen, rundet sich das Bild: gewünscht ist eine „Geisterverhandlung“, ein Scheinprozeß in der Begehungsform des Geheimverfahrens, in dem die Öffentlichkeit überhaupt nicht mehr erfährt, worum es eigentlich geht.

Es ist Dr. Meinerzhagen, der von Anfang an mit seinen rechtswidrigen Machenschaften die Hauptverhandlung gegen Ernst Zündel stört und an den Rand des Abbruchs geführt hat. Die von ihm gegen mich verfügten Wortentziehungen waren Hoheitsakte, „die den Makel der Nichtigkeit auf der Stirn tragen“ und deshalb unbeachtlich sind.

Ich erkläre hiermit, daß ich mich diesem Anschlag auf die heiligsten Grundsätze der Deutschen Strafjustiz bis zum Äußersten entgegenstemmen werde. Wenn ich mich über die rechtswidrigen Anordnungen des Dr. Meinerzhagen hinwegsetze und die Öffentlichkeit am Vorbringen der Verteidigung teilhaben lasse, dann übe ich ein Notwehrrecht für Ernst Zündel und für das Deutsche Reich aus.

* * *

Letzte Meldung: Trotz all der oben angeführten Einwendungen hat das OLG Karlsruhe Sylvia Stolz am 31. März 2006 vom Verfahren ausgeschlossen.

Die Richter störten sich nicht daran, daß die Befangenheit von Dr. Meinerzhagen inzwischen allgemein erkennbar ist. Das Hindernis für einen rechtsstaatlichen Prozeß liegt also bei Dr. Meinerzhagen! Er hätte folglich vom Verfahren ausgeschlossen werden müssen – z.B. wegen Sabotage des Rechtstaats. Fahren die Richter des OLG auf Autopilot, oder folgen sie – illegalen – Weisungen?

Der Zweite Weltkrieg

Von Georg Wiesholler

„Derweil in Wehen die Erde kreißt,
Gewaltiges sich vorbereitet
Und ein verderbensschwangerer Geist
Geharnischt durch die Länder schreitet."

Friedrich von Bodenstedt (1819–1892)

Viele junge Menschen weigern sich, sich mit der Zeitgeschichte zu befassen. Was haben wir mit Hitler zu tun, sagen sie. Wir wollen nach vorne schauen. Aber die Geschichte wird sie immer wieder einholen, man kann sie nicht weglegen wie ein altes Hemd. In der Geschichte gibt es keine Schlußstriche. Die Herrschenden lassen die jungen Menschen nicht nach vorne schauen. Sie haben ihnen eine Kollektiv-Verantwortung auferlegt, das heißt eine Kollektiv-Schuld, auch wenn die Herrschenden immer eine Kollektiv-Schuld abstreiten. Daher wird der Kult mit der Schuld am Leben gehalten. Deswegen wird die Geschichte der letzten hundertdreißig Jahre gefälscht (selektiert) und deswegen müssen wir sie so objektiv wie möglich aufarbeiten.

Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, kritisierte die Äußerungen von Bundeskanzler Schröder und Minister Hombach, weil sie meinten, die „Wiedergutmachung" müsse im Jahre 2000 beendet sein. Man wolle dem Wiedergutmachungsfond der Wirtschaft zwar durch Teilnahme an Verhandlungen staatliche Autorität verleihen, aber keinesfalls aus dem Bundeshaushalt Zuschüsse leisten. (In Wirklichkeit bezahlte der Bund rund drei Viertel der Gesamtsumme in den Fond. Ein Fond, der aus dem beschlagnahmten Eigentum in der DDR gespeist wird).[1]

Ignatz Bubis fügte in einem Gespräch mit dem Politmagazin „Der Spiegel" noch hinzu: [2]

> *„Die Entschädigungszahlungen werden keinesfalls am 1. Januar 2000 enden, schon gar nicht auf Anordnung des Kanzlers. Schluß werde allenfalls 2030 sein, wenn auch die jüngsten Überlebenden gestorben sein werden. Schröder schätze die Situation falsch ein. Er könne die Wiedergutmachung nicht durch Kanzlerworte abschaffen."*

Nicht Kanzlerworte bestimmen die Politik in der BRD, sondern Worte des Zentralratsvorsitzenden der Juden in Deutschland.

Rabbi Israel Singer forderte auf der Jewish Claim Conference 2002: [3]

> *„Einen Schlußstrich kann und darf es nie geben. Deutschland wird für immer die Verantwortung für die Verbrechen der Nazis zu tragen haben."*
>
> *„Unter der Leitung eines hohen Beamten des Finanzministeriums arbeitete eine Kommission der israelischen Regierung in den letzten sieben Jahren an einem Bericht über den materiellen Gesamtschaden, den das jüdische Volk insgesamt durch die Verfolgung während der NS-Zeit erlitten hat. Berücksichtigt wurden dabei nicht nur die durch weggenommenes Eigentum entstandenen Schäden, sondern auch ‚verlorengegangene Einkünfte' und ‚unbezahlte Löhne von Zwangsarbeitern'.*
>
> *Der Bericht kommt auf diese Weise zu einer gesamten ‚Schadensumme' zwischen 240 bis 330 Mrd. US-Dollar und endet mit dem Schlußsatz: ‚In diesem Bereich ist noch viel zu tun.'… Erstaunlicherweise geht die Kommission in ihrem Bericht nicht auf die seit 1952 von der BRD geleisteten Wiedergutmachungszahlen von (umgerechnet) insgesamt rund 55 Mrd. Euro (nach heutigem Wechselkurs mehr als 70 Mrd. Dollar) ein. Berliner Beobachter rechnen damit, daß Bundesaußenminister Fischer (Grüne) ein Exemplar des Berichtes erhalten und an Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) weiterreichen wird. Die weitere Entwicklung bliebe dann abzuwarten …"*

Georg Simnacher, Vorsitzender der bayerischen Bezirkspräsidenten (CSU), schrieb an den bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber: [4]

> *„Immer mehr Kontingentflüchtlinge belasten die Sozialhilfe der bayerischen Bezirke. Die zahlenmäßige unbegrenzte Aufnahme jüdischer Emigranten mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis aus der ehemaligen Sowjetunion bringen die Bezirke in finanzielle Bedrängnis. Für diese mußte Sozialhilfe für 20 Millionen aufgebracht werden."*

Insgesamt muß die BRD Milliarden für diese Juden aus den GUS-Staaten bezahlen. Dazu kommen die Milliarden, die nach Israel gegangen sind, und, wie eben erwähnt, immer noch gehen. Diese Leistungen

müssen die jungen Generationen vollbringen, die mit dem Zweiten Weltkrieg nicht das Geringste zu tun haben.

So sind wir für ewig verpflichtet, (Joschka Fischer hat diese Verpflichtung bei seinem Staatsbesuch in Israel am 14. März 2005 wieder bestätigt) den Staat Israel, diesen rassistischen Staat, mit Milliarden und Abermilliarden Euro zu unterstützen, um seine Existenz zu sichern, weil wir die Juden in Deutschland diskriminiert und verfolgt haben.

Horst Köhler, der Bundespräsident der Deutschen (?), beugte sich bei seinem Staatsbesuch im März in Israel in „Scham und Demut" vor den Abgeordneten des israelischen Parlaments und proklamierte feierlich

> *„Deutschlands Verantwortung für den Holocaust als Teil deutscher Identität. … Wir Deutschen sind auf ewig schuldig. Diese Schuld soll von Generation zu Generation weitergegeben werden."*

Es gibt also doch eine Kollektivschuld?

In der Sendung „Menschen bei Maischberger" in der ARD am 22. Februar 2005 berichtet eine Frau Isis Puttkammer über ihre furchtbaren Erlebnisse bei der Besetzung des elterlichen Gutes durch russische Soldaten. Eine Jüdin, die neben ihr saß, griff sie am Unterarm und sagte: „Vergessen Sie nicht, daß die Deutschen den Krieg angefangen haben." Somit werden die furchtbaren Verbrechen an den Deutschen von unseren ehemaligen Gegnern legitimiert und amnestiert.

Wer im Fernsehen und in der Presse die Debatten über die Terrorbombardierung Dresdens und Würzburgs verfolgt hat, – diese waren der wirkliche Holocaust an den Deutschen – wird feststellen müssen, daß auch da immer gesagt wurde, daß Dresden und Würzburg verschont geblieben wären, wenn die Deutschen den Bombenkrieg nicht begonnen hätten. Und Würzburgs zweiter Bürgermeister sagte, daß wir nicht vergessen dürfen, daß von Deutschland der Krieg ausgegangen sei. Wir Deutschen tragen sozusagen selber die Schuld an diesen brutalen verbrecherischen Bombardierungen.

Der Publizist Ralph Giordano ist überzeugt, daß es einen „kausalen Nexus" zu historischen Ereignissen gibt, nur nicht zu Auschwitz: „Primärverantwortlich für jeden Zivil- und Militärtoten des Zweiten Weltkrieges sind diejenigen, die ihn geplant und ausgelöst hatten: Hitler und seine Anhänger! Also auch die halbe Million deutscher Lufttoter. Diese Verantwortlichkeit, ihre Kausalität und ihre Chronologie, müssen die Grundlage jeder Diskussion bleiben."[5] Die richtige Kausalität zu erfassen, verbieten uns die Behörden: So der Politchrist Helmut Kohl, der B'nai Brith-Bruder, der Kanzler der geistigen Wende, der Historiker. Er behauptete aus Anlaß des fünfzigsten Jahrestages zum Kriegsausbruch zwischen Polen und Deutschland: [6]

> *„Hitler hat den Krieg gewollt, geplant und entfesselt. Daran gab und gibt es nichts zu deuteln. Wir müssen entschieden allen Versuchen entgegentreten, dieses Urteil abzuschwächen."*

Schon vorher meinte der ehemalige SS-Offizier und Minister, Professor Theodor Eschenburg, (er muß es ja wissen):[7]

> *„Bei der Frage nach der Schuld am Zweiten Weltkrieg, die wissenschaftlich schnell beantwortet ist, handelt es sich nicht etwa lediglich um eine fachhistorische Angelegenheit. Die Erkenntnis von der* unbestrittenen alleinigen Schuld Hitlers *ist vielmehr eine der* wesentlichen *Grundlagen und Ausgangspositionen der Politik der Bundesrepublik."*

Die Lüge wurde somit zur Staatsräson der BRD erhoben!

Pater Emanuel Reichenberger, päpstlicher Geheimkämmerer und „Vater der Vertriebenen" schrieb in *Wider Willkür und Machtrausch. Erkenntnisse und Bekenntnisse aus zwei Kontinenten*: [8]

> *„Es wird allmählich auch dem Blinden klar, daß der Krieg mit Nazismus ganz und gar nichts zu tun hat, sondern einfach die Ausschaltung des deutschen Konkurrenten zum Ziele hatte. Die Deutschen müssen einfach alle schuldig sein, damit man für die Politik der Versklavung und Austilgung der Deutschen – die wir ja überall erleben – eine ‚moralische' Rechtfertigung hat."*

Der renommierte US-Professor Stefan T. Possony, Leiter der „Hoover Institution on War, Revolution and Peace", Stanford, teilte in seinem Buch *Zur Bewältigung der Kriegsschuldfrage* auch nicht die Auffassung der zitierten deutschen Politiker und Hofhistoriker:

> *„Ob die politische Schuld Londons oder Petersburgs oder die Schuld von Paris dabei größer war als die Berlins, mag unentschieden bleiben. Daß Paris und London eine erhebliche Schuld für den Ersten Weltkrieg tragen, scheint unbestreitbar.* […] *(S. 143)*
>
> *Wenn man also über die Ursprünge der* ***beiden*** *(Hervorh. d.V.) Weltkriege ehrlich und endgültig Wahrheit schaffen will, so müßte man eine internationale Historikerkommission einsetzen und in allen beteiligten Ländern die Dokumente, welcher Art sie auch immer sein mögen, freigeben." (S. 336)*

Aber die Alliierten weigern sich, die wichtigsten Dokumente über den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zu veröffentlichen. Die Akte über Rudolf Heß ist erst im Jahre 2019 zugänglich und die Sperre zu der Tyler-Kent-Akte wurde bis 2038 verlängert. Die Akten des Auswärtigen Amtes haben sie verfälscht. Und unsere Hofhistoriker weigern sich sogar, die vorhandenen zu zitieren, wenn es ihnen nicht paßt, so die Berichte Carl Burckhardts, des Völkerbundkommissars über Danzig.

Wie schrieb Professor Westrich von der Hebräischen Universität in Jerusalem? Wenn der Papst seine Archive nicht öffnet, könnte der Eindruck entstehen, er hätte etwas zu verbergen.[9] Die Westalliierten verbergen noch sehr viel!

Die russische Botschaft in Warschau teilte der polnischen Staatsanwaltschaft mit, „daß von den 183 Aktenordnern über Katyn aus Sicherheitsbelangen nur 67 ausgeliefert werden können. Der polnische Außenminister Adam Rotfeld erklärte dazu, es scheine, als habe Moskau etwas zu verbergen.“ [10]

Natürlich wird viel verborgen. Dies tun sie alle, die Sieger. Bekanntlich nannte der renommierte Historiker Winfried Martini sein letztes Buch „Der Sieger schreibt die Geschichte“.

Der US-Generalkonsul in Wien, John Gaffrey, teilte auch nicht die Ansicht unserer Hofhistoriker Kohl und Eschenburg: [11]

> *„Wenn ich einen Tropfen deutschen Blutes in den Adern hätte, so würde ich in keiner Nacht mehr Ruhe finden, bis von meinem Vaterland der Vorwurf genommen wäre, der es der furchtbarsten Verbrechen der Weltgeschichte schuldig erklärt, obwohl es für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges durchaus nicht alleine verantwortlich war.“*

Da ich nicht nur einen Tropfen deutsches Blut in meinen Adern habe und mich als Deutscher fühle und „trotz allem, allem was geschehen“ (Matthäi), auf Deutschland und auf die Leistungen des deutschen Volkes stolz bin, schreibe ich auch diese Zeilen.

Das Vorspiel

Kriege entstehen nicht von selbst. Sie entstehen nicht wie ein Gewitter. In Kriege schliddert man auch nicht hinein, wie später Sir Edward Grey, der britische Außenminister von 1914, behauptet hat. Auch der spätere britische Premierminister Anthony Eden schrieb in seinen Memoiren *Fullbordad cirkel*, daß wir in den Ersten Weltkrieg hineingeschliddert sind. Und Lloyd George, während des Ersten Weltkriegs britischer Premierminister, meinte nach dem Ersten Weltkrieg, die führenden Politiker vor 1914 „glitten in den Krieg hinein, oder vielmehr: sie taumelten, sie stolperten hinein, aus Torheit.“ [12]

Aber Deutschland wurde aufgrund dieser Nachkriegserkenntnisse, aufgrund dieser Torheit, nie rehabilitiert. Im Gegenteil: Dem Young-Plan (1929) wurde auch wieder die Erklärung der Alleinschuld Deutschlands zum Kriege vorangestellt, damit die Deutschen willig sind, die auferlegte Schuld zu bezahlen. Foster Dulles, der spätere US-Außenminister, sah diesen groben psychologischen Fehler ein. Leider zu spät. Er schrieb 1938: [13]

> *„Im Lichte späterer Entwicklung mag es sein, daß dieser (Kriegsschuld-)Artikel der wichtigste Einzelartikel in dem Vertrag war. Durch ihn wurde in deutschen Augen Deutschland mit der moralischen Schuld am Weltkrieg gebrandmarkt und das deutsche Volk wurde, unter Androhung massenweisen Verhungerns und militärischer Verwüstung, gezwungen, dieses Urteil als wahr anzuerkennen. Es war die Auflehnung des deutschen Volkes gegen diesen Vertragsartikel, die vor allem anderen den Grund legte für das Deutschland, das wir heute vor uns haben.“*

Kriege sind erwünscht und werden von langer Hand gründlich vorbereitet. Der britische Diplomat Harold Nicolson schrieb in seinem Buch *Die Verschwörung der Diplomaten*, daß man bei der Suche nach den Ursachen zu den Kriegen sich nicht an den äußeren Anlässen zu halten habe, sondern *alle historischen Hintergründe der Jahrzehnte vor dem Krieg* in Betracht zu ziehen sind.

Welche Hintergründe sind da in Betracht zu ziehen? Was ist dem Zweiten Weltkrieg vorausgegangen? Die Gründung des II. Reiches. Durch die Gründung des II. Reiches hat, wie der US-Historiker Palmer andeutete, eine große Machtverschiebung in Europa stattgefunden. Schon einige Wochen nach der Proklamation des Kaiserreiches im Schloß von Versailles erklärte Benjamin Disraeli, damals Führer der britischen Torys, der sich selbst für den auserwählten Mann einer auserwählten Rasse hielt (Hannah Arndt), daß durch die Schaffung des deutschen Reiches das Gleichgewicht in Europa zum Nachteil Englands empfindlich gestört worden sei, denn England sei das Land, das unter der Wirkung des großen Umschwungs auf dem Kontinent am meisten leide. Dieses Reich müsse wieder verschwinden.

Papst Pius IX., der jetzt heilig gesprochen werden soll, sagte am 18. Januar 1874 auf einer internationalen Pilgerversammlung:

> *„Bismarck ist die Schlange im Paradiese der Menschheit. Durch diese Schlange wird das deutsche Volk verführt, mehr sein zu wollen als Gott selbst. Dieser Selbsterhöhung wird eine Erniedrigung folgen, wie noch kein Volk sie hat kosten müssen.* […] *Dieses Reich, das, wie der Turmbau zu Babel Gott zum Trotz errichtet wurde, wird zur Verherrlichung Gottes vergehen.“*

So hat der Mainzer Bischof Ketteler in einem Hirtenbrief den Priestern seiner Diözese verboten, am Sedansfest, ein Siegesfest über die Franzosen, teilzunehmen. Im Verein mit den britischen und französischen Imperialisten arbeitete auch die katholische Kirche am Untergang des II. Reiches.

In diesem Geiste kann man dann die Kriegserklärung Sir Chalmers Mitchell in einer der führenden meinungsbildenden und meistgelesenen Wochenzeitung in Großbritannien sehen:

> *„Die Deutschen sind unsere vorbestimmten*

Nebenbuhler. Wäre morgen jeder Deutsche beseitigt, es gäbe kein englisches Geschäft, das nicht wüchse. Macht euch fertig zum Kampf mit Deutschland!“

Er beschloß den Artikel, in Anspielung an den römischen Senator Cato d. Ä. indem er Carthaginem gegen Germaniam austauschte, mit dem Kampfruf:

„Germaniam esse delendam!“[14] (Deutschland muß vernichtet werden!) Und am 11. November 1897 (18 Monate später) schrieb derselbe Verfasser in derselben Zeitschrift:

„Überall liegt der englische Geschäftsreisende mit dem deutschen Hausierer in Konkurrenz. Eine Million Verärgerungen können den größten Krieg verursachen, den die Welt je gesehen hat. Wenn Deutschland morgen aus der Welt vertilgt *würde, gäbe es übermorgen keinen Engländer, der nicht reicher wäre als heute.“* (Hervorh. d.V.)

Er schloß dann auch wieder mit der oben erwähnten historischen Wendung: „Germaniam esse delendam!“

Diese Sätze sind für mich der erste Hinweis auf einen beabsichtigten Holocaust am deutschen Volk.

Für den britischen Imperialisten Cecil Rhodes war „Expansion everything“. Er war der erste, der in Erdteilen und global dachte: „I would annex the planets if I could.“[15]

„Und da die Ausdehnung alles ist, und da die Oberfläche der Welt beschränkt ist, muß es unsere Aufgabe sein, so viel von ihr zu nehmen, als wir irgendwie haben können.“ [16]

Dem stimmte der britische Kolonialminister Joseph Chamberlain in einer Rede am 6. Oktober 1903 in Glasgow zu:[17]

„Unsere Ziele sind zwei: Zuerst wünschen wir alle die Erhaltung und Mehrung der nationalen Stärke und das Gedeihen des Vereinigten Königreichs. Großbritannien hat in der Weltgeschichte eine große Rolle gespielt, und aus diesem Grunde wünsche ich, Großbritannien möge es weiter tun.

Unser zweites Ziel ist, oder sollte es sein: die Verwirklichung des größten Ideals, das jemals Staatsmänner in irgendeinem Lande oder aus irgendeiner Zeit vorgeschwebt hat: die Schaffung eines Reiches, wie es die Welt noch nie gesehen hat (eine Weltherrschaft wie sie dem deutschen Kaiser und Hitler unterstellt wurde – d.V.). *Wir müssen bauen an der Einheit der Staaten um die Ozeane; wir müssen die* britische Rasse *konsolidieren, wir müssen dem ganzen* Rattenschwanz *von Wettbewerbungen begegnen, die gegenwärtig Handels-Wettbewerbe sind, die früher etwas anderes waren und es auch mal in Zukunft wieder werden könnten. Aber was auch sein möge, welche Gefahren uns auch drohen mögen, wir dürfen ihnen nicht länger als ein isoliertes Land gegenüberstehen; wir müssen ihnen entgegentreten, gekräftigt, gestärkt, und abgesteift durch die Strebepfeilerkraft aller jener Vettern von uns, aller kraftvoll und beständig wachsenden Staaten, welche dieselbe Sprache mit uns reden, auf die selbe Flagge mit uns stolz sind.* […] *Dazu mein zweiter Satz: Es (Großbritannien) wird unweigerlich niedergehen, wenn wir nicht vorbeugen, wenn es Zeit ist.“*

Und so kam es zum Ersten Weltkrieg. Der amerikanische Historiker R. Palmer bestätigte in seinem Buch „A History of the Modern World“, daß es bei diesem Krieg um einen Wirtschaftskrieg ging: [18]

„Es ist nicht wahr, daß die Deutschen den Krieg angefangen haben, wie seine Feinde 1914 einfach glaubten. Die weitaus wichtigste Ursache war in Wirklichkeit die Unfähigkeit der Europäer, sich der erstarkten deutschen Industrie anzupassen, die nach 1870 begann, eine größere Rolle zu spielen. […] *Nachdem Deutschland vereinigt war, begann für es die industrielle Revolution. Die Industrie, das Kapital, die Handelsflotte und die Bevölkerung wuchsen außerordentlich stark. So produzierte Deutschland im Bereich der Stahlproduktion 1865 weniger als Frankreich, aber 1900 bereits mehr als Frankreich und England zusammen.“*

Und die USA wurden dann auch in den Krieg hineingezogen. Dies haben wir vor allem der mächtigen jüdischen Lobby in Amerika zu verdanken. Zu den kräftigsten Kriegstreibern gehörten Bernard Baruch, der Koordinator für die Kriegswirtschaft, und Pierepoint Morgan, der Großfinanzier und Medienfürst.

Benjamin Freedman, ein reicher jüdischer Großkaufmann, ein „Insider“, berichtete uns in seiner Rede in Washington über den Einfluß der Zionisten auf die Kriegsbeteiligung der USA: [19]

„Die Zeitungen in den USA wurden von Zionisten kontrolliert. Die Bankiers waren Juden, alle Massenmedien in diesem Lande waren von Juden kontrolliert. Wissen sie, daß 1916 die Zionisten mit der britischen Regierung ein Abkommen getroffen haben, das uns in den Krieg hineinzog? Niemand in den Vereinigten Staaten wußte dies! Sie sollten dies auch nicht wissen. Wer wußte dies? Präsident Wilson wußte dies. Oberst House wußte dies. Und andere ‚Insider‘ wußten dies. Auch ich wußte dies. Ich war befreundet mit Henry Morgenthau sen. Wir unterstützten Wilson zu seiner Wahl 1912. Wilson wurde gewählt. Ich war ein Vertrauter von Henry Morgenthau; er war Vorsitzender im Finanzausschuß. Ich war befreundet mit Rollo Wells; er war Finanzminister. Ich saß mit Präsident Wilson und den anderen zusammen an einem Tisch. Ich hörte, wie sie Wilson […] *mit dem Zionismus indoktrinierten.*

Der höchste Richter der Vereinigten Staaten, der

Zionist Justice Brandeis, war Wilson so nahe wie diese zwei Finger an meiner Hand. Diese bestimmten, daß wir in den Krieg ziehen sollten. Diese sandten unsere Jungs nach Europa, damit sie geschlachtet werden. Und wozu? Damit die Juden in Palästina ihre Heimstätte erhalten.*“ (Hervorh. d.V.)*

Der renommierte US-Historiker Professor Dr. David Hoggan ergänzte Freedmans Feststellung und pflichtete ihm bei: [20]

„Die einzige Sache, der sich Präsident Wilson einmal aufrichtig gewidmet hat, war das zionistische Programm des Weltjudentums von 1897. Nicht die britische Propaganda hat Amerika in den Ersten Weltkrieg getrieben, sondern ein Pfiff der Zionistenführer Brandeis und Weizmann als Anteil des Preises, den das Judentum für die ‚Balfour Jewish Homeland Declaration on Palestine‘ 1917 zu zahlen hatte.“

Daß es bei diesem Krieg nicht darum ging, „Europa reif für die Demokratie zu machen“, (was US-Präsident Wilson als Kriegsziel angab, nachdem die USA Deutschland den Krieg erklärt hatte) konnte man auch an den Bedingungen des Versailler Vertrages ersehen. Der jüdische Außenminister Walther Rathenau (ich erwähne das Wort Jude, um zu zeigen, daß auch Juden national dachten und über diesen Vertrag entsetzt waren) wetterte gegen diese Bedingungen: [21]

„Es ist die Vernichtung! Wir werden vernichtet. Deutschlands lebendiger Leib und Geist werden getötet. Millionen deutscher Menschen werden in Not und Tod, in Heimatlosigkeit, in Sklaverei und Verzweiflung getrieben. Eines der geistigen Völker im Kreise der Erde verlischt. Seine Mütter, seine Kinder, seine Ungeborenen werden zu Tode getroffen.

Wir werden vernichtet, wissend und sehend, von Wissenden und Sehenden. Nicht wie dumpfe Völker des Altertums, die ahnungslos und stumpf in Verbannung und Sklaverei geführt wurden, nicht von fanatischen Götzendienern, die einen Moloch zu verherrlichen glauben.

Wir werden vernichtet von Brudervölkern europäischen Blutes, die sich zu Gott und Christus bekennen, deren Leben und Verfassung auf Sittlichkeit beruht, die sich auf Menschlichkeit, Ritterlichkeit und Zivilisation berufen, die um vergossenes Menschenblut trauern.

Wehe dem und seiner Seele, der es wagt, dieses Blutgericht Gerechtigkeit zu nennen. Habt den Mut, sprecht es aus, nennt es bei seinem Namen: es heißt Rache.

Euch aber frage ich, geistige Menschen aller Völker, Geistliche aller Konfessionen und Gelehrte, Staatsmänner und Künstler; euch frage ich, Arbeiter, Proletarier, Bürger aller Nationen, dich frage ich, ehrwürdiger Vater und höchster Herr der katholischen Kirche, dich frage ich im Namen Gottes: Darf um der Rache willen ein Volk der Erde von seinen Brudervölkern vernichtet werden (dies war ja im Sinne Clemenceaus) *und wäre es das letzte und armseligste aller Völker?“*

Was sagte der Heilige Vater, der Herr der katholischen Kirche, Benedikt XV., das Vorbild des jetzigen Papstes Benedikt XVI.? Er schrieb am 7. Oktober 1919 an den französischen Kardinal Amette:

„Von Frankreich möge sich Gottes Gnade über die ganze Welt ergießen; was menschliche Klugheit auf der Versailler Konferenz begonnen, das möge Gottes Liebe veredeln und vollenden.“

Den Papst, den heiligen Vater, störte es also auch nicht, daß Tausende von christlichen Kindern in Deutschland im wahrsten Sinne des Wortes verhungerten. Kein Papst hat sich bis heute beim deutschen Volk entschuldigt, wie sie es nun bei den Juden getan haben.

Daß man die Deutschen erpreßte, so lange hungern ließ, bis sie den Vertrag von Versailles unterschrieben haben, bestätigte Senator Ernest Lundeen im US-Senat am 11. Juli 1940:

„Man übersieht die Tatsache, daß die bei weitem größte Scheußlichkeit die britische Blockade Deutschlands noch Monate nach dem November 1918 war, durch die über 800 000 deutsche Frauen, Kinder und alte Leute den Hungertod erlitten und Millionen abmagerten und verkümmerten.“

Über diese Klugheit der französischen Regierung äußerte sich der US-Delegierte und spätere „Ambassador at large“, William Bullitt, in einem Brief an Präsident Woodrow Wilson: [22]

„Heute habe ich als Attaché der Versailler Friedenskommission meinen Rücktritt eingereicht. Ich war einer der Millionen, die vertrauensvoll und uneingeschränkt auf Ihre Führerschaft bauten und glaubten, daß Sie für nichts Geringeres als für einen permanenten Frieden, beruhend auf selbstloser und unvoreingenommener Gerechtigkeit, eintreten würden. Aber unsere Regierung hat jetzt zugestimmt, die leidenden Völker der Welt neuen Bedrückungen, Unterwerfungen und Zerstückelungen auszusetzen. Nichts anderes als ein neues Jahrhundert des Krieges beginnt. *So habe ich meine Überzeugung verloren, daß ich als Diener dieser Regierung auch eine wirkungsvolle Arbeit für eine neue Weltordnung leisten könnte. Rußland, dieser bittere Probefall des guten Willens, für Sie ebenso wie für mich, ist überhaupt nicht verstanden worden. Ungerechte Beschlüsse der Versailler Konferenz über Shantung, Südtirol, Thrakien, Ungarn, Ostpreußen, Danzig, das Saargebiet und die Aufgabe des Prinzips der Freiheit der Meere, machen neue internationale*

Konflikte sicher. Es ist meine Überzeugung, daß der neue Völkerbund machtlos sein wird, diese Kriege zu verhindern, und daß die Vereinigten Staaten in sie durch die übernommenen Völkerbundsverpflichtungen zusammen mit Frankreich verwickelt werden können. Daher halte ich es für meine Pflicht der US-Regierung gegenüber, dem eigenen Volke gegenüber, der Menschheit zu raten, diesen ungerechten Vertrag weder zu unterschreiben noch zu ratifizieren. Auch sollten wir nicht dem Völkerbund beitreten und dadurch die Bestimmungen des Versailler Vertrages gutheißen.“

Später berichtete er dem Senat über den Brief, den er an Präsident Woodrow Wilson schickte, und meinte: [23]

„Er war höchst unpopulär. Ich schrieb, die Schaffung des polnischen Korridors würde nicht Frieden bringen, sondern Krieg.“

Und Lenin, den man bestimmt nicht als Förderer der deutschen Nationalisten bezeichnen kann, schrieb: [24]

„Als Deutschland besiegt war, da schrie der Völkerbund, der Bund der Nationen, die gegen Deutschland gekämpft hatten, das sei ein Befreiungskrieg, ein demokratischer Krieg gewesen. Deutschland wurde ein Frieden aufgezwungen, aber das war ein Frieden von Wucherern und Würgern, ein Frieden von Schlächtern, denn Deutschland und Österreich wurden ausgeplündert und zerstückelt. Man nahm ihm alle Existenzmittel, ließ die Kinder hungern und des Hungers sterben. Das ist ein ungeheuerlicher Raubfrieden, der Dutzende Millionen von Menschen zu Sklaven macht. Das ist kein Frieden, das sind viel mehr Bedingungen, die einem wehrlosen Opfer von Räubern mit dem Messer in der Hand diktiert worden sind.“

Der eingangs erwähnte US-Historiker Steffen Possony schrieb in bezug auf den Vertrag von Versailles: [25]

„Die Nachkriegsperiode erlebte in der Tat die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, und der Versailler Vertrag bedeutete anfänglich eine Art Angriff in Permanenz. Diese Behauptung läßt sich ohne Schwierigkeiten durch Hinweis auf die Verweigerung der Gleichberechtigung in Sicherheitsfragen, das Reparationsproblem und das Verbot der Zollunion mit Österreich belegen.“

Der erste Bundespräsident nach 1945, Theodor Heuss, schrieb in seinem 1932 veröffentlichten Buch „Hitlers Weg“:

„Die Geburtsstätte der Nationalsozialistischen Bewegung war nicht München, sondern Versailles.“

Der Vertrag wurde mit der Hoffnung unterschrieben, daß man ihn im Laufe der Zeit „zerreißen“ kann. Einer, der sich darum sehr bemühte, war der vieljährige Außenminister Gustav Stresemann. Er trat dem Völkerbund bei, um dort eine Revision des Versailler Vertrages erwirken zu können.

Aber alle Anträge von Seiten des Außenministers Stresemann an den Völkerbund in bezug auf Grenzrevisionen im Osten, auch alle Anträge auf Aufhebung von Einfuhrbeschränkungen und Zahlungserleichterung in den westlichen Ländern wurden von den Westmächten im Völkerbund immer wieder abgeschmettert. Er mußte feststellen, daß mit guten Worten nichts zu erreichen war. Am 13. April 1929, sechs Monate vor seinem Tode, gewährte er dem britischen Journalisten und Diplomaten Bruce Lockhart ein Gespräch, in dem er seine bitteren Empfindungen äußerte: [26]

„Es ist nun fünf Jahre her, seit wir Locarno unterzeichnet haben. Wenn ihr ein einziges Zugeständnis gemacht hättet, würde ich mein Volk überzeugt haben. Ich habe gegeben, gegeben, immer gegeben, bis sich meine Landsleute von mir gewandt hatten. Die Zukunft liegt in den Händen der jungen Generation, der Jugend Deutschlands, die wir für den Frieden und das neue Europa gewinnen konnten, wir haben beide verloren – das ist meine Tragik und eure Schuld.“

Stresemann blieb der Schimpfname Erfüllungspolitiker, was er nicht war. An diese Unnachgiebigkeit der Alliierten muß man sich immer erinnern, wenn man Hitlers Gewaltmaßnahmen verstehen will.

Ferdinand Miksche, ein tschechisch-französischer Militärhistoriker, bedauerte, daß „die Regierungen des Westens weder die Kraft noch den Willen aufbrachten, die von ihnen durch Friedensverträge verursachten Mißstände durch eine Revisionspolitik zu beheben.“ [27] Diese westlichen Regierungen waren daran interessiert, daß Deutschland ausblutet und nahmen auch wieder einen Krieg in Kauf.

Hans Luther, der seit 1930 Präsident des Reichsbankdirektoriums war, bat, da in Deutschland Deflation herrschte, auf der Konferenz in Luxemburg am 2. Mai 1932 um Erlaubnis, den Geldumlauf zu erhöhen, um den Konsum zu fördern. Dies wurde abgelehnt. Daraufhin zeichnete er ein düsteres Bild: [28]

„Die Zustände in Europa sind keine Wege zum neuen Leben. So kann Europa schließlich nur müde zusammenbrechen.“

Und Europa brach, wie Luther sagte, müde zusammen. Daher kam Adolf Hitler an die Macht.

Prof. K. D. Bracher, „Deutschlands bekanntester Zeithistoriker“ (Janßen in „Die Zeit“), bestätigte, daß Hitler, wie auch alle führenden Politiker der Weimarer Republik, versuchte, die Ketten von Versailles mit friedlichen Mitteln zu sprengen: [29]

„Hitlers Taktik gleichzeitiger Abschirmung und Vorbereitung mit Mitteln der Kontinuität und Legalität stützte sich auf eine Anknüpfung an Argumente und Zielsetzung der Weimarer Revisionspolitik.“

Dem stimmte der Münchner Zeithistoriker Nipperday zu:

> *„Das Dritte Reich nahm sich, von seinen Anfängen her gesehen, keineswegs als ‚Fremdkörper‘ innerhalb der Geschichte des deutschen Nationalstaates aus. Erst in der Rückschau* (nach der Umerziehung der Deutschen – d.V.) *nimmt es den Ausdruck des Fremden an.“*

Der Adolf Hitler bestimmt nicht wohlgesinnte Historiker Hans Adolf Jakobsen meinte auch:[30]

> *„Angesichts der prekären Lage des Reiches verfolgte Hitler bis 1937 zunächst die Methode des sog. ‚peaceful change‘, d.h. die der friedlichen Veränderung des status quo und damit des Versailler Vertrages. Mit beispiellosem Geschick und bewundernswerter Ausdauer verkündet er seinen Friedenswillen; fortgesetzt sprach er von der Sehnsucht des deutschen Volkes nach Ruhe, Frieden und Arbeit sowie von den Erfahrungen, die er als Frontsoldat während des Ersten Weltkrieges gesammelt habe. Er könne daher am besten die Opfer von einst ermessen.“*

Sogar der französische Ex-Außenminister Georges Bonnet stimmte den eben zitierten deutschen Historikern zu:[31]

> *„Hitler hat in der Tat mit ständig wachsender Energie und Geschwindigkeit das Werk Hindenburgs und Stresemanns fortgeführt, Deutschland von den Ketten des Versailler Vertrags zu befreien.“*

Hitler schickte kurz nach der Machtübernahme Goebbels nach Genf, wo er die Westalliierten noch einmal an ihre Versprechen von 1919 erinnerte und folgende Abrüstungsvorschläge unterbreitete: [32]

> *Das Reich wird in ein System der kollektiven Sicherheit eingebettet. Es ist der Reichsregierung nicht entgangen, daß die Polen sich vorbereitet haben, Schlesien handstreichartig zu besetzen.*
>
> *Die Siegerstaaten des Weltkrieges verringern ihre Streitkräfte, welche die Sicherheit des Reiches gewährleisten. Kann dem nicht entsprochen werden, erhöht das Reich die Truppenstärke auf 300 000 Mann.*

Als Antwort auf diese Rede Goebbels in Genf sagte der franz. Ministerpräsident Daladier, daß er sich einer Abrüstungskonferenz widersetze und forderte gleichzeitig, daß Deutschland im Laufe von 5 Jahren nicht aufrüsten dürfe. Da also die Großmächte im Völkerbund den Bitten der deutschen Reichsregierungen über Abrüstung nicht entsprachen, verließ Deutschland am 25. Oktober 1933 den Völkerbund, was in der westlichen Presse als Friedensfeindlichkeit und Kriegslüsternheit Hitlers ausgelegt wurde.

Der französische Präsident Édouard Herriot reiste umgehend in die Sowjetunion und bereitete den französisch-sowjetischen Militärpakt vor, der am 2. Mai 1935 unterzeichnet wurde, was der deutschen Regierung ja nicht verborgen blieb. Herriot hatte keine menschenrechtlichen Bedenken gegenüber Stalin, obwohl er auf seiner Reise in der Ukraine erfuhr, daß Stalin dort bis zu 10 Millionen Menschen verhungern und Millionen von Gegnern ermorden ließ. Zur Zeit macht man der kaiserlichen Regierung zum Vorwurf, die Vertreibung und Ermordung von Armeniern durch die Türken geduldet zu haben.

In dieser Vertragsbestimmung wurde ausdrücklich vorgesehen, daß Frankreich und Rußland im Falle einer ablehnenden Entscheidung des Völkerbundes *sich freie Hand vorbehielten, um das zu tun, was sie für richtig hielten; wie auch heute US-Präsident George W. Bush gegen Entscheidungen der UNO handelte.*

Dieser Vertrag von 1935 stritt eindeutig gegen das Locarno-Abkommen mit Frankreich und England, was Hitler dann veranlaßte, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen.

Hitler schloß schon 1934 einen Nichtangriffspakt mit Polen und 1935 ein Flottenabkommen mit England. Er glaubte sicherlich, wie auch Fürst Lichnowsky, deutscher Botschafter in London vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges (*Meine Londoner Mission 1912–1914*), daß der deutsche Flottenbau, Tirpitz’ Rüstung zur See, die wichtigste Ursache war, die zur Entfremdung zwischen Deutschland und England führte und schließlich den Ersten Weltkrieg verursachte.

Schon in „Mein Kampf“ schrieb Hitler auf Seite 127f:

> *„Kein Opfer hätte als zu groß betrachtet werden dürfen, wenn es ein notwendiges Mittel war, um Englands Freundschaft zu gewinnen. Koloniale und maritime ehrgeizige Bestrebungen hätten aufgegeben werden müssen und keinerlei Versuche, gegen die britische Industrie in Konkurrenzkampf zu treten, hätten unternommen werden dürfen.“*

Hitler war sträflich anglophil:[33]

> *„Er bewunderte das britische Weltreich und bezeichnete es mehrfach als das größte Wunderwerk, das je geschaffen wurde. Bei anderen Gelegenheiten sah er im Britischen Commonwealth die höchste Ausprägung germanischer Staatsweisheit und germanischen Führerwillens. Er war überzeugt, daß die Engländer durch und durch von germanischen Ehrbegriffen erfüllt seien und daß sie eines Tages doch seine Bundesgenossen werden würden.“*

Am 31. März 1935 unterbreitete Hitler noch einmal ein großes Friedensangebot. Er forderte zur allgemeinen Abrüstung und zur Unterzeichnung eines 25jährigen

europäischen Friedenspaktes auf, dessen Grundlage die gegenwärtigen Luftstreitkräfte, neue entmilitarisierte Zonen und andere bedeutsame, praktische Maßnahmen bilden sollten. Dieses Angebot wurde strikt abgelehnt.

Francis Neilson, der britisch-amerikanische Publizist hat dieses durchgreifende Friedens- und Abrüstungsprogramm mit seinen 19 Punkten als „den umfassendsten Nichtangriffspakt, der je entworfen wurde“ bezeichnet. [34]

Der britische Pastor und Historiker Peter Nicoll, der im Krieg zwei Söhne verloren hat, stimmte Francis Neilson zu: [35]

> *„England hätte sich dieses Angebot zum mindesten anhören und dann in einer freien Konferenz prüfen und erörtern können. Man kann sich fragen, ob hinter Englands Weigerung insgeheim vielleicht der Beschluß stand, Deutschland keinen Zoll seiner ehemaligen Gebiete, kein Gramm seines früheren Reichtums und keine Tür zu seinem ehemaligen Handel zuzugestehen.“*

Darüber schrieb der bekannte schwedische Forschungsreisende Sven Hedin während des Krieges: [36]

> *„Wenn die Siegerherren des Weltkrieges damals (1935) Hitlers Vorschlag aufgenommen und seine Vorschläge ernst genommen hätten, oder wenn sie sich wenigstens herabgelassen hätten, mit ihm darüber zu debattieren, hätte der jetzige totale Krieg verhindert werden können. … Aber nein, gerne opferten sie alles für das einzige Ziel: Germania delenda est (Deutschland muß vernichtet werden).“*

Hitler mußte also, wie früher schon Napoleon, Stresemann und später auch Mao Dsedong, feststellen, daß mit Verhandlungen, gutem Willen und guten Worten nichts zu erreichen war, und daß das Recht in den Gewehrläufen sitzt. Hier ist es angebracht Lenin zu zitieren:

„Man darf von Opfern nicht zurückschrecken. Zur Erkenntnis, ‚daß die großen historischen Fragen letzten Endes nur durch Gewalt entschieden werden‘, gehört die Einsicht, ‚daß die Freiheit nicht ohne größte Opfer zu erringen ist‘.“ [37]

Viele Probleme wurden dann auch, durch Machtgebrauch, gelöst. So die Einführung der Wehrmacht und die Wiederbewaffnung Deutschlands, der Einmarsch ins Rheinland, der Anschluß Österreichs, des Sudetenlandes und des Memelgebietes. Zu lösen war noch das Problem: Danzig, Westpreußen und Oberschlesien. Auf Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy, Nordschleswig und Südtirol hat Hitler schon früher verzichtet.

Nach der Sudetenkrise im Herbst 1938 besetzten polnische Truppen am 2. Oktober 1938 widerrechtlich Olsa und Teschen in Mähren und erhoben die Forderung nach einer gemeinsamen Grenze mit Ungarn. Die Polen begründeten den Einmarsch mit der „brutalen Behandlung der polnischen Minderheit durch die Tschechen“. Die der polnischen Regierung nahestehende Zeitung *Express Porannie* beklagte das Vorgehen der tschechoslowakischen Behörden gegen die polnische Minderheit in Teschen. Sie „lebe unter der Knute der tschechischen Gendarmen, die ihr mit Gewalt die Muttersprache rauben will. Das tschechoslowakische Schlesien hat sich in ein einziges großes Gefängnis verwandelt.“ [38]

Über diesen Einmarsch in die Tschechoslowakei waren die Briten und Franzosen erbost, aber sie fanden sich damit ab. Im stillen forderte die französische Regierung die Polen auf, sich an die Abmachung von München zu halten, aber ohne Erfolg. [39]

Außenminister Joseph Beck bat nun die deutsche Regierung um eine wohlwollende Haltung, die er auch erhielt. Hitler hatte gegen diese Besetzung nichts einzuwenden und hoffte, sich mit den Polen in bezug auf Grenzzwistigkeiten anderweitig arrangieren zu können. Er versprach den Polen sogar die Karpato-Ukraine, das ehemalige Ruthenien.

Aber die Polen wollten mehr. Sie waren sogar der Auffassung, die Tschechoslowakei müsse verschwinden. Polen bereitete sich selbst darauf vor, einen Teil des Erbes (Slowakei und Ruthenien) an sich zu reißen. [40]

Am 22. Oktober 1938 unterbreitete der polnische Botschafter Lipski im Auftrag seiner Regierung Herrn Woermann, einem hohen Beamten im Auswärtigen Amt, den Vorschlag, er möge den Anschluß der Karpato-Ukraine an Ungarn unterstützen (Bonnet teilt uns mit, daß in Wirklichkeit Polen dieses Gebiet haben wollte und um die Unterstützung Frankreichs bat; später gab Lipski gegenüber von Ribbentrop zu, daß es der Wunsch der Polen sei, mit Ungarn eine gemeinsame Grenze zu erhalten). Wie auch immer, Woermann leitete diese Bitte an Außenminister von Ribbentrop weiter und dieser meinte, ob man diese Gelegenheit nicht wahrnehmen sollte, um mit den Polen ein ausführlicheres Gespräch über Grenzprobleme zu beginnen.

In der damals noch günstigen Atmosphäre, es war vor dem Einmarsch der Deutschen in die Resttschechei, lud Außenminister von Ribbentrop am 24. Oktober 1938 den polnischen Botschafter Lipski nach Berchtesgaden ein.

Hacha korrekt behandelt

Hier wird immer wieder von brutaler Erpressung der Tschechen durch Hitler gesprochen, was der tschechische Ministerpräsident Hácha sogar gegenüber Molotow bestritt.[41] Korrekte Behandlung Hachas in Deutschland bezeugte auch die Tochter Háchas, Milada Radlová.

Hinzufügen möchte ich noch, daß der britische Botschafter in Berlin, Sir Neville Henderson, auch

besorgt war über die Ereignisse in der Tschechoslowakei und den tschechischen Gesandten Mastny riet, den Außenminister Chvalkowski nach Berlin zu schicken.[42] Dies tat auch der britische Gesandte in Prag, Sir Basil Newton.[43]

Chvalkowski beteuerte, „daß es keine Anzeichen dafür gegeben habe, daß die slowakische Propaganda für Separation vom Reich oder der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei angestiftet worden sei.“ [44]

Aber im Geschichtsbuch für deutsche Gymnasien heißt es:[45] „Im Herbst 1938 ermutigte er (Hitler) die Slowaken, sich von Prag loszusagen.“

So auch Peter Rassow in *Deutsche Geschichte im Überblick. Ein Handbuch*, Seite 706.

Die polnische Regierung war die erste, die unverhüllt die Auflösung der Tschechoslowakei forderte. [46]

Über den Besuch in Berchtesgaden berichtete Botschafter Lipski an Außenminister Joseph Beck:

> *„Der Reichsaußenminister führte dann aus, daß er glaube, es sei an der Zeit, zwischen Deutschland und Polen zu einer Generalbereinigung aller bestehenden Reibungsmöglichkeiten zu kommen. Dies wäre eine Krönung des von Marschall Pilsudski und dem Führer eingeleitenden Werkes.* […] *Mit Polen sei zunächst über Danzig zu sprechen als Teillösung einer großen Regelung zwischen den beiden Nationen. Danzig sei deutsch, sei immer deutsch gewesen und werde auch immer deutsch bleiben. Er, der Reichsaußenminister denke sich eine Lösung im großen wie folgt:*
>
> *1. Die Freie Stadt Danzig kehrt zum Deutschen Reich zurück.*
>
> *2. Durch den Korridor würde eine exterritoriale Deutschland gehörige Reichsautobahn und eine ebenso exterritoriale mehrgleisige Eisenbahn gelegt.*
>
> *3. Polen erhält im Danziger Gebiet ebenfalls eine exterritoriale Straße oder Autobahn und eine Eisenbahn und einen Freihafen.*
>
> *4. Polen erhält eine Absatzgarantie für seine Waren im Danziger Gebiet.*
>
> *5. Die beiden Nationen anerkennen ihre gemeinsamen Grenzen, sie garantieren ihre beiderseitigen Territorien.*
>
> *6. Der deutsch-polnische Vertrag wird um 10–25 Jahre verlängert.*
>
> *7. Die beiden Länder fügen ihrem Vertrag eine Konsultationsklausel bei.“*

Die Niederschrift Lipskis enthält sodann wörtlich folgenden Text in den polnischen Dokumenten: [47]

> *„Der polnische Botschafter nimmt die Anregung zur Kenntnis. Obwohl er natürlich erst mit Herrn Beck sprechen müsse, möchte er doch bereits jetzt sagen, daß es falsch sei, Danzig als ein Produkt von Versailles, wie etwa das Saar-Gebiet, zu betrachten. Man müsse die historische und geographische Entstehungsgeschichte Danzigs verfolgen, um die richtige Einstellung zu dem Problem zu bekommen.* […] *Der Reichsaußenminister erklärt, er wolle jetzt keine Antwort hören. Der Botschafter solle sich dies alles einmal durchdenken und so bald wie möglich mit Herrn Beck darüber sprechen. Schließlich dürfe man eine gewisse Reziprozität bei diesen Betrachtungen nicht ausschalten. Für den Führer sei eine innerliche Anerkennung des Korridors innenpolitisch sicherlich auch nicht leicht. Dazu müsse man säkular denken – und Danzig sei nun mal deutsch und müsse es bleiben.“*

In den deutschen Geschichtsbüchern wird dieses Angebot überhaupt nicht erwähnt, und wenn, dann wird nur von Erpressung gesprochen.

Auf einer Gastvorlesung in Stockholm antwortete Walter Hofer, Verfasser des in millionenfacher Auflage verbreiteten Buches „Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges“, auf meine Frage, warum er die Marienwerder Vorschläge in seinem Buch nicht erwähnte:

> *„Die Alliierten waren gut beraten auf diese Vorschläge nicht einzugehen. Dies war nur ein Scheinangebot. Darauf einzugehen, hätte nur zu einer Verzögerung geführt* [zu welcher Verzögerung?]. *Hitler wollte den Krieg, daran gibt es nichts zu deuteln.“*

Zu diesem Angebot schrieb der britische Historiker M. Follick: [48]

> *„Das Verbrechen des polnischen Korridors war tausendmal schlimmer, als wenn Deutschland, hätte es den Krieg gewonnen, einen Korridor über den caledonischen Kanal (in Schottland) gezogen hätte und Holland einen etwa zehn Meilen breiten Streifen gegeben hätte, nur um Großbritannien zu schwächen. Es geschah mehr oder weniger auf Frankreichs Betreiben, daß Polen diesen Korridor, der eines der fruchtbarsten Gebiete Deutschlands auseinanderriеß, erhielt. Dadurch daß Frankreichs Verbündete dieser verbrecherischen Handlungsweise zustimmten, reichten sie die Hand zu einer der schmachvollsten Beleidigung der Zivilisation, die die Geschichte kennt.* […] *Um Polen einen Seehafen zu geben, wurde ein zweites Verbrechen an Deutschland begangen. Es wurde ihm Danzig weggenommen und als Freie Stadt erklärt. Von allem, was deutsch in Deutschland ist, ist nichts deutscher als Danzig.* […] Früher oder später muß der Polnische Korridor die Ursache für einen zukünftigen Krieg *sein.“*

Doris Neujahr, Pseudonym für Thorsten Hinz, beklagte sich in *Junge Freiheit* vom 2. Januar 2005:

> *„Eine seriöse Geschichtsschreibung hätte Becks Zielstellung zu berücksichtigen. In den Standardwerken von Thamer, Winkler, Benz usw.*

(sie hätte Hofer und Fest hinzufügen können – d.V.) *aber kommt Burckhardts Bericht gar nicht vor.* […] *Die deutsche Historiographie zu dieser Periode ist mehrheitlich eine Blaupause des Nürnberger Urteils von 1946, obwohl dieser Gerichtsbeschluß keinen objektiven wissenschaftlichen Kriterien genügt.“*

Der Völkerbundskommissar Carl Jacob Burckhardt berichtete: [49]

„Am 2. Dezember 1938 hatte mich der amerikanische Botschafter in Warschau, Tony Biddle (Oberst und später General – d.V.) *besucht. Er erklärte mir mit merkwürdiger Genugtuung, die Polen seien bereit, wegen Danzig Krieg zu führen. Der motorisierten Kraft der deutschen Armee würden sie mit Wendigkeit begegnen. ‚Im April‘, so erklärte er, ‚wird die neue Krise ausbrechen* (wußte er schon, daß die Briten im April eine Garantieerklärung für Polen abgeben werden und Polen teilmobilisiert?), *niemals seit der Torpedierung der Lusitania bestand in Amerika ein solch religiöser Haß gegen Deutschland wie heute! Chamberlain und Daladier werden durch die öffentliche Meinung* (veröffentlichte Meinung – d.V.) *weggeblasen werden. Es handelt sich um einen heiligen Krieg.‘ Zu der Mitteilung dieser Aussprüche schrieb ich damals: ‚Schöne Perspektiven, Calvin gegen die Nachfahren Luthers, Lenin als Calvins Verbündeter.‘“*

Und am 20. August 1939 berichtete Carl Burckhardt nach Genf: [50]

„Die Polen warten in scheinbarer Ruhe. Beck, während unserer nächtlichen Fahrt (auf einem polnischen Kriegsschiff in der Bucht von Danzig – d. V.) *hat mich etwas in seine Pläne eingeweiht. Weiterhin spielt er ein doppeltes Spiel. Es ist kein deutsches Spiel, wie manche Franzosen und die polnische Opposition glauben. Es ist ein Spiel, bei welchem man für Polen auf den höchsten Gewinn hofft, einen Gewinn, der sich ergeben soll aus einer schließlich und unvermeidlichen deutschen Katastrophe. Aus diesem Grunde treibt man die Deutschen in ihre Fehlhandlungen hinein, und in Danzig läßt man mit Vergnügen die Extremisten triumphieren, während man gleichzeitig immer wieder das Festhalten an den äußeren Formen der Verträge betont. Eines Tages wird man die Rechnung präsentieren und Zinsen und Zinseszinsen einfordern. Schon jetzt, indem man in dieser Weise mit den Nationalsozialisten kollaboriert, ist es gelungen, im ganzen Westen, in Frankreich, England und Amerika eine solidarische Abneigung gegen jede Revision der Verträge zu schaffen.* […]

Das war 1932 ganz anders. Damals hat mehrheitlich die westliche Meinung in den großen Demokratien sich für die deutschen Minoritäten eingesetzt. Man regte sich über schlecht gezogene Grenzen auf, über isolierte Provinzen. Dank die exzessiven Methoden des Nazismus ist das alles beendet, und jetzt hofft man im stillen in Warschau nicht nur auf die bedingungslose Integration Danzigs in den polnischen Staatsbereich, sondern auf viel mehr, auf ganz Ostpreußen, auf Schlesien, ja auf Pommern. Im Jahre 1933 noch sprach man in Warschau vom polnischen Pommerelien, aber jetzt sagt man ‚unser Pommern‘. Beck macht eine rein polnische Politik, eine letzten Endes antideutsche Politik, eine nur scheinbar polnisch-deutsche Entspannungspolitik seit der Besetzung des Rheinlandes und der französischen Passivität bei Anlaß dieses Vorganges. Aber man bemüht sich, die Deutschen ganz methodisch in ihren Fehlern zu bestärken (Hervorh. d.V.). *Ich bin hier völlig allein, einflußlos und sehr niedergeschlagen über alles, was ich sehe, im Gefühl, nichts verhindern zu können.“*

Aber es waren ja nicht nur Polen (außer Briten und Amerikaner), die auf den Krieg hingearbeitet haben, sondern auch Juden in England und USA. Auch darüber berichtete Carl Burckhardt. Diese Dokumente werden uns auch verschwiegen.

Burckhardt zitierte den Bericht des pol. Botschafters in Washington, Jerzy Potocki, vom 12. Januar 1939: [51]

„Die Stimmung, die augenblicklich in den Vereinigten Staaten herrscht, zeichnet sich durch einen immer zunehmenderen Haß gegen den Faschismus aus, besonders gegen die Person des Kanzlers Hitler […] *Die Propaganda ist vor allem in jüdischen Händen, ihnen gehört fast zu 100% das Radio, der Film, die Presse und die Zeitschriften. Obgleich diese Propaganda sehr grob gehandhabt wird und Deutschland so schlecht wie möglich hinstellt,* […] *wirkt sie doch so gründlich, da das hiesige Publikum vollständig unwissend ist und keine Ahnung hat von der Lage in Europa.* […]

Die Lage hierzulande bildet ein ausgezeichnetes Forum für alle Art Redner und für die Emigranten aus Deutschland und der Tschechoslowakei, die an Worten nicht sparen, um durch die verschiedensten Verleumdungen das hiesige Publikum aufzuhetzen. […] *Es ist sehr interessant, daß in dieser sehr gut durchdachten Kampagne, die hauptsächlich gegen den Nationalsozialismus geführt wird, Sowjetrußland fast ganz ausgeschaltet ist. Wenn es überhaupt erwähnt wird, so tut man es in freundlicher Weise und stellt die Dinge so dar, als ob Sowjetrußland mit dem Block der demokratischen Staaten zusammenhinge.* […]

Außer dieser Propaganda wird auch noch künstlich eine Kriegspsychose geschaffen: Es wird dem amerikanischen Volk eingeredet, daß der

Frieden in Europa nur noch an einem Faden hängt, ein Krieg sei unvermeidlich. […]

Zu dem ersten Punkt muß man sagen, daß die innere Lage auf dem Arbeitsmarkt sich dauernd verschlechtert, die Zahl der Arbeitslosen beträgt heute schon 12 Millionen. […]

Zum zweiten Punkt kann ich nur sagen, daß der Präsident Roosevelt als geschickter, politischer Spieler und als Kenner der amerikanischen Psychologie die Aufmerksamkeit des amerikanischen Publikums bald von der innenpolitischen Lage abgelenkt hat, um es für die Außenpolitik zu interessieren […]

Ferner ist das brutale Vorgehen gegen die Juden in Deutschland (warum sind sie aus Polen ins NS-Deutschland geflohen und warum wollten sie aus NS-Deutschland nicht zurück nach Polen? – d.V.) *und das Emigrantenproblem, die den herrschenden Haß immer neu schüren gegen alles, was irgendwie mit dem deutschen Nationalsozialismus zusammenhängt. An dieser Aktion haben die einzelnen jüdischen Intellektuellen teilgenommen, z.B. Bernard Baruch; der Gouverneur des Staates New York, Lehmann; der neuernannte Richter des Obersten Gerichts, Felix Frankfurter; der Schatzsekretär Morgenthau und andere, die mit dem Präsident Roosevelt persönlich befreundet sind. Sie wollen, daß der Präsident zum Vorkämpfer der Menschenrechte wird, der Religions- und Wortfreiheit, und er soll in Zukunft die Unruhestifter bestrafen. Diese Gruppe von Leuten, die die höchsten Stellungen in der amerikanischen Regierung einnehmen und die sich zu den Vertretern des ‚wahren Amerikanismus' und als ‚Verteidiger der Demokratie' hinstellen möchten, sind im Grunde doch durch unzerreißbare Bande mit dem internationalen Judentum verbunden. Für diese jüdische Internationale, die vor allem die Interessen ihrer Rasse im Auge hat, war das Herausstellen des Präsidenten der Vereinigten Staaten auf diesen ‚idealsten' Posten eines Verteidigers der Menschenrechte ein genialer Schachzug. Sie haben auf diese Weise einen sehr gefährlichen Herd für Haß und Feindseligkeit auf dieser Halbkugel geschaffen und haben die Welt in zwei feindliche Lager geteilt. Das ganze Problem wird auf mysteriöse Art bearbeitet: Roosevelt sind die Grundlagen in die Hand gegeben worden, um die Außenpolitik Amerikas zu beleben und auf diesem Weg zugleich die kolossalen militärischen Vorräte zu schaffen für* den künftigen Krieg, dem die Juden mit vollem Bewußtsein zustreben… (Hervorh. d. V.).*"*

Carl Jakob Burckhardt glaubte sicherlich dem Grafen Potocki, sonst hätte er diesen Text nicht in sein Buch einfließen lassen.

Ganz verschwiegen wird in den offiziösen Geschichtsbüchern, daß schon kurz nach der Machtübernahme Hitlers Juden in England und in den USA Deutschland den Krieg erklärten. Im „Daily Express" (Hg. Ralph David Blumenfeld) stand am 24. März 1933 unter großer Aufmachung und mit Fettdruck auf der Titelseite:

> *„Das Judentum erklärt Deutschland den Krieg. Der jüdische Handelsfürst verläßt sein Geschäftshaus, der Bankier seine Bank, der Händler seinen Laden und der Hausierer seinen bescheidenen Tragekasten.* […] *Vierzehn Millionen Juden stehen wie ein Mann zusammen, um Deutschland den Krieg zu erklären.* […]*"*

Ich wurde von Professor Wolffsohn wegen Beleidigung und Volksverhetzung angezeigt. Während des Verhörs bei der Kriminalpolizei fragte mich die Oberkommissarin, woher ich meine Kenntnisse habe, daß Juden in England Deutschland den Krieg erklärten. Ich sagte ihr, ich hätte diese Kenntnisse aus einem Faksimile-Text aus dem Daily Express. Sie teilte mir mit, daß diese Faksimile-Texte verfälscht seien. Daraufhin sagte ich ihr, daß ich diese Verfälschungen nicht mehr verwenden würde, wenn es solche sind, aber die unten zitierte Kriegserklärung des Rabbiners Untermeyer vom 7. August 1933 habe ich direkt in der New York Times gelesen und mich dafür verbürge. Dieses Gespräch wurde dann auch ins Protokoll aufgenommen.

Ich habe mich dann bemüht, die Wahrheit über die Texte zu erfahren. So las ich im Internet, daß Professor Wolfgang Benz in seinem Artikel „Legenden, Lügen, Vorurteile" gegen diese angebliche Fälschung monierte. Vor allem bestreitet er, daß hinter dieser Kriegserklärung eine jüdische Organisation stand. Da muß ich ihm möglicherweise recht geben. Der Frau Ingrid Weckert hat man zum Vorwurf gemacht in ihrem Buch „Feuerzeichen" den Text „sinnentstellend falsch übersetzt" zu haben. Deswegen gebe ich den Text aus dem Internet mit Frau Weckerts Übersetzung wieder:

The Jewish merchant prince is leaving his counting-house, the banker his board-room, the shopkeeper his store, and the pedlar his humble barrow, to join together in what has become a holy war to combat the Hitlerite enemies of the Jew. [52]	Der jüdische Handelsprinz verlässt sein Kontor, der Bankier sein Vorstandszimmer, der Geschäftsmann seinen Laden und der Straßenhändler seinen kleinen Karren. Sie schließen sich zusammen [zu einer Bewegung], die ein heiliger Krieg geworden ist, um Hitlers Judenfeinde zu bekämpfen.

Samuel Untermeyer, Präsident der „Internationalen Jüdischen Boykottkonferenz“, ein enger Mitarbeiter und Freund Roosevelts, erklärte im August 1933 den Deutschen sogar den heiligen Krieg: [53]

„Meine Freunde, ich freue mich, wieder hier zu sein und über die Erleichterung und über das Gefühl der Sicherheit, die mir der amerikanische Boden bietet. Nach den herzzerbrechenden Erzählungen der Flüchtlingsopfer, die jeglicher Beschreibung spotten, bekam ich in den zwei Wochen (er nahm an der Internationalen Jewish Boycott Conference in den Haag teil – d.V.), *die ich in Europa verbrachte, Alpträume und Ängste. Ihre begeisterte Begrüßung dient nicht mir, …* sie dient dem heiligen Krieg für die Menschheit, auf dem wir uns eingelassen haben. …

Es ist ein Krieg, der unermüdlich geführt werden muß […] *Als unser Schiff heute an der Bucht herauffuhr, an unserer stolzen Freiheitsstatue vorbei, verrichtete ich ein Gebet der Dankbarkeit und Danksagung, daß dieses schöne Land der Freiheit dem Fluch entkam, der sich auf das ritterliche Deutschland legte, das dadurch von einer Kulturnation in eine wahrhaftige Hölle von grausamen und wilden Bestien verwandelt wurde.* […]

Ich habe viele dieser mit Schrecken erfüllten Flüchtlinge getroffen […] *und ich möchte Ihnen sagen, daß, was zu Ihnen durch die starre Zensur und Lügenpropaganda durchgedrungen ist,* […] *nur ein Bruchteil der schrecklichen Geschichte von teuflischer Folter, Grausamkeit und Verfolgung, oder den Schrecken erzählt, in denen sie leben, die Tag für Tag diesen Männern, Frauen und Kindern zugefügt werden und schlimmer als der Tod sind.* […]

Sie haben die Weltmeinung mißachtet und bestehen darauf, sie zu mißachten und herauszufordern. Wir Juden sind die Aristokraten der Welt. […] *Wir schlagen vor und organisieren die Weltmeinung, sich in der einzigen Weise zu äußern, die Deutschland versteht. Hitler und sein Pöbelhaufen werden ihr Volk nicht wissen lassen, wie es von der Außenwelt angesehen wird. Wir werden auf die einzige Weise, die uns zur Verfügung steht, sie zwingen, dies zu lernen.* […]

Zusammen mit den Christen werden wir den letzten Nagel in den Sarg von Bigotterie und Fanatismus treiben.

Präsident Roosevelt, dessen weise Staatskunst und Vision das Wunder der zivilisierten Welt ist, beschwört ihn herauf (den Krieg wahrscheinlich), um seine edle Vorstellung von der Neuordnung zwischen Kapital und Arbeit […] *zu fördern* […] *Können sich unsere furchtsamen Freunde einen noch erhabeneren Präsidenten wünschen?*

Jeder von ihnen, Jude oder Nichtjude gleichermaßen, der nicht bereits an diesem heiligen Krieg teilnimmt, und sich noch nicht entschieden hat (enlisted) sollte es jetzt und hier tun (Hervorh. d.V.).*“*

Kein Geringerer als Chaim Weizmann, Präsident der Jewish Agency, schrieb schon einige Tage vor Kriegsbeginn (29. August 1939) an Premierminister Chamberlain: [54]

„Ich wünsche in nachdrücklichster Form die Erklärung abzugeben, daß wir Juden an der Seite Großbritanniens stehen und für die Demokratie kämpfen werden. Aus diesem Grunde stellen wir uns in den kleinsten und größten Dingen unter die zusammenfassende Leitung der britischen Regierung. Die jüdische Vertretung ist bereit, in sofortige Abkommen einzutreten, um alle menschlich-jüdische Kraft, ihre Technik, ihre Hilfsmittel und all ihre Fähigkeiten nützlich einzusetzen.“

In seiner Rede in New York am 9. Mai 1942 vor der „Extraordinary Zionist Conference“ in Biltmore Hotel, heizte er die Verfolgung der Juden in Deutschland noch mehr an. Er forderte die Juden auf, in Europa Sabotage zu betreiben: [55]

„Wir leugnen nicht und haben keine Furcht, die Wahrheit zu bekennen, daß dieser Krieg unser Krieg ist und zur Befreiung des Judentums führt. […] *Stärker als alle Fronten zusammen ist unsere Front, die Front des Judentums. Wir geben diesem Krieg nicht nur unsere ganze* finanzielle Unterstützung, auf der die gesamte Kriegsproduktion basiert, wir stellen in diesem Krieg nicht nur unsere propagandistische Macht zur Verfügung, die die moralische Triebkraft zur Aufrechterhaltung dieses Krieges ist. Die Sicherung des Sieges wird hauptsächlich durch die Schwächung der gegnerischen Kräfte durch unseren Widerstand erreicht, durch deren Zerschlagung im eigenen Land, im Inneren ihrer Festung. **Tausende in Europa lebende Juden sind der Hauptfaktor bei der Vernichtung unseres Feindes. Dort ist unsere Front eine Tatsache und sie ist die wertvollste Hilfe für den Sieg** (Hervorh. und Fettdruck d.V.)**.“**

Hitler forderte daher 1943 von Admiral Horty, die Juden in Ungarn einzusperren, weil sie Defaitisten und Saboteure sind.

Diese Kriegspolitik gewisser Juden in England und USA führte nicht nur für Deutschland und die Deutschen, sondern auch für die Juden in Europa zu einer Katastrophe. Dies bestätigten später thoratreue Juden in den Vereinigten Staaten. Diese brandmarkten die verbrecherische brutale Kriegspolitik des „World Jewish Congress“: [56]

„Woher nahmen die zionistischen Führer des „World Jewish Congress“ das Recht, für sich

Vorteile zu fordern? Die weltweite Handelsblockade gegen Deutschland im Jahre 1933 und **alle späteren Kriegserklärungen an Deutschland** (Hervorh. d.V.)*, veranlaßt von den zionistischen Führern und dem „World Jewish Congress", erzürnte Hitler derartig, so daß er drohte, die Juden zu vernichten. Auf der Konferenz in Wannsee im Januar 1942 wurde das Schicksal der Juden beschlossen und ihr Leiden begann."*

Zurück zu den Polen. Trotz mehrerer Anmahnungen des deutschen Außenministers von Ribbentrop antworteten die Polen nicht auf das Angebot. Der ehemalige deutsche Abwehroffizier, Oberstleutnant Oscar Reile, ein Widerständler Hitlers, wies in seiner Dokumentation „Geheime Ostfront", S. 213, darauf hin, daß gleich nach dem Tode Pilsudskis, im Sommer 1935, eine Clique um den General Ryds-Smigly und Außenminister Beck einen Krieg mit Deutschland anstrebten, um ein Großpolen zu errichten. Daher gehört es zu den infamsten Lügen zu behaupten, Hitler plante einen Krieg gegen Polen und die Vernichtung des polnischen Volkes.

Laut des französischen Militärhistorikers Ferdinand O. Miksche erklärte der polnische Außenminister Joseph Beck am 23. März 1939 vor einer Versammlung führender Politiker und Generäle, [57]

„daß ein politisch von Polen abhängiges Danzig ein unerläßliches Symbol politischer Macht sei und meinte, ‚es sei vernünftiger auf den Feind zuzugehen (lies: anzugreifen – d.V.)*, als zu warten, bis er uns entgegenmarschiert.' Dies war eine gewiß recht verwegene Äußerung, die sich in keiner Weise darauf stützen konnte, daß Hitler Polen wirklich anzugreifen beabsichtigte. Die anwesenden Befehlshaber erklärten sich ohne zu zögern einverstanden,* noch am gleichen Tag den Teilmobilmachungsbefehl anzuordnen. […] *Die gedienten Reservisten der Jahrgänge 1911 bis 1914 sollten zu den Fahnen gerufen werden, dazu noch weitere Reserven aus dem Jahrgang 1906. Somit erreichte die polnische Armee die Stärke von 334 000 Mann. Am gleichen Tag erhielten die obersten Befehlshaber der jeweiligen Waffengattungen die* (schon ausgearbeiteten? – d.V.) *Aufmarschpläne für einen Krieg gegen Deutschland."*

Bei der Begegnung am 26. März 1939 mit Außenminister von Ribbentrop, sagte Botschafter Lipski, er habe die unangenehme Pflicht, darauf hinzuweisen, daß jegliche weitere Verfolgung dieser deutschen Pläne (Marienwerder Vorschläge – d.V.), insbesondere soweit sie eine Rückkehr Danzigs zum Reich beträfen, den Krieg mit Polen bedeute. [58]

Die polnische Zeitung „Prostoz Mustet" stimmte dem zu. Sie schrieb kurz vor Kriegsausbruch, am 9. August 1939: [59]

„Entweder die Deutschen erkennen unsere Ansprüche in ihrer Gesamtheit an und nehmen im vollen Umfange zur Kenntnis, daß Danzig im Gebiet des polnischen Lebensraumes liegt, oder sie tun das nicht. Die Nichtanerkennung unsere Rechte diktiert uns nur einen einzigen Ausweg: den Krieg.*"*

Am 30. März kabelte Halifax an Kennard, den britischen Botschafter in Warschau, das Unterhaus werde am folgenden Tag eine Garantie an Polen bekanntgeben. Diese Garantie sei auch ohne feste Zusage Polens bindend. Halifax wußte also schon im voraus, wie das Parlament abstimmen werde.

Diese Zusage am 31. März 1939 geschah auf Churchills Drängen. Es war eine einseitige Garantieerklärung, welche die Polen zu nichts verpflichtete. Chamberlain erklärte vor dem Unterhaus: [60]

„Ich habe dem Haus jetzt mitzuteilen, daß im Falle einer Aktion, welche die polnische Unabhängigkeit klar bedrohen und gegen welche die polnische Regierung entsprechend den Widerstand mit ihrer nationalen Wehrmacht als unerläßlich ansehen würde, Seiner Majestät Regierung sich während dieser Zeit verpflichtet fühlen würde, sofort der polnischen Regierung alle in ihrer Macht liegende Unterstützung zu gewähren. Sie hat der polnischen Regierung eine entsprechende Zusicherung gegeben."

Diese Erklärung verstärkte die aggressive Haltung der Polen. Der britische Botschafter in Polen, Sir Howard Kennard, berichtete am 25. April 1939, daß viele ausländische Diplomaten glaubten, Polen sei nun dabei, aufgrund der Teilmobilmachung, einen Krieg zu beginnen: [61]

„Die Aushebung von Reservisten ist, wie ich glaube, beträchtlich über die in meinem Telegramm Nr.79 angegebene Größenordnung hinausgegangen. Eine kompetente Persönlichkeit nannte 750 000 als die Zahl der unter Waffen stehenden (Polen)."

Der Staatssekretär im Außenministerium, Ernst Freiherr von Weizsäcker, der Vater unseres Ex-Bundespräsidenten, schrieb in seinen „Erinnerungen" in bezug auf die britische Garantieerklärung: [62]

„Sicher war nur, daß die deutsch-polnischen Besprechungen seit Januar (1939) ziemlich festgefahren waren. […] *Am 24. Mai 1939 gab es sogar Steinwürfe gegen die deutsche Botschaft in Warschau.* […]

Neville Chamberlain aber band England fest an die Entschlüsse Polens. […] *Warschau hatte es in der Hand, das britische Empire in den Krieg zu ziehen.* […] *Der britische Minister und spätere Botschafter Duff Cooper drückte es so aus: nie in der Geschichte habe England einer zweitrangigen Macht die Entscheidung darüber eingeräumt, ob Großbritannien in einen Krieg einzutreten habe oder nicht."*

Die Erklärung Coopers zeigt ja, daß die Briten sich von den Polen in den Krieg hineinziehen lassen wollten. Sie brauchten die chauvinistischen Polen dazu nur ermuntern. Es macht sich dann gut aus, für die Freiheit der kleinen Völker zu kämpfen, die sie aber dann „verheizt" und in Stich gelassen haben.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der deutschen Reichsregierung immer zum Vorwurf gemacht, den Österreichern eine Blankovollmacht erteilt und somit zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges beigetragen zu haben. Jetzt machten die Briten den gleichen Fehler.

Sir Alexander Cadogan, Leiter des British Foreign Office, schrieb am 31. März 1939 in sein Tagebuch:

„Diese Garantie an Polen ist ein fürchterliches Hasardspiel."

Es war kein Hasardspiel. Der Krieg war von einflußreichen Kreisen in Großbritannien erwünscht.

Bei Hitler reifte mittlerweile die Ansicht, er sagte dies zu Außenminister von Ribbentrop, daß die Briten und Franzosen ihm den Krieg erklären wollen: [63]

> *„Hitler war überzeugt, daß der große Krieg gegen ihn nun doch vorbereitet werde und er daher weitere Sicherungsmaßnahmen ergreifen müsse.* […]
>
> *Wenn sie (die Briten und Franzosen) erst ihre Rüstung fertig haben, werden sie über mich herfallen und Deutschland ohne Gnade kurz und klein schlagen.* Es gibt keine internationale Moral, jeder nimmt sich die Beute, die er haben kann, und ich werde mir das eine Lehre sein lassen *(Hervorh. d.V.)."*

Dies hat sich nach dem Krieg bestätigt!

Nachdem die Memoiren des ehemaligen polnischen Botschafters in Berlin, Jozef Lipski, erschienen sind, schrieb der bekannte britische Historiker A. J. P. Taylor in der „New York Review of Books", daß die Memoiren Lipskis ihn bestärkten, daß Hitler keinen Krieg wollte:

> *„Hitler wollte Danzig aus dem Weg räumen, damit er die Freundschaft zwischen Polen und Deutschland stärken konnte."*

Ich möchte noch einmal daran erinnern, daß die Politiker der Weimarer Republik, die im Guten versuchten, die anstehenden Probleme zu lösen, von den Alliierten immer abgewiesen wurden.

Der Zweite Weltkrieg

Der Krieg sollte nun am 26. August um 4. Uhr beginnen. Am Nachmittag des 25. August erfuhr Hitler, daß die Briten und Polen einen Militärpakt auf Gegenseitigkeit abgeschlossen haben. Außerdem erfuhr er, daß Italien sich diesem Krieg nicht anschließen werde. Hitler war nun überzeugt, daß England und Frankreich militärisch eingreifen würden, was er verhindern wollte. Er fragte Generaloberst Keitel (es war schon am Spätnachmittag), ob es noch möglich wäre, den Aufmarsch der Truppen anzuhalten, was Keitel bejahte. Er griff sofort zum Telephon und gab den entsprechenden Gegenbefehl an die oberen Wehrmachtsbehörden weiter (Halders Kriegstagebuch). Der Vormarsch wurde angehalten, der Krieg vertagt. Hier zeigte es sich, daß Hitler um jeden Preis einen Krieg mit England und Frankreich vermeiden wollte. Dies sagte er schon zu Graf Ciano, dem Außenminister Italiens, als dieser sich im August 1939 in Berlin aufhielt: [64]

> *„Nur wenn er ‚felsenfest überzeugt sei', daß Frankreich und England nicht eingreifen, werde er dieses Problem (mit Polen, wenn sie nicht verhandeln wollen) mit Gewalt lösen."*

Sicherlich wußten die Briten durch deutsche Verräter, daß der Angriff am 26. August 1939 im Morgengrauen vorgesehen war. Siehe dazu die Mitteilungen der Widerständler an die Briten über den Beginn der Offensive an der Westfront (Deutsch, Verschwörung gegen den Krieg)! Nur rechneten die Briten nicht damit, daß es Hitler noch möglich war, den Anmarsch anzuhalten. Sie hatten Hitler eine Falle gestellt, der er noch entkommen konnte.

Am gleichen Tag ließ Mussolini, wie schon erwähnt, Hitler wissen, daß er nicht am Krieg teilnehmen könne, da ihm dazu die wirtschaftlichen Ressourcen fehlten. Botschafter Attolico überreichte ihm später noch eine umfangreiche Liste, als Voraussetzung für eine Kriegsteilnahme. Diese Wünsche waren bewußt so umfangreich gehalten, damit Hitler ja nicht auf die Idee kommen könnte, sie doch noch zu erfüllen, erzählte Attolico:

> *„6 Millionen Tonnen Kohle, 2 Millionen Tonnen Stahl, 7 Millionen Tonnen Erdöl, 1 Million Tonnen Holz, viele Tonnen, Kupfer, Kalisalpeter, Pottasche, Kolophonium, Gummi, Terpentin, Blei, Zinn, Nickel, Molybdän, Wolfram, Zirkonium und Titanium, vom letzteren 400 Tonnen. Außerdem forderten sie 150 Flakbatterien mit Munition und deutsche Maschinen."*

Hitler zeigte aber trotzdem Verständnis für Mussolini und bat ihn, er solle doch so tun, als ob er am Krieg teilnehmen würde, um möglicherweise die Briten und Franzosen einzuschüchtern. Mussolini versprach dies. Er ließ somit an der Grenze Frankreichs 17 Divisionen und 9 Gebirgsjägerregimenter aufmarschieren, um seinen Anschein Nachdruck zu verleihen.[65] Dies ist auch ein Beweis, daß Hitler den Krieg nicht wollte, sondern nur zu „pokern" versuchte – er hatte aber die schlechteren Karten. Denn Graf Ciano hatte die Engländer schon vorher (18. August 1939) bei einem Treffen in San Remo unterrichtet, daß Italien nicht teilnehmen werde. Somit war dieser Trumpf wertlos.

Nach seinem „Besuch beim Führer" im August 1939 erklärte aber Ciano in aller Öffentlichkeit: [66]

„Italien stehe zu allen Zeiten und unter allen Umständen solidarisch zu Deutschland.“

Die Falschheit der italienischen Regierung bestätigte der französische Außenminister Bonnet in seinen Erinnerungen: [67]

„Die Tatsache, daß Italien eine nichtkriegsführende Macht war, war für uns ein bemerkenswerter Erfolg. Sie war begleitet von einem völligen Umschwung uns gegenüber, denn Italien hat uns sogar Pulver, Sprengstoff, Panzerabwehrminen und selbst Flugzeuge geliefert.“

In einer Note vom 28. August erklärte sich die britische Regierung bereit (meines Erachtens nur zum Schein), sich als Vermittler für direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen zur Verfügung zu stellen. Die deutsche Reichsregierung nahm dieses Angebot an und brachte als Verhandlungsbasis wieder die Marienwerder Vorschläge ein; diesmal in 16 Punkten und bat sich eine Antwort binnen 48 Stunden aus, d.h. bis zum 30. August. Da der britische Botschafter Henderson die kurze Frist beanstandete, wurde sie dann bis zum 31. August 24 Uhr verlängert. Eigentlich war dies auch ein Vorwand, denn den Polen wie auch den Briten waren diese Vorschläge seit fast einem Jahr bekannt.

Während der Suezkrise stellten die Briten an Ägypten ein Ultimatum von nur 12 Stunden. Der polnische Außenminister Beck richtete am 30.9.1938 an die Tschechoslowakei ein Ultimatum, innerhalb von 24 Stunden das Teschener Gebiet und den Bezirk von Tristadt zu räumen und an die Polen abzutreten.

Hitler forderte die Rückkehr Danzigs zum Reich auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker und die Durchführung eines Volksentscheids im Korridor nördlich einer Linie, die von Marienwerder nach Westen bis Schönlanke in Pommern verläuft. Die Volksabstimmung in diesem Gebiet sollte 12 Monate nach dem Abkommen mit Polen erfolgen. Wahlberechtigt sollten alle Deutschen, Polen und Kaschuben sein, die in dem Gebiet am 1. Januar 1918 wohnhaft oder vor diesem Zeitpunkt dort geboren waren.

Während der Zwischenzeit von 12 Monaten sollte das Volksabstimmungsgebiet von russischen, britischen, französischen und italienischen Truppen besetzt werden. Sollten die Deutschen die Volksabstimmung verlieren, was durch einfache Mehrheit entschieden werden sollte, dann sollte ihnen eine exterritoriale Verbindungsstraße nach Ostpreußen, entsprechend dem Vorschlag vom Oktober 1938, zugestanden werden. Sollten die Polen die Volksabstimmung verlieren, dann sollte ihnen eine ähnliche Verbindung nach Gdingen auf deutsche Kosten gewährt werden. Die Ausdehnung des Gdingener Hinterlandes würde von einer internationalen Kommission bestimmt und dann als unantastbares Territorium vom Volksabstimmungsgebiet ausgeschlossen werden. Außerdem sollten die Polen einen Freihafen in Danzig erhalten, die Reichsregierung forderte aber die Entmilitarisierung Danzigs, Gdingens und der Halbinsel Hela und ein gegenseitiges Abkommen über Minderheitenschutz.

Landshövding (entspricht dem österreichischen Landeshauptmann) Rodhe von Malmöhus Län (Schweden), der seinerzeit vom Völkerbund zum Generalkommissar bei der Abstimmung im Saarland ernannt wurde, um die Abstimmung zu überwachen, sagte in einem Geprăch mit Stockholms Tidningen (1. September 1939), daß der Vorschlag Hitlers über eine Volksabstimmung im Korridor ein brauchbarer und gerechter Vorschlag sei.

Sogar Lady Diana, die Gattin des früheren Ersten Lords der Admiralität, Duff Cooper, „hielt die Vorschläge Hitlers für ‚so vernünftig‘, daß ihr Mann von dem Gedanken entsetzt war, die britische Öffentlichkeit könne zur gleichen Auffassung kommen wie seine Frau.“ [68]

Der britische Botschafter in Berlin, Sir Neville Henderson, berichtete nach London: [69]

„Wenn ein unparteiischer Marsbewohner als Schiedsrichter amtieren müßte, so kann ich nicht glauben, daß er ein anderes Urteil fällen würde als eines, das mehr oder weniger in Übereinstimmung mit dem Angebot Hitlers ist. […]

Nach Aussagen meines belgischen Kollegen betrachten fast alle diplomatischen Vertreter hier das deutsche Angebot als ein überraschend günstiges. *Der holländische Gesandte, der amerikanische Geschäftsträger, mein südafrikanischer Kollege haben zu mir in diesem Sinne gesprochen. Ich frage mich daher, ob wir gut beraten sind, zum Kampf gegen Deutschland aufgrund einer Frage anzutreten, bei der die Welt nicht über die Immoralität der deutschen Forderungen einig ist? Wird in dieser Frage auch nur unser Empire einig sein? Natürlich wird das zugrundeliegende Kriegsmotiv etwas viel Tieferes und Wichtigeres als Danzig selbst sein, und selbst wenn eine Verständigung über Danzig erreicht würde, ist es immer noch möglich und sogar wahrscheinlich, daß die radikalen Elemente weitere Zugeständnisse verlangen werden, die dann Polen nicht mehr in der Lage ist zu verweigern. Aber selbst unter diesen Umständen graut es mir bei dem Gedanken, daß Danzig auch nur der Vorwand sein könnte, und es graut mir noch mehr bei dem Gedanken, daß* unser Schicksal in den Händen der Polen liegt. *Sie sind ohne Zweifel heroisch, aber auch Narren, und fragen Sie jemand, der sie kennt, ob man ihnen trauen kann. Beck hat nicht einmal in London ein faires Spiel in bezug auf das deutsche Angebot gespielt. Ribbentrop fragte mich gestern, ob Beck die Regierung seiner Majestät in London über das deutsche Angebot informiert habe. Ich war*

gezwungen, zu antworten, daß ich es – ehrlich gesagt – nicht wisse, worauf Ribbentrop erklärte, daß seine Information aus London dahingehe, daß Beck es nicht getan habe. (Hitler kannte auch die telegraphische Weisung des polnischen Außenministers Beck an dessen Botschafter Lipski vom 31. August um 12.40 Warschauer Zeit, deren entscheidende Passagen, das Angebot abzulehnen, weder im Polnischen Weißbuch noch bei Hofer zitiert werden. Beck fügte der Weisung an Lipski noch folgenden Passus hinzu: „Lassen Sie sich unter keinen Umständen in sachliche Diskussionen ein; wenn die Reichsregierung mündliche oder schriftliche Vorschläge macht, müssen Sie erklären, daß Sie keinerlei Vollmachten haben, solche Vorschläge entgegenzunehmen oder zu diskutieren, und daß Sie ausschließlich obige Mitteilung Ihrer Regierung zu übermitteln und erst weitere Instruktionen einzuholen haben." – d.V.) *Wir müssen uns darüber klar sein, daß trotz äußerster Abneigung gegen einen allgemeinen Krieg die Nation sehr viel einiger hinter Hitler stehen wird, als sie es im vergangenen September tat, bevor wir unsere Angebote an Rußland machten und bevor der Einkreisungsschrei laut wurde. In der polnischen Frage wird das deutsche Volk sehr viel begeisterter sein, als es wegen der Sudetendeutschen oder selbst wegen der Tschechen war.* […]

Wir sind in die polnische Bresche gesprungen und haben unsere Garantie bedingungslos gegeben, und ich zermartere mein Gehirn, wie wir aus unseren gegenwärtigen östlichen Verpflichtungen auf befriedigende Weise einen Ausweg finden können. Ich vermute, daß es zu optimistisch ist, zu hoffen, daß irgendeine Entscheidung des Völkerbundes oder eine Form der Schiedsgerichtsbarkeit gefunden werden könnte, um die Danzig- und Korridorfrage zu lösen.

Das deutsche Volk ist der Abenteuer müde, aber Polen und der Korridor mit dem Gespenst der ‚Einkreisung' und ‚Sowjetrußland' im Hintergrund ist ein Schlachtruf, der mehr Chancen hat als irgend etwas anderes, um die ganze Nation zusammenzuschließen. Es kann sehr wohl sein, daß es Hitler lieber ist, daß sein Angebot abgelehnt werde. Ich habe in der Tat solches aus mehreren Quellen gehört. Wenn das stimmt, dann bestärkt mich das nur in meinem persönlichen Glauben, daß die Polen genauso wie Schuschnigg und Benesch sich darauf versteifen, Hitlers Spiel zu spielen.

Persönlich neige ich dazu, zu glauben, daß Hitler, wie mir der italienische Botschafter (Attolico) sagt, der Meinung ist, daß die Zeit auf seiner Seite ist, und daß er lieber passen möchte. Wenn das so ist und wir die Dinge treiben lassen, wie wir es 1938 taten, dann fürchte ich, daß wir bald einer neuen Herbstkrise gegenüberstehen werden. Wenn auf der einen Seite die Polen glauben, daß dies Hitlers Absicht ist, dann werden sie es sein, die versuchen werden, die Dinge durch einen Zwischenfall zu überstürzen*. Beides sind unerfreuliche Aussichten.*" (Alle Hervorh. – d.V.)

Die britische Regierung wollte ja gar keine Verhandlungen. Im Gegenteil sie hetzte die Polen auf. Dies bestätigte sogar, aber ganz bescheiden, der britische Botschafter Henderson in seinem Bericht nach London: [70]

„*Auch ich halte es – seien wir ehrlich (honestly) – nicht für politisch klug oder gar fair, die Polen übermäßig (unduly) aufzustacheln.*"

Die Polen weigerten sich zu verhandeln und so begann die größte Katastrophe der Weltgeschichte. Deutsche Truppen marschierten am 1. September in Polen ein. Hitler begründet dies damit, daß polnische Einheiten bereits die Grenze überschritten hätten und Deutsche in Polen eingesperrt, gefoltert und ermordet werden. Es muß auch erwähnt werden, worüber immer geschwiegen wird, daß die Polen am 31. August eine Generalmobilmachung durchführten. Von einem Überfall auf Polen, wie immer behauptet wird, kann überhaupt nicht die Rede sein.

Darf ich noch einmal an Asher ben Nathan, den ehemaligen Botschafter Israels in Bonn erinnern, dem man zum Vorwurf machte, Israel hätte im Sechstagekrieg zuerst geschossen. Er antwortete auf diesen Vorwurf: [71]

„*Es ist belanglos, wer den ersten Schuß abgegeben hat. Entscheidend ist, was dem ersten Schuß vorausgegangen ist.*"

Am 3. September erklärten England und Frankreich Deutschland den Krieg. Hitler erfuhr davon vorher und forderte Ribbentrop auf, den noch in England weilenden Pressesekretär der deutschen Botschaft, Fritz Hesse, anzurufen, was er am 2. 9.1939 gegen 7 Uhr tat:

„*Sie wissen doch, wer hier spricht, bitte nennen Sie mich nicht beim Namen. Bitte, gehen Sie sofort zu Ihrem Vertrauensmann. Sie wissen ja, wen ich damit meine, und erklären Sie ihm folgendes: Der Führer ist bereit, aus Polen wieder herauszugehen und Schadenersatz für den bereits angerichteten Schaden anzubieten unter der Voraussetzung, daß wir Danzig und die Straße durch den Korridor erhalten, wenn England im deutsch-polnischen Konflikt die Vermittlung übernimmt. Sie sind vom Führer ermächtigt, diesen Vorschlag dem englischen Kabinett zu unterbreiten und sofort Verhandlungen hierüber aufzunehmen. Betonen Sie noch einmal, daß Sie im ausdrücklichen Auftrag Hitlers handeln und daß dies nicht etwa eine Privataktion von mir ist, damit es kein Mißverständnis in der Angelegenheit gibt.*"

Sir Horace Wilson, Staatssekretär im britischen Außenministerium und Chamberlains Berater, war der Vertrauensmann. Gegen 22 Uhr traf Hesse bei Wilson ein. Er teilte später Hesse mit, daß Hitler keine Bedingungen stellen dürfe, die Deutschen zuerst Polen verlassen und den status quo wieder herstellen müßten, bevor es zu Verhandlungen kommen könne. [72]

Über seine Unterredung mit dem Pressesprecher Fritz Hesse machte Sir Horace Wilson folgende Aufzeichnung: [73]

> *„Downing Street 10, Whitehall, Hesse wurde von Ribbentrop kurz nach 20 Uhr beauftragt, sich mit mir in Verbindung zu setzen, um anfragen zu lassen, ob die britische Regierung bereit wäre, mich zu autorisieren, heimlich nach Berlin zu reisen und ihn und Hitler zu treffen. Ich sah ihn – Hesse – gegen 22 Uhr und fragte ihn nach dem Zweck der Unterredung. Die Antwort, die ich erhielt, war – die gesamte Lage zu besprechen, von Mann zu Mann, einschließlich der polnischen Frage.*
>
> *Ich sagte Hesse, daß die britische Auffassung in der Erklärung des Premierministers im Unterhaus zum Ausdruck gebracht worden sei und daß ich ihn bitten möchte, Ribbentrop zu sagen, daß SM Regierung unter keinen Umständen bereit wäre, irgendwelche Gespräche mit der deutschen Regierung aufzunehmen, bis die deutschen Truppen zurückgezogen und der Status quo wieder hergestellt worden sei. Danach wäre die Position die, wie sie in dem gerade veröffentlichten deutsch-englischen Notenaustausch zum Ausdruck gebracht worden sei. Gez. H.J.W. 2.9.39."*

Hitler war nun in der Falle, die ihm gestellt worden war, da kam er nun nicht mehr heraus. Was machten für diese Kapitalisten schon Millionen von Toten aus, die zu erwarten waren.

Der britische Historiker Richard Lamb, der sich sehr eingehend mit den letzten Minuten vor Kriegsausbruch befaßte, schrieb, daß Chamberlain und Halifax mit Hitler einen „Modus vivendi" suchten. Aufgebrachte konservative Abgeordnete bedrängten die anderen Regierungsmitglieder und es kam zu der von Hore-Belisha angeführten „Palastrevolution". Wahrscheinlich wurde Chamberlain von Hesses Telefonat überhaupt nicht informiert. Denn: [74]

> *„Chamberlain hatte noch am 2. September eine letzte Konferenz mit Hitler gewollt und wäre einverstanden gewesen, hätte Hitler einen Abzug aus Polen nur versprochen. Aber da zwang ihm das Kabinett nachts um 11 Uhr durch eine Art Sitzstreik die historische Entscheidung ab. Chamberlain traf sie mit den Worten: ‚Right, Gentlemen, this means war'."*

Die vielen Versuche Hitlers, Frieden zu erreichen, wurden von den Westalliierten abgeschmettert. Siehe dazu mein Buch „Die Wahrheit wird euch frei machen".

Laut Generaloberst Halders Kriegstagebuch war Hitler „kurz vor Kriegsausbruch: schlaflos, kaputt, verzagt und kraftlos. Er stotterte." [75]

Der fromme Halifax nahm den Kriegsbeginn bedeutend leichter: [76]

> *„Er schien erlöst, daß wir unsere Entscheidung* (Kriegserklärung – d.V.) *getroffen haben. Er bestellte Bier, das von einem verschlafenen Angestellten, der im Hause wohnte, im Pyjama heruntergebracht wurde. Wir lachten und machten Witze* (während im Krieg schon Tausende starben – d.V.)*."*

Und der weniger fromme Lord Ismay, der spätere NATO-Generalsekretär, war über den Kriegsausbruch hoch erfreut: [77]

> *„Lord Ismay, Sekretär des imperialen Verteidigungsrates, das oberste militärpolitische Gremium Englands, erinnert sich anläßlich eines Dinners für US-Präsident Eisenhower im Winfield-House in London, am 1. September 1959: ‚Wir waren völlig im unklaren, was Neville Chamberlain tun würde. Ich kann mich entsinnen, wie ich in der Nacht, bevor wir endlich den Krieg erklärten, auf die Knie sank und betete: Oh Gott, bitte laß uns morgen in den Krieg ziehen'* […]*!"*[78]

Nachwort

Daß es bei diesem Krieg, wie auch bei dem Ersten Weltkrieg, um den Kampf des Großkapitals mit den Nationen ging, bestätigte der spätere Papst Johannes XXIII. Er wußte, wie vor dem Ersten Weltkrieg schon der Erzbischof von New York, Kardinal Faley, daß der kommende Krieg ein Krieg zwischen dem internationalen Kapital und den Dynastien sein wird. Er schrieb am 11. Dezember 1942 aus Athen an seine Familie:

> *„Ich wiederhole Euch nicht, was ich Euch schon bei anderen Gelegenheiten sagte: wenig vom Krieg reden und von der Schuld des einen oder des anderen, denn alle haben gesündigt, und sie werden alle, einer nach dem anderen zur Buße gerufen werden. Jeder von uns muß für sich selbst büßen. Aber eines ist sicher:* Der gegenwärtige Krieg ist der Krieg der Reichen gegen die Armen, des Wohlgenährten gegen den, der Mühe hat zu leben, des Kapitalisten gegen den Arbeiter…"

Daß der Krieg immer ein Krieg der Reichen gegen die Armen ist, bestätigte uns auch Theologie-Professor Dr. Dr. Johannes Ude: [79]

> *„Den Frieden wollen wir alle. Selbst die, welche Kriege führen, wollen den Frieden.*
>
> *Wir alle wissen: Nur im Frieden kann Menschenglück gedeihen. Nur im Frieden kann sich Kultur entwickeln. Nur der Frieden verbürgt ein menschenwürdiges Dasein für alle Menschen, niemals aber der Krieg.* […] *, wenn wir ehrlich und aufrichtig Frieden wollen, müssen wir den*

Kapitalismus beseitigen. Denn der Kapitalismus ist die Hauptursache der Kriege. So lange der Kapitalismus unsere Wirtschaft beherrscht, ebensolange wird es und muß es Kriege geben.

Das nachzuweisen ist nicht schwer. Denn: Kapitalismus ist nichts anderes als Zinswirtschaft. Der Zins ist aber der große Verbrecher, der Gesellschaft und Wirtschaft, der Innen- und Außenpolitik, der die nationalen und internationalen Beziehungen ständig in Unordnung bringt und auch davor nicht zurückschreckt, selbst die Religion für seine eigensüchtigen Zwecken zu mißbrauchen. Bei dem Streben abe, nach immer mehr arbeitslosem Gewinn geraten die Großkapitalisten auf dem Weltmarkt aufeinander, Gewalt steht gegen Gewalt. Es wird gerüstet. Heere werden aufgeboten. Die ganze Technik stellt sich in den Dienst der gewaltsamen Abwehr. Die Presse wird bestochen und gekauft. Die Regierungen selbst geraten in immer größere Abhängigkeit von den Finanzkönigen. Volk wird gegen Volk aufgehetzt. Der Krieg ist da. Den Völkern aber wird vorgelogen, daß Kriege naturnotwendig seien, daß sie geführt werden müssen für ‚Gott‘, für ‚Religion‘, für den ‚Kaiser‘, für das ‚Vaterland‘, für die ‚Nation‘, für die ‚Freiheit‘, usw.. Und die Völker glauben es und marschieren und der Menschenmassenmord auf Befehl beginnt. Oh ihr dummen, ihr betrogenen Völker! Sehet ihr denn nicht, daß die Kriege wieder nur neue Ausbeutungsmöglichkeiten für den Kapitalismus bilden? Daher sorgt namentlich die blutige Internationale des Rüstungskapitalismus immer dafür, daß gerüstet wird, daß Kriege geführt werden. Denn die Kriege samt und sonders sind letzten Endes nichts anderes als planmäßig geregelte Geschäftsunternehmungen des international organisierten Finanzkapitals zur Erzielung ungeheurer Gewinne für die Nutznießer des Krieges. Kriege sind die schönsten und einträglichsten Unternehmungen für Zinsausbeutung im größten Stil.“

Der Verfasser, geb. am 13. Juli 1919 als Sohn der Bauerseheleute Georg und Maria Wiesholler aus Chieming am Chiemsee (Hausname „Denglhamer“), nach dem Volksschulbesuch Arbeit auf dem elterlichen Hof, dann freiwillig; zum Arbeitsdienst und zur Kriegsmarine. Bald in Opposition zum Nationalsozialismus, Flucht nach Schweden, Arbeit bei einem Bauern in Hagbyhamn (Harald Andersson) und Besuch der Landwirtschaftsschule in Hammenhög (Schonen).

Anschließend Gymnasium und nach dem Examen zum Abitur Versuch zur Rückkehr nach Deutschland. Nach Nichtanerkennung des schwedischen Abiturs (Maunz) Studium in Schweden und Staatsexamen für das „Höhere Lehramt“ in Deutsch, Geschichte und Politische Wissenschaft. Anstellung als Lehrer im Landschulheim Ising, Entlassung nach 3 Jahren, erneute Emigration mit Frau und 6 Kindern. Später Anstellung als Lehrer in Leer (Ostfriesland) bis zum Ruhestand.

Bei dem Besuch des US-Präsidenten George W. Bush in Riga wird im Fernsehen wiederholt, die deutsche Reichsregierung hätte 1939 das Baltikum an die Sowjets verraten. Die USA dagegen, behauptete Präsident Bush, hätte die Besetzung des Baltikums durch die Sowjets nie anerkannt.

Auf Reisen ins Baltikum habe ich auch des öfteren von Reiseleitern gehört, daß Hitler aufgrund des Ribbentrop-Molotov-Abkommens, den Sowjets zustimmte, ins Baltikum einzumarschieren. So auch im Norddeutschen Rundfunk am 3. Januar 2001: „Begegnungen in Ostpreußen und im Baltikum“.

Auch der Historiker und Wendekanzler Helmut Kohl sagte am 8. Mai 2004 auf seiner Rede in Saarbrücken zum CDU-Wahlauftakt, Hitler hätte das Baltikum an die Sowjets verraten. Das Gegenteil war der Fall. Wenn man die Akte richtig liest, so wird man feststellen: Hitler wollte andeuten, daß er am Baltikum kein Interesse habe, um den Sowjets keinen Vorwand zum Einmarsch in die baltischen Staaten zu geben. Keiner der unterzeichneten Mächte hatte laut dieses Vertrages, das Recht gehabt einzumarschieren. Aber man will diese Schuld zum Einmarsch den Deutschen zuschieben, um die früher so guten Beziehungen zwischen Deutschen und Balten zu vergiften.

Aus Anlaß der Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben die unterzeichneten Bevollmächtigten der beiden Teile in streng vertraulicher Aussprache die Frage der Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa erörtert. Diese Aussprache hat zu folgenden Ergebnis geführt:

1. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessenssphäre Deutschlands und der UdSSR. Hierbei wird das Interesse Litauens am Wilnaer Gebiet beiderseits anerkannt.

2. Für den Fall einer territorialpolitischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt. Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden. In jedem Falle werden

beide Regierungen diese Frage im Wege einer freundschaftlichen Verständigung lösen.

3. Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird völliges Desinteresse an diesen Gebieten erklärt.

4. Dieses Protokoll wird von beiden Seiten streng geheim behandelt werden.

Moskau, den 23. August 1939. Für die Deutsche Reichsregierung: J. von Ribbentrop. In Vollmacht der Regierung der UdSSR: W. Molotow

Geheim blieb dieses Zusatzprotokoll nicht. Ein Angehöriger der deutschen Botschaft, Hans von Herwarth, ließ es gleich nach der Unterzeichnung den Amerikanern zukommen. Dies bestätigte er, der spätere Botschafter in London, in seinen Memoiren „Zwischen Hitler und Stalin“. Auch der amerikanische Historiker Barton Whaley hat damals schon von Herwarth als Informanten identifiziert. Hier sieht man, wie berechtigt das Mißtrauen Hitlers gegenüber dem Auswärtigen Amt war. Dieser Landesverräter wurde dann in der BRD noch mit einem wichtigen Botschafterposten im Auswärtigen Amt belohnt, wo er dann sicherlich die Interessen der Alliierten vertrat.

Dies, obwohl Reichsaußenminister von Ribbentrop anordnete, daß alle Beamte, die Kenntnis vom Zusatzprotokoll hatten, zur Geheimhaltung besonders verpflichtet wurden. Sie wurden aufgefordert, dies durch persönliche Unterschrift zu bestätigen.[80]

Roosevelt ließ trotz seiner Kenntnisse die Polen glauben, sie seien nicht Gegenstand dieses Abkommens gewesen. Sonst wären sie möglicherweise von einer Konfrontation mit Deutschland zurückgeschreckt. Aber Roosevelt brauchte, wie Graf Szembeck richtig anmerkte, ein Volk, das ihm die Kastanien aus dem Feuer holte.

Als die Sowjets dann einen Stützpunkt in Estland forderten, war die Reichsregierung nur unter „der Voraussetzung bereit, daß Estland souverän bleibt“, meldete das Auswärtige Amt an die Botschaft in Moskau. [81]

Für die Doppelzüngigkeit der US-Außenpolitik spricht in diesem Zusammenhang das Gutachten Hickersons, des Stellvertretenden Direktors des Amtes für Europäische Angelegenheiten im State Departement, das er Roosevelt vor der Konferenz der Großen Drei überreichte: [82]

> *„Wir haben eine ziemlich klare Vorstellung von den Zielen der Sowjets in Osteuropa. Wir kennen die Bedingungen ihres Abkommens mit Finnland. Wir wissen, daß die drei baltischen Staaten der Sowjetunion wieder einverleibt worden sind und daß wir nichts unternehmen können, um dies zu ändern. Es ist keine Frage, ob wir es gerne sehen* […], *obgleich ich anerkenne, daß die sowjetische Regierung Argumente auf ihrer Seite hat. Es ist eine Tatsache, daß es geschehen ist, und nichts, was zu tun in der Macht der Regierung der Vereinigten Staaten steht, kann es ungeschehen machen. Wir wissen, daß die Russen auf die Einverleibung eines wesentlichen Teiles von Ostpreußen und eine annähernd mit der Curzon-Linie übereinstimmende Grenze mit Polen bestehen werden.* […] *Ich würde es begrüßen, wenn wir zustimmen würden, die Einverleibung der drei baltischen Staaten in die Sowjetunion als Tatsache und unsere Anerkennung dieses Gebietes als sowjetisches Territorium zu akzeptieren.* […]
>
> *Ich würde es begrüßen, wenn wir zum geeigneten Zeitpunkt zustimmen würden, die Abtretung des Teiles Ostpreußens an die Sowjetunion, worauf dieses Land besteht, zu akzeptieren. Ebenso würde ich die Zustimmung unsererseits begrüßen, zu einem geeigneten Zeitpunkt die Curzon-Linie als Grenze zwischen Polen und der Sowjetunion anzuerkennen und eine solche Anerkennung öffentlich bekanntzugeben. Die Anerkennung der Rückgabe Bessarabiens an die Sowjetunion sollten für uns keine Schwierigkeiten darstellen.“*

Hätte die amerikanische Regierung ein solches Entgegenkommen gegenüber der deutschen Reichsregierung in bezug auf die Marienwerder Vorschläge gezeigt, dann hätte es keinen Krieg gegeben. Aber dieser Krieg war ja von ihr erwünscht. Es ging ja darum, Deutschland zu vernichten, und da hatte sie auch keine Hemmung, sich mit dem brutalen Stalin zu verbinden.

Heute will uns ein Robert von Lucius weismachen:[83]

> *„Die Gründe dafür, daß die Balten eindeutig an der Seite Washingtons stehen, sind indes weit vielfältiger. Geschichtliche Erfahrungen und geostrategische Überlegungen spielen ebenso eine Rolle wie das Gefühl der Dankbarkeit und Loyalität gegenüber der Nation, die die Besetzung durch die Sowjetunion nie anerkannte. Daraus entstand ein überaus breites Netzwerk* (Stützpunkte gegen Rußland – d.V.) *zwischen Amerika und den baltischen Nationen.“*

Außerdem: Die Briten haben die Sowjetunion gebeten, Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen Hilfeleistung anzubieten. Was sie dann auch gemacht haben. [84]

Churchill überreichte am 28. Juni 1939 dem neuen britischen Botschafter in Moskau, Sir Stafford Cripps, einen persönlichen Brief an „Monsieur Stalin“, in dem er ihm mitteilte, daß Großbritannien am Baltikum und am Balkan außer Griechenland kein Interesse hätte. Die Garantieerklärung von Mai 1939 an Rumänien hat dieser britische Imperialist mittlerweile schon vergessen. Damit wollte Churchill damals verhindern, daß die Sowjets und Deutschland einen Pakt abschließen, von dem er sicherlich schon etwas ahnte.

Anmerkungen

Aus der *Denkschrift zur Erinnerung an das Kriegsende vor 60 Jahren und über die freiheitlich demokratische Grundordnung* (Bezugspreis 5 €).

Erhältlich gegen Vorkasse auf Konto 2803909 bei Sparda-Bank München, BLZ 700905 von Georg Wiesholler, Goethestr. 27, 85521 Ottobrunn.

[1] *Die Welt*, Politik, 4.12.1998
[2] *Politische Hintergrundinformation*, 15.12.1989
[3] *Vertrauliche Mitteilungen*, Nr. 3613, 3.5.2005
[4] *Münchner Merkur*, 27.3.1996
[5] „Ein Volk von Opfern? In der Debatte um den sogenannten Bombenkrieg werden Ursache und Wirkung verwechselt", *Jüdische Allgemeine* vom 16.1.2003; zit. n. Europäische Ideen, Nr. 129/2003
[6] *Die Welt*, Nr. 2/1989
[7] *Zur politischen Praxis in der BRD*, Bd. 1, S. 164 f
[8] Erschienen in Göttingen 1955, Seite 182
[9] *Der Spiegel*, Nr. 49/2000
[10] Katyn bleibt ungesühnt, *Süddeutsche Zeitung*, 14.3.2005
[11] Jahrbuch 1990, Gemeinschaft der Fallschirmpioniere im Bund der deutschen Fallschirmjäger
[12] Hellmut Diwald, *Deutsche Geschichte*, S. 280
[13] Lutz Hermann, *Verbrechervolk im Herzen Europas*, Tübingen 1958, S. 28
[14] *Saturday Review*, 1.2.1896
[15] Gertrude Millin, *Rhodes*, London 1935, S. 138
[16] Zit. n. Propyläen Weltgeschichte, Bd. X, *Das Zeitalter des Imperialismus*, 1933, S. 250
[17] G. Guggenbühl, *Quellen zur Allgemeinen Geschichte*, Bd. 4, Zürich 1954
[18] R.R. Palmer, *A History of the Modern World*, New York 1957, S. 670
[19] Benjamin H. Freedman, „Warning to America", Rede im Willard Hotel Washington 1961, zit. n. *The Barnes Review*, 7–8/1999
[20] David Hoggan, *Der unnötige Krieg*, Tübingen 1947, S. 25 f
[21] *Was wir werden – Aus seinen Schriften aus Kriegs- und Nachkriegszeit*, Bd. VI, S. 512
[22] Freud-Bullitt-Wilson, S. 234 f
[23] Bullitt, „For the President", S. 1
[24] Über Krieg, Armee und Militärwissenschaft, Lenin, *Ausgewählte Werke*, Bd. I, Berlin 1961
[25] Stefan T. Possony, aaO., S. 143
[26] Prof. Hans Siegfried Weber in: *Rheinische Post*, 25.5.1949
[27] Miksche, *Das Ende der Gegenwart – Europa ohne Blöcke*, S. 56
[28] Schlagzeilen von gestern, Vor 50 Jahren, *Ostfriesen-Zeitung*, 2.5.1981
[29] K.D. Bracher, *Die Zeit*, Nr. 44/1979
[30] Hans Adolf Jakobsen, *Der Fall „Gelb". Der Kampf um den deutschen Operationsplan zur Westoffensive*, Wiesbaden 1957, S. 332
[31] Georges Bonnet, *Vor der Katastrophe*, S. 18
[32] Siehe dazu Szembeck, *Journal*, 12.10.1933
[33] Fritz Hesse, *Das Vorspiel zum Krieg*, S. 231
[34] Nicoll, Peter, Reverend, *Englands Krieg gegen Deutschland*, S. 39
[35] Nicoll, aaO., S. 40
[36] Sven Hedin, *Amerika i kontinenternas kamp*, S. 46
[37] Bastiaan Wielenga, *Lenins Weg zur Revolution*, S. 211, Kaiser
[38] Wir werden nichts vergessen, *Münchner Neueste Nachrichten*, 5.9.1935
[39] Akten Nr. D – 4, 1.10.1938
[40] Bonnet, *Vor der Katastrophe*, S. 41
[41] Lord Strang, *Home and Abroad*, S. 280
[42] A. Taylor, *The Origin of the Second World War*, S. 203
[43] I.M. Kirschbaum, *Slowakei*, New York 1960, S. 108
[44] *Doc. on Brit. Foreign Policy 1919–1939*, Vol. IV, Doc. 230
[45] *Staatensystem und Weltpolitik*, Stuttgart 1970, S. 118
[46] M. Freund, *Weltgeschichte in Dokumenten*, Bd. I, S. 285
[47] C.J. Burckhardt, *Meine Danziger Mission*, S. 242; Graf Szembeck, *Journal 1933–1939*;
[48] M. Follick, *Facing Facts: A Political Survey for the Average Man*, S. 83 ff
[49] C.J. Burckhardt, *Meine Danziger Mission*, S. 225
[50] Bericht vom 20.8.1939 an Walters, Generalsekretär des Völkerbundes, zit. in *Meine Danziger Mission*
[51] Zit. n. C.J. Burckhardt, aaO., S. 253
[52] http://www.h-ref.de/feindbilder/juedische-kriegserklaerungen/daily-express-weckert.php
[53] *New York Times*, 7.8.1933
[54] *The Times*, 5.9.1939
[55] Zit. n. *New York Times* vom 10./11./ und 12. Mai 1942; siehe auch J. G. Burg, *Sündenböcke*, Dritte Auflage, München 1980, S. 243
[56] American Neturei Karta, Rabbi E. Schwartz, *New York Times*, 30.9.1997
[57] Miksche, aaO., S. 62
[58] *Hundert Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges*, Nr. 38
[59] Zit. n. *Münchner Neuesten Nachrichten*, 10.8.1939
[60] Britisches Blaubuch, Dok. Nr. 17
[61] *Doc. on British Foreign Policy 1919–1939*, Vol. IV, Doc. 52
[62] Weizsäcker, Ernst Freiherr von, *Erinnerungen*, 1950, S. 213 ff
[63] Fritz Hesse, *Das Vorspiel zum Krieg*, Leoni 1979, S. 103 und 134
[64] Akten, Nr. 43, 12.8.1939
[65] Akten, Nr. 307, 26.8.1939
[66] In Fettdruck in *Münchner Neueste Nachrichten*, 14.8.1939
[67] Georges Bonnet, aaO., S. 314
[68] Walter Post, *Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges*, S. 412
[69] A. Schickel, *Die deutsche Kriegsschuldfrage*, Tübingen 1968, S. 93
[70] *Doc. on Britisch Foreign Policy 1919–1939*, Vol. VI, Doc. 347
[71] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hat*, in einer Buchwerbung des Olzog-Verlages
[72] Fritz Hesse, aaO., S. 181 ff
[73] FO371/22982/C13080/15/18B
[74] Ulrich Grudinski, „Denkwürdiges zum fünfzigsten Jahrestag", *Frankfurter Allgemeine*, 1.9.1989
[75] Akten, Anhang
[76] I. Kirkpatrik, *The Inner Circle*, S. 144
[77] Ulrich Grudinski, „Denkwürdiges zum fünfzigsten Jahrestag", *Frankfurter Allgemeine*, 1.9.1989
[78] *New York Herald Tribune*, 2.9.1959
[79] Prof. Dr. theol., Dr. jur., Dr. rer.oec., Johannes Ude, *Du sollst nicht töten*, Friedens Verlag, Groß Gmain
[80] Akten Nr. 303, 25.8.1939
[81] Akten, 27.9.1940
[82] R. Kämmerer, *Die Konferenzen von Malta und Jalta*, Verlag für politische Bildung, Düsseldorf
[83] Robert von Lucius, „Dichtes Netz", *Frankfurter Allgemeine*, 10.3.2003
[84] Akten Nr. 246, 22.4.1949

Häftlingsüberstellungen aus Auschwitz-Birkenau 1944–1945

Von Carlo Mattogno

In zwei früheren Artikeln[1] habe ich nachgewiesen, daß die historische Forschungsarbeit des Auschwitz-Museums, insbesondere jene von Franciszek Piper, bis 1989 aus rein opportunistischen Gründen von Geist der sowjetischen Propaganda geprägt war.

Die wichtigste Frucht dieser systematischen Verfälschungstätigkeit ist ohne Zweifel Danuta Czechs *Kalendarium*[2], und zwar nicht nur bezüglich der angeblichen Menschentötungsgaskammern, sondern auch hinsichtlich gewisser anderer, ganz und gar nicht unwesentlicher Aspekte der Lagergeschichte, von denen einer der bedeutendsten die Überstellung von Häftlingen aus Auschwitz in den Jahren 1944 und 1945 ist.

F. Piper hat anhand von D. Czechs *Kalendarium* berechnet, daß 1944-1945 aus Auschwitz 188.000 Häftlinge überstellt und evakuiert worden seien, davon 163.000 registrierte und 25.000 nichtregistrierte[3]. In dieser Ziffer sind auch die rund 67.000 Gefangene inbegriffen, die sich noch am 17. Januar 1945 im Lagerkomplex Auschwitz aufhielten[4] und von denen anschließend 59.000 evakuiert und die übrigen 8.000 von den Sowjets in Auschwitz befreit wurden[5].

In D. Czechs *Kalendarium* werden für den Zeitraum von 1944 und 1945 (bis zum 17. Januar 1945) insgesamt ca. 95.000 (95.300) aus Auschwitz überstellte Häftlinge erwähnt, darunter ca. 25.000 (25.700) nichtregistrierte Juden.

F. Piper hat erstere Ziffer auf 96.000 aufgerundet und irrtümlicherweise sowohl die 25.000 überstellten unregistrierten Juden (die in Wirklichkeit bereits in der Zahl von 96.000 inbegriffen sind) als auch die am 17. Januar 1945 im Lagerkomplex Auschwitz befindlichen 67.000 Häftlinge dazugezählt. Sein Ergebnis sieht dementsprechend so aus:

96.000 + 25.000 + 67.000 = 188.000 überstellte und evakuierte Häftlinge.

Unterschlagene Überstellungen

Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus. Wie ich in einem meiner vorher erwähnten Artikel vorweggenommen habe, wurden 1944 sowie in den beiden ersten Wochen des Jahres 1945 aus dem Auschwitz-Komplex nicht weniger als 192.300 Häftlinge überstellt, darunter mindestens 98.600 unregistrierte Juden, so daß die Gesamtzahl der überstellten und evakuierten Häftlinge für den betreffenden Zeitraum nicht niedriger sein kann als (192.300 + 67.000 – 8.500 =) 250.800[6]. Dies heißt, daß D. Czech die Überstellung von wenigstens 97.000 Gefangenen verschweigt und die von ihr angeführte Gesamtziffer nur rund der Hälfte der tatsächlichen entspricht. Diese schwerwiegenden Auslassungen können nicht als bloße Versehen entschuldigt werden, wie sich anhand eines prägnanten Beispiels unschwer nachweisen läßt.

Im Jahre 1967 veröffentlichte der polnische Historiker Krzysztof Dunin-Wąsowicz einen Artikel, in dem er die Judentransporte aus Auschwitz nach Stutthof aufzählte; diese umfaßten für die Periode vom 29. Juni bis zum 27. November 1944 insgesamt 22.269 Häftlinge, wobei jeweils das Datum ihrer Ankunft sowie die ihnen in Stutthof zugeteilten Registrierungsnummern angegeben werden[7]. Doch D. Czech, die ganz unmöglich nichts von dieser wichtigen Quelle wissen konnte, erwähnte 1989 lediglich drei Judentransporte von Auschwitz nach Stutthof (jene vom 14. Juli, 21. September und 27. Oktober 1944) mit insgesamt 3.500 Überstellten![8]

Lebende Überstellte werden zu „Vergasten“

Der Zweck dieser Auslassungen ist nur allzu klar: In der Statistik F. Pipers werden die 97.000 überstellten Häftlinge unverfroren zu 97.000 *Vergasten* umgelogen! Doch gibt es noch einen anderen Aspekt der Frage, der in unlösbarem Widerspruch zur offiziellen Geschichtsschreibung steht. Die Überstellung von mindestens 192.300 großenteils jüdischen Häftlingen in andere Konzentrationslager, und zwar ausgerechnet in einem Zeitraum, in dem die angebliche Tötungsmaschinerie in Auschwitz auf Hochtouren gelaufen sein soll, beweist klipp und klar, daß die Berliner Behörden (welche die Überstellungen anordneten) sowie die Lagerverwaltung nicht die geringste Besorgnis hegten, das vermeintliche „grauenvolle Geheimnis“ von Auschwitz könne von den Überstellten ausgeplaudert werden – ganz einfach darum, weil es kein „grauenvolles Geheimnis“ gab!

In der folgenden Tabelle präsentiere ich eine Liste der Häftlingstransporte aus Auschwitz in andere Konzentrationslager in den Jahren 1944 und 1945 (1.–17. Januar). Obgleich sie zwangsläufig unvollständig ist, belegt sie**, daß die Mindestzahl der Überstellten bedeutend höher ist, als in sämtlichen Werken der offiziellen Geschichtsschreibung zugegeben wird.**[9]

Abkürzungen und Anmerkungen

AGK = Archiwum Głównej Komisji Zbrodni Przeciwko Narodowi Polskiemu Instytutu Pamięci Narodowej, Warschau, 131, 10/11/12.

AMS = Archiwum Muzum Stutthof, Jüdische Transporte, I-IIB-8, S. 1f.

APMO: Archiwum Państwowego Muzeum w Oświęcimiu

K = D. Czech, Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939–1945, Rowohlt-Verlag, Reinbek bei Hamburg 1989.

M = Hans Maršálek, Die Geschichte des Konzentrationslager Mauthausen. Dokumentation. Österreichische Lagergemeinschaft Mauthausen, Wien 1980, S. 125–128.

SPR = I. Sprenger, Groß-Rosen. Ein Konzentrationslager in Schlesien. Böhlau Verlag, Köln Weimar Wien 1996, S. 328–355.

STRZ = A. Strzelecki, Endphase des KL Auschwitz. Evakuierung, Liquidierung und Befreiung des Lagers. Verlag Staatliches Museum in Oświęcim-Brzezinka, 1995, S. 353–364

Aus dem Italienischen übertragen von Jürgen Graf.

[1] „Die Viermillionenzahl von Auschwitz: Entstehung, Revisionen und Konsequenzen", *VffG*, 7. Jg., Heft 1, April 2003, S. 15–20; „Franciszek Piper und Die Zahl der Opfer von Auschwitz", ebenda, S. 21–27.

[2] D. Czech, *Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939–1945,* Rowohlt-Verlag, Reinbek bei Hamburg 1989.

[3] F. Piper, *Die Zahl der Opfer von Auschwitz*, Verlag Staatliches Museum in Oświęcim, 1993, S. 163.

[4] D. Czech, *Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939–1945,* aaO., S. 966–968.

[5] Ebenda. Zu diesen 8.000 Häftlingen muß man noch die rund 500 Toten hinzuzählen, die von den Sowjets im Lagerkomplex Auschwitz vorgefunden worden sind.

[6] *Franciszek Piper und Die Zahl der Opfer von Auschwitz*, aaO., S. 25.

[7] K. Dunin-Wąsowicz, *Żydowscy więźniowe KL Stutthof*, in: Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego, Warschau, Juli-September 1967, Nr. 63, S. 11–12.

[8] Für den Transport vom 21. September gibt D. Czech die Zahl der Deportierten nicht an.

[9] Die von Stanisława Iwaszko erstellte Liste von ca. 225.000 „Überstellungen" (F. Piper, *Auschwitz. Wie viele Juden, Polen, Zigeuner… wurden umgebracht*, Universitas, Krakau 1992, S. 45, Anmerkung 145) umfasst die 59.000 nach dem 17. Januar 1945 Evakuierten, so daß die tatsächliche Ziffer der Überstellten ihr zufolge (225.000 – 59.000 =) 166.000 beträgt.

Liste der 1944–1945 aus Auschwitz in andere Konzentrationslager überstellten Häftlinge

Datum[1]	Anzahl Deportierte	Nationalität bzw. Häftlingskategorie	Bestimmungsort	Quelle
8/1	23	Häftlinge	KL Sachsenhausen	[2]
10/1	21	Polen und Russen	KL Sachsenhausen	K
18/1	104	Polen und Russen	KL Buchenwald	K
20/1	300	Häftlinge	KL Flossenbürg	K
22/1	335	Häftlinge	KL Mauthausen	K
22/1	91	Häftlinge	KL Buchenwald	K
26/1	61	Juden	KL Sachsenhausen	K
2/2	303	Häftlinge	KL Flossenbürg	K
9/2	112	Häftlinge	KL Flossenbürg	K
15/2	1.500	Häftlinge	KL Mauthausen	K
22/2	145	Häftlinge	KL Buchenwald	K
1/3	13	Häftlinge	KL Sachsenhausen	K
2/3	421	Häftlinge	KL Buchenwald	K
4/3	47	Häftlinge	KL Mauthausen	AGK10
7/3	4	Häftlinge	KL Sachsenhausen	[3]
8/3	85	Polen und Russen	KL Buchenwald	K
21/3	30	Polen	KL Natzweiler	K
22/3	1	Häftling	KL Sachsenhausen	[4]
30/3	202	Tschechen	KL Buchenwald	K
30/3	106	Polen und Russen	KL Neuengamme	K
1/4	24	Juden	KL Krakau-Płaszów	K
1/4	4	Häftling	KL Sachsenhausen	[5]
15/4	884	Zigeuner	KL Buchenwald	K
15/4	473	Zigeunerinnen	KL Buchenwald	K
20/4	20	Polen	KL Groß-Rosen	K
22/4	500	Juden	KL Groß-Rosen	K
25/4	54	Juden	KL Mauthausen	AGK11
26/4	600	Häftlinge	KL Buchenwald	K

1/5	23	Juden	KL Gross-Rosen	K
3/5	1.400	Polen und Russen	KL Natzweiler	K
9/5	534	weibliche Häftlinge	KL Ravensbrück	[6]
10/5	2	weibliche Häftlinge	KL Ravensbrück	[7]
12/5	57	weibliche Häftlinge	Lodz	[8]
12/5	33	Russen	Lodz	K
12/5	26	Häftlinge	KL Flossenbürg	K
12/5	1.677	Franzosen	KL Buchenwald	K
12/5	39	Polen und Russen	KL Buchenwald	K
15/5	10	Juden	KL Płaszów	K
16/5	1.578	Polen und Russen	KL Buchenwald	K
17/5	1.500	**Ungarische Juden**	KL Groß-Rosen	SPR
18/5	10	Juden	KL Sachsenhausen	K
23/5	1.000	**ungarische Juden**	KL Buchenwald	K
24/5	82	Zigeuner	KL Flossenbürg	K
24/5	144	Zigeunerinnen	KL Ravensbrück	K
25/5	3.000	**ungarische Juden**	KL Gross-Rosen	SPR
28/5	2.000	**ungarische Juden**	KL Mauthausen	M
28/5	963	**ungarische Juden**	KL Mauthausen	K
29/5	1.000	**ungarische Juden**	KL Mauthausen	AGK11
1/6	1.000	**ungarische Juden**	KL Buchenwald (1.013)	K
1/6	13	Polen	KL Buchenwald	K
2/6	69	Häftlinge	KL Mauthausen	AGK11
5/6	2.400	**ungarische Juden**	KL Sachsenhausen	[9]
5/6	2.000	**ungarische Juden**	KL Buchenwald	K
6/6	2.000	**ungarische Juden**	KL Mauthausen	K
8/6	4.000	**ungarische Juden**	KL Gross-Rosen	SPR
11/6	2.000	**ungarische Juden**	KL Mauthausen	K
12/6	503	Polen und Russen	KL Ravensbrück	K
14/6	500	**ungarische Juden**	KL Mauthausen	AGK11
17/6	1.000	**ungarische Juden**	KL Buchenwald	K
17/6	1.500	**ungarische Juden**	KL Mauthausen	K
23/6	2.000	Polen und Russen	KL Buchenwald	K
23/6	434	**ungarische Juden**	KL Buchenwald	K
26/6	778	Häftlinge	KL Buchenwald	K
29/6	2.502	**ungarische Jüdinnen**	KL Stutthof	AMS
1/7	2.000	**ungarische Jüdinnen**	KL Buchenwald	K
6/7	2.500	**ungarische Juden**	KL Buchenwald	[10]
6/7	1.000	**Russen und Polen**	KL Mauthausen	K
6/7	1.000	weibliche Häftlinge	KL Ravensbrück	K
7/7	1.000	tschechische Jüdinnen	KL Sachsenhausen	K
9/7	1.000	Polen und Russen	KL Mauthausen	K
10/7	800	**ungarische Jüdinnen**	KL Dachau	K
13/7	2.500	**ungarische Juden**	KL Buchenwald	K
14/7[11]	2.000	tschechische Jüdinnen	KL Stutthof	K
15/7	2.500	**ungarische Juden**	KL Buchenwald	K
20/7	2.500	**ungarische Jüdinnen**	KL Stutthof	AMS
22/7	998	weibliche Häftlinge	KL Ravensbrück	K
26/7	1.300	800 Juden, 500 Jüdinnen	KL Dachau	K
30/7	530	**ungarische Jüdinnen**	KL Buchenwald	K
2/8	1.408	Zigeuner und Zigeunerinnen	KL Buchenwald	K

2/8	986	Zigeunerinnen	KL Ravensbrück	[12]
9/8	66	Häftlinge	KL Gross-Rosen	[13]
11/8	4.590	**ungarische Juden**	KL Mauthausen	AGK12
11/8	212	Häftlinge	KL Flossenbürg	K
13/8	1.000	**ungarische Jüdinnen**	KL Buchenwald	K
14/8	2.800	**ungarische Jüdinnen**	KL Stutthof	AMS
14/8	1.999	Polen und Russen	KL Buchenwald	K
16/8	2.800	**ungarische Jüdinnen**	KL Stutthof	AMS
17/8	398	Häftlinge	KL Mauthausen	K
20/8	270	**ungarische Juden**	KL Buchenwald	K
21/8	500	weibliche Häftlinge	KL Natzweiler	K
21/8	1.000	Häftlinge	KL Natzweiler	K
22/8	32	Häftlinge	KL Gross-Rosen	SPR
22/8	1.000	Polen	KL Natzweiler	K
24/8	150	Jüdinnen	KL Gross-Rosen	SPR
24/8	434	Häftlinge	KL Ravensbrück	K
24/8	94	Häftlinge	KL Mauthausen	[14]
25/8	50	?	KL Gross-Rosen	SPR
25/8	750	Polen und Russen	KL Neuengamme	K
27/8	31	Häftlinge	KL Flossenbürg	K
28/8	2.800	polnische Jüdinnen	KL Stutthof	AMS
29/8	807	Häftlinge	KL Sachsenhausen	K
29/8	536	Polinnen, Russinnen, Jüdinnen	KL Ravensbrück	K
30/8	500	**ungarische Jüdinnen**	KL Buchenwald	K
30/8	1	französische Jüdin	KL Buchenwald	K
31/8	8	Häftlinge	KL Stutthof	AMS
??/8	2.000	Juden	KL Gross-Rosen	SPR
??/8	450	Jüdinnen	KL Gross-Rosen	SPR
3/9	2.405	polnische Jüdinnen	KL Stutthof	AMS
5/9	800	Juden	KL Gross-Rosen	SPR
6/9	1	Zigeuner	KL Buchenwald	K
7/9	200	Häftlinge	KL Flossenbürg	K
7/9	3	weibliche Häftlinge	KL Buchenwald	K
7/9	120	Polen und Russen	KL Buchenwald	K
8/9	300	Juden	KL Gross-Rosen	[15]
8/9	300	Juden	KL Gross-Rosen	[16]
10/9	668	polnische Jüdinnen	KL Stutthof	AMS
10/9	1.082	polnische Jüdinnen	KL Stutthof	AMS
11/9	2	Jüdinnen	KL Buchenwald	K
12/9	250	Jüdinnen	KL Gross-Rosen	SPR
12/9	70	**?**	KL Gross-Rosen	SPR
12/9	165	**?**	KL Gross-Rosen	SPR
12/9	99	**ungarische Jüdinnen**	KL Flossenbürg	K
12/9	1	Russin	KL Flossenbürg	K
14/9	524	Häftlinge	KL Flossenbürg	K
15/9	300	Juden	KL Gross-Rosen	SPR
16/9	2.100	Häftlinge	KL Mauthausen	M
16/9	979	Polen	KL Flossenbürg	K
16/9	1.496	Polen, Russen	KL Flossenbürg	STRZ
16/9	1.520	Polinnen und Jüdinnen	KL Ravensbrück	STRZ
17/9	1.824	Häftlinge	KL Mauthausen	K

18/9	468	Häftlinge	KL Flossenbürg	K
18/9	1.000	**ungarische Jüdinnen**	KL Buchenwald	K
18/9	1.300	Häftlinge	KL Mauthausen	K
19/9	200	**ungarische Jüdinnen**	KL Gross-Rosen	K
20/9	671	Polen und Franzosen	KL Mauthausen	K
20/9	600	**ungarische Juden**	KL Mauthausen	AGK13
20/9	252	Frauen, Jüdinnen	KL Flossenbürg	STRZ
23/9	?	Jüdinnen	KL Stutthof	K
21/9	300	Frauen, Jüdinnen	KL Flossenbürg	STRZ
26/9	400	Polinnen, Russinnen, Jüdinnen	KL Mauthausen	STRZ
27/9	4.501	**ungarische** und polnische **Jüdinnen**	KL Stutthof	AMS
27/9	400	**ungar. Juden** u. Polen	KL Dachau	STRZ
28/9	400	weibliche Häftlinge	KL Mauthausen	M
28/9	102	Juden	KL Buchenwald	STRZ
29/9	1.500	Häftlinge	KL Buchenwald	K
29/9	1.500	polnische Jüdinnen	KL Ravensbrück	STRZ
??/9	84	**ungarische Jüdinnen**	KL Gross-Rosen	SPR
3/10	200	Jüdinnen	KL Flossenbürg	STRZ
4/10	500	Juden	KL Buchenwald	K
4/10	1.050	weibliche Häftlinge	KL ?	K
5/10	200	Jüdinnen	KL Gross-Rosen	SPR
6/10	900	Juden	KL Natzweiler	STRZ
7/10	1.150	weibliche Häftlinge	KL Flossenbürg	K
8/10	1.494	?	KL Dachau	[17]
8/10	100	Juden, Tschechen	KL Buchenwald	K
8/10	401	**ungarische Jüdinnen**	KL Buchenwald	K
8/10	500	Juden	KL Dachau	STRZ
10/10	2.219	weibliche Häftlinge	KL Buchenwald, Flossenbürg	K
12/10	500	**ungarische Jüdinnen**	KL Buchenwald	[18]
12/10	537	weibliche Häftlinge	KL ?	K
12/10	50	slowakische Juden	KL Gross-Rosen	STRZ
12/10	200	Jüdinnen	KL Flossenbürg	STRZ
13/10	849	weibliche Häftlinge	KL ?	K
13/10	81	Jüdinnen	KL ?	K
14/10	30	Häftlinge	KL Buchenwald	K
14/10	322	weibliche Häftlinge	KL ?	K
14/10	11	französische Juden	KL Dachau	STRZ
14/10	49	Juden	KL Gross-Rosen	K
15/10	1.216	ungarische Jüdinnen	KL Buchenwald	STRZ
15/10	601	?	KL Gross-Rosen	SPR
16/10	255	weibliche Häftlinge	KL Flossenbürg	K
16/10	348	Jüdinnen	KL ?	K
17/10	445	H	KL Buchenwald	K
18/10	165	ungarische und tschechische Juden	KL Gross-Rosen	STRZ
18/10	1.007	Jüdinnen	KL Gross-Rosen	STRZ
19/10	203	polnische und ungarische Jüdinnen	KL Buchenwald	K
19/10	1.537	Polen, Russen	KL Flossenbürg	STRZ
19/10	165	Juden	KL Gross-Rosen	SPR
19/10	165	Juden	KL Gross-Rosen	SPR

20/10	13	weibliche Häftlinge	KL Flossenbürg	K
20/10	996	Jüdinnen	KL Gross-Rosen	K
21/10	510	Jüdinnen	KL ?	K
21/10	200	Jüdinnen	KL Flossenbürg	STRZ
21/10	18	**ungarische Jüdinnen**	KL Buchenwald	STRZ
22/10	1.000	Jüdinnen	KL Gross-Rosen	SPR
23/10	5	weibliche Häftlinge	KL ?	K
23/10	1.996	Jüdinnen	KL ?	K
24/10	1	Jüdin	KL ?	K
24/10	400	Jüdinnen	KL Dachau	STRZ
24/10	1.200	Juden	KL Dachau	STRZ
24/10	100	Juden	KL Gross-Rosen	STRZ
24/10	172	**?**	KL Gross-Rosen	SPR
25/10	1.603	**?**	KL Dachau	[19]
25/10	209	weibliche Häftlinge	KL Flossenbürg	K
25/10	510	Juden	KL Flossenbürg	STRZ
26/10	1	weiblicher Häftling	KL ?	K
27/10	2.249	Juden	KL Mauthausen	[20]
27/10	1.500	verschiedene Häftlinge, darunter **470 ungarische Juden**	KL Sachsenhausen	[21]
27/10	497	Jüdinnen	KL ?	K
27/10	301	Polen	KL Buchenwald	K
27/10	150	tschechische Juden	KL Buchenwald	K
27/10	1.500	Juden	KL Stutthof	K
27/10	200	Jüdinnen	KL Buchenwald	STRZ
28/10	504	weibliche Häftlinge	KL Flossenbürg	K
28/10	1.308	Jüdinnen	KL Bergen-Belsen	K
28/10	500	Polen und 50 Russen	Leitmeritz	[22]
28/10	283	Juden, Polen und Tschechen	KL Buchenwald	K
29/10	2.249	387 polnische und ungarische Juden	KL Sachsenhausen	[23]
29/10	653	weibliche Häftlinge	KL Ravensbrück	K
29/10	2.200	Polen und Russen	KL Sachsenhausen	K
31/10	2.381	Polen und Russen	KL Sachsenhausen	[24]
1/11	1.717	weibliche Häftlinge	KL Ravensbrück	K
1/11	634	Jüdinnen	KL Bergen-Belsen	K
1/11	500	**ungarische Jüdinnen**	KL Mauthausen	STRZ
2/11	795	Jüdinnen	KL Bergen-Belsen	K
4/11	2.362	weibliche Häftlinge	KL ?	K
5/11	36	Häftlinge 33 Ungarn	KL Sachsenhausen	[25]
7/11	30	weibliche Häftlinge	KL ?	K
7/11	400	Häftlinge	KL ?	STRZ
10/11	300	Jüdinnen	KL Gross-Rosen	K
11/11	351	?	KL Gross-Rosen	SPR
11/11	54	?	KL Gross-Rosen	SPR
12/11	25	weibliche Häftlinge	KL Buchenwald	K
12/11	30	polnische Jüdinnen	KL Gross-Rosen	SPR
12/11	100	polnische und andere Jüdinnen	KL Gross-Rosen	SPR
12/11	77	?	KL Gross-Rosen	SPR

13/11	1.205	weibliche Häftlinge	KL Ravensbrück	K
14/11	5	Polen	KL Buchenwald	K
14/11	150	?	KL Gross-Rosen	SPR
14/11	130	Jüdinnen	KL Gross-Rosen	SPR
14/11	152	ungarische Jüdinnen, Polinnen	KL Gross-Rosen	SPR
15/11	1.094	Juden	KL Dachau	STRZ
15/11	100	?	KL Gross-Rosen	SPR
16/11	100	Juden	KL Buchenwald	S
17/11	7	weibliche Häftlinge	KL Buchenwald	K
17/11	40	weibliche Häftlinge	KL Flossenbürg	K
17/11	2	weibliche Häftlinge	KL Gross-Rosen	K
18/11	2	**ungarische Jüdinnen**	KL Gross-Rosen	K
18/11	5	Jüdinnen	KL Buchenwald	K
18/11	50	Jüdinnen	KL Flossenbürg	K
19/11	283	Juden	KL Buchenwald	K
20/11	4	weibliche Häftlinge	KL Buchenwald	K
21/11	235	polnische Jüdinnen	KL Gross-Rosen	K
21/11	1.659	Jüdinnen	KL Ravensbrück	STRZ
22/11	450	weibliche Häftlinge	KL Flossenbürg	K
22/11	2	weibliche Häftlinge	KL Mauthausen	K
22/11	3	**ungarische Jüdinnen**	KL Buchenwald	K
22/11	12	weibliche Häftlinge	KL Neuengamme	K
22/11	1	weiblicher Häftling	KL Bergen-Belsen	K
23/11	49	Jüdinnen	KL ?	STRZ
24/11	171	weibliche Häftlinge	KL Flossenbürg	K
24/11	295	Häftlinge	KL Buchenwald	K
24/11	30	weibliche Häftlinge	KL Gross-Rosen	K
24/11	8	weibliche Häftlinge	KL Bergen-Belsen	K
24/11	7	weibliche Häftlinge	KL Neuengamme	K
24/11	1	Häftling	KL Ravensbrück	K
25/11	22	weibliche Häftlinge	KL Gross-Rosen	K
25/11	19	weibliche Häftlinge	KL Buchenwald	K
25/11	3	weibliche Häftlinge	KL Sachsenhausen	K
25/11	1	weiblicher Häftling	KL Neuengamme	K
27/11	356	Juden	KL ?	[26]
27/11	2.605	polnische, ungarische und andere Juden	KL Sachsenhausen	[27]
27/11	55	weibliche Häftlinge	KL Buchenwald	K
28/11	141	weibliche Häftlinge	KL Gross-Rosen Mauthausen	K
29/11	231	weibliche Häftlinge	KL Gross-Rosen	K
29/11	2	weibliche Häftlinge	KL ?	K
30/11	1	**ungarische Jüdin**	KL Neuengamme	K
1/12	16	weibliche Häftlinge	KL ?	K
1/12	9	Häftlinge	KL Buchenwald	K
1/12	244	Häftlinge	KL Dachau	STRZ
2/12	100	weibliche Häftlinge	KL Flossenbürg	K
3/12	2	weibliche Häftlinge	KL Gross-Rosen	K
4/12	500	Polen	KL Buchenwald	K
4/12	1.104	Häftlinge	KL Mauthausen	STRZ
5/12	1.102	Polen	KL Mauthausen	M
5/12	1	weiblicher Häftling	KL Dachau	K

10/12	81	Jüdinnen	KL Buchenwald	STRZ
12/12	425	Polen	KL Buchenwald	K
15/12	6	weibliche Häftlinge	KL ?	K
17/12	300	weibliche Häftlinge	KL ?	K
18/12	29	Häftlinge	KL Gross-Rosen	K
1/1	431	?	KL Gross-Rosen	SPR
3/1	9	Häftlinge	KL Buchenwald	STRZ
5/1	502	Polen, ungarische Juden	KL Sachsenhausen	[28]
6/1	1.004	weibliche Häftlinge	KL Bergen-Belsen	K
6/1	254	**?**	KL Gross-Rosen	SPR
8/1	3.060	**Polen, ungarische Juden**	KL Sachsenhausen	[29]
8/1	13	Häftlinge	KL Mauthausen	K
9/1	251	Häftlinge, **95 ungarische Juden**	KL Sachsenhausen	[30]
9/1	2	weibliche Häftlinge	KL ?	K
10/1	150	weibliche Häftlinge	Berlin	K
10/1	59	?	KL Gross-Rosen	SPR
11/1	114	weibliche Häftlinge	Berlin	K
12/1	125	weibliche Häftlinge	KL Gross-Rosen	K
12/1	12	**ungarische Jüdinnen**	KL Buchenwald	STRZ
13/1	37	Juden	KL Buchenwald	STRZ
17/1	6	Jüdinnen	KL Ravensbrück	STRZ
Summe	**192.333**			

Anmerkungen

[1] Das Datum ist meist das des Abgangs des betr. Transports aus Auschwitz, in einigen Fällen aber das des Eintreffens am Bestimmungsort.
[2] K.L. Sachsenhausen. Zugänge Monat Januar 1944. GARF, 7021-104-4, S. 128.
[3] K.L. Sachsenhausen. Zugänge Monat März 1944. GARF, 7021-104-4, S. 130
[4] Ebenda, S. 130a.
[5] K.L. Sachsenhausen. Zugänge Monat April 1944. GARF, 7021-104-4, S. 131.
[6] Übersicht über Anzahl und Einsatz der weibl. Häftlinge des Konzentrationslager Auschwitz. 15. Mai 1944. GARF, 7021-108-33, S. 144.
[7] Ebenda.
[8] Ebenda.
[9] K.L. Sachsenhausen. Zugänge Monat Juni 1944. GARF, 7021-104-4, S. 133.
[10] Verzeichnis der Neuzugänge bis 1. Juli 1944. NO-2300.
[11] In meinem Artikel *„Die Deportation der ungarischen Juden von Mai bis Juli 1944. Eine provisorische Bilanz“*, *VffG*, 5(4) (2001), S. 385, schrieb ich irrtümlicherweise, vom 15. Mai bis zum 14. Juli 1944 seien insgesamt 49.188 Häftlinge aus dem Auschwitz-Komplex überstellt worden. Die tatsächliche Ziffer betrug, wie aus dieser Tabelle hervorgeht, 47.786.
[12] Am 2. August 1044 gab es in Birkenau insgesamt 2.394 Zigeuner und Zigeunerinnen. (*) 1.408 Zigeuner wurden nach Buchenwald überstellt, was bedeutet, daß 986 Zigeunerinnen nach Ravensbrück kamen. (*) T. Szymański, D. Szymańska, T. Śnieszko, *Das „Spital“ im Zigeuner-Familienlager in Auschwitz-Birkenau*, in: *Die Hefte von Auschwitz*. Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1987, Bd. I, S. 207.
[13] Auschwitz II. Arbeitseinsatz für 9. August 1944. APMO, D-AuII-3a/26, S. 50.
[14] Auschwitz II. Arbeitseinsatz für 24. August 1944. APMO, D-AuII-3a/40, S. 77.
[15] Museum Gross-Rosen, 6928/DP
[16] Ebenda, 6927/DP.
[17] Het Nederlandsche Roode Kruis, Auschwitz. Teil VI. S-Gravenhage 1952, S. 54.
[18] APMO, sygn. D-Bu-3/1/5. Namensliste.
[19] Het Nederlandsche Roode Kruis, Auschwitz. Teil VI. S-Gravenhage 1952, S. 54.
[20] Liste der Zugänge vom 27.10.44. Juden – Überstellungen vom KL. Auschwitz. Hftlg. No. 109001-111249. RGVA, 1367-2-1a.
[21] K.L. Sachsenhausen. Zugänge Monat Oktober 1944. GARF, 7021-104-4, S. 139a.
[22] Theresienstädter Studien und Dokumente, 1995, S. 233.
[23] Ebenda.
[24] Ebenda.
[25] K.L. Sachsenhausen. Zugänge Monat November 1944. GARF, 7021-104-4, S. 140.
[26] Liste der Zugänge vom 27.11.44. 356 Juden vom KL. Auschwitz. Hftlg. No. 117954-118309. RGVA, 1367-1-2.
[27] K.L. Sachsenhausen. Zugänge Monat November 1944. GARF, 7021-104-4, S. 140.
[28] K.L. Sachsenhausen. Zugänge Monat Januar 1945. GARF, 7021-104-4, S. 144.
[29] Ebenda.
[30] Ebenda.

Ein Jude spricht mit Himmler

Heinrich Himmlers nächtliches Gespräch mit Norbert Masur im April 1945

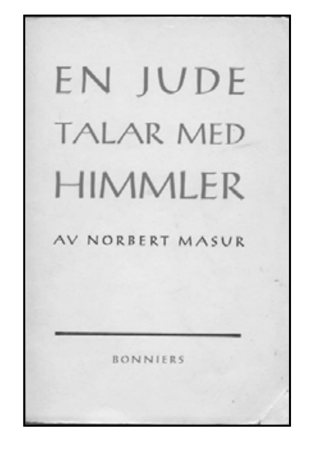
Von Jürgen Graf

Anfang 1945 wußte der Reichsführer-SS Heinrich Himmler, daß das Deutsche Reich den Krieg militärisch verloren hatte. Trotzdem gab er die Hoffnung nicht auf, „noch etwas für Deutschland retten zu können“, wie er sich im Gespräch mit Vertrauten ausdrückte. Himmler war überzeugt, daß die Anglo-Amerikaner eine sowjetische Vorherrschaft in Europa nicht hinnehmen und früher oder später eine Verständigung mit Deutschland suchen würden, um dem Vormarsch der Roten Armee Einhalt zu gebieten und die Sowjets aus den von ihnen eroberten Gebieten zu verdrängen. Diese – selbstverständlich vollkommen wirklichkeitsferne – Hoffnung war von alliierten Agenten zielstrebig geschürt worden, die Himmler seit langer Zeit mit Desinformation über die Pläne der Westalliierten belieferten.

Ohne Adolf Hitler darüber in Kenntnis zu setzen, beauftragte Himmler seinen Leibarzt, der häufig nach Schweden reiste, dort Kontakte zu einem Vertreter des Jüdischen Weltkongresses anzubahnen. Sein Kalkül dürfte wie folgt ausgesehen haben: Als Gegenleistung für die Freilassung jüdischer KL-Häftlinge würde der Kongreß die Anglo-Amerikaner dazu bewegen, Deutschland ihrerseits gewisse Konzessionen zu machen, die den ersten Schritt zu dem erhofften Waffenstillstand an der Westfront darstellen sollten. Damit ging Himmler ein erhebliches Risiko ein: Hätte Hitler, der ihm seit geraumer Zeit mißtraute, erfahren, daß der Reichsführer hinter seinem Rücken Verhandlungen mit Juden führte, so hätte er diesen bei seinem nächsten Besuch in Berlin vermutlich auf der Stelle festnehmen und womöglich wegen Hochverrats erschießen lassen.

Im Februar 1945 traf sich Kersten in Stockholm mit einem hochrangigen Delegierten des Jüdischen Weltkongresses, Hillel Storch, der ihm zu Händen Himmlers eine Liste mit Forderungen übergab. Dazu gehörte als wichtigster Punkt die Freilassung zumindest eines Teils der noch in nationalsozialistischen Konzentrationslagern einsitzenden Juden, die anschließend nach Schweden oder in die Schweiz verbracht werden sollten.

Nachdem Kersten Himmler die Liste überreicht hatte, legte er ihm nahe, einen Vertreter des Kongresses zu Verhandlungen zu empfangen. Himmler ging auf diesen Vorschlag ein und sicherte dem betreffenden Unterhändler freies Geleit zu.



Aus unbekannten Gründen trat Hillel Storch die Reise nach Deutschland nicht selbst an, sondern beauftragte damit den deutschstämmigen Juden Norbert Masur. Dieser war 1938 mit seiner Familie nach Schweden ausgewandert, wo er in der Folge als erfolgreicher Geschäftsmann tätig war und schon bald eine wichtige Rolle in der dortigen jüdischen Gemeinde spielte.

Von Kersten begleitet, flog Masur am Nachmittag des 19. April mit falschen Papieren, die ihm Himmlers Leibarzt Dr. Brandt besorgt hatte, von Stockholm nach Berlin. Ein Gestapo-Wagen brachte die beiden vom Flugplatz Tempelhof zu Kerstens 70 km nördlich der deutschen Hauptstadt gelegenem Landgut in Hartzwalde.

Am Morgen des 20. April machte einer von Himmlers engsten Mitarbeitern, SS-Brigadegeneral Walter Schellenberg, dem Gut seine Aufwartung und unterhielt sich mit Masur beim Frühstück über die Kriegslage. Himmler selbst befand sich zu diesem Zeitpunkt in Berlin, um an den Feierlichkeiten zu Adolf Hitlers 56. Geburtstag teilzunehmen.

Da die Fahrt auf den zerbombten Straßen viel Zeit in Anspruch nahm, traf Himmler – in Begleitung von Schellenberg, Kersten und Dr. Brandt – erst um 2.30 Uhr morgens in Hartzwalde ein. Seine Unterredung mit Masur dauerte etwa zweieinhalb Stunden. Anschließend verließ er Kerstens Landgut, da am Morgen des 21. April ein Treffen mit Graf Folke Bernadotte, dem Präsidenten des Schwedischen Roten Kreuzes, auf seiner Agenda stand.

Nach seiner Rückkehr nach Schweden verfaßte Masur eine Broschüre mit dem Titel *En Jude talar med Himmler* [Ein Jude spricht mit Himmler], die 1945 bei Albert Bonniers Förlag, Stockholm, erschien.

Angesichts der erheblichen historischen Bedeutung dieser Schrift läge die Vermutung nahe, daß sie gleich in die europäischen Hauptsprachen übersetzt wurde, doch weit gefehlt: Erst volle vierzig Jahre nach dem Erscheinen der schwedischen Ausgabe veröffentlichte die amerikanisch-jüdische Zeitschrift *Moment* in ihrer Ausgabe vom Dezember 1985 eine englische Übersetzung, in der freilich drei Seiten des Originals fehlten, ohne daß die Leser auf diese Kürzung hingewiesen wurden.[1]

Unverständlicherweise ist Norbert Masurs Broschüre

niemals ins Deutsche übertragen worden. Diese Lücke will ich nun füllen, wobei ich die Einleitung, in der die – von mir bereits zusammengefaßte – Vorgeschichte der Reise Masurs sowie diese selbst beschrieben werden, weglasse; meine Übersetzung setzt an der Stelle ein, als Himmlers Ankunft in Hartzwalde geschildert wird. Ich stütze mich dabei auf die schwedische Originalversion, die mir Carl Nordling, Stockholm, freundlicherweise zugestellt hat.

Aus Norbert Masur: Ein Jude spricht mit Himmler:

Punkt halb drei hörten wir einen Wagen vorfahren. Kersten ging in den Hof hinaus, und nach einigen Minuten trat Heinrich Himmler ein, gefolgt von Schellenberg, seinem Adjutanten Dr. Brandt und Kersten. Himmler begrüßte mich mit „Guten Tag", nicht mit „Heil Hitler", und erklärte mir, er empfinde Genugtuung darüber, daß ich gekommen sei. Wir setzten uns an einen Tisch, und es wurde Kaffee für fünf Personen serviert.

Himmler war elegant gekleidet; seine gut sitzende Unform war mit Rangabzeichen und Orden geschmückt. Er wirkte gepflegt, machte trotz der späten Stunde einen lebhaften Eindruck und war äußerlich ruhig und beherrscht. Sein Äußeres wirkte vorteilhafter als auf den Fotos. Vielleicht war sein unruhiger, etwas stechender Blick ein Zeichen von Sadismus und Härte. Hätte ich seine Vergangenheit nicht gekannt, so hätte ich nicht geglaubt, daß dieser Mann für den umfangreichsten Massenmord der Geschichte verantwortlich war.

Himmler begann sofort zu sprechen. „In unserer Generation", sagte er unter anderem,

> *„hatten wir nie Frieden. Als der Erste Weltkrieg ausbrach, war ich vierzehn Jahre alt. Kaum war der Krieg vorbei, begann in Deutschland der Bürgerkrieg, und beim Spartakus-Aufstand spielten Juden eine führende Rolle. Die Juden in unserer Mitte waren ein fremdes Element, das stets für Unruhe sorgte. Mehrmals sind sie aus Deutschland vertrieben worden, doch sind sie stets wieder zurückgekehrt. Nach der Machtübernahme wollten wir diese Frage ein für alle Male lösen, und ich plante eine humane Lösung durch Auswanderung. Ich verhandelte mit amerikanischen Organisationen, um eine rasche Auswanderung zu bewerkstelligen, doch nicht einmal die als judenfreundlich geltenden Länder wollten die Juden hereinlassen."*

Ich wandte ein, vielleicht sei es für das deutsche Volk bequemer, keine Minderheiten in seiner Mitte zu haben, doch jedenfalls entspreche es nicht mühsam gewonnenen Rechtsbegriffen, daß Menschen, die in einem Land wohnten, wo meist schon ihre Väter und Vorväter gelebt hätten, plötzlich aus ihrer Heimat vertrieben würden. Trotzdem hätten sich die Juden in ihre Zwangslage gefügt und auszuwandern versucht, doch die Nazis hätten innerhalb weniger Jahre einen Zustand beenden wollen, der im Laufe von Generationen herangewachsen sei, und das sei unmöglich.

Himmler fuhr fort:

> *„Der Krieg brachte uns in Berührung mit den proletarisierten ostjüdischen Massen, und das beschwor ganz neue Probleme herauf. Wir konnten keinen solchen Feind in unserem Rücken dulden. Die jüdischen Massen waren mit schweren Seuchen infiziert, besonders Flecktyphus. Ich selbst habe Tausende meiner besten SS-Männer durch diese Epidemien verloren. Und die Juden halfen den Partisanen."*

Auf meine Frage, wie die Partisanen denn Hilfe von den Juden hätten erhalten können, die doch in großen Ghettos eingesperrt worden waren, erwiderte Himmler:

> *„Die Juden gaben Informationen an die Partisanen weiter. Außerdem schossen sie im Ghetto auf unsere Truppen."*

Das also war Himmlers Version des heldenmütigen Kampfes der Juden im Warschauer Ghetto. Welch fürchterliche Verdrehung der Wahrheit! Ich versuchte Himmler vorsichtig von der unglücklichen Idee abzubringen, die deutsche Judenpolitik gegenüber einem Juden verteidigen zu wollen, denn dieser Versuch einer Verteidigung mußte ihn ja dazu zwingen, eine Unwahrheit nach der anderen zu sagen. Doch das war unmöglich. Es schien ihm ein Bedürfnis zu sein, diese Verteidigungsrede ausgerechnet vor einem Juden zu halten, denn er fühlte sicherlich, daß die Tage seines Lebens oder doch zumindest seiner Freiheit gezählt waren.

Er fuhr fort:

> *„Um die Seuchen einzudämmen, waren wir gezwungen, Krematorien zu errichten, wo wir die Leichen der unzähligen Menschen verbrennen konnten, welche diesen Krankheiten zum Opfer gefallen waren. Und daraus will man uns jetzt einen Strick drehen!"* [2]

Das war sein widerwärtigster Versuch, die Wahrheit zu verdrehen. Ich war so erschüttert über diese Erklärung der berüchtigten Leichenfabriken, daß ich nur schweigen konnte.

> *„Der Krieg im Osten war unglaublich hart", sagte Himmler weiter.*
>
> *„Wir wollten keinen Krieg mit Rußland. Doch plötzlich entdeckten wir, daß Rußland 20.000 Panzer hatte, und da waren wir zum Handeln gezwungen. Es galt zu siegen oder unterzugehen. Der Krieg an der Ostfront stellte unsere Soldaten auf die schwerste Probe. Eine unwirtliche Natur, bittere*

Kälte, unendliche Weiten, eine feindselige Bevölkerung und überall Partisanen im Rücken. Nur mit Härte konnte sich der deutsche Soldat behaupten. Wurde aus einem Dorf auch nur ein einziger Schuß abgefeuert, so konnte man gezwungen sein, das ganze Dorf niederzubrennen. Die Russen sind keine normalen Gegner, wir können ihre Mentalität nicht verstehen. Sie weigerten sich selbst in der hoffnungslosesten Lage, zu kapitulieren. Wenn das jüdische Volk durch die Härte dieses Kampfes gelitten hat, so darf man nicht vergessen, daß das deutsche Volk ebensowenig verschont worden ist.“

Das Gespräch ging zu einem anderen Thema über, den Konzentrationslagern.

„Ihren schlechten Ruf haben diese Lager durch ihren unglücklich gewählten Namen erhalten“,

waren Himmlers einleitende Worte.

„Man hätte sie Umerziehungslager nennen sollen. Nicht bloß Juden und politische Gefangene wurden dort interniert, sondern auch kriminelle Elemente, die man nach Verbüßung ihrer Strafe nicht freiließ. Als Folge davon hatte Deutschland 1941, also in einem Kriegsjahr, die niedrigste Kriminalitätsrate seit Jahrzehnten. Die Häftlinge mußten hart arbeiten, aber das mußte auch das ganze deutsche Volk. Die Behandlung in den Lagen war streng, aber gerecht.“

Ich unterbrach ihn:

„Aber es läßt sich wohl nicht leugnen, daß in den Lagern schwere Missetaten [*svåra illgärningar*] *vorgekommen sind“?*

Er antwortete:

„Ich muß zugeben, daß einige solche geschehen sind, doch habe ich die Schuldigen bestraft.“

Obwohl ich – ausschließlich im Hinblick auf meine Aufgabe, jüdische und sonstige Häftlinge zu befreien – natürlich genötigt war, das Gespräch weiterzuführen, konnte und wollte ich in diesem Augenblick, wo er von der „gerechten Behandlung“ in den Konzentrationslagern sprach, meine Erregung nicht bezähmen. Es war für mich eine Befriedigung, ihm im Namen des leidenden jüdischen Volkes wenigstens das eine oder andere über die Verbrechen ins Gesicht sagen zu können, die in diesen Lagern verübt worden waren. In diesem Moment fühlte ich als Fürsprecher des gebeugten, doch nie ausrottbaren Rechts mich als der Stärkere von uns beiden. Und ich glaube, Himmler empfand die Schwäche seiner Position.

Ich versuchte nun abermals, ihn von diesen Verteidigungsversuchen abzubringen. „Vieles ist geschehen, was nicht ungeschehen gemacht und nicht wiedergutgemacht werden kann“, begann ich.

„Doch wenn es in der Zukunft noch eine Brücke zwischen unseren Völkern geben soll, so müssen zumindest alle Juden, die heute in den von Deutschland beherrschten Gebieten am Leben sind, auch am Leben bleiben. Darum ersuchen wir um die Freilassung sämtlicher Juden in den Lagern, welche nahe bei Skandinavien oder der Schweiz liegen, damit sie nach Schweden oder in die Schweiz evakuiert werden können, und bezüglich der übrigen Lager ersuchen wir darum, daß die Gefangenen dort gelassen werden, wo sie sind, daß man sie gut behandelt, ihnen genügend Essen gibt, und daß die Lager ohne Widerstand den Alliierten übergeben werden, wenn sich die Front dem Lager nähert. Außerdem bitten wir um die Erfüllung der Wünsche, die in den verschiedenen Listen des schwedischen Außenministeriums enthalten sind und sich auf die Freilassung gewisser inhaftierter Schweden, Franzosen, Holländer und Juden sowie als Geiseln gefangen gehaltener Norweger beziehen.“

Kersten unterstützte meine verschiedenen Wünsche energisch. Ich bat Himmler, die Anzahl der noch in Konzentrationslagern lebenden Juden anzugeben, und er führte folgende Zahlen an: Theresienstadt 25.000, Ravensbrück 20.000, Mauthausen 20.000 – 30.000 sowie eine geringere Anzahl in einigen anderen Lagern. Er behauptete auch, in Auschwitz habe es 150.000 Juden gegeben, als dieses Lager den Russen in die Hände fiel,[3] in Bergen-Belsen hätten sich 50.000 und in Buchenwald 6.000 Juden aufgehalten, als diese Lager den Briten bzw. Amerikanern übergeben wurden. Ich wußte, daß seine Zahlenangaben fehlerhaft und besonders im Fall Auschwitz gewaltig übertrieben waren.

In Ungarn, sagte Himmler, habe er 450.000 Juden zurückgelassen. „Was für einen Dank habe ich dafür geerntet?“ fragte er scheinheilig. „Die Juden schossen in Budapest auf unsere Truppen.“ Ich wandte ein, daß, wenn 450.000 Juden zurückgelassen worden seien, von den ursprünglich 850.000 Juden 400.000 deportiert worden und einem ungewissen Schicksal entgegengegangen sein mußten. Die in Ungarn verbliebenen Juden konnten ja nicht wissen, was für ein Los sie erwartete, und dies mußte ihre Reaktion erklären. Himmler setzte sich über solcherlei Einwände hinweg; offenbar argumentierte er nach La Fontaines bekanntem Vers:[4] „Dies Untier ist gar fürchterlich, greift man es an, so wehrt es sich.“

Himmler fuhr weiter fort:

„Es war meine Absicht gewesen, die Lager widerstandslos zu übergeben, wie ich versprochen hatte. Ich habe Bergen-Belsen und Buchenwald auch übergeben, doch hat man es mir schlecht gelohnt. In Bergen-Belsen wurde einer der Wachposten mit Stricken gefesselt und zusammen mit einigen kurz zuvor gestorbenen Gefangenen fotografiert. Und diese Bilder werden nun um die ganze Welt verbreitet. Auch Buchenwald habe ich

ohne Widerstand übergeben, doch vorrückende amerikanische Panzer begannen plötzlich zu schießen. Das Lazarett, das aus leichten Holzhäusern bestand, geriet in Brand, und dann fotografierte man die Leichen. Mit diesen Fotos betreibt man jetzt Greuelpropaganda.

Als ich im letzten Herbst 2700 Juden in die Schweiz entließ, wurde auch dies zu einer Pressekampagne gegen mich persönlich benutzt. Man schrieb, ich habe diese Menschen nur freigelassen, um mir ein Alibi zu verschaffen. Ich brauche kein Alibi, ich habe stets nur das getan, was ich als für mein Volk notwendig erachtete, und dazu stehe ich, ich bin nie ein reicher Mann geworden. Niemand ist während der letzten zwölf Jahre so mit Schmutz beworfen worden wie ich. Ich habe mich nie darum geschert, auch in Deutschland darf ein jeder über mich schreiben, was er will. Doch die Veröffentlichungen über die Konzentrationslager werden als Hetze gegen uns verwendet, und das beflügelt mich nicht gerade dazu, die Lager weiterhin zu übergeben. Vor einigen Tagen ließ ich beispielsweise ein Lager in Sachsen zwangsevakuieren, als sich die Spitzen amerikanischer Panzerkolonnen näherten. Warum sollte ich anders handeln?“

Ich befürchtete, auf Himmlers wiederholte Klagen über die Publizierung der entsetzlichen Entdeckungen in den Konzentrationslagern, die er als „Greuelpropaganda“ abzutun versuchte, könne die Forderung folgen, als Gegenleistung für die Einwilligung in unsere Forderungen diese Publikationen zu stoppen. Zweifellos glaubte Himmler unter dem jahrelangen Einfluß der Goebbels-Propaganda, die Juden kontrollierten tatsächlich die Weltpresse, wie die nazistische Lügenpropaganda geltend machte, und vielleicht glaubte er, daß ich als Repräsentant der Juden Einfluß auf die Presse der alliierten und neutralen Länder ausüben könne, obgleich wir hatten ausrichten lassen, daß ich als Privatperson kam.

Um einer direkten Forderung zuvorzukommen, fiel ich ihm ins Wort und machte ihn an die Pressefreiheit in demokratischen Ländern aufmerksam.

„Nicht einmal die Regierung hat in einem demokratischen Land die Macht, unerwünschte Veröffentlichungen zu verhindern. Langfristig entscheidend sind doch die Tatsachen, die hinter diesen stecken. Die letztes Jahr erfolgte Freilassung von 2.700 Juden hat in der Presse weltweit ein günstiges Echo gefunden, ebenso wie der Umstand, daß die aus Theresienstadt Freigelassenen sich in einem verhältnismäßig guten Gesundheitszustand befanden. Ich habe den Eindruck, daß Theresienstadt das beste Lager ist. Weiterhin Gefangene freizulassen, ist die einzig richtige Politik, gleichgültig was die Presse schreibt. An der Rettung der überlebenden Juden ist nicht bloß das jüdische Volk interessiert. Die schwedische Regierung hat ihr Interesse dadurch kundgetan, daß sie Dr. Kersten und mich zu dieser Reise bevollmächtigt hat. Auch auf die Regierungen und Völker der alliierten Länder würde die Einwilligung in unsere Wünsche einen vorteilhaften Eindruck hinterlassen. Und vor der Geschichte ist die Rettung der übriggebliebenen Juden von größter Bedeutung. Eine Fortsetzung dieser Zwangsevakuierungen kann Deutschland nur zum Nachteil gereichen. Die Straßen müssen abgesperrt, die Versorgung muß geordnet werden, etc.“

Himmler bemerkte, daß Theresienstadt kein Lager im eigentlichen Sinne des Wortes sei, sondern eine ausschließlich von Juden bewohnte Stadt, die von ihnen verwaltet werde und wo sie sämtliche Arbeiten verrichten müßten. „Diese Organisation ist von mir und meinem Freund Heydrich geschaffen worden, und wir haben uns gewünscht, daß alle Lager so aussehen sollten“, sagte er heuchlerisch.

Es folgte eine längere Diskussion. Ich unterstrich die Notwendigkeit der vorgeschlagenen Rettungsmaßnahmen, wobei ich von Kersten unterstützt wurde. Insbesondere betonten wir immer wieder, daß die Evakuierung der Ravensbrück-Häftlinge nach Schweden bewilligt werden müsse.

Ich schenkte allgemeinen Versprechungen von seiten Himmlers kein Vertrauen. Hingegen glaubte ich, einigermaßen präzise formulierte Versprechen würden möglicherweise eingehalten, allein schon aus dem Grund, daß Himmlers Mitarbeiter daran interessiert sein würden, sich an solche Zusicherungen zu halten. Außerdem war zu befürchten, daß die letzten Wochen des deutschen Kampfes für die Eingesperrten besonders kritisch sein könnten. Die Veröffentlichungen über Buchenwald konnte die Naziführer, entweder Himmler selbst oder die Hitler-Kaltenbrunner-Gruppe, dazu veranlassen, alle noch übriggebliebenen Konzentrationslager dem Erdboden gleichzumachen, um jede Spur und jeden lebenden Zeugen ihrer Verbrechen zu beseitigen. Die letzten Tage des Todeskampfs des Dritten Reiches konnten also auch jene wenigen in Lebensgefahr bringen, denen es bisher gelungen war, jahrelange Leiden und Folter in den Lagern zu überleben.

Himmler wollte sich mit seinem Adjutanten Dr. Brandt beraten. Ich ging mit Schellenberg in ein angrenzendes Zimmer. Während unserer Abwesenheit diktierte Himmler zwei an Kersten adressierte Briefe.[5] Als ich nach ungefähr zwanzig Minuten in den Salon zurückkehrte, erklärte Himmler: „Ich bin bereit, 1.000 Jüdinnen aus dem Konzentrationslager Ravensbrück

freizugeben, und ihr könnt sie über das Rote Kreuz abholen lassen. Die Freilassung einer Anzahl französischer Frauen aus Ravensbrück gemäß der Liste vom schwedischen Außenministerium wird genehmigt. Ungefähr 50 in norwegischen Lagern internierte Juden werden auf freien Fuß gesetzt und zur schwedischen Grenze geführt. Der Fall der 20 Schweden, die von einem deutschen Gericht verurteilt worden sind und sich im Gefängnis von Grini befinden, wird wohlwollend geprüft werden, und wenn möglich soll ihre Freilassung erfolgen. Die Frage nach der Freilassung einer Anzahl als Geiseln genommener Norweger wird wohlwollend geprüft werden. Eine größere Anzahl namentlich genannter, meist holländischer Juden in Theresienstadt wird freigelassen werden, wenn das Rote Kreuz sie abholen kann. Doch sollen die Jüdinnen aus Ravensbrück nicht als Jüdinnen bezeichnet werden; wir können sie, sagen wir, Polinnen nennen. Natürlich muß nicht bloß Ihr Besuch absolut geheim bleiben, sondern auch die Ankunft der Juden in Schweden muß geheimgehalten werden. Was die Einstellung der Zwangsevakuierungen und die Übergabe der Lager an die Alliierten anbelangt, so werde ich mein Bestes tun, um diesen Wünschen nachzukommen."

[Es folgen nun die in der englischen Übersetzung weggelassenen Seiten.]

Charakteristisch war Himmlers Furcht davor, die freigelassenen Jüdinnen unter ihrer richtigen Bezeichnung gehen zu lassen. Hierin spiegelten sich jene Meinungsunterschiede zwischen Himmler und Hitler wider, die Schellenberg mir gegenüber am Vormittag angedeutet hatte. Auch wenn Himmler im Moment sicherlich die Macht besaß, wollte er wahrscheinlich um der Juden willen keine Scherereien haben. Schellenberg hatte allerdings bereits durchblicken lassen, daß Hitlers Position vollständig untergraben war.

Beim Gespräch wurden auch allgemeine politische Fragen zur Sprache gebracht. Himmler ließ seinem Haß gegen den Bolschewismus in bekanntem nazistischem Stil freien Lauf; ich zitiere einige Äußerungen:

> *„Die Amerikaner werden noch einsehen, daß wir als Schutzwall gegen den Bolschewismus gedient haben." „Hitler wird als großer Mann in die Geschichte eingehen, weil er der Welt die nationalsozialistische Lösung geschenkt hat, die einzige sozialpolitische Form, die sich gegen den Bolschewismus hätte behaupten können."*

Die ganze Zeit über nannte er Hitlers Namen nur ein einziges Mal.

> *„Die amerikanischen und englischen Soldaten werden vom bolschewistischen Geist angesteckt werden und in ihren Heimatländern soziale Unruhen hervorrufen."*
> *„Die deutschen Massen sind so radikalisiert, daß sie, wenn der Nationalsozialismus fällt, sich mit den Russen verbrüdern werden, deren Macht dadurch noch zusätzlich zunehmen wird."*
> *„In Deutschland gibt es bis zum Herbst und Winter eine Hungersnot."*

Hier fügte er, nach einem Augenblick des Schweigens, wie für sich selbst hinzu:

> *„Es wird unübersehbare Schwierigkeiten geben; zum Wiederaufbau der Welt wird viel Weisheit benötigt werden."*
> *„Die Amerikaner haben ihren Krieg gewonnen; die deutsche industrielle Konkurrenz ist auf Jahrzehnte hinaus gebrochen."*
> *„Man verlangt von uns die bedingungslose Kapitulation. Das kommt nicht in Frage. Ich fürchte mich nicht davor, zu sterben."*
> *„In Frankreich herrschte unter unserer Besetzung Ordnung, obgleich ich dort nur 2.000 deutsche Polizisten hatte. Alle hatten Arbeit, alle bekamen genug zu essen. Es glückte uns, im Hafenviertel von Marseille Ordnung und gesunde Verhältnisse zu schaffen, was noch keine französische Regierung fertiggebracht hatte."*
> *„Ich habe Verständnis für eine Bevölkerung, die für die Freiheit ihres Landes kämpft. Wir haben uns nie dazu herabgelassen, zu Methoden zu greifen wie die Engländer, welche dem französischen Maquis halfen, indem sie Fallschirmspringer in falschen Uniformen oder Zivilkleidern absetzten."*

Himmlers Verständnis für den Kampf der Partisanen kam etwas spät. Bei seinen verachtungsvollen Worten über die Fallschirmspringer mußte ich an Holland und insbesondere Rotterdam denken. Die Verlogenheit seiner Argumentation war typisch für das ganze Gespräch.

Das Treffen dauerte genau zweieinhalb Stunden. Um fünf Uhr morgens verließ Himmler das Gut im Auto. Die ganze Zeit über – mit Ausnahme der zwanzig Minuten, wo ich mich in einem anderen Zimmer aufhielt – hatten wir gesprochen. Eine halbe Stunde lang war ich mit ihm allein, ein freier Jude Angesicht in Angesicht mit dem gefürchteten und unbarmherzigen Gestapochef, der fünf Millionen jüdische Leben auf seinem Gewissen hatte. Himmler redete meist ruhig und brauste auch bei scharfen Einwänden meinerseits nicht auf. Obgleich er seine äußere Ruhe beibehielt, wurde seine Nervosität immer klarer erkennbar. Er sprach viel. Das hier Wiedergegebene entspricht lediglich dem wichtigeren Teil des Gesprächs; meine eigenen Worte habe ich nur

dann angeführt, wenn sie unentbehrlich zum Verständnis des Ablaufs der Unterredung sowie der Verhandlungen sind. Doch meine Darstellung entspricht entweder wörtlich oder sinngemäß genau dem, was gesagt wurde, auch wenn die chronologische Reihenfolge nicht im Detail beachtet wurde.
Ohne Zweifel war Himmler sowohl intelligent als auch gebildet, doch war er kein Meister in der Kunst der Verstellung. Sein Zynismus kam besonders zum Ausdruck, wenn er von den Katastrophen sprach, die seiner Ansicht nach eintreffen würden. Typisch waren die Worte, die er beim Abschied zu Kersten sagte: „Der wertvolle Teil des deutschen Volkes geht mit uns unter; was mit dem Rest geschieht, ist bedeutungslos." Im Gegensatz zu Hitler war er auch in seinem Verhältnis zu den Juden Rationalist. Hitler hegte ja eine ausgeprägte Abneigung gegen diese. Himmler handelte nicht aus dem Gefühl heraus. Er ließ kaltblütig morden, solange er dies als seinen Zielen dienlich erachtete, und konnte einen anderen Weg wählen, wenn es für seine Politik oder für ihn selbst vorteilhafter war.

[Hier endet der in der englischen Fassung fehlende Teil.]

Welche Motive konnten Himmler zu den kleinen Konzessionen bewogen haben, die er in den letzten Kriegsmonaten und auch uns gegenüber machte? Gegenleistungen verlangte er nicht. Er glaubte sicherlich auch nicht daran, sein eigenes Leben mit Zugeständnissen retten zu können. Dazu war er allzu intelligent; er wußte sehr wohl, daß sein Sündenregister zu groß war. Möglicherweise wollte er vor der Geschichte in einem vorteilhafteren Licht erscheinen als die übrigen Hauptverantwortlichen für Deutschlands Verbrechen. Verwunderlich war die schwache Argumentation bei seiner Verteidigungsrede. Eigentlich konnte er zu seiner Verteidigung nichts anderes vorbringen als Lügen. Keine Logik in den Konstruktionen, keine Größe in den Gedanken, die sogar ein Verbrecher haben kann, selbst wenn seine Moral gegen das Rechtsbewußtsein normaler Menschen verstößt. Nur Lügen und Ausflüchte! Konsequent war bloß seine zynische Auffassung, daß der Zweck die Mittel heilige. Daß er einer der Hauptverantwortlichen für die Massenmorde an den Juden war, ging indirekt aus seinen eigenen Worten hervor. Ich erinnere mich mit Sicherheit daran, daß er bezüglich der Anzahl der Juden in Ungarn sagte: „Ich habe 450.000 zurückgelassen." Daraus kann man ja, da er dazu keine weiteren Angaben machte, den Schluß ziehen, daß er persönlich einen wesentlichen Teil der Verantwortung für das Geschick der übrigen ungarischen Juden trug. Die von ihm genannte Ziffer der in Ungarn zurückgelassenen Juden war ebenfalls falsch, jedenfalls enorm übertrieben.[6]

Während der Unterredung sagte Himmler nicht ausdrücklich, der Krieg sei für Deutschland bereits verloren, doch ließ er dies bei allem, was er von sich gab, durchblicken.
Nachdem Himmler uns verlassen hatte, schliefen wir ein paar Stunden lang oder versuchten dies zumindest. Meine innere Spannung hatte nachgelassen. Nun galt es, so rasch wie möglich nach Berlin zu kommen und dann nach Stockholm, um mit dem Außenministerium und dem Roten Kreuz die Maßnahmen zur Durchführung der bewilligten Evakuierung zu erörtern.
Um zehn Uhr fuhren wir per Auto nach Berlin. Auf dem Weg dorthin sah ich ein Bild, das sich tief in mein Gedächtnis eingeprägt hat: Das Herrenvolk auf der Straße. Ein Fahrzeug nach dem anderen. Wagen, vollgestopft mit altem Hausgerät, das man vor der Flucht hastig zusammengerafft hatte. Zwischen dem Gerümpel: Frauen, Kinder, Greise. So zog diese Prozession menschlichen Elends von Stadt zu Stadt, bei Wind und Wetter, weg von der Front. Nirgends durften sie haltmachen; nach kurzen Aufenthalten zwecks Verpflegung wurden sie zur Weiterfahrt gezwungen, gejagt von der näherrückenden Front und von Tieffliegern. Das selbe Elendsbild, das wir oft auf Fotos und in unserer Phantasie gesehen haben: Franzosen, Polen, Russen, Juden auf der Flucht vor der deutschen Soldateska, Bilder, die vom Siegesjubel des deutschen Volks begleitet worden waren. Nun bekamen die Deutschen endlich selbst zu spüren, was sie anderen Völkern angetan hatten.
Kurz vor Oranienburg fuhren wir an langen Marschkolonnen in Zivil gekleideter Männer vorbei, denen Wachtmannschaften folgten. Es waren dies Häftlinge aus dem Konzentrationslager Oranienburg auf dem Weg nach Norden, weg von der Front. Wiederum eine Zwangsevakuierung, weil die Russen heranrückten.
Lieber die Straßen durch diese sinnlosen und für die bedauernswerten Opfer qualvollen und lebensgefährlichen Transporte verstopfen, als die Beute aus der Hand geben!
Die Nähe der Front machte sich bemerkbar. Man hörte Kanonendonner. Die Straßen waren überfüllt mit Fahrzeugen aller Art. Unser Auto wurde angehalten; wir sollten Verwundete mitnehmen. Doch durften wir weiterfahren, die Straße wurde freier, und bald waren wir in Berlin. Nun sah ich die Millionenstadt bei Tageslicht. Ein gespenstischer Anblick! Ein Ruinenfeld gigantischen Ausmaßes. Die Fassaden der Häuser halbzerstört, das Innere der Häuser ausgebrannt. Nur selten ein unversehrtes, bewohnbares Haus. Schon vor dem Kampf um Berlin selbst sollen zwei Drittel der Stadt total zerstört gewesen sein, und doch sollen drei Millionen Menschen weiterhin dort gelebt haben. Wie und wo, ist unbegreiflich. Während der ganzen Fahrt durch die Stadt sah ich kein einziges richtiges Geschäft. Vor einigen Häusern standen arme und schlecht-

gekleidete Menschen Schlange, um Lebensmittel zu kaufen. Verkehr gab es außerordentlich wenig, wenige Fußgänger, selten eine Straßenbahn. Wir fuhren zur schwedischen Gesandtschaft. Das elegante Viertel auf der einen Seite des Tiergartens war ganz „ausradiert". Nur die Siegessäule stand unbeschädigt!

[Die folgenden fünf Sätze fehlen in der englischen Übersetzung, auch diesmal, ohne daß die Auslassung vermerkt würde, wie es journalistischer Redlichkeit entspräche.]

Wir versuchten, Graf Bernadotte zu treffen, fanden ihn aber nicht in der Gesandtschaft vor. Wir wußten, daß Graf Bernadotte in der Nähe von Berlin war, denn er wollte sich mit Himmler treffen, kurz nachdem dieser uns verlassen hatte. Wir fuhren zum Gestapo-Haus in Westberlin und sprachen dort mit einem von Schellenbergs Mitarbeitern, der für die deutsche Seite die Transporte des Roten Kreuzes überwachte. Er sagte, er wisse, wo sich die schwedische Buskolonne befinde: Man hatte die Evakuierung der Skandinavier eben abgeschlossen und war unterwegs nach Deutschland. Er wollte versuchen, Graf Bernadotte zu erreichen, um die Kolonne nach Ravensbrück umleiten zu lassen.

[Die Fortsetzung erscheint in der englischen Version wieder.]

Unsere Aufgabe in Berlin war abgeschlossen. Nun galt es, nach Hause zu kommen. Die Belagerung Berlins hatte begonnen; russische Granaten schlugen bereits im Stadtzentrum ein. Um zwei Uhr nachmittags sollte ein Flugzeug nach Kopenhagen abfliegen. Es schien unsicher, ob die Maschine starten würde. Der Gedanke an die Schwärme von Flugzeugen, die wir am Vortage gesehen hatten, rief nicht gerade ein behagliches Gefühl hervor. Wie sollte ein deutsches Flugzeug diesen Herrschern des Luftraums entrinnen? Die Luft schien freilich rein zu sein, wie die Deutschen sich ausdrückten. Wir wurden mit schweren Schwimmwesten ausgerüstet, und um vier Uhr setzten wir in einer schweren Kondormaschine, einem Truppentransportflugzeug, ab. Nach knapp zwei Stunden landeten wir wohlbehalten in Kopenhagen. Welches befreiende Gefühl, in einer Stadt mir richtigen Häusern, mit ruhigen, wohlgekleideten Menschen zu sein! Wir reisten sofort per Zug nach Helsingør weiter, und um neun Uhr abends standen wir wieder auf sicherem Boden. Wir waren in Schweden. Die Reise war zu Ende.

In Stockholm erfuhren wir am Sonntagmorgen vom Außenministerium, daß von der schwedischen Gesandtschaft in Berlin schon ein Telegramm in unserer Sache eingetroffen war. Im Auftrag Graf Bernadottes wurde darin mitgeteilt, daß die Busse bereits unterwegs nach Ravensbrück waren. Einige Tage später erfuhren wir von Graf Bernadotte, daß Himmler außer der Freilassung von tausend Frauen, die er uns versprochen hatte, der Evakuierung sämtlicher Frauen aus Ravensbrück nach Schweden zugestimmt hatte. So konnte das Schwedische Rote Kreuz innerhalb einiger Tage 7000 Frauen vieler verschiedener Nationalitäten retten, von denen ungefähr die Hälfte Jüdinnen waren. Die rund 50 Juden, die in norwegischen Konzentrationslagern eingesperrt waren, wurden auf freien Fuß gesetzt und trafen ein paar Tage später hier ein. Das Außenministerium teilte ferner mit, daß die schwedischen Gefangenen in Grini sowie einige hundert in Geiselhaft befindliche Norweger als Folge unserer Verhandlungen freigelassen worden waren.

[Auch der folgende Abschnitt fehlt in der englischen Übersetzung.]

Ein Besuch bei den geretteten jüdischen Frauen in Lagern in Südschweden war erschütternd. Was sie sechs lange Jahre lang gelitten hatten, war unsäglich. Zuerst in Ghettos eingesperrt, dann in einem Konzentrationslager nach dem anderen, darunter dem schlimmsten von allen, Auschwitz. In all diesem Unglück stets hungrig, stets in Todesangst vor der vollständigen Vernichtung, schwer arbeitend, gequält. Daß sie überleben konnten, ist ein Wunder, und nur die Stärksten konnten all diese schrecklichen Leiden jahrelang aushalten. Wie sollen sie zu einem normalen Leben zurückkehren können? Die meisten sind allein auf der Welt, ihre Familien sind verschwunden, vermutlich vernichtet. Ihre Häuser, ihre Umwelt – es handelt sich meist um polnische Jüdinnen – sind allesamt zerstört. Holländerinnen, Belgierinnen und andere, Jüdinnen und Nichtjüdinnen, können in ihre jeweiligen Heimatländer zurückkehren. Doch für diese polnischen Jüdinnen gibt es keinen Weg zurück. In ihrer Heimatgegend würde alles nur die Erinnerungen an die Leiden im Ghetto und an Auschwitz heraufbeschwören, die Erinnerungen an verschwundene Familien, an ermordete Freunde, an zerstörte Gemeinden. Sie sehnen sich danach, wieder in einer freien jüdischen Umgebung zu leben. Palästina ist vermutlich ihre einzige Chance, zu einem normalen Leben mit menschlichem Glück zurückkehren zu können.

[Der nun folgende Schluß erscheint auch in der englischen Fassung.]

Das dramatische nächtliche Treffen zwischen zwei Todfeinden, dem berüchtigten Gestapo-Chef und einem Vertreter des gepeinigten jüdischen Volkes, ermöglichte die Befreiung einer geringen Anzahl unter den

zahllosen Opfern des Nazismus. Ein jüdischer Einsatz zugunsten des von der Ausrottung besonders bedrohten jüdischen Bevölkerungsteils war unter den gegebenen Umständen nur in Zusammenarbeit mit anderen in derselben Richtung wirkenden Kräften möglich. Medizinalrat Kerstens Rolle bei der Ermöglichung der Verhandlungen sowie seine Teilnahme an diesen ist bereits erwähnt worden. Die praktische Ausnutzung der Verhandlungsergebnisse und die tatsächliche Rettung der Gefangenen konnte, soweit es um die Evakuierung aus Deutschland ging, lediglich durch die aufopferungsvolle Arbeit des Schwedischen Roten Kreuzes erfolgen, die in Übereinklang mit den hohen Idealen dieser Institution stand. Die Durchführung der Aufgabe wurde im Rahmen der großen Rettungsaktion des schwedischen Außenministeriums durch dessen Initiativen und aktive Unterstützung ermöglicht. Es wurden keine Bedingungen gestellt, und bezüglich der Zahl oder Nationalität der zu Rettenden wurden keinerlei Beschränkungen verhängt. Alle waren als Gäste der Regierung willkommen. So wurden sie für das Leben und die Freiheit gerettet.



Norbert Masur

Soweit der Bericht von Norbert Masur. Hat dieser nun Heinrich Himmlers Aussagen wahrheitsgemäß wiedergegeben?

Beurteilung des Masur-Berichts

Wir zögern nicht, diese Frage mit ja zu beantworten, und zwar darum, weil das, was Himmler laut Masurs Darstellung gesagt hat, in Übereinstimmung mit unserem heutigen, dokumentarisch abgestützten Wissen über die betreffenden Geschehnisse steht. Es stimmte, daß Himmler und die anderen NS-Führen eine relativ humane Lösung der Judenfrage durch Auswanderung angestrebt hatte, daß aber selbst als judenfreundlich geltende Länder sich sträubten, jüdische Emigranten aufzunehmen. Es stimmte, daß die Juden im Osten die Partisanenbewegung nach Kräften unterstützt hatten; nicht zuletzt jüdische Quellen heben dies gebührend hervor. Es stimmte, daß die Krematorien in den Konzentrationslagern als unmittelbare Folge des Seuchensterbens gebaut worden waren und daß man der SS, wie Himmler illusionslos voraussah, daraus dann einen Strick drehte. Schließlich entsprachen Himmlers Angaben über die Zahl der zu jenem Zeitpunkt noch in den Lagern inhaftierten Juden weitgehend den Tatsachen, wenn man davon absieht, daß er die Anzahl der vor der Evakuierung von Auschwitz dort befindlichen Juden um ein rundes Drittel zu hoch angab.

Ungemein aufschlußreich ist nun der Unterschied zwischen dem von Norbert Masur nachträglich verfaßten Kommentar zu Himmlers Aussagen sowie den Antworten und Einwänden, die er seinen eigenen Worten zufolge während der Unterredung selbst vorbrachte. Wie von einem jüdischen Emigranten und Vertreter des Jüdischen Weltkongresses nicht anders zu erwarten war, vertrat er in seiner Broschüre das damals eben im Entstehen befindliche Geschichtsbild: Himmler war verantwortlich für „den größten Massenmord der Geschichte“; die Konzentrationslager waren „Leichenfabriken”. Doch im Gespräch mit dem Reichsführer hatte er diesem lediglich vorgehalten, daß es in den Lagern unleugbar „schwere Missetaten“ (svåra illgärningar) gegeben habe – was Himmler auch einräumte, mit dem zutreffenden Hinweis darauf, daß er in einigen Fällen die Bestrafung der Schuldigen angeordnet habe (immerhin wurden der Majdanek-Kommandant Hermann Florstedt sowie der Buchenwald-Kommandant Karl Koch von der SS hingerichtet, und gegen zahlreiche Angehörige des Lagerpersonals wurden unterschiedlich hohe Strafen verhängt). Unter „schweren Missetaten“ kann man neben einzelnen Morden und Mißhandlungen möglicherweise Massentötungen begrenzten Umfangs verstehen, nie und nimmer aber einen fabrikmäßigen Massenmord an Hunderttausenden oder gar Millionen.

Masur schreibt zwar, es habe ihm Genugtuung bereitet, Himmler wenigstens einen Teil der Wahrheit über die begangenen Verbrechen „ins Gesicht zu sagen“, schweigt sich aber in seiner Schrift darüber aus, was er ihm, neben dem Hinweis auf die „schweren Missetaten“, denn sonst noch ins Gesicht gesagt habe.

Mit keinem einzigen Wort hatte er auf die Gaskammern hingewiesen, in denen doch Millionen von Juden ermordet worden sein sollten. Dabei hatten die Sowjets das KL Majdanek immerhin bereits im Juli 1944, also neun Monate vor Masurs Treffen mit Himmler, befreit und bald darauf behauptet, in jenem Lager seien 1,7 Millionen Menschen ermordet worden, ein „großer Teil“ davon durch Vergasen. Am 2. Februar 1945 hatte die Prawda von gigantischen Massenmorden in Auschwitz berichtet, die teils mittels eines elektrischen Fließbandes, teils in „Gaskammern im östlichen Lagerteil“ (also nicht in Birkenau!) begangen worden seien. Als einflußreicher Vertreter des

Jüdischen Weltkongresses wußte Masur selbstverständlich über all diese Behauptungen bestens Bescheid. Daß er sie Himmler gegenüber nicht zur Sprache brachte, läßt nur einen Schluß zu:

Norbert Masur glaubte im April 1945 nicht an die Gaskammern und wollte sich Himmler gegenüber nicht lächerlich machen, indem er mit offenkundiger Greuelpropaganda aufwartete.

Auch in seiner Schrift, die noch im selben Jahre 1945 erschien (den Monat kennen wir nicht), erwähnt er die Gaskammern ebenso wenig wie die anderen Mordtechniken, von denen damals noch die Rede war (Dampfkammern, Luftabsaugekammern, elektrische Tötungsanlagen).[7] Vermutlich war er sich damals noch unsicher, welche Mordmethode sich offiziell durchsetzen würde (noch im Dezember 1945 wurde von den Polen für Treblinka die Tatwaffe Dampfkammer behauptet) und er zog es deshalb vor, sich nicht festzulegen.

Heinrich Himmler überlebte das Treffen mit Norbert Masur nur um 34 Tage. Nach offizieller Geschichtsversion beging er in englischer Gefangenschaft mittels einer Zyankalikapsel Selbstmord, doch ist dies nur eine der zahllosen Lügen über den Zweiten Weltkrieg.

Im Frühling 1945 waren die Vorbereitungen für den kommenden Nürnberger Prozeß bereits angelaufen, und es war klar, daß die Judenausrottung in „Vernichtungslagern“ den zentralen Anklagepunkt gegen die Besiegten darstellen würde. Bei diesem Prozeß konnte man den Reichsführer-SS einfach nicht als Angeklagten brauchen. Ein Dönitz, ein Göring, ja sogar ein Hans Frank, von denen keiner mit den Konzentrationslagern unmittelbar etwas zu tun gehabt hatte, konnte sich damit verteidigen, von den dortigen Vorgängen nichts gewußt zu haben – Heinrich Himmler als Chef der für die Verwaltung der Lager zuständigen Organisation war dieser Ausweg von vornherein verwehrt. Mit der Anklage eines systematischen Massenmordes in den Konzentrationslagern konfrontiert, hätte er mit absoluter Sicherheit geantwortet, daß es einen solchen Massenmord nicht gegeben habe; das erfolterte Geständnis des ersten Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höss, laut dem in jenem Lager allein bis November 1943 drei Millionen Menschen umgekommen waren, hätte ihn gänzlich unbeeindruckt gelassen.

So wurde Heinrich Himmler von den Briten am Tage nach seiner Gefangennahme umgebracht. Den Nachweis dafür erbringt der amerikanische Autor Joseph Bellinger in seinem Buch *Himmlers Tod – Freitod oder Mord? Die letzten Tage des Reichsführers-SS*, das 2005 beim Arndt-Verlag herauskam (siehe Besprechung in diesem Heft).

Bellinger geht darin auch auf Himmlers Unterredung mit Norbert Masur ein und kommentiert diese wie folgt:

> *„Er* [*Himmler*] *hatte zweieinhalb Stunden lang fast ununterbrochen gesprochen. Es war dies gewissermaßen sein Plädoyer vor dem Tribunal der Geschichte, vor dem er sich gegen die Anklage verteidigte, während des zwölfjährigen Bestehens des Dritten Reiches zahlreiche Greueltaten befohlen oder geduldet zu haben. Daß dieses Plädoyer ausgerechnet von einem Juden überliefert wurde, dessen Familie zu den unzähligen aus rassischen oder religiösen Gründen Verfolgten gehört hatte, entbehrt fürwahr nicht der Ironie.“*

Anmerkungen

1. Am 8. Juni 1990 bat Prof. Robert Faurisson den schwedischen Buchautor Christopher Jolin, der ihm seine Hilfe angeboten hatte, brieflich darum, das schwedische Original mit der englischen Übersetzung zu vergleichen und ihm allfällige Unstimmigkeiten zu melden. Jolin antwortete am 23. August, zwar sei die englische Fassung weitgehend korrekt, doch fehle darin die Übersetzung von drei Seiten, auf denen sich Himmler zu politischen Fragen äußere; er legte seinem Schreiben diese drei Seiten samt einer Übertragung ins Englisch bei.
   Ich danke Prof. Faurisson für die Zustellung von Kopien der beiden Briefe sowie des in *Moment* erschienenen englischen Textes.
2. Auf deutsch im Text.
3. Hier hat Masur Himmlers Aussage offenbar mißverstanden. Dieser könnte allenfalls gesagt haben, vor Beginn der Evakuierung von Auschwitz – die bereits im Herbst 1944 einsetzte – seien dort 150.000 Juden inhaftiert gewesen, obwohl diese Ziffer auch für jenen Zeitpunkt noch zu hoch gewesen wäre: Im August 1944, als die Häftlingszahl von Auschwitz ihren höchsten Stand erreichte, saßen dort 135.000 Gefangene ein (Danuta Czech, *Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939–1945*, Rowolt Verlag, Reinbeck bei Hamburg 1989, S. 860). Der Anteil der Juden unter den Häftlingen dürfte damals rund 80% betragen haben.
4. „Cet animal est très méchant, quand on l’attaque, il se défend.“ (Entgegen Masurs Angaben stammt dieser Knüttelvers nicht von La Fontaine. Wie Prof. Faurisson mitteilt, ist er einem französischen Bänkellied des 19. Jahrhunderts entnommen.)
5. In der englischen Fassung ist dieser Abschnitt aus unerfindlichen Gründen falsch übersetzt; dort heisst es: „Himmler wollte sich mit seinem Adjutanten Dr. Brandt beraten. Kersten und ich gingen mit Schellenberg in ein angrenzendes Zimmer.“
6. Diese Behauptung Masurs entspricht nicht den Tatsachen.
7. siehe hierzu auch den Artikel von Carlo Mattogno: „Auschwitz: 60 Jahre Propaganda“ *VffG*, 9. Jahrg., Heft 2, November 2005.

Das Schicksal der jüdischen Familie „Glazig" in Holland

Von Carl O. Nordling

Durch Zufall bekam ich Einblick in das Familienbuch einer holländisch-jüdischen Familie, die im östlichen Teil Hollands lebte, der für eine kleine Minderheit holländischer Juden Heimat war. (Mehr als 80 Prozent lebten in den Städten von Noord-Holland und Zuid-Holland, dem Amsterdam-Rotterdam-Gebiet.) Die verschiedenen Familiennamen der Mitglieder dieser Familie sind für diese Studie nicht von Bedeutung und deswegen nicht erwähnt. Die folgenden Daten dienen als Beispiel für das Schicksal einer jüdischen Familie in Ostholland während des 2. Weltkrieges. Leider gibt die Aufstellung keine Auskunft über das Todesjahr der 23 hier aufgeführten Personen, die in den Jahren zwischen 1850 und 1890 geboren waren (zuzüglich einiger jüngerer Personen, die gestorben sein können, ohne daß es erwähnt wird). Deswegen ist es nicht möglich festzustellen, wie viele Personen im Jahr 1940 noch am Leben waren, als Holland von Deutschland besetzt wurde. Es war notwendig, bei der Schätzung der im Jahre 1940 noch lebenden Mitglieder der „Glazig"-Familie von gewissen Voraussetzungen auszugehen.

Ausweislich der Daten des Familienbuches (unter Berücksichtigung der Umstände) lebten zu dieser Zeit 117 (plus/minus 5) Mitglieder der Familie.

Vor Kriegsende wurden weitere drei „Glazigs" geboren und (zumindest) fünf starben ohne deportiert zu werden. Von den 117 lebenden Personen wurde folgende Anzahl deportiert (nach Auschwitz, Sobibor oder Mauthausen), eingeteilt nach Altersgruppen:

Geburtsjahr	deportiert	nicht deportiert	zusammen
1850-59	2	1	3
1860-69	8	7	15
1870-79	28	7	35
1880-89	11	4	15
1890-99	6	2	8
1900-09	7	9	16
1910-19	6	8	14
1920-29	3	2	5
1930-39	0	6	6
Summe:	71	46±5	117±5

Die Tabelle zeigt, daß die älteren Jahrgänge von den Deportationen härter betroffen waren als die jüngeren.

Die Deportationsrate für die Gruppe, die 1940 älter als vierzig Jahre war, betrug 72 Prozent, während die der zwischen zehn und vierzig Jahre alten nur 46 Prozent betrug. Kinder, die im Jahr 1940 unter zehn Jahre alt waren, wurden gar nicht deportiert.

Das Familienbuch gibt uns das Todesdatum für 68 der deportierten Personen und die übrigen drei sollen die Lager überlebt haben.

Ein Vergleich zwischen den angegebenen Todesdaten und den Abfahrtsdaten der Deportationszüge zeigt uns, daß die Todesdaten immer als drei Tage nach Abfahrt der einzelnen Züge angegeben sind. Daher ist es offensichtlich, daß die Person, die das Familienbuch führte, einfach annahm, daß jeder, der nicht lebend nach Holland zurückkehrte, sofort nach Ankunft in Auschwitz oder wo immer getötet worden war. Es ist jedoch wohlbekannt, daß nicht alle Deportierten sofort nach ihrer Ankunft getötet wurden. Wenn der Todestag eines Einzelnen z. B. als „10. September 1942" angegeben ist, besagt das in Wirklichkeit lediglich, daß diese Person am 7. September deportiert wurde und seither nichts über ihr weiteres Schicksal bekannt wurde. Es ist durchaus möglich, daß einige der 68 Glazigs, die nach dem Krieg nicht nach Holland zurückkehrten, in Wirklichkeit Auschwitz überlebt haben und erst auf dem Marsch bei der Evakuierung des Lagers starben. Oder sie könnten auch während der letzten Kriegsmonate erst in einem anderen Lager verstorben sein. Es besteht sogar die Möglichkeit, daß einige von ihnen den Krieg wirklich überlebten und sich aus irgendeinem Grunde entschlossen, nicht in ihre Heimatstadt zurückzukehren, sondern ein neues Leben in einem anderen Land zu beginnen. Es hätten dafür gute Gründe geben können, etwa wenn sie herausfanden, daß praktisch alle holländischen Juden vernichtet worden seien und sie nicht erwarten konnten, Verwandte oder jüdische Freunde in ihrer alten Heimat vorzufinden.

Leider sind die Informationen eines großen Teiles der „Glazig"-Familie im Familienbuch zu unvollständig, um sie als Vorlage für das Schicksal der holländischen Juden allgemein zu verwenden.

Etwa die Hälfte der Überlebenden war 1945 unter 15 Jahre alt. Die Verluste der „Glazig"-Familie waren auffallend niedriger, als die generell bei den holländischen Juden angegebenen.

Der Hochfrequenz-Krieg

Von Ernst Mehrstein

Im Februar 1943 wurde ein englischer Bomber über Rotterdam abgeschossen. Routinemäßig untersuchten die deutschen Besatzungsbehörden das Wrack. Sie fanden zu ihrer Überraschung einen neuen Typ einer Funkmeß- (Radar-) Anlage. Diese ging als „Rotterdam-Gerät“ in die Geschichte ein, und vor allem die Nachkriegspropaganda nahm diesen Vorgang zum Ausgangspunkt für den „Nachweis“, daß „Nazideutschland“ auf dem Gebiet der Technik und Wissenschaft den demokratischen Staaten hoffnungslos unterlegen gewesen sei, nachdem seit 1933 eine Reihe „Experten“ hauptsächlich jüdischer Abstammung Deutschland verlassen hatten. Der Propaganda zufolge blieb die deutsche Forschung zurück, nachdem diese Emigranten in den deutschen Forschungslaboratorien fehlten.
Eine sachlichere Betrachtung sowohl des allgemeinen deutschen Beitrags bei der Entwicklung verschiedener Erfindungen zwischen 1933 und 1945 wie auch der britischen Radaranlage ergibt ein anderes Ergebnis.

Die Hauptkomponente des Rotterdam-Geräts – ein Magnetron mit hoher Sendeleistung – findet man heute in fast jedem Haushalt: in der Mikrowelle; außerdem (mit weniger Leistung) in speziellen Radaranlagen für kurzen Abstand, z.B. den Radargeräten der Polizei zur Geschwindigkeitsmessung. Die Anlagen, die für die militärische oder zivile Luftraumüberwachung oder bei der Marine verwendet werden, benutzen eine ganz andere Technik – eine Technik, die ganz und gar „made in Germany“ ist und von der die Alliierten erst erfuhren, als sie nach dem 2. Weltkrieg komplette Anlagen übernehmen konnten, wie z.B. die in Hanstholm in Dänemark installierte, die Bestandteil des Atlantikwalls war. Den Alliierten war im Zweiten Weltkrieg klar, daß die Deutschen über eine überlegene Radartechnik verfügten. Sie spionierten eifrig, erfuhren aber erst nach Abschluß des Krieges vom Stand der deutschen Entwicklung.

Die Nachrichten-Versuchs-Abteilung (NVA)

Die Geschichte beginnt 1933 in Kiel. Die Nachrichten-Versuchs-Abteilung (NVA) unter der Regie der deutschen Reichsmarine beginnt die militärische Ausnutzung der sog. Funkmeßtechnik. Nach dem Krieg wurde hierfür der angelsächsische Ausdruck RADAR üblich (ein Kunstwort aus **ra**dio **d**etecting **a**nd **r**anging). Der deutsche Wissenschaftler Heinrich Barkhausen hatte 1919 durch Entdeckung des nach ihm benannten Barkhausen-Effekts in Verstärkerröhren die Grundlage für die Hochfrequenztechnik gelegt. In den folgenden Jahren entstanden neue Typen von Hochfrequenzgeneratoren, nämlich Klystrone und Magnetrone. Auch Ingenieure und Wissenschaftler außerhalb Deutschlands förderten die Forschung auf diesem Gebiet.
Einer der herausragenden Beiträge erfolgte durch den Japaner Yagi, der 1927 an der Entwicklung des sog. Vielschlitz-Magnetrons mitwirkte und auch durch die Yagi-Antennen bekannt wurde, (besonders richtungsempfindliche Antennen für hohe Frequenzen.) Yagi arbeitete an der Universität Tohoku in Sendai in Japan und sein Mitarbeiter Okabe war der erste, der nachweisen konnte, daß man mit einem Magnetron hochfrequente Schwingungen mit sehr hohem Effekt erzeugen konnte. Okabe führte seine Forschung 1927 durch, ohne von den Arbeiten des Deutschen Habann über die Magnetron-Technik zu wissen. Habann arbeitete an der Universität Jena und veröffentlichte seine Ergebnisse 1924.
Eine gewöhnliche Elektronenröhre bekommt bereits unterhalb etwa 100 MHz Probleme, da die Laufzeit der Elektronen zwischen Kathode und Anode im Verhältnis zur Schwingungsperiode zu lang wird. Man kann verschiedene Unregelmäßigkeiten in der Bewegung der Elektronen ausnutzen, wie den Barkhausen-Effekt, um innen in der Röhre elektromagnetische Felder aufzubauen. Anstatt daß man Resonanzelemente außerhalb der Röhre hinzukoppelt, kann man die Resonanz der elektromagnetischen Wellen innen in der Röhre ausnutzen. Im Vielschlitz-Magnetron werden die Elektronen dazu gebracht, sich mit Hilfe eines Magnetfelds auf einer spiralförmigen Bahn zu bewegen. Das Magnetron wurde auch nach 1933 in Deutschland weiterentwickelt, ohne jedoch besondere Bedeutung zu erlangen – aus dem einfachen Grund, weil dafür kein Bedarf bestand.
In Deutschland hatte man zugleich die Weiterentwicklung der Elektronenröhre bis zur Grenze des technisch Machbaren betrieben. Das Ergebnis war die Scheibentriode, die die Grundlage für die deutsche Radartechnik wurde. Nach 1941 folgten die USA und England. Die Scheibentriode kann mit Frequenzen bis zu etwa 10 GHz arbeiten, was einer Wellenlänge von etwa 3 cm entspricht. Die Leistung ist bei diesen hohen Frequenzen recht bescheiden, und das Magnetron ist

hier klar überlegen. Aber bei etwas größeren Wellenlängen, wie z.B. 53 cm konnte ein von der Firma Lorenz produzierter Typ 50 kW Impulsleistung abgeben. Die Impulsleistung liegt in der Regel etwas über der Leistung, die eine Röhre als Dauerleistung kontinuierlich abgeben kann.



Scheibentrioden der Firma Telefunken.

Den Deutschen standen also sozusagen alle Frequenzbereiche zu Verfügung, und sie sollten sich entscheiden, welche für ein zukünftiges Radarsystem verwendet werden sollten. Der Zentimeterbereich, also über 1 GHz, war für Radar über lange Entfernungen nicht von Interesse, sondern nur für „Richtfunk“, also Mikrowellen-Ketten zur Übertragung von Radio- und Fernsehsignalen sowie Telefongesprächen. Die erste Mikrowellenkette wurde 1938 für die Luftwaffe gebaut.

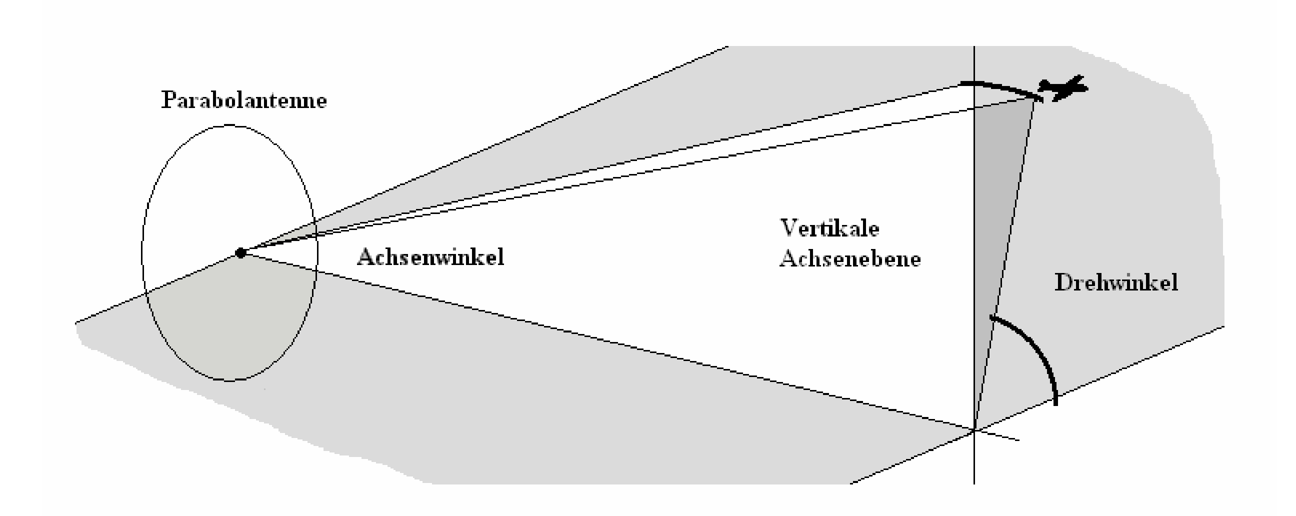
Im Sommer 1933 begann man bei der NVA in Kiel mit einer sog. Bremsfeldröhre der Firma Pintsch in Berlin nach dem Barkhausen-Prinzip. Diese arbeitete mit einer Wellenlänge von 13,5 cm, aber es zeigte sich, daß die Leistung zu schwach war. Man wandte sich an die Firma Philips in Holland und schaffte ein Magnetron an, das bei 600 MHz 70 Watt lieferte. Die Wellenlänge war dabei 50 cm. Damit wurden die ersten Versuche gemacht, und eine neue Firma, die GEMA, wurde gegründet. Der erste Apparat aus eigener Produktion lieferte 40 Watt bei einer Wellenlänge von 48 cm. Keiner dieser Apparate war in der Praxis brauchbar, aber sie lieferten wertvolle Erkenntnisse für die spätere Entwicklung. Pintsch in Berlin hatte nach einiger Zeit die 13,5-cm Röhre verbessert und nach verschiedenen Vorführungen war auch die militärische Führung überzeugt, und von da an wurde Radar ein Bestandteil der deutschen Militärentwicklung und Aufrüstung.
Die Deutschen hatten zu dieser Zeit ein erhebliches Wissen über das Verhalten elektromagnetischer Wellen erlangt. Die Wahl des Frequenzbereichs ist einerseits durch rein technische Möglichkeiten bedingt, teils durch die Reflexionseigenschaften der Wellen. Die Ausbreitung elektromagnetischer Wellen erfolgt bei ganz niederen Frequenzen kugelförmig von den Sendeantennen aus, während sie bei hohen Frequenzen (wie z.B. dem sichtbaren Licht) ausschließlich geradlinig erfolgt.
Im Mikrowellenbereich befinden wir uns mitten zwischen diesen typischen Eigenschaften, und bei Frequenzen unter 1 GHz besteht teilweise noch die Tendenz zur kugelförmigen Ausbreitung. Das ist von Bedeutung für die Leistung, die an eine Sendeantenne zurückgegeben werden kann. Über 1 GHz, z.B. bei einer Wellenlänge von 10 cm (3 GHz) ist die Reflexion ausgesprochen richtungsorientiert, d.h., die Chance, daß die Antenne „getroffen“ wird, ist verringert. Nur ein Teil der Reflexionen gelangt zurück in Richtung der Antenne. Es muß daher eine sehr große Leistung gesendet werden, damit überhaupt ein brauchbares Signal zurückkommt.
Über 10 GHz beginnt der Wasserdampf (Wolken), die Strahlung aufzusaugen, und um die 20 GHz schluckt der Sauerstoff der Luft fast die ganze Strahlung. Bei höheren Frequenzen herrscht wiederum „freie Bahn“, aber diese sind in der Praxis nicht erreichbar.

Die erste Radaranlage

Zu den ersten Radaranlagen, die zur Anwendung kamen, gehörte die Anlage der GEMA, die im Sommer 1936 auf der *Graf Spee* als welterste Anlage zur Steuerung von Schiffsartillerie installiert wurde. Sie arbeitete mit 355 MHz und konnte im Gegensatz zu optischen Feuerleitanlagen „hinter“ den Horizont sehen. Erst nach 1945 hatten nichtdeutsche Flotteneinheiten radargesteuerte Feuerleitanlagen, die auch dreidimensional arbeiten konnten.
Dr. Wilhelm Runge von der Firma Telefunken sollte bei der weiteren Entwicklung eine führende Rolle spielen. Während die englischen Radaranlagen, die im gleichen Zeitraum entlang der englischen Küste aufgestellt wurden, nur den Abstand zum Ziel (z.B. einem Schiff oder Flugzeug) bestimmen konnten, konnten die deutschen Anlagen genau die Richtung angeben und in bezug auf Flugzeuge auch die Flughöhe.
Runge hatte 1937 das Würzburg-Gerät entwickelt, das mit 565 MHz (53 cm) arbeitete. Die Antenne war ein großer Parabolspiegel. In der Mitte des Parabols war ein rotierender Dipol angebracht, der es ermöglichte, die Polarisation des ausgestrahlten Signals zu steuern. Dadurch wurde es möglich, außer dem Abstand auch ganz genau die Richtung der Rückstrahlung und seine Höhe über dem Boden/Meeresspiegel zu bestimmen. Die hierzu nötige Theorie und Elektronik waren das Ergebnis mehrjähriger intensiver Forschungsarbeit und blieb den Alliierten während des ganzen Krieges unbekannt. Die englischen Radaranlagen konnten nur

die Laufzeit eines reflektierten Impulses bestimmen, und hieraus den Abstand zum Ziel berechnen. Die Grundidee beim deutschen Radarsystem ist eine kontinuierliche Änderung der Polarisation der ausgesandten Welle – also der Richtung der elektrischen und magnetischen Felder, die senkrecht aufeinander stehen. Der als Antenne wirkende Parabolspiegel – kann zwar so gedreht werden, daß er horizontal in verschiedene Richtungen zeigt, das hat aber nichts mit dem Funktionsprinzip zu tun. Während der Parabol in die gleiche Richtung zeigt, dreht sich die Dipolantenne in der Mitte. Sie sendet kurze Hochfrequenz-Impulse aus, und diese kommen so schnell zurück, daß sich die Antenne in der Mitte so gut wie nicht weiterbewegt hat.

Man kann sich die Strahlung als einen vom Parabol ausgehenden Kegel vorstellen. Ein Ziel befindet sich auf einer Linie, die einen Winkel mit der Achse des Parabols bildet. Die Intensität der ausgesendeten Welle wird richtungsbestimmt und asymmetrisch in dem Sendekegel verteilt, während der Dipol rotiert. Das gleiche Objekt wird somit im Prinzip zwei Mal getroffen, aber mit unterschiedlicher Intensität. Der Unterschied zwischen den zwei Reflexionen steigt mit zunehmendem Abstand von der Achse. Auch der Drehwinkel ergibt eine Variation der reflektierten Signalstärke, weil die Reflexion einer Welle von der Polarisationsebene der Welle abhängig ist.



Schematische Darstellung des Würzburg-Radar

Da der Drehwinkel des Dipols im Brennpunkt des Parabols auch bekannt ist, kann man nun weiter aus den somit gemessenen polaren Koordinaten die Höhe über dem Meer und den Seitenwinkel berechnen.

Diese Technik war den Engländern völlig unbekannt. Sie verwendeten nichtdrehbare Antennenmasten. Diese erlaubten eine grobe Einschätzung der Flughöhe aufgrund der Signalverteilung entlang der Antenne, die bis zu 100 m hoch sein konnte. Die Genauigkeit, mit der das deutsche System arbeitete, war damit jedoch nicht erreichbar. Dies ist auch der Grund, warum der englische Radar nicht für z.B. Feuerleitzwecke eingesetzt werden konnte. Die Reichweite der deutschen Anlage betrug zunächst ca. 40 km und wurde später vergrößert (Würzburg-Riese mit einem Spiegeldurchmesser von 7,5 m), aber der „Mammut“, der etwas später von der IG Farben entwickelt wurde, hatte bei einer Flughöhe von bis zu 6000 m eine Reichweite von 250 km und bei einer Flughöhe bis zu 800 m eine Reichweite von 300 km. GEMA baute das Gerät „Wassermann“, das als die beste Radaranlage des 2. Weltkrieges angesehen wird. Die Reichweite war ca. 240 km, und die Anlage konnte (wie verschiedene andere) ganze 360 Grad gedreht werden und daher den ganzen Horizont erfassen. Es wurden andere Anlagen für bestimmte Zwecke gebaut, wie etwa Freya – von GEMA entwickelt und erstmals 1937 im Einsatz. Mehrere Anlagen waren transportabel und mobil, indem sie auf Eisenbahnwagen montiert werden konnten.

Im Sommer 1940 wurden die Engländer mit noch einer Überraschung empfangen, nämlich radargesteuerter FLAK. Dieser funktionierte so, daß der Radar automatisch einen Scheinwerfer auf ein einfliegendes feindliches Flugzeug warf, und dieses im Lichtkegel „gefangenhielt“. Die einzige Möglichkeit, diesem Kegel zu entkommen, bestand darin, schneller nach unten abzutauchen als die Radaranlage mitfolgen konnte. Wie ein Wellington-Pilot sagte: „Dann mußte man sich schleunigst davonmachen.“

Die Deutschen hatten auch die ersten elektronischen Höhenmesser, z.B. SIEMENS FuG 101, der mit 375 MHz arbeitete und es ermöglichte, daß deutsche Maschinen ganz tief fliegen konnten. Die Engländer hatten große Probleme, beim Fliegen dicht über der

Erd- oder Wasseroberfläche eine konstante Höhe einzuhalten. Als sie z.B. die Dämme im Ruhrgebiet mit enorm großen Bomben zerstören wollten, die kurz vor dem Damm geworfen werden sollten, war es wichtig, einen konstanten Abstand von der Wasserfläche einzuhalten. Die Engländer lösten das Problem, indem sie zwei schräggestellte Scheinwerfer verwendeten. Die gewünschten Höhe war dort, wo sich die beiden Lichtfelder trafen.

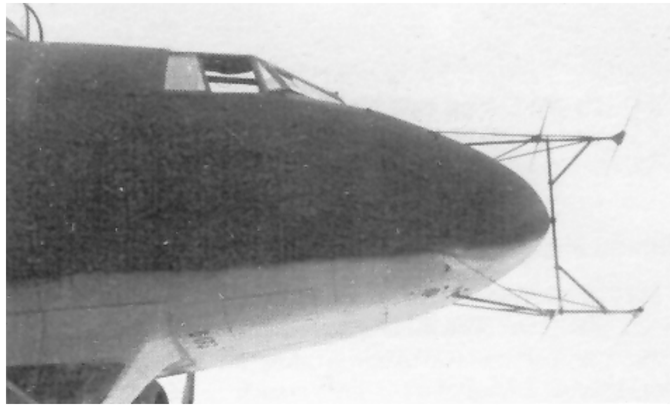
General Kammhuber, der Leiter der deutschen Nachtjäger, wünschte sich im Herbst 1940 radarunterstützte Feuerleitgeräte in den deutschen Jägermaschinen. Telefunken baute unter Leitung von Runge die Lichtenstein-Anlage in verschiedenen Versionen. Im Juli 1941 baute man versuchsweise eine Anlage in Leeuwarden in Holland in eine Dornier Do-215B ein. Die Piloten waren zunächst nicht sonderlich zufrieden, weil die Antennen die Geschwindigkeit um etwa 50 km/h herabsetzten. Dann bemerkte man, daß man bereits aus einem größeren Abstand als früher schießen konnte, aus bis zu 1000 m Entfernung von der feindlichen Maschine.



Würzburg-Riese an der Erprobungsstelle Werneuchen 1943

Lichtenstein BC arbeitete mit einer Frequenz von 490 MHz mit einer Leistung von 1,5 kW. Die Reichweite betrug bis zu 3,5 km und eine Anlage wog nur 24 kg. Der Pilot konnte auf insgesamt 3 Schirmen den Abstand, die Seitenrichtung und die Höhe sehen. Es folgten mehrere verbesserte Versionen und es wurden auch spezielle Anlagen zur Ortung von Schiffen und U-Booten entwickelt. Hier muß die Anlage „Hohentwiel“ genannt werden, die u.a. in die Focke-Wulf-Condor eingebaut wurde, zweimotorige Langstreckenflieger, die über dem Atlantik feindliche Geleitzüge und U-Boote aufspürten.

Aber auch die Engländer benützten Radar zur Ortung von U-Booten. Anfangs benützten sie ein 1,5 m Radar.
Die Deutschen hatten die Metox-Anlage als Warngerät konstruiert, so daß das U-Boote abtauchen konnte, bevor z.B. ein Swordfish zu nahe herankam. Die Swordfish-Maschinen starteten typischerweise von einem Flugzeugträger aus und kontrollierten in einem bestimmten Gebiet, ob sich dort deutsche U-Boote aufhielten.
Zunächst zeigten sich allerdings Schwierigkeiten. Der Apparat war mit Ausrüstung im Innern des U-Boots über ein empfindliches Kabel verbunden, das durch die Luke eingeholt werden mußte, bevor das U-Boot tauchen konnte.
Als die Engländer im Dezember 1942 begannen, den neuen 10-cm H2S-Radar einzusetzen, waren die Deutschen zunächst ratlos. Der Metox-Apparat funktionierte nicht und die Engländer rechneten damit, daß die Deutschen nicht herausfinden würden, daß es sich um eine Radaranlage mit einem Frequenzbereich handelte, der über den für Radar üblichen Frequenzen lag.
Deutsche U-Boot-Besatzungen äußerten mehr oder weniger fantasiereiche Theorien über den Grund, warum feindliche Flieger und Zerstörer nun U-Boote überraschen konnten. Die deutschen Verluste stiegen, aber es dauerte nicht lange, bis man von deutscher Seite eine Lösung fand.
Der neue englische Radar war in bezug auf die rein technischen Spezifikationen nicht besser als der bis dahin auf deutscher Seite verwandte, arbeitete jedoch in einem Frequenzbereich, von dem man teils glaubte, daß ihn die Deutschen nicht beherrschten, und teils hoffte, daß sie gar nicht daran denken würden.



FW-Condor mit Antennen für das Schiffszielsuchgerät FuG „Rostock“

Der Hochfrequenzkrieg hatte die 1 GHz-Grenze überschritten. Bereits ein paar Monate später, nämlich im Februar 1943, wurde den Deutschen ein Exemplar des neuen englischen H2S-Radars frei Haus geliefert, nämlich eingebaut in eine Bombenmaschine, die über Rotterdam abgeschossen wurde.
Es bestand für die Deutschen keine technische Notwendigkeit für solch eine Entwicklung, die für die Engländer nur deshalb eine Rolle spielte, weil die Deutschen eine Zeitlang durch sie überrumpelt werden konnten. Der H2S-Radar hatte nur den technischen Vorteil, daß die Antennen wegen dem Luftwiderstand innen im Rumpf der Maschine angebracht werden konnten, aber die Ausrüstung wog erheblich mehr als die entsprechende deutsche, die mit niedrigeren Frequenzen arbeitete. Außerdem hatten die ersten englischen Maschinen ihr H2S-Radar in einer Kuppel an der Unterseite der Maschine eingebaut, was bestimmt keinen geringeren Luftwiderstand ergab als die deutschen Antennen.
Als die Deutschen den Frequenzbereich der englischen Apparate erst einmal kannten, war der Spuk schnell vorbei. Telefunken FuMB7 „Naxos“ wurde in die U-Boote eingebaut. Die Engländer wechselten zu einem neuen Frequenzbereich, H2S MK VI arbeitete mit 3 cm Wellenlänge und hatte einer Impulsleistung von 200 kW. Der deutsche Gegenzug war das FuMB 36 „Tunis“. Außerdem verwandten die Deutschen die gleiche Technik wie bei den heutigen „Stealth-Bombern“ der USA, nämlich, Teile des U-Bootes mit radarabsorbierendem Material zu überziehen.
Die Deutschen bauten nun auch Hochleistungs-Magnetrone, waren aber nie von deren praktischer Anwendbarkeit im militärischen Bereich überzeugt. Es blieb meist bei Versuchsserien. Aus den technischen Spezifikationen ergibt sich, daß diese Anlagen verhältnismäßig schwer sind, wenn die erforderliche hohe Leistung verlangt wird.
Für Radar über weite Entfernungen ist dieser Frequenzbereich weiterhin irrelevant, und während des Krieges interessierte man sich in Deutschland nicht gerade für die Produktion von Haushaltsgeräten.

Als die Alliierten im Sommer 1945 in der Normandie an Land gingen, fanden sie mehrere Würzburg-Riese-Radaranlagen in mehr oder weniger intaktem Zustand. Nun konnte endlich ihre Neugier befriedigt werden, wie das geheimnisvolle deutsche Radarsystem funktionierte. Die Würzburg-Anlage war von Spionagefotos bekannt, sie war sowohl aus der Luft wie auch ganz nahe an ihrem Standort fotografiert worden. Spione hatten sich in die deutschen Radarstationen eingeschlichen und es war ihnen in mehreren Fällen gelungen, gute Bilder der deutschen Anlage zu machen. Dennoch hatten die Alliierten Pech und konnten die Funktionsweise nicht den Fotos entnehmen.
Amerikaner und Engländer demontierten 1945 mehrere Anlagen und nahmen sie mit nach Amerika bzw. England, um sie dort näher zu untersuchen. Auch noch lange Zeit nach dem Krieg mußten sich die demokratischen Sieger mit der deutschen Radartechnik beschäftigen. So wurde z.B. 1948 in den USA eine Würzburg-Riese-Anlage aus zwei defekten Anlagen zusammengebaut, doch es gab ein unlösbares Problem: es fehlten Ersatzteile. Die deutsche Anlage bestand in hohem Maß aus Hightech-Produkten, die außerhalb Deutschlands nicht bekannt waren, so daß man nach dem Krieg nicht in der Lage war, die Anlagen in den Originalzustand zu versetzen und zum Funktionieren zu bringen. Denn die deutschen Fabriken hatten keine Ersatzteile mehr auf Lager und konnten sie auch nicht mehr produzieren.
Nicht die Deutschen, sondern die Engländer hatten im Februar 1943 Grund zu der Einsicht, daß sie technisch rückständig waren. In der Nacht zwischen 27. und 28. März 1942 kämpfte eine englische Kommandoeinheit an der französischen Kanalküste bei Bruneval die Mannschaft einer deutschen Radarstellung nieder und stahl u.a. die Sendeeinheit. Es gelang ihnen allerdings nicht, sich der Bildschirme zu bemächtigen, aber jetzt hatten die Engländer ein Exemplar eines deutschen Hochfrequenzgenerators. Allerdings hatten sie nicht die grundlegende Technologie, um das Gerät nachzubauen, und sie versuchten es auch gar nicht. Außerdem handelte es sich um eine – nach deutschen Maßstab – bereits veraltete Anlage des ersten Würzburg-Typs von 1937.

Nach 1945 konnte man zunächst keine Hochfrequenzgeneratoren bauen, die für die deutschen Radaranlagen paßten. Abgesehen von Deutschland hatten die Engländer die modernste Technik, aber auch sie hatten enge Grenzen für das Leistungsvermögen im buchstäblichen Sinn. Zwar kannten die Engländer sowohl Klystrone wie auch Magnetrone, aber sie konnten nicht die Leistung erbringen, die für eine dreidimensionale Radaranlage notwendig war.

Es ist einfacher, ein Radarsignal zu empfangen und zu verstärken, als ein Radarsignal mit großer Sendeleistung zu generieren. Die Engländer konstruierten daher Empfänger für höhere Radarfrequenzen und bauten sie in ihre Spionageflugzeuge ein, die über Deutschland deutsche Radarstationen und die Frequenzen, mit denen sie arbeiteten, aufspüren sollten.
Mit dieser Methode fanden die Engländer heraus, daß die Würzburg-Anlage mit einer Wellenlänge von 53 cm arbeitete. Durch Abwerfen von Stanniolstreifen mit der halben Länge, also 26,5 cm, konnte man die deutschen Anlagen „blind“ machen. Das gelang bei einer Bombardierung von Hamburg über Erwarten gut und die englischen Bomber kamen mit wesentlich

geringeren Verlusten davon als gewöhnlich. Zwar war den Deutschen rein theoretisch diese Möglichkeit der Radarstörung bekannt, aber sie hatten nicht damit gerechnet, daß so etwas auch eingesetzt würde. Nun trafen sie natürlich ihre Vorkehrungen. General Martini hatte darauf hingewiesen, daß es möglich war, die deutschen Radaranlagen mit solchen Methoden zu stören, aber die Deutschen glaubten nicht, daß die Engländer die deutschen Frequenzen kannten.
Die Verluste der Alliierten über Deutschland waren enorm, und so hoch, daß eine derartige Form des Luftkrieges vollkommen unvernünftig erscheinen mußte. Aber die Alliierten hielten die wirklichen Verluste an Besatzungen so weit wie möglich geheim, um Deutschland – koste es, was es wolle – zu zerschmettern.
Die kürzeste Wellenlänge, die den englischen Radaranlagen 1939 zur Verfügung standen, war 1,5 m. Die Engländer besaßen zwar Generatoren, die Hochfrequenz bis herab zu einer Wellenlänge von ca. 50 cm erbringen konnten, aber die Leistung war wesentlich geringer als bei den deutschen Anlagen, die somit in der Reichweite überlegen waren. Zu diesem Zeitpunkt arbeitete das deutsche Militär bereits mit 50-cm Wellen im routinemäßigen täglichen Einsatz.

Die Engländer begannen 1939 Untersuchungen unter der Leitung von Prof. Marcus Oliphant an der Universität Birmingham zur Entwicklung von Klystronen oder Magnetronen, die die erforderliche Sendeleistung bei höheren Frequenzen und damit kürzeren Wellenlängen erzeugen konnten. Man war in Zeitnot, da die Deutschen nicht die Hände im Schoß gehalten hatten und mit der Entwicklung der Scheibentriode als Hochfrequenzgenerator ein gutes Stück vorangekommen waren. Im Gegensatz zu sowohl Klystronen und vor allem Magnetronen ist die Scheibentriode ein ausgesprochenes „Hightech"-Produkt. Man kann die Situation mit heutigen Computern vergleichen. Die Taktfrequenz für die Prozessoren gehen immer höher – bis in den Gigahertzbereich – indem man die Dimensionen der integrierten Kreisläufe so klein wie möglich hält. Die Zeit, die die Elektronen brauchen, um sich zu bewegen, ist entscheidend. Während Klystrone und Magnetrone Resonanzelemente für die gewünschten Frequenzen benutzen, arbeitet die Scheibentriode so, daß sie die Laufzeit verkürzt, indem sie einfach die zurückzulegenden Abstände vermindert. Ein weiterer entscheidender Unterschied ist, daß die Scheibentriode mit elektrostatischer Steuerung der Elektronenbewegung arbeitet, während Klystrone und Magnetrone Magnetfelder benutzen.

Eine Scheibentriode hat daher sehr kleine Elektrodenabstände, die sich wie bei der herkömmlichen Elektronenröhre in einem Vakuum befindet. Es müssen ganz spezielle Metall-Legierungen und eine speziell entwickelte Keramik verwendet werden. Obwohl sich Engländer und Amerikaner ab 1941 auch mit Scheibentrioden versuchten, waren sie im Vergleich zu Deutschland hoffnungslos rückständig.



Würzburg-Riese: In der Mitte des Parabols sieht man den rotierenden Dipol.

Die ab 1939 in England gemachten Versuche mit Klystronen mußten aufgegeben werden, denn sie konnten nicht die nötige Leistung abgeben. Die Funktionselemente in einem Magnetron kannte man bereits – nicht zuletzt aus den wissenschaftlichen Publikationen der Deutschen aus der Zeit zwischen den Weltkriegen. Es mag ein bißchen übertrieben klingen, wenn man sagt, daß man ein Magnetron am Küchentisch bauen kann, aber das illustriert, wie einfach der Aufbau und die Funktion sind im Vergleich beispielsweise mit der Scheibentriode. Das grundlegende Funktionselement beim Magnetron (und namentlich bei dem Typ, den die zwei Engländer John Randall und Harry Boot dazu brachten, eine sehr hohe Leistung abzugeben), ist der Resonanzraum innen in der Röhre. Ein solcher Resonanzraum funktioniert nur bei ausreichend hohen Frequenzen.

Die Nachkriegs-Radaranlagen für große Abstände benützen Wellenlängen bis herab zu 25 cm. Für kürzere Abstände, wenn z.B. keine Höhenpeilung und andere speziellen Einzelheiten von Bedeutung waren, – wie z.B. bei Schiffsradar für die Hafennavigation usw. –, werden Wellenlängen bis zu 3 cm herab benutzt und hier kommt das Magnetron zum Einsatz.
Ein Würzburg-Riese kann nicht mit den Wellenlängen arbeiten, die ein Magnetron vom Typ H2S liefert. Das

Problem besteht darin, daß elektromagnetische Wellen bei Frequenzen über ca.1 GHz sozusagen die Fähigkeit verloren haben, sich nach den Seiten hin auszubreiten, ihre Ausbreitung erfolgt nur noch geradlinig. Wenn der Parabolspiegel auf das Ziel gerichtet wird und 10-cm Wellen aussendet, wäre die Streuung bescheiden im Vergleich zu 53-cm Wellen, die bereits eine sehr ausgeprägte Bündelung der Strahlung bewirken. Man kann natürlich Informationen über sowohl Höhe wie auch Seitenrichtung bekommen, indem man den Parabol auf das Ziel richtet und danach abliest, in welchem Winkel der Parabol eingestellt ist. Der Parabol muß somit ständig mechanisch dem Ziel nachgeführt werden und durch einen anderen Radar mit einem breiteren „Gesichtsfeld" gesteuert werden.

Die praktischen Erfahrungen haben gezeigt, daß beim Würzburg-Prinzip die unterste Grenze bei einer Wellenlänge von ca. 25 cm liegt. Das Würzburg-Prinzip wird noch heute angewandt und wird im angelsächsischen Sprachgebrauch als „conical scan-radar" bezeichnet. Beispielsweise wird sowohl bei Militärmaschinen wie auch bei zivilen Flugzeugen der Einflug in den Flughafen von einem Radar vom Typ Würzburg überwacht. Außerhalb Deutschlands konnte man aber bis 1945 keine 25-cm Wellen mit nennenswerter Leistung erzeugen und es dauerte auch nach 1945 einige Zeit, bevor man dazu imstande war – nicht einmal die ursprüngliche Arbeitsweise mit 50-cm Wellen konnte man erreichen.

Vor 1945 mußte man auch ein zweites Radar benutzen, um den Parabol auf das Ziel einzuschwenken, aber die Würzburg-Anlage hatte selbst ein so großen Sichtfeld, daß die Höhen- und Seitenpeilung rein elektronisch durchgeführt werden konnte.

Als die Engländer dann ihr Magnetron hatten, konnten sie auch das Problem der Seitenpeilung lösen. Man ließ einen H2S-Radar horizontal rotieren, damit konnte man einerseits die konventionelle Laufzeitmessung durchführen und andererseits hatte man aufgrund der ausgesprochenen „Bündelung" der Strahlung zugleich eine präzise Richtungsbestimmung. Aber die Höhe konnte man nur messen, indem man den Radarstrahl hochrichtete und dann den Winkel der Antenne feststellte.

In der Praxis verwendete man nur Anlagen, die in der waagrechten Ebene rotierten und das Echo auf einem Schirm entlang einer Linie aufzeichnete, die dem augenblicklichen Winkel des Senders entsprach. Dadurch bekam man eine „Panorama-Registrierung" der Umgebung, entsprechend der Reichweite des Radars, die ohne Parabolantenne recht bescheiden war.

Bis zum Dezember 1942, als das Hochleistungsmagnetron fertig entwickelt war, konnten die Engländer gerade einen 50-cm Radar für kurze Reichweite (mit knapp 600 MHz) bewerkstelligen. Ihr Radar für große Entfernungen kam nicht über 200 MHz (1,5 m Wellenlänge). Von hier bestand eine Riesenlücke bis zu den 3 GHz, die ihr neues Magnetron liefern konnte. Dieses war, wie schon erwähnt, erst im Dezember 1942 zum praktischen Einsatz bereit.

Die deutsche Kapitulation 1945 führte zu einem Technologieverlust, da die Produktionsanlagen völlig zerstört wurden und die Personen, die darüber Bescheid wußten, auf verschiedene Gefangenenlager verteilt waren. Zwar sammelten die Sieger deutsche Wissenschaftler zusammen, aber teils war es gar nicht möglich, sie alle zu finden, und teils waren nicht alle willig, für z.B. die Amerikaner zu arbeiten, wie etwa Willy Messerschmitt, der u.a. das Jagdflugzeug Me-109 und den ersten Düsenjäger Me-262 gebaut hatte. Nachdem seine Fabrikanlagen beschlagnahmt worden waren, weigerte er sich, für die Besatzungsmächte zu arbeiten und verlangte sein Augsburger Werk zurück. Darauf gingen die Alliierten nicht ein und Messerschmitt verweigerte sich.

Nach 1945 dauerte es einige Zeit, bevor das oben genannte Frequenzloch geschlossen wurde. Dies erfolgte teils durch die Entwicklung der Transistortechnik, sowie durch Klystrone und Wanderfeldröhren sowie MASER, einem Vorläufer des LASER.

In Bezug auf Radartechnik waren die Engländer und die übrigen kriegführenden Parteien also im Verhältnis zu Deutschland technisch rückständig, und es gelang ihnen nicht, während des Krieges den deutschen Vorsprung einzuholen.

Als man 1948 in den USA die wieder zusammengebaute Würzburg-Riese-Anlage zum Laufen bringen wollte, fehlten die notwendigen Scheibentrioden. Diese konnten auch nicht mehr beschafft worden – es war nicht mehr möglich, sie bei Telefunken in Deutschland zu bestellen.

Man entfernte daher die deutsche Elektronik und ersetzte sie mit Elektronik „made in USA", bei der sich als Kernstück ein Magnetron befand, das mit 2,8 GHz (also einer Wellenlänge von 11 cm) arbeitete.

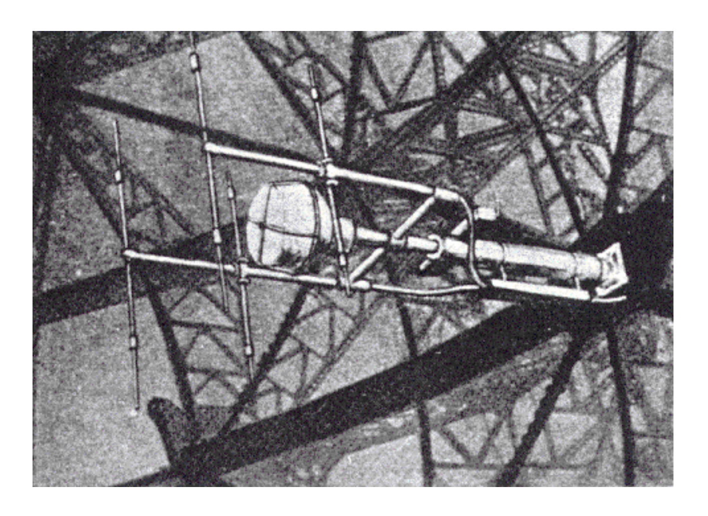
Danach konnten die Amerikaner – nicht ohne Stolz – mitteilen, daß die Anlage jetzt Flugzeuge in bis zu 600 km Abstand feststellen konnte, während die originale Anlage nur eine Reichweite von 70 km gehabt habe. Damit sollte die Überlegenheit der englischen und amerikanischen Hochfrequenztechnik dokumentiert werden und es war zu vernehmen: Hätte die politische und militärische Führung in Deutschland nur auf die Stimmen gehört, die Hochleistungsmagnetrone in Deutschland verlangt hatten, so hätten die Deutschen im Krieg über ein leistungsfähigeres Radarsystem verfügt.

Solche Behauptungen sind reine Propaganda. Es nützt herzlich wenig, ein Flugzeug in 600 km Entfernung orten zu können, – das ist die Aufgabe eines Frühwarnradars – wenn man nicht seine Höhe messen

kann. Die von den USA umgebaute Würzburg-Anlage konnte nämlich nicht in 3 Dimensionen arbeiten.
Die ursprüngliche Würzburg-Anlage war ein Kurz-bis-Mittelbereich-Radar für 3 Dimensionen. Ihre Reichweite sollte bewußt den Radius von ca. 70 km erfassen. Beim 7,5m Parabol lag die sogenannte Pulsrepetitionsfrequenz – abgekürzt PRF – hierfür bei 1875 Hz. Es wird ein Hochfrequenzimpuls von 1 Mikrosekunde Dauer ausgesendet, danach wartet man 530 Mikrosekunden bis zum nächsten Impuls. In diesem Zeitraum werden die reflektierten Impulse aufgesammelt. Der Radar kann nicht die ganzen 530 Mikrosekunden ausnutzen, da er sich auf den nächsten Impuls „vorbereiten" muß. Ein Impuls, der aus 70 km Entfernung reflektiert wird, ist insgesamt 140 km unterwegs. Der Impuls braucht 470 Mikrosekunden, um diese Strecke zurückzulegen. Die äußerste Grenze für die Reichweite bei voller Ausnutzung der 530 Mikrosekunden wäre also 79,5 km und die PRF war hierfür speziell gewählt. Beim H2S-Magnetron ist eine freie Wahl der PRF nicht möglich.
Die englischen 10-cm Magnetrone konnten 50 kW als Impulsleistung liefern. Es gibt keine Angaben über die Leistung des amerikanischen Magnetrons, der in die Würzburg-Anlage eingesetzt wurde. Es gibt aber Angaben über ein amerikanisches Magnetron eines vergleichbaren Typs von ungefähr 1975. Dieser arbeitete mit ca. 15 GHz und lieferte 125 kW als Impulsleistung mit einer Impulsdauer von 3 Mikrosekunden und einer maximalen PRF von ca. 330 Hz. Diese Zahlen sind recht realistisch und man kann damit bestimmt nicht die englische Anlage aus der Kriegszeit falsch einschätzen.
Wenn wir uns vorstellen, daß es möglich wäre, nach Einsetzung des amerikanischen Magnetrons in die Würzburg-Anlage ein Strahlenbündel von gleicher Qualität und räumlicher Anordnung zu erhalten, wie im Originalzustand der Anlage, können wir mit den oben genannten Zahlen einen Überschlag machen: (In Wirklichkeit kann man bei Frequenzen um die 3 GHz – ganz zu schweigen von 10 GHz – keinen Strahlenkegel mit der gleichen räumlichen Verteilung wie bei Frequenzen unter 1 GHz erlangen.) Diese räumliche Anordnung der Strahlung ist eine absolute Voraussetzung für das Funktionieren des Radars. Ab ca. 2 GHz wird die Strahlung allzusehr gebündelt.
Der Würzburg-Radar hatte eine Impulsleistung von 50 kW, also insgesamt 1875 x 50.000 / 1.000.000 = 93,75 Watt. Für die modifizierte Ausgabe können wir (wenn wir mit Hinblick auf die Vergleichbarkeit das 10-cm Magnetrons aus der Kriegszeit benützen, das auch 50 kW lieferte) annehmen, daß dessen PRF bei 330 Hz liegt: 3 x 330 x 50.000 / 1.000.000 = 49,50 Watt. Es ist also klar in der Leistung unterlegen, wenn man auch die PRF des Radars berücksichtigt, was u.a. Bedeutung für das Signal/Geräusch-Verhältnis hat, das Auskunft darüber gibt, wie gut der Radar schwache Signale verwerten kann.
Der Gerechtigkeit halber muß festgestellt werden, daß der Magnetron-Radar mit einer sehr hohen Leistung in eine Richtung sendet und daß das 3-cm Magnetron eine Impulsleistung von 200 kW hatte. Aber das Magnetron kann nicht für dreidimensionalen Radar gebraucht werden und gerade in der dreidimensionalen Technik hatten die Deutschen einen gewaltigen Vorsprung.
Zum Vergleich: Das erste Magnetron, das in England überhaupt praktisch angewandt wurde, hatte eine Impulsleistung von 10 kW – nach der obigen Formel also eine Sekundenleistung von 9.9 Watt. Telefunken hatte in Deutschland bereits 1938 ein Magnetron, das mit 5 cm Wellenlänge 1 Watt als konstante Leistung abgab. Gegen Ende des Krieges besaß Telefunken Magnetrone, von denen eines bei 9,5 cm 1 MW (Megawatt) Impulsleistung abgab, ein anderes bei 8 mm Wellenlänge 1,5 kW als Impulsleistung. Die Deutschen hatten allerdings Probleme, die die Engländer nicht hatten: Es fehlten in Deutschland Materialien, um gute Magnete zu bauen.
Als, wie oben angeführt, 1943 in Bruneval der Sendekopf einer Würzburg-Anlage gestohlen wurde, wußten die Engländer bestimmt, daß die Deutschen rotierende Radarköpfe in ihren Parabolen benutzten, und sie konnten sich natürlich auch ausrechnen, zu welchem Zweck. Aber das half ihnen nicht weiter, weil sie nicht 50-cm Generatoren mit der erforderlichen Impulsleistung bauen konnten.
Das ist auch der Grund, warum ihnen ihr Wissen über eine noch modernere Ausgabe des Würzburg-Radars nichts nützte, nämlich des Lichtenstein-Radars, der in Flugzeuge eingebaut werden konnte. Die Engländer bekamen 1944 durch einen Zufall eine komplette Ju-88 mit der neuesten Lichtenstein-Anlage an Bord in ihre Hand. Diese Anlage arbeitete nicht mit einem rotierenden Sendekopf, sondern simulierte die Drehung elektronisch. In den USA begann man, mit dieser Technik zu experimentieren, – möglicherweise sogar bevor man von der deutschen Technik erfuhr. In den USA sprach man vom sog. „lobe-switching", lag aber in der Entwicklung zurück, weil die geeigneten Generatoren fehlten.
Die Amerikaner benutzten die modifizierte Würzburg-Riese-Anlage für Versuche bis 1957, dann landete sie in einem Lager der amerikanischen Marine. Sie wurde 1992 an Deutschland zurückgegeben und darauf in einem Museum aufgestellt. Man hatte 1948 ein deutsches Hochtechnologie-Produkt mit einer Hochfrequenzquelle zusammengekoppelt, die besser in einen Mikrowellenofen gepaßt hätte. Zu dieser Erkenntnis gelangte man schließlich auch.

Wie oben erwähnt war ein Würzburg-Riese auch vor 1945 im Originalzustand im Prinzip blind, wenn er sich

selbst überlassen war. In der Praxis wurde daher die Würzburg-Anlage mit einer Freya-Anlage zusammengekoppelt, die einen breiteren Suchwinkel als die Würzburg-Anlage hatte, die nur in einem verhältnismäßig schmalen Strahlenkegel „sehen“ konnte. Die Freya-Anlage konnte angeben, wohin die Würzburg-Anlage den Parabol drehen sollte. Mit deren ungeheuer genauen Höhen- und Richtungsmessung konnten die deutschen Jägermaschinen dann in die richtige Position und Höhe dirigiert werden.



Der rotierende Dipol, zwecks größerem Suchwinkel von Extra-Antennen umgeben.

Eine andere Lösung bestand darin, die Würzburg-Anlage mit zwei Radarprinzipien gleichzeitig laufen zu lassen. Man brachte dafür zur Höhen- und Seitenbestimmung Antennen für eine etwas längere Wellenlänge in den Brennpunkt des Parabols um den rotierenden Dipol herum. Damit konnte die Würzburg-Anlage zur Seite und in die Höhe „sehen“ und eine grobe Bestimmung der Position der einfliegenden Maschinen vornehmen. Diese Bestimmung erfolgte mit einer wesentlich größeren Reichweite als die ca. 70 km, in denen man um 1943 die Höhen- und Richtungspeilung vornehmen konnte. Der Parabol wurde danach in den richtigen Winkel zwecks genauerer Messung gedreht.

Als man in Deutschland erfuhr, daß die Engländer in Flugzeugen Magnetrone im Frequenzbereich über 1 GHz benutzten, versuchte man nicht, diese in Anlagen für große Reichweiten zu benutzen. Man verglich mit den bekannten deutschen Anlagen für Navigation und Feuerleitung. Diese Versuche fielen nicht zum Vorteil der Magnetron-Anlagen aus.

Die englischen Radaranlagen ersparten übrigens den Deutschen einige Mühen. Man brauchte von deutscher Seite keine Strahlung auszusenden – den brachten die Bombermaschinen selbst mit. Sie hatten einen sog. Rückwarnradar gegen von hinten kommende deutsche Jagdflieger. Wenn der H2S-Radar aktiv war, brauchten die deutschen Jagdflieger nur die sogenannten S- und X-Bänder abzusuchen. Damit konnten sie einfliegende Maschinen orten.

Stephen F. Pinter – ein früher Revisionist

Von Klaus Schwensen

In der katholischen amerikanischen Sonntagszeitung „Our Sunday Visitor" erschien im Juni 1959 ein Leserbrief, der es in der revisionistischen Geschichtsforschung zu einer gewissen Berühmtheit gebracht hat. Dies liegt einerseits am Inhalt, zum anderen aber auch an der früheren Dienststellung seines Verfassers. Was den Inhalt betrifft, so ging es um ein damals wie heute brisantes Thema, nämlich die Existenz von Gaskammern zur Ermordung von Menschen in den deutschen Konzentrationslagern.

Der Verfasser des Briefes war ein gewisser Stephen F. Pinter, Rechtsanwalt aus St. Louis, Missouri. Pinter hatte nach Kriegsende als Attorney des U.S. War Departments bei der Verfolgung deutscher Kriegs- und KZ-Verbrechen mitgearbeitet. Mit dem Leserbrief hatte sich also ein kompetenter Zeitzeuge von alliierter Seite zu Wort gemeldet, einer, der über die Existenz von Gaskammern Näheres wissen mußte. Die Kernaussage des Pinter-Briefes, daß es solche Gaskammern in den von ihm besuchten Lagern nicht gegeben habe, hat daher Gewicht.

Der Leserbrief wurde, vermutlich über deutsche Briefpartner Pinters, bald auch in nationalen Kreisen der BRD bekannt. Über die Person Stephen F. Pinters wußte man lange Zeit nur das Wenige, was er selbst von sich erwähnt hatte. So ist es nicht verwunderlich, daß falsche Behauptungen aufgestellt wurden, die auf Mißverständnissen oder reiner Spekulation beruhen, so z.B. daß Pinter ein deutsch-jüdischer Emigrant gewesen sei, daß er den Doktor-Titel führte, oder daß er eine alliierte Untersuchungskommission in Mauthausen geleitet hätte. Nachstehend folgt das Ergebnis einer Recherche zu Stephen F. Pinter, deren Ziel es war, möglichst alle seine Schriften zu erfassen und mehr über seine Person zu erfahren.

1. Die Pinter-Texte

Zu dem erwähnten Leserbrief an den „Sunday Visitor" (1959) kamen in den folgenden Jahren einige weitere Texte hinzu, und es tauchten drei ältere Texte auf, die von Pinter stammen könnten. Insgesamt kennen wir heute neun Texte, die (wahrscheinlich oder authentisch) von Pinter stammen, und die wir hier in chronologischer Reihenfolge bezeichnen wollen wie folgt: Text A,[1] Text B,[2] Text C,[3] Text D,[4] Text E,[5] Text F,[6] Text G,[7] Text H[8] und Text I.[9]

Die beiden frühesten Texte (Text A, B) sind anonym und der dritte (Text C) unter Pseudonym erschienen. In der „Anthologie Révisionniste",[10] einer in Frankreich erschienenen Sammlung revisionistischer Texte, wurden bereits 2002 fünf der genannten Texte (Text C, D, E, F, H) in französischer Übersetzung abgedruckt.

Die drei „Pinter-verdächtigen" Texte

Wie aus dem Inhalt selbst oder Hinweisen der Herausgeber hervorgeht, stammen die ersten drei Texte (A, B, C) von einem US-Amerikaner. In einem Fall (Text A) wird vom Herausgeber erwähnt, daß er ein amerikanischer Jurist gewesen sei. Die Kompetenz des Autors in Sachen Kriegsverbrecherverfolgung ist bei allen drei Texten unverkennbar. Die Indizien sind derart, daß man sich fragt: Wenn diese Texte *nicht* von Pinter stammen – von wem dann sonst? Obwohl sich die Texte A, B und C nahtlos in das Bild einfügen, das wir von Stephen F. Pinter haben, so ist seine Urheberschaft damit natürlich nicht bewiesen. Warum hatte es der Verfasser dieser Artikel eigentlich nötig, im Dunkeln zu bleiben? Wenn *Pinter* der Verfasser war, so liegt die Erklärung auf der Hand:

Als die Analyse des Baldwin-Berichts (Text A[1]) entstand (Oktober 1949), hatte Pinter den Dienst beim U.S. War Department knapp ein Jahr vorher beendet und war als freier Rechtsanwalt auf die Zulassung zu amerikanischen Militärgerichten angewiesen. Er war daher kaum in der Position, den Bericht einer Senats-(Unter-) Kommission unter Leitung des mächtigen Senators Raymond E. Baldwin in einer so heiklen Angelegenheit zu zerpflücken. Schließlich ging es hier um Rechtsbrüche und Vergehen von Angehörigen amerikanischer War Crime Commissions, die dem War Department unterstanden, d.h. Pinter mußte sich hier gegen seine eigenen früheren „Kameraden" wenden.

Beim Text B[2] (1954) ging es um die Entlassung der letzten in Landsberg einsitzenden „Kriegsverbrecher", wobei man den Entlassenen durch strengste Auflagen untersagte, sich über ihren eigenen Fall zu äußern – ein Maulkorb, durch den sie als Zeitzeugen zum Verstummen gebracht wurden. Die Entlassungen „on parol" glichen wahren Knebelverträgen. Der unbekannte amerikanische Briefschreiber schickt nun Kopien der amtlichen, aber geheimen US-Formulare, die er durch eine Indiskretion bekommen hat, nach Argentinien, um sie dort veröffentlichen zu lassen und

die „On Parol“-Praxis anzuprangern. Auch dies war Grund genug, sich und seinen Gewährsmann zu schützen.

Der dritte Text (Text C) ist der Artikel eines „Dr. Warwick Hester“ (Pseudonym), den dieser 1954 an eine kleine deutschsprachige Zeitschrift in Buenos Aires schickt[3]. Der Artikel ist wegen seiner typisch revisionistischen Denkweise zu einem so frühen Zeitpunkt bemerkenswert. Die Beobachtungen und Überlegungen „Warwick Hesters“ sind auch heute, nach 50 Jahren, noch verblüffend aktuell. Auch die Kräfte, die einer freien Diskussion dieser Dinge entgegenstanden, sind noch die selben. So braucht man den Grund, warum der Verfasser seine Erfahrungen nur unter Pseudonym schildern mochte, gar nicht zu erläutern – wir Heutigen können es ihm sehr gut nachfühlen!

DIE AUTHENTISCHEN TEXTE

Bei den *authentischen* sechs Pinter-Texten (D – I) handelt es sich um drei Leserbriefe, einen Artikel, eine eidesstattliche Erklärung und einen Privatbrief. Sie enthalten Aussagen zu folgenden, auch heute noch aktuellen Themen:

- Gaskammern im Altreich – ja oder nein?

Diese Frage ist auch heute noch nicht eindeutig beantwortet. Unter „Altreich“ versteht man hier Deutschland in den Grenzen von 1937, und mit „Gaskammern“ nur solche *zur Tötung von Menschen*, denn daß in den Konzentrationslagern Gaskammern zur Entlausung von Textilien in großem Umfang verwendet wurden, wird ja von niemand bestritten. Laut Pinters Leserbrief[5] gab es *keine* Gaskammer in Dachau und „keine Gaskammer in irgendeinem der anderen Lager in Deutschland“, womit er offenbar nur diejenigen Lager meinte, die er selbst besucht hatte. Bei diesem wichtigen Punkt hätte man sich etwas mehr Präzision gewünscht. Anscheinend auf eine gezielte Nachfrage R. Millers präzisiert Pinter immerhin später[9]: „Da ich während meiner Stationierung in Dachau einige Monate über Flossenbürg und seine Außenlager recherchiert habe, so kann ich [wenigstens] über diese sprechen.“

- KL Flossenbürg

In dem ehemaligen Konzentrationslager soll es, wie den Besuchern erzählt wurde, eine Gaskammer und einen Massenerschießungsplatz gegeben haben, wo Tausende von Häftlingen umgebracht wurden. Hierzu Pinter: Es gab in dem Lager „weder eine Gaskammer noch einen Massenerschießungsplatz“ (Text H). Während der Jahre des Bestehens dieses Lagers sind „nicht einmal 300 Personen umgekommen, sei es durch Exekutionen oder aus sonstigen Ursachen“ (Text D). Mit den „nicht einmal 300 Personen“ bezieht sich Pinter offenbar auf die Anfangsjahre des Lagers; gegen Kriegsende stieg die Sterberate, wie er an anderer Stelle selber schreibt, gewaltig an.

- Die ungesetzliche Erlangung von Zeugenaussagen

Bei der Vorbereitung der Kriegsverbrecher- und KZ-Prozesse durch die U.S. War Crimes Commissions kam es zu schweren Rechtsverstößen durch die amerikanischen Vernehmer, so daß „leider viele unschuldig verurteilt und einige auch hingerichtet“ wurden (Text F).

- Zur 6-Millionen-Zahl:

> *„Soweit ich in 6 Nachkriegsjahren in Deutschland und Österreich feststellen konnte, wurde* [*zwar*] *eine Anzahl von Juden getötet, wobei aber die Zahl von einer Million sicher nie erreicht wurde“ (Text E).*

Und:

> *„Ganz allgemein, schrieb ich vor vielen Jahren schon an unsere Lokalzeitung, daß die Behauptung von der Ausrottung der jüdischen Rasse stark übertrieben wäre, daß ich jüdische Klienten hatte, die in der Hitler-Zeit in Deutschland, Polen und anderen Ländern gelebt hatten und für die ich Hunderttausende von Dollars erstritt, wobei ich ihre Geschichte aus erster Hand erfuhr und demzufolge behaupten kann, daß die SECHS-MILLIONEN-Story ein Mythos ist“ (Text I).*

Mit einer solchen Aussage hätte sich Pinter wahrscheinlich im Deutschland des Jahres 2005 strafbar gemacht.

Einige der Texte verdienen eine nähere Betrachtung, jedoch muß dies aus Platzgründen an anderer Stelle erfolgen. Pinters Aussagen haben Gewicht, da er als Attorney des US War Department und aufgrund seiner dienstlichen Tätigkeit zu denen gehörte, die es wissen mußten.

2. Wer war Stephen F. Pinter?

Seit Erscheinen des Leserbriefs im „Sunday Visitor“ (1959) haben sich Zeitgeschichtsforscher in Deutschland, Frankreich, Kanada und Österreich für die Person Pinters interessiert. Es ist bezeichnend, daß diese Nachforschungen ausschließlich von privaten „Einzelkämpfern“ angestellt wurden. Für die Hochschul- und Auftragsforschung war und ist ein Zeitzeuge wie Pinter dagegen eine „Unperson“. In der bereits erwähnten französischen Anthologie[10] wird Pinter zu Recht unter die frühen Revisionisten eingereiht. Dem Herausgeber Jean Plantin gelang es, einige persönliche Daten Pinters zu ermitteln, z.B. die in USA sehr wichtige Social Security Number (SSN). Damit war immerhin bewiesen, daß Stephen F. Pinter kein Phantom war, sondern ein Mensch, der auf dieser

Erde gewandelt ist. Wenn es trotzdem so schwierig war, mehr über diesen Mann zu erfahren, so liegt das wohl daran, daß er ein ganz normales, bürgerliches Leben führte und weder durch politische noch publizistische Betätigung hervortrat – abgesehen von den hier erfaßten, wenigen und meist an entlegener Stelle erschienenen Texten. Das Leben eines geachteten Rechtsanwalts im amerikanischen Mittelwesten ist nicht der Stoff, der einen in die Schlagzeilen bringt.

Im Rahmen der vorliegenden Recherche wurden, ausgehend von den wenigen persönlichen Angaben in Pinters Texten, zahlreiche Anfragen an Institutionen und Behörden in USA gerichtet – meist ergebnislos. Das Benton College, an dem er studierte, existiert nicht mehr. Einer Anwalts-Sozietät oder Firma gehörte er als selbstständiger Anwalt nicht an. Bei der Rechtsanwaltskammer „Missouri Bar“ wurde er offenbar nur als „Karteileiche“ geführt. Eine Familie Pinter, die in St. Louis lebt, ist nicht mit ihm verwandt.[11] Schließlich war das Ehepaar Pinter in hohem Alter noch von St. Louis nach Kalifornien verzogen – mit unbekanntem Zielort. Kinder, die hätten Auskunft geben können, hatten sie nicht. Es war wie verhext.

Ebenso schwierig war es, Auskünfte über Pinters Nachkriegstätigkeit zu erlangen. Wie er in einem deutschsprachigen Leserbrief erwähnt, hatte er in Nachkriegs-Deutschland den Rang eines „Obersten“ innegehabt[4]. Anfragen nach „Colonel Stephen F. Pinter“ beim National Personnel Records Center liefen ins Leere, bis sich herausstellte, daß Pinter dort nicht als Offizier, sondern als Zivilangestellter geführt wurde. Erst die Anfrage bei dem für diesen Personenkreis zuständigen Amt[12] erbrachte einige Unterlagen aus Pinters Personalakte.

Letztlich waren es kleine, scheinbar unwichtige Fingerzeige, die weiterhalfen. So ergab sich aus einem Paßantrag Pinters aus dem Jahre 1948 sein Geburtsort, und dort fand sich eine Nichte Pinters, die einige Erinnerungen an ihren Onkel beitragen konnte. Bei einer Internet-Recherche[13] fand sich Pinters Todesdatum zwar verzeichnet, nicht aber sein letzter Wohnort. Im Einwohnerverzeichnis von St. Louis, wo Pinter jahrzehntelang gelebt hatte, fand sich jedoch der Vorname seiner zweiten Ehefrau – Lucia. Und in ihrem Fall führte die Internet-Recherche zum letzten Wohnsitz des Ehepaars: Hemet, Riverside County, California.

Einige Angaben bestätigte Pinter, im Alter von 85 Jahren, selbst noch in einem Brief[9] an den kanadischen „Pinter-Forscher“ Robert J. Miller, der ihm anscheinend gezielt einige Fragen zu seiner Biografie gestellt hatte. Faßt man alle verfügbaren Angaben zusammen, so läßt sich Pinters Lebenslauf heute wie folgt rekonstruieren:

Stephen F. Pinter wurde am 23. Nov. 1888 in dem Dorf Deutsch-Schützen[14] im österreichischen Burgenland geboren. Er war also kein Reichsdeutscher, sondern kam als Bürger der k. u. k. Monarchie und Untertan des Kaisers Franz Joseph zur Welt. Der zweite Vorname war bisher unbekannt. In dem Paßantrag[15] ist das „F.“ ergänzt durch „Frank“, aber in einem Personalfragebogen[16] steht „FRANCIS“. Im alten Österreich hieß natürlich kein Mensch Stephen oder Francis. Pinters Taufnamen waren wahrscheinlich Franz Stephan,[17] die er in Amerika anglisiert hat.

Im Jahre 1906 wanderte Franz Stephan Pinter mit 17 Jahren nach Amerika aus. Seine Eltern, die in einfachen Verhältnissen lebten, konnten ihm nicht viel mehr als die Überfahrt bezahlen. Er ging nach St. Louis, wo es damals noch ein „German Quarter“ gab und wo anscheinend jemand für ihn, den mittellosen jungen Einwanderer, zu bürgen bereit war. Im Jahre 1909, mit 21 Jahren, heiratete er seine erste Frau Anna Maria, die wie er aus Österreich-Ungarn stammte. Aufgrund seines Fleißes, seiner Begabung und vermutlich mit Hilfe seiner Frau konnte Pinter ein Jura-Studium absolvieren (1912–1918). Er besuchte das Benton College of Law in St. Louis und beendete sein Studium mit dem „Bachelor of Laws“.[18] 1917 wurde er Mitglied der „Missouri Bar“, einer Rechtsanwaltskammer.[19] Im Jahre 1920, mit 32 Jahren, ließ er sich als Rechtsanwalt in St. Louis nieder und erwarb 1924 die amerikanische Staatsbürgerschaft[6].

Bis zum Ende des 2. Weltkrieges arbeitet Pinter als selbstständiger Rechtsanwalt (Attorney at Law). Er beschäftigt eine Stenotypistin und einen Ermittler (investigator). Seine anwaltliche Tätigkeit beschreibt er wie folgt: „Zivilprozesse aller Art. Vorbereitung von Rechtsfällen, Revisionen und Berufungen. Etwas Rechtsberatung für Firmen und eine Bank“ (Trial of all kinds of law suits. Preparation of cases and appeals. Some corporation law work and was counsel for a bank).

3. Anstellung beim U.S. War Department

Im September 1945 bewirbt sich Pinter, im Alter von fast 57 Jahren, bei der U.S. Civil Service Commission um eine Anstellung als „Anwalt für Kriegsverbrecherprozesse“ in Deutschland (Lawyer for war criminal trials). *Ein* Grund dafür war sicherlich der Wunsch, nach 40 Jahren die alte Heimat einmal wiederzusehen, in der nun Not und Elend herrschten. Außerdem suchte das US War Department, das für die Kriegsverbrecherverfolgung (War Crimes Program) zuständig war, Juristen mit deutschen Sprachkenntnissen. Unter den deutschsprechenden amerikanischen Juristen, die nach Europa gesandt wurden, dominierten deutsch-jüdische Emigranten, viele davon von Haß- und Rachegefühlen erfüllt. Pinter war dagegen ein „echter“ Deutsch-Amerikaner. Er bekam den Job, wie man ihm in Washington sagte, weil er „keine persönliche Rechnung zu begleichen hatte“[9]. Am 13. Januar 1946 wird Pinter in St. Louis vereidigt. Sein Arbeitgeber ist

das Office of the Secretary of War, Civilian Personnel Division. Die Anstellung erfolgt als Attorney und als Zivilangestellter auf unbestimmte Zeit, mindestens aber 2 Jahre.

Der Angestellte unterstand dem Militärrecht und war verpflichtet, sofern erforderlich Uniform zu tragen. Diese Verpflichtung könnte den Widerspruch erklären, der darin besteht, daß Pinter, wie er in einem seiner Texte[4] erwähnt, den „Rang eines Obersten" innehatte, andererseits aber als „Zivilangestellter" geführt wurde. Offenbar wurde vielen Zivilangestellten des War Department rein formal ein militärischer Rang verliehen, da ja mit der Uniform irgendein Rang verbunden sein mußte. Bei Pinters Tätigkeit und Lebensalter wäre das sehr wahrscheinlich Colonel (Oberst) gewesen. Ein vergleichbarer Fall ist der Hollywood-Regisseur Billy Wilder, den man 1945 als Chef des Film Department im Amt für Psychologische Kriegsführung nach Bad Homburg geholt hatte. Auch Wilder erwähnt, daß er damals Oberst gewesen sei.[20] Es scheint aber, daß die U.S. Army sehr wohl zwischen den „echten" und den nur „formalen" Offiziersrängen unterschied.[21]

Noch am Tag seiner Vereidigung in St. Louis (13.1.1946) begibt sich Pinter laut Marschbefehl per Bahn nach Washington, um sich beim U.S. War Department vorzustellen und letzte Weisungen zu empfangen. Die Weiterreise nach Deutschland erfolgte am 15. Januar 1946 von New York per Flug.

4. Tätigkeit im War Crime Program: 1. Dachau

Die Amerikaner hatten das ehem. KL Dachau zu einem Internierungslager für deutsche (angebliche oder tatsächliche) Kriegs- und KZ-Verbrecher umfunktioniert, dort war der Sitz einer ihrer War Crimes Commissions[22] und dort wurden seit Sommer 1945 die „Dachauer Prozesse" durchgeführt. Wahrscheinlich am 16. Januar 1946 trifft Pinter in Dachau ein. Vier Wochen vorher war der „Dachau-Prozeß" gegen die SS-Führung dieses Lagers zu Ende gegangen (15.11.–13.12.1945). Es folgten der „Mauthausen-Prozeß" (29. 03.–13.05.1946) und der „Malmedy-Prozeß (16.05.–16.07.1946), mit denen Pinter aber nichts zu tun hatte.

In einem *englischsprachigen* Leserbrief[5] bezeichnet Pinter seine Position als die eines „U.S. War Department Attorney", also eine Art Untersuchungsrichter. Aus den Personalunterlagen geht hervor, daß er über einen Assistenten und eine Sekretärin verfügte. Zu seinen Aufgaben gehörte die Sammlung von Anklage- bzw. Beweismaterial gegen die Beschuldigten (das ehemalige SS-Personal der Konzentrationslager), die Vernehmung von ehemaligen KZ-Häftlingen als Zeugen und die Prozeßvorbereitung. Seine Aufgabe sah er darin, „die früheren Offiziere und Angestellten des Lagers zu prüfen und – so weit dies möglich war – zu entlassen"[4]. Diese Formulierung ist bemerkenswert, da die meisten seiner Kollegen damals eine ganz andere Dienstauffassung vertraten – nämlich möglichst viele der Angeklagten an den Galgen zu bringen. Ein typischer Vertreter dieser Denkweise war der Hauptankläger in drei Dachauer Hauptverfahren (dem Dachau-, dem Mauthausen und dem Buchenwald-Hauptverfahren), Lt. Colonel (Oberstleutnant) William D. Denson.

Im Prozeß trat der Attorney dann in der Rolle des Anklägers (Staatsanwaltes) auf. In vier seiner *deutschsprachigen* Texte beschreibt Pinter seine Position einmal als „Heeresrichter im Rang eines Obersten"[4], einmal schreibt er, daß er „als U.S. Armeeanwalt tätig war, und zwar als Ankläger"[6], einmal bezeichnet er sich als „Gerichtsoffizier"[7] und einmal als „US-Armeeanwalt"[8]. Diese scheinbaren Widersprüche (Richter, Anwalt, Ankläger) sind leicht zu erklären. Ein amerikanischer Attorney hat nämlich keine Entsprechung im kontinental-europäischen Rechtssystem, und seine Tätigkeit umfaßt die Funktion eines Untersuchungsrichters und Staatsanwaltes gleichermaßen.

Als er nach Dachau kam, schreibt er, „war ich in meinem Dienstbereich der rangälteste Offizier und hatte infolgedessen volle Handlungsfreiheit". So konnte er sein erstes Untersuchungsobjekt frei wählen und entschied sich für das ehemalige KL Flossenbürg, das „überhaupt noch nicht geprüft worden war". Pinter fuhr nach Flossenbürg, ließ die erbeuteten SS-Akten dieses Lagers nach Dachau bringen und besuchte später alle DP-Lager,[23] wo sich ehemalige Flossenbürg-Häftlinge aufhielten. Er schreibt, daß er „Hunderte, wenn nicht Tausende" vernommen bzw.„mit Tausenden dieser Leute" gesprochen habe.[4, 8] Dies klingt zwar wie eine Übertreibung, aber wir müssen uns das wohl so vorstellen, daß die ehemaligen Flossenbürg-Häftlinge zusammengerufen und gefragt wurden, ob sie etwas auszusagen hätten. So konnte man schnell aus der Masse der Ex-Häftlinge die relevanten Zeugen herausfiltern und ihre Aussagen schriftlich festhalten. Nachdem er mehrere Monate lang die verschiedenen DP-Lager besucht hatte, kehrte Pinter nach Dachau zurück.

Der Flossenbürg-Prozeß begann am 12.6.1946. Pinter war einer von mehreren Anklagevertretern. Obwohl das KL Flossenbürg nur ein kleineres Lager gewesen war, sollte sich der Prozeß bis zum 22.1.1947 hinziehen – mehr als sieben Monate. Er wurde damit zum längsten aller vor amerikanischen Militärgerichten geführten Konzentrationslager-Prozesse. Die lange Prozeßdauer hatte nicht unbedingt etwas mit der Zahl von 52 Angeklagten zu tun, denn der Mauthausen-Prozeß mit 61 Angeklagten hatte z.B. nur sechs Wochen gedauert. Möglicherweise waren also für die lange Dauer des Flossenbürg-Prozesses andere Gründe verantwortlich.[24]

Nach allem, was wir von Pinter wissen, vertrat er im Gegensatz zur Kollektivschuldthese eine „altmodischere“, pragmatische – und menschlichere Auffassung. Damit stand er zwar im Einklang mit seinem christlichen Glauben, aber sicher nicht mit dem damaligen Zeitgeist. Als echter Deutsch-Amerikaner (daß er aus Österreich stammte, spielt hier keine Rolle) war Pinter unter seinen Kollegen in Dachau eine seltene Ausnahme, denn die meisten der deutschsprechenden Amerikaner bei der US-Kriegsverbrecherverfolgung waren deutsch-jüdische Emigranten. Pinter, der anscheinend Sympathie für die besiegten Deutschen empfand und seinen Auftrag objektiv und gerecht auszuüben bestrebt war, muß mit innerem Widerwillen mit angesehen haben, mit welchen Methoden manche seiner Kollegen gegen die Beschuldigten vorgingen, um „Geständnisse“ zu erpressen. Es herrschten Zustände, die der amerikanischen Rechtstradition Hohn sprachen, und die 1948/49 zur Einsetzung von Untersuchungskommissionen durch den US-Kriegsminister bzw. den Kongreß führten. Pinter in seiner nüchternen Art schreibt:

> *„Während ich aber in jeder Weise mein bestes tat, um das wirklich anständige Recht zu vertreten und die Justiz des Hasses zu verhindern, gab es dort eine Anzahl von Personen, die immer wieder falsche oder unbegründete Anklagen gegen deutsche Gefangene erhoben und mit Hilfe notorisch meineidiger Zeugen vor den damaligen militärischen Gerichten sehr oft Erfolge erzielen konnten, die den wirklichen Tatsachen nicht entsprachen. Als Resultat solcher Mißjustiz wurden leider viele unschuldig verurteilt und einige auch hingerichtet. Von den großen Verhandlungen in Dachau waren es besonders der Malmedy-Prozeß und die KZ-Lager-Fälle Mauthausen und Buchenwald, die während meiner dortigen Anwesenheit aber nicht Anteilnahme* [*Teilnahme, Mitwirkung*], *wegen ihrer Unrechtmäßigkeiten bekannt waren.“* [6]

Nach Abschluß des Flossenbürg-Hauptverfahrens fanden noch mehrere Folge-Prozesses statt. Pinter beschreibt damals seine Tätigkeit in einem Fragebogen[25] wie folgt:

> *„War Prozeßvertreter des Judge Advocate in einem Hauptverfahren. Nahm teil als Anklagevertreter und war zuständig für die Verwaltung und die Organisation der Aktenablage. Bin z.Z. zuständig für die Nachfolgeverfahren des Flossenbürg-Prozesses. Engagiert in Beweiserhebung (staging) und Vernehmung von Beschuldigten zwecks Feststellung, ob sie angeklagt oder freigelassen werden sollen.“*

Im Sommer 1947 bemühte sich Pinter anscheinend um eine Versetzung nach Salzburg, oder es wurde ihm eine solche angeboten, was ihm willkommen gewesen sein dürfte, da er dort seiner burgenländischen Heimat näher war. In dieser Zeit fanden in Dachau der „Mühldorf-Prozeß“ (01.04. – 13.05.1947) und der „Buchenwald-Prozeß“ (11.04. – 14.08.1947) statt, an denen Pinter aber nicht beteiligt war. Wahrscheinlich im Juli 1947 geht er nach Salzburg[6].

5. Tätigkeit im War Crime Program: 2. Salzburg

Die Versetzung nach Salzburg bedeutete einen Wechsel von der 7708 War Crimes Group zur Judge Advocate Section. Pinter wird befördert zum Hauptverteidiger (Chief Defense Counsel) in Österreich[9], denn die Verteidigung vor den Militärgerichten wurde ja durch *amerikanische* Juristen wahrgenommen. Sein Wohnsitz war das 5-Sterne-Hotel „Bristol“, das damals offenbar von der Besatzungsmacht beschlagnahmt worden war. [26+27]

An welchen Prozessen Pinter damals teilnahm, wissen wir nicht. Wir können aber davon ausgehen, daß er aufgrund seiner Stellung als Hauptverteidiger mit der Problematik der Kriegsverbrecher- und KZ-Prozesse, vor allem auch mit der Problematik der Kollektivschuldthese (common design) bestens vertraut war. Vielleicht hängt es damit zusammen, daß Pinter nun einen überraschenden Entschluß faßt: er ersucht um Abschied aus dem Dienst des U.S. War Departments, um sich als selbstständiger Rechtsanwalt in Österreich niederzulassen.

Der Antrag, den er etwa im August 1948 gestellt haben dürfte, ist in den Unterlagen nicht enthalten, und so erfahren wir nichts über seine Motive. Der Schritt ist ungewöhnlich. Finanzielle Motive scheiden aus, denn als privater Anwalt in Salzburg konnte er wohl kaum mehr verdienen als in der Gehaltsgruppe P-5 des War Department.[28] Der Grund für Pinters Entschluß war möglicherweise, daß er der Kriegsverbrecherverfolgung, so wie sie von den Amerikanern ausgeübt wurde, überdrüssig war, und daß er meinte, etwas Sinnvolleres zu tun, wenn er seine Erfahrung und Sprachkenntnisse den beschuldigten Deutschen bzw. Österreichern zur Verfügung stellte. Es handelt sich hier freilich um reine Spekulation.

Das letzte Schreiben, das aus der Personalakte Pinters vorliegt, ist die amtliche Bestätigung seines Ausscheidens „zum Zwecke der Betätigung in einer privaten Anwaltspraxis“[29] (for the purpose of engaging in the private practise of Law in Austria), unter der Auflage, nur vor (amerikanischen) Militärgerichten bzw. Gerichten der Militärregierung aufzutreten, nicht aber vor österreichischen Gerichten. Er behält einige kleine, damals wertvolle Privilegien, muß aber auf andere verzichten, so auf seine „PX ration card“ und auf die Rückreise nach USA auf Staatskosten.

Etwa im Nov. 1948 beantragt Pinter beim U.S. Konsulat in Wien einen Paß, den er laut Stempel vom 17. Dez. 1948 auch erhielt. Das „Bristol“ hatte er offensichtlich verlassen müssen, denn laut Paßantrag

wohnte er nun im bescheidenen Gasthof „Ziegelstadl“ in Salzburg-Aigen. In diese Zeit fällt auch ein Besuch seiner Schwester und deren Tochter aus Deutsch-Schützen. Die Nichte, damals 25, heute über 80, lebt heute noch in Deutsch-Schützen und kann sich an den Besuch bei „Onkel Stephan“ noch gut erinnern.[30]

PINTER IN MAUTHAUSEN?

Pinters Name ist in merkwürdiger Weise mit dem ehemaligen KL Mauthausen verknüpft. Dieses Lager war am 5. Mai 1945 von den Amerikanern eingenommen worden, die schon am 6. Mai 1945 mit einer Untersuchung der (angeblich oder tatsächlich) von der SS begangenen Verbrechen begannen. Die Ergebnisse wurden in einem Bericht vom 17. Juni 1945 niedergelegt,[31] in dem so nebenbei auch die Existenz einer Gaskammer unterstellt wird. An dem Mauthausen-Prozeß, der kurz nach Pinters Ankunft in Dachau stattfand (29.03. – 13.05.1946), war er nicht beteiligt und hat vermutlich nur wenig davon mitbekommen, da er zu dieser Zeit in Sachen Flossenbürg die DP-Lager bereiste.

Mauthausen, am linken Donau-Ufer etwas flußabwärts von Linz gelegen, liegt zwar nur 120 km Luftlinie von Salzburg entfernt, jedoch gehörte das Lager seit Abzug der Amerikaner zur Sowjetischen Zone Österreichs. Aus dem sogenannten Lachout-Dokument, das 1987 unter mysteriösen Umständen in Wien auftauchte, ging nun hervor, daß 1948 noch einmal alliierte Untersuchungskommissionen die ehemaligen Konzentrationslager in Hinblick auf Gaskammern inspiziert hätten, darunter auch Mauthausen. Robert Faurisson, der sich damals persönlich in Wien über das Dokument informierte, blieb skeptisch. Er war aber wohl der Erste, der erkannte, daß, „wenn dieses Dokument echt ist und Emil Lachout die Wahrheit sagt“, dies eine Bestätigung des Pinterschen Leserbriefes[5] bedeuten würde, hatte dies aber wohlgemerkt als eine noch zu klärende Frage formuliert.[32] Es dauerte aber nicht lange, daß die Behauptung aufgestellt wurde, der „US-Oberst Dr. Stephen Pinter“ sei der Leiter der in Mauthausen tätigen Kommission und Verfasser eines (zweiten) Mauthausen-Berichtes gewesen.[33]

Das (linkslastige) Dokumentationszentrum des österreichischen Widerstands (DÖW) hatte das Lachout-Dokument freilich von Anfang an zur Fälschung erklärt,[34+35] und eine neuere Untersuchung[36] hat diesen Vorwurf bestätigt. Eine *alliierte*, aus Vertretern der vier Mächte zusammengesetzte Untersuchungskommission hat es in Mauthausen nie gegeben und so kann auch Pinter nicht ihr Leiter gewesen sein. Diese Erkenntnis wird durch einen jüngst aufgetauchten Brief Pinters bestätigt. Offenbar in Beantwortung[9] einer gezielten Anfrage durch Robert J. Miller schrieb der damals 85jährige Pinter an Miller in seiner knappen Art: „Mit Mauthausen hatte ich nichts zu tun“ (I had nothing to do with Mauthausen).

6. Die biographische Lücke

Die Bestätigung seines Abschiedes aus den Diensten des U.S. War Departments vom 21.12.1948 ist das letzte verfügbare Dokument aus Pinters Personalakte. Von nun an verliert sich seine Spur bis etwa 1954. Weder in der Liste der Rechtsanwaltskammer noch in der Meldekartei von Salzburg ist er verzeichnet. So wissen wir nicht, wie lange er in Salzburg blieb, worin seine anwaltliche Tätigkeit bestand, ob und an welchen Prozessen er teilnahm und wann er Österreich wieder verließ.

Anfang 1949 dürfte Pinter seine Tätigkeit als Rechtsanwalt in Salzburg aufgenommen haben. Irgendwann in dieser Zeit ist wahrscheinlich seine Frau in St. Louis verstorben. Und irgendwann muß er seine zweite Frau Lucia (Lucy) kennengelernt haben, die aus Bayern stammte. Pinter war damals etwa 60 und die Frau etwa 40 Jahre alt.

Aus dem Jahre 1949 stammt der erste, anonyme Text,[1] der uns als „Pinter-verdächtig“ vorkommt. Es handelt sich um eine Art Arbeitspapier, eine kritische Analyse der (im Oktober 1949 im U.S. Senat vorgetragenen) „Schlußfolgerungen“ des Baldwin-Ausschusses, welcher die Verfehlungen der U.S. Militärjustiz in Deutschland zu untersuchen hatte. Im Buch von R. Tiemann[1] wird der Artikel vorgestellt als Arbeit eines „amerikanischen Juristen“ – woher diese Information stammt, ließ sich nicht mehr feststellen.

In seinem bekannten Leserbrief[5] erwähnt Pinter „sechs Nachkriegsjahre in Deutschland und Österreich“. Da er Mitte Januar 1946 nach Dachau kam, würde dies der Zeit bis Januar 1952 entsprechen, und Pinter müßte demnach Anfang 1952 mit seiner Frau in die USA zurückgekehrt sein.

DAS „WARWICK HESTER-PROBLEM“

Der Name des Verfassers von Text C[3] ist zweifellos ein Pseudonym, und es besteht der Verdacht, daß sich dahinter Pinter verbirgt. Nun erwähnt der geheimnisvolle Dr. Warwick Hester einige für die damalige Zeit recht ungewöhnliche Auslandsreisen (Barcelona, Kairo, Rio de Janeiro). Zweck der Reisen war es, einige im Exil lebende ehemalige deutsche Soldaten bzw. SS-Angehörige zu befragen, die alle schwere Kriegs- und Menschheitsverbrechen der Deutschen bezeugt hatten[3]. Pinter hätte – zeitlich gesehen – diese Reisen in den Jahren 1949–1951 durchaus machen können. Auch das KL Mauthausen wird bei Warwick[3] erwähnt:

> *„Der fünfte dieser seltsamen Kategorie von Menschen war ein SS-Soldat, der eine Zeitlang zur Bewachungsmannschaft des Konzentrationslagers Mauthausen gehört haben wollte und mir erzählte, dort habe es Gaskammern gegeben, in denen nicht*

nur Juden, sondern auch andere Häftlinge getötet wurden. Er habe das zwar nicht selbst gesehen, aber es sei im Lager kein Geheimnis gewesen. Ich habe dieses Lager [*Mauthausen*]*, von dem selbst die Juden nicht behauptet hatten, daß in ihm Menschen vergast worden wären, im gleichen Jahr besichtigt. Es besaß keine Anlage, die in irgendeiner Weise so hätte verwendet werden können…"* [Pünktchen im „Weg"-Artikel].

Gern hätten wir gewußt, wann Warwick Hester in Mauthausen war. Als er mit dem erwähnten SS-Mann sprach, hatte er selbst dieses Lager noch nicht gesehen, denn er schreibt ja, daß er es „im gleichen Jahr [noch] besichtigt" habe. Jahrzehnte später schreibt der 85-jährige Pinter, daß er mit Mauthausen nichts zu tun gehabt hätte[9]. Die Formulierung schließt aber nicht aus, daß er das Lager irgendwann einmal besichtigt hat. Vielleicht bezog sich seine Antwort nur auf eine Frage Robert Millers, ob er die (fiktive) alliierte Kommission in Mauthausen geleitet habe. Zusammenfassend kann man sagen, daß aufgrund der wenigen Angaben eine Identität zwischen „Warwick Hester" und Pinter zwar nicht beweisbar, aber auch nicht auszuschließen ist.

Nach Erinnerung seiner Nichte besuchte Pinter 1954 oder 1955, fast 50 Jahre nach seiner Auswanderung, zum ersten Mal wieder (in Begleitung seiner Frau) seinen Heimatort Deutsch-Schützen. Vielleicht war das 1955, nach der wiedergewonnenen Souveränität Österreichs (15. Mai 1955), als amerikanische Staatsbürger in der ehemaligen Sowjetischen Zone nichts mehr zu befürchten brauchten.

7. Von Missouri nach Kalifornien

Obwohl sich Pinter bei seiner Rückkehr in die USA (vermutlich 1952) mit Mitte Sechzig in einem Alter befand, in dem andere Leute in den Ruhestand gehen, nahm er seine Tätigkeit als Rechtsanwalt wieder auf. Es scheint, daß er als Spezialist für die Entschädigung von „politisch und rassisch Verfolgten" galt, wobei ihm seine juristischen Erfahrungen in Nachkriegs-Deutschland und -Österreich sowie seine deutschen Sprachkenntnisse zustatten kamen. Jahre später schreibt er:

„Vor vielen Jahren schon schrieb ich an unsere Lokalzeitung, daß die Behauptung von der Ausrottung der jüdischen Rasse stark übertrieben ist, und daß ich viele jüdische Klienten hatte, die während der Hitler-Zeit in Deutschland, Polen und anderen Ländern gelebt hatten und für die ich Hunderttausende von Dollars erstritt. So hörte ich ihre Geschichten aus erster Hand und konnte feststellen, daß die Geschichte von den SECHS MILLIONEN ein Mythos war."

Aufgrund seiner Tätigkeit für jüdische NS-Geschädigte und das Vertrauen, das er offenbar bei diesen genoß, wird man jedenfalls Pinter kaum vorwerfen können, daß er ein Nazi-Sympathisant oder Antisemit gewesen sei. Im Einwohnerverzeichnis von St. Louis[37] erscheint er erstmals wieder in der Ausgabe von 1955, was natürlich nicht ausschließt, daß er schon früher zurückgekehrt war. In einem „Pinter-verdächtigen" Brief[2] erwähnt der anonyme Verfasser die Teilnahme an einem Treffen in Detroit, das Anfang 1954 stattfand, und „Warwick Hester" schickt seinen Artikel[3] Mitte 1954 aus den USA nach Buenos Aires. Beides wäre mit Pinters Vita, soweit wir sie kennen, vereinbar.

Noch 1966 ist er in Martindale & Hubbell's Law Directory[18] aufgeführt. In die Jahre von 1958 bis 1966 fallen die sechs *authentischen* Texte, die uns Stephen F. Pinter als Zeitzeugen so interessant machen. Erst 1968, mit 80 Jahren, zieht er sich aus dem Berufsleben zurück. 1976, mit 88 Jahren, wird er letztmalig im Einwohnerverzeichnis von St. Louis County[37] erwähnt, als „pensioniert". Vermutlich noch im selben Jahr zog er mit seiner Frau in das südliche Kalifornien, nach Hemet, Riverside County (bei San Diego), wo er ein Haus erwarb.

Pinter war offensichtlich interessiert an Politik und verfolgte aufmerksam das Zeitgeschehen – auch in Deutschland. So führte er einen Schriftwechsel mit dem Journalisten Helmut Sündermann, der von 1942 bis 1945 Stellvertreter des Reichspressechefs Dr. Dietrich gewesen war.[38] Möglicherweise korrespondierte er mit weiteren Briefpartnern in Deutschland oder Österreich. Nur so ist es zu erklären, daß sein Leserbrief[5] an den „Sunday Visitor" im fernen Staate Indiana damals auch in Deutschland schnell bekannt wurde. So dürfte Pinter auch von dem Münchener Sündermann-Prozeß (1960) erfahren haben, was ihn veranlaßte, Sündermann mit einer eidesstattlichen Erklärung[6] zu Hilfe zu kommen. Auch der Beitrag zu der Zeitschrift „Nation & Europa"[7] dürfte auf eine Bitte Sündermanns zurückgehen. Ein Artikel im „Coburger Tageblatt" über das KL Flossenbürg wurde wahrscheinlich ebenfalls von Sündermann an Pinter geschickt, der mit diesem Lager besonders „verbunden" war. Der Artikel veranlaßte den damals 78jährigen Pinter noch einmal zu einer Stellungnahme[8].

Aus gelegentlichen Bemerkungen in den Texten geht hervor, daß Pinter ein Konservativer war, und diese Tendenz ist auch in den drei frühesten Texten (A, B, C) erkennbar, wo wir nur vermuten können, daß sie von Pinter stammen. So neigt der Verfasser des Textes A[1] der Linie des Senators McCarthy zu, der sich für eine rückhaltlose Aufklärung der von der U.S. Militärjustiz begangenen Verfehlungen in Deutschland einsetzte. Besonders aufschlußreich ist jedoch seine Bemerkung,[9] daß er mit Austin J. App korrespondiert habe, denn dieser war damals, zumindest bei den Deutsch-Amerikanern, eine bekannte Persönlichkeit.

Dr. Austin Joseph App, 1902 als Sohn deutscher Eltern in Milwaukee, WI. geboren, war Professor für englische Sprache und Literatur an der (jesuitischen) University of Scranton, PA. und am (katholischen) La Salle College, Philadelphia, PA. Wie Pinter war App also ein katholisch geprägter Deutsch-Amerikaner. Beide gehören (neben Harry Elmer Barnes) zu den frühesten amerikanischen Revisionisten, wobei App freilich die Öffentlichkeit suchte, während Pinter sich zurückhielt. Es ist sicher ein Zufall, aber doch kennzeichnend, daß in der chronologisch aufgebauten „Anthologie Révisionniste“ direkt im Anschluß an Pinters berühmten Leserbrief [5] ein Leserbrief von App erscheint.

Seit 1942 kritisierte App in Artikeln, Leserbriefen und Briefen an Politiker offenbar die Rooseveltsche Politik. [39] Möglicherweise war er vor Amerikas Kriegseintritt ein Anhänger der Bewegung „America First“, deren prominentester Vertreter der Atlantik-Flieger Charles Lindberg war, und vielleicht sympathisierte auch Pinter mit den „America Firsters“. Nach Kriegsende gründete App die „Federation of American Citizens of German Descent“ (Föderation amerikanischer Bürger deutscher Abstammung) und veröffentlichte als ein „einsamer Rufer“ eine Reihe von Artikeln und Broschüren, in denen er sich für die besiegten Deutschen einsetzte. [40] In der amerikanischen Massenpresse fand App anscheinend kaum Unterstützung, und so erschienen seine Schriften meist in kleinen, deutsch-amerikanischen oder katholischen Verlagen. In den 1960er Jahren besuchte Prof. App mehrmals die Bundesrepublik und engagierte sich bis ins hohe Alter für die deutsch-amerikanische Verständigung. Er verstarb im Jahre 1984.

Pinter dürfte den Appschen Standpunkt weitgehend geteilt haben. Wie App (und auch McCarthy) wurzelte er im römisch-katholischen Glauben. Regelmäßig las er die katholische Sonntagszeitung „Our Sunday Visitor“. Mit einer seiner Schwestern, die ebenfalls nach den USA ausgewandert war, lag er über Kreuz, weil diese vom katholischen Glauben zu einer evangelischen Kirche übergetreten war[30]. In seinen letzten Jahren ging er fast täglich zur Messe. Stephen F. (Franz Stephan) Pinter verstarb am 30. März 1985, im Alter von 96 Jahren, in Hemet, Riverside County, CA.

Frau Lucia (Lucy) Pinter, geb. 17.05.1907, überlebte ihren Mann um 14 Jahre und verstarb am 18.11.1999, mit 92 Jahren, in Hemet. Das Erbe ging an Verwandte der Frau in Deutschland, darunter auch das Haus in Hemet. Über eine Hausnachbarin der Pinters wurde ein Schreiben an die in Deutschland lebenden Erben (deren Anschrift unbekannt ist) weitergeleitet. Welch eine Chance, um vielleicht doch noch schriftliche Hinterlassenschaften von Pinter zu entdecken! Aber die Erben lehnten jeglichen Kontakt ab.

Schade, vielleicht hätten sie wenigstens ein Foto gehabt von Stephen F. Pinter.

Quellen und Anmerkungen

1 **Text A**: N.N., „Analyse der Schlußfolgerungen des Baldwin-Berichts – Untersuchung des Malmedy-Massakers“; in: Ralf Tiemann, *Der Malmedyprozeß – Ein Ringen um Gerechtigkeit*, Munin-Verlag, Osnabrück 1990, S. 282–311

2 **Text B**: N.N. [Eberhard Fritsch?], „Freiheit in Ketten“, in: *Der Weg* (Buenos Aires), Heft 4 (April 1954), S. 268–272.

3 **Text C**: Dr. Warwick Hester, „Auf den Straßen der Wahrheit“, in: *Der Weg*, Heft 8 (Aug. 1954), S. 572–578, Dürer Verlag, Buenos Aires 1954
Der Text ist, leicht gekürzt, abgedruckt in Udo Walendy, *Historische Tatsachen* Nr. 43, Vlotho 1990, S. 20–23

4 **Text D**: S. F. Pinter, Leserbrief an *Deutsche Wochenschrift*, St. Louis, Missouri, vom 20.11.1958; abgedruckt in „Suchlicht“, einer Beilage zu „Nation Europa“, Heft 10 (Okt. 1959)
Ob sich das in „Suchlicht“ genannte Datum 20.11.58 auf Pinters Leserbrief oder auf die betr. Ausgabe der *Deutschen Wochenschrift* bezieht, ist unklar.

5 **Text E**: Stephen F. Pinter, Leserbrief, in: *Our Sunday Visitor* (Huntington, Indiana), 14.06.1959, S. 15

6 **Text F**: Stephen F. Pinter, Beeidigte Erklärung, St. Louis, Mo., vom 9. Februar 1960; in: *Nation Europa*, X. Jahrgang, H. 4 (April 1960), S. 68

7 **Text G**: S. F. Pinter, *Die Kollektivschuld*, Nation Europa, Jahrg. X. H. 9 (Sept. 1960), 9–11

8 **Text H**: Stephen F. Pinter, Leserbrief an die *National- und Soldaten-Zeitung*, ohne Datum; teilweise abgedruckt in: *National- und Soldaten-Zeitung* Nr. 26 vom 1. Juli 1966, S. 1 und 11

9 **Text I**: Stephen Pinter, Brief vom 22. März 1974 an Robert J. Miller (mit freundlicher Genehmigung von Prof. Robert Faurisson)

10 Jean Plantin [Herausgeber], *Anthologie chronologique de textes révisionistes des années quarante et cinquante* (Chronologische Sammlung revisionistischer Texte der 1940er und 1950er Jahre), in: Jean Plantin [Hg.], *Études Révisionistes*; Bd. 2, Privatdruck durch „Le Cercle antitotalitaire“, Frankreich 2002.
Die Sammlung enthält fünf der Texte in französischer Übersetzung, nämlich Text C (Sur les chemins de la vérité, S. 199), D (lettre du 20 novembre 1958, S. 234), E (lettre du 14 juin 1959, S. 235), F (Eidesstattliche Erklärung, S. 197, Fußnote 1) und H (Leserbrief an National-Zeitung, S. 198, Fußnote 1) .

11 Eine briefliche Anfrage bei 10 Adressen mit Namen Pinter in St. Louis, die sich im Einwohnerverzeichnis fanden, brachte nur eine einzige Antwort (2.7.2001), wonach die betr. Pinter-Familie die einzige in St. Louis ist, jedoch nicht mit Stephen F. Pinter verwandt (Mitteilung von Jean Plantin, 10.9.2001).

12 National Personal Records Center, Civilian Personnel Records, 111 Winnebago Street, St. Louis, Missouri 63118-4199
Von dem Amt wurden eine Reihe von Unterlagen über Pinters Anstellung beim U.S. War Department sowie über seine Tätigkeit in Nachkriegs-Deutschland (Dachau) und Österreich (Salzburg) zur Verfügung gestellt (Personnel Records of Pinter, Stephen F., DoB 11-23-1888).

13 Family Search U.S. Social Security Death Index (http://www.familysearch.org/Eng/Search/frameset_search.asp)

14 Das Burgenland gehörte damals noch zur *ungarischen* Reichshälfte der Doppelmonarchie. Deutsch-Schützen liegt an der „Pinkataler Weinstraße“, die sich an der heutigen österreichisch-ungarischen Grenze entlang zieht. Die nächste Stadt ist das 15 km nordöstlich gelegene ungarische Szombathely (Steinamanger).

[15] Stephen F. Pinter, Application for Passport, Salzburg, 1948 (nur Vorderseite). Laut Stempel des US-Vizekonsuls in Wien wurde der Paß ausgestellt am 17. Dezember 1948.

[16] Anfrage des Hauptquartiers der US-Truppen in Österreich an das FBI (Standard-Fragebogen „Request for Report on Loyalty Data") vom 17. Nov. 1947

[17] Der Name Franz Stephan war damals in Österreich populär, nach Franz Stephan Herzog von Lothringen (1708–1765), dem Gemahl der Kaiserin Maria Theresia, der sich als Römisch-Deutscher Kaiser Franz I. nannte.

[18] *Martindale & Hubbell's Law Directory*: „Pinter, Stephen…..'88, '17 C & L.. 16 LL.B. 4 N. 8th." Dieser knappe Eintrag bedeutet: '88 = born in 1888, College & Law School Benton College of Law, St. Louis, LL.B. in 1917. (L.L.B. = Legum Baccalaureus = Bachelor of Law). Diese Angaben stammen aus einem Schreiben der Saint Louis Public Library vom 8. April 1982 an Robert J. Miller.

[19] Missouri Bar, Schreiben vom 8.10.2002 an den Verfasser

[20] Interview mit Billy Wilder, in: Neyl Sinyard und Adrian Turner, *Billy Wilders Filme*, Berlin 1980.

[21] In einem Befehl, in dem die Zusammensetzung des Militärgerichtes für den Flossenbürg-Prozeß angeordnet wird, werden von den 15 Mitgliedern des Gerichts vier als Zivilangestellte (US CIV, WCB USFET) ausgewiesen. Dazu gehörte auch Pinter, der als „MR. STEPHEN PINTER" bezeichnet wird – ohne Nennung eines militärischen Ranges (Head Quarters Third U.S. Army, APO 403, Special Orders No. 123, datiert 17. Mai 1946).

[22] Die War Crimes Commissions in Dachau, Augsburg und Schwäbisch Hall waren der 7708 War Crimes Group (Hauptverwaltung für die Bearbeitung von Kriegsverbrechen) unterstellt. Deren Leiter war Lt. Colonel Burton Ellis. Jede War Crimes Commission verfügte über mehrere War Crimes Investigating Teams.

[23] DP = Displaced Persons, d.h. meist Osteuropäer, die während des Krieges in Deutschland gelebt hatten und nach Kriegsende nicht in ihre Heimatländer zurückkehren wollten oder konnten, da diese im sowjetischen Machtbereich lagen.

[24] Die Prozeßakten des Flossenbürg-Prozesses umfassen etwa 16.000 Seiten und sind bis heute nicht ausgewertet. Auffällig ist, daß der in drei Dachauer Hauptverfahren (Dachau, Mauthausen, Buchenwald) hervorgetretene Hauptankläger Lt. Colonel William D. Denson, ein entschiedener Verfechter der Kollektivschuldthese, anscheinend erst im Laufe des Flossenbürg-Prozesses als Hauptankläger „eingewechselt" wurde.

[25] Application for Federal Employment vom 12. Mai 1947 („Was Assistant Trial Judge Advocate in principal case. Participated as trial attorney and had charge of administration and filing system. Am now in charge of subsequent proceedings of same case. Engaged in staging and questioning suspected perpetrators so as to determine whether they should be tried or released").

[26] Schreiben des Headquarters United States Forces in Austria an Pinter, Stephen F. vom 28. Sept. 1948

[27] Schreiben des Headquarters United States Forces in Austria an Pinter, Stephen F. vom 18. Okt. 1948

[28] Pinters letzte bekannte Gehaltsstufe war (im Aug. 1947) P-5, was (einschließlich eines Auslandszuschlags) 715 $ monatlich entsprach.

[29] Notification of Personnel Action, datiert 21. Dez. 1948

[30] Persönliche Mitteilung von Frau Elisabeth S. an den Verfasser (Juni 2003)

[31] Mauthausen Report, 3rd U.S. Army Chemical Corps, dat. 17.06.1945. Verfasser des Berichts war Investigation Examiner Major Eugene S. Cohen von der 514th Quartermaster Group, QMC, JA Section, Third US Army.
Dieser Bericht wurde als Dokument PS-2176 nicht nur im Dachauer Mauthausen-Prozeß, sondern auch im Nürnberger Hauptverfahren gegen die Kriegsverbrecher als Beweismittel vorgelegt.

[32] Robert Faurisson, „The Müller Document", *The Journal of Historical Review* No. 8 (1988), 117–126

[33] N.N., Exklusiv-Interview mit Herrn Emil Lachout, *SIEG* Nr. 6 (1989), 16–19

[34] Brigitte Bailer-Galanda, Wilhelm Lasek, Wolfgang Neugebauer, Gustav Spann [DÖW], *„Das Lachout-Dokument" – Anatomie einer Fälschung*, Wien 1989

[35] DÖW und Bundesministerium für Unterricht und Kunst [Editors], *Amoklauf gegen die Wirklichkeit – NS-Verbrechen und ‚revisionistische' Geschichtsschreibung*, DAÖW, Wien 1992

[36] Klaus Schwensen, *Zur Echtheit des Lachout-Dokuments*, Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung (VffG) Jahrg. 8 Heft 2 (2004), S. 166–178

[37] St. Louis City and County Directories (1940–1979), Type County, Section People

[38] Persönliche Mitteilung von Dr. Gerd Sudholt an den Verfasser (Febr. 2002).

[39] Im „Lexikon des Rechtsextremismus" des „Informationsdienstes gegen Rechts" (IDGR) (http://lexicon.idgr.de/index) liest man unter „App, Austin J.":
„Neben seiner Lehrtätigkeit überschwemmte er in den Jahren 1942 bis 1945 Zeitungen und Politiker mit Angriffen auf die US-Intervention im Zweiten Weltkrieg und verharmloste darin den Angriffskrieg und die Politik des NS-Regimes. Für alle Probleme Nachkriegsdeutschlands machte er den Finanzminister unter Roosevelt verantwortlich, Henry Morgenthau (vgl. Morgenthau-Plan). Seine Leserbriefe waren unverhohlen antisemitisch. Obwohl diese kaum veröffentlicht wurden, hörte App mit diesem Unterfangen nicht auf."

[40] Druckschriften von Austin J. App: *Die Vergewaltigung der Frauen im eroberten Europa* (1946), *Die Sklavenarbeit der deutschen Kriegsgefangenen* (Jahr unbekannt), *Unsere Lend-Lease-Partner in Ostpreußen* (Jahr unbekannt), *Nahrungspolitik der Sieger und der Besiegten* (Jahr unbekannt), *Der erschreckendste Frieden in der Geschichte* (1946), *Briefe aus der Morgenthau-Ära* (1966) u. viele andere.

Ein Auge zugedrückt

Von Ernst Manon

Alexander Solschenizyn schrieb damals in seinem Werk *Der Archipel Gulag*: [1]

> *„Diese Menschen, die am eigenen Leib vierundzwanzig Jahre kommunistisches Glück zu spüren bekommen hatten, wußten 1941 bereits, was noch niemand in der Welt wußte: daß es auf dem ganzen Planeten und in der ganzen Geschichte kein bösartigeres, blutrünstigeres und gleichzeitig raffinierteres Regime gibt als das bolschewistische, welches sich selbst ‚sowjetisches' nennt; daß ihm weder an Vernichtungseifer noch an Beharrungsvermögen noch an radikaler Zielsetzung, noch an durch und durch ‚unifizierter Totalitarität' irgend ein anderes irdisches Regime gleichkommt, nicht einmal das schülermäßige Hitlerregime, welches damals dem gesamten Westen den Blick trübte."*

Hier irrte Solschenizyn. Hitler wußte bereits zehn Jahre bevor er sein „schülermäßiges" Regime errichten konnte, worum es in der Sowjetunion ging, schrieb doch zum Beispiel sein Freund und Mentor Dietrich Eckart in einem fiktiven Zwiegespräch mit ihm:

> *„Die Gesamtzahl der russischen Opfer seit Beginn der Bolschewistenherrschaft wird von Kennern auf rund 30 Millionen geschätzt. Was nicht dem Standrecht zum Opfer fiel, ging an Auszehrung und Siechtum zugrunde."*[2]

Etwa zur gleichen Zeit, am 10. Oktober 1923 erschien ein Brief Stalins in der *Roten Fahne*, dem Organ der deutschen Kommunisten. Darin hieß es:

> *„Die kommende Revolution in Deutschland wird für das Proletariat in Europa und in Amerika eine größere Bedeutung haben als der Sieg der Russischen Revolution vor sechs Jahren. Der Sieg des deutschen Proletariats wird ohne Zweifel das Zentrum der Weltrevolution von Moskau nach Berlin versetzen…"*

Die Möglichkeit eines revolutionären Krieges, der notwendigerweise ein revolutionärer Angriffskrieg sein müßte, wurde schon auf der Konferenz der militärischen Parteiorganisationen im Jahre 1917 aufgeworfen. Während des Krieges mit Polen 1920 „trat ein Moment ein, da sich schwindelerregende Perspektiven vor uns allen eröffneten" berichtet Wladimir Antonow-Owssejenko, der die Rote Armee mit aufgebaut hatte:

> *„Warschau unter roten Fahnen, die Sowjetmacht in Polen; das revolutionäre Deutschland erhebt sich geschlossen gegen die Versailler Unterdrückung; ganz Mitteleuropa tritt unter die Fahnen der Sowjetmacht, eine rote Front am Rhein – ‚der letzte entscheidende Kampf'* […] *Die Ernüchterung war eine grausame."*[3]

Doch das Ziel blieb bestehen.

Ende 1929, während sich die bürgerliche Gesellschaft zu einem festlichen Empfang in der Sowjet-Botschaft „Unter den Linden" einfand, veröffentlichte die Rote Fahne, was Deutschland im Fall eines Sieges der Kommunisten zu erwarten gehabt hätte:

> *„Die deutsche Sowjetregierung wird am ersten Tage ihres Bestehens* […] *die Generäle des letzten und künftigen Weltkrieges, die Faschisten und Arbeitermörder öffentlich aburteilen und erschießen. Sie wird die Industriemagnaten, Bankdirektoren und das gesamte übrige Ausbeutergesindel in den Straßengraben setzen, ins Konzentrationslager schicken oder an die Wand stellen. Sie wird alle Parasiten, die nicht von ihrer Arbeit leben, aus ihrer Wohnung jagen und in ihre Zimmer Proleten einquartieren … Sie wird den Erwerbslosen für die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit vollen Tariflohn zahlen. Sie wird 10 bis 15 Millionen klassenbewußter deutscher Arbeiter bewaffnen. Wir werden eine Rote Armee und eine deutsche proletarische Tscheka haben, die sich mit Ehren an der Seite des Sowjetproletariats sehen lassen kann."*[4]

Die Fanfare, das Organ der antifaschistischen Massenbewegung Deutschlands erklärte im Juli 1932 ihr Ziel:

> *„Wir wollen eine Regierung der Arbeiter und Bauern in einem Sowjetdeutschland", und die Kommunistin Clara Zetkin hatte am 30. August 1932 als Alterspräsidentin den Deutschen Reichstag in der Hoffnung eröffnet: „daß sie in Bälde den ersten Rätekongreß Sowjet-Deutschlands eröffnen könnte." Der Sowjetstaat habe bewiesen, „wie eine Höherentwicklung der Gesellschaft ohne verwüstende Krisen erfolgen kann".*[5]

Lord Robert Gilbert Vansittart, Ständiger Staatssekretär im britischen Außenministerium und „extremer Germanophobe"[6], schrieb etwa zur selben Zeit: „Wenn Hitler fehlschlägt, wird sein Nachfolger der Bolschewismus sein; wenn er Erfolg hat, wird er innerhalb von fünf Jahren einen europäischen Krieg bekommen."[7]

Dr. Gerhard Schreiber, angeblich einer der „renommiertesten Militärhistoriker Deutschlands", geht in seinem Buch *Hitler-Interpretationen* „politisch korrekt", aber in völliger Verkennung der Realität von dieser Voraussetzung aus:

„Und Hitler strapazierte in seinen Reden zielgerichtet die ‚bolschewistische Gefahr', die es de facto nicht gab, um Ängste zu schüren, die es sehr wohl gab, insbesondere – aber nicht nur – als Folge der Propaganda von rechts."[8]

Und Rolf-Dieter Müller vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam schreibt:

„Tatsache bleibt, daß seit Juni 1940 in Berlin kein Präventivkrieg gegen eine akute Bedrohung durch die UdSSR geplant wurde…"; „die alten Präventivkriegsthesen" würden „nur noch im rechtsradikalen Lager und von akademischen Außenseitern verfochten".[9]

So erspart es sich der Autor, auch nur einen der revisionistischen Autoren namentlich zu nennen, geschweige denn deren Thesen zu zitieren. Hätte Müller tatsächlich handfeste Gegenbeweise gegen die Präventivkriegsthese in der Hand, bräuchte er sie uns nicht zu unterschlagen. Einer dieser akademischen Außenseiter, da von Hause aus kein Historiker, ist Professor Helmut Schröcke. Sein Buch *Kriegsursachen – Kriegsschuld des Zweiten Weltkrieges*[10] ist

„gewidmet den deutschen Soldaten, die mit einem Heldentum ohnegleichen den Angriff des Bolschewismus abwehrten und das halbe Europa vor der größten Gefahr bewahrten, die Europa je aus dem Osten bedrohte".

Auch der Historiker und vielleicht namhafteste Hitler-Forscher, Professor Werner Maser, faßt in seinem neuesten Buch *Fälschung, Dichtung und Wahrheit über Hitler und Stalin* die Forschungsergebnisse zum Präventivkrieg zusammen.[11] Es könnten zahlreiche weitere deutsche Autoren genannt werden, die die Präventivkriegsthese vertreten; „schlagkräftiger" sind aber doch Stimmen von der Gegenseite. Im Frühjahr 2004 erschien in dem angesehenen wissenschaftlichen Verlag Jausa in Moskau das Buch *Operation Grosa – Die Fehler Stalins* von Prof. Igor Bunitsch. Grosa, d.h. Gewittersturm, war der Deckname für Stalins Angriffsplan. Der Autor bestätigt darin die Präventivkriegsthese:

„Mit dem Unternehmen Barbarossa verhinderten die deutschen Armeen die Verwirklichung eines Eroberungsfeldzuges, wie er in diesem Gigantismus seit Alexander dem Großen nicht gedacht worden war."

Bunitsch vertritt auch die These, die Wehrmacht habe nicht für die Versklavung des russischen Volkes, sondern für dessen Freiheit gekämpft.

„Die Singularität Stalins besteht darin, daß er im 20. Jahrhundert zum Meister des Todes avancierte."[12]

Diesen Meistertitel aber lassen sich deutsche Umerzogene in ihrem megalomanen Nationalmasochismus nicht gerne absprechen…

Wohl die verblüffendste Richtigstellung, die alle Zweifel beiseitefegt und wohl deshalb kaum genannt wird, lieferte Churchill schon am 26. Januar 1949 im britischen Unterhaus, als er zugab, daß der Zweite Weltkrieg hätte vermieden werden können, wenn der Bolschewismus bei seiner Geburt abgewürgt worden wäre, was wiederum ein unerhörter Segen für die menschliche Rasse gewesen wäre, und daß der Tag kommen werde, an dem dies in der zivilisierten Welt anerkannt werden würde.[13] Und schließlich gab Arno Lustiger zu:

„Nicht zu Unrecht identifizierte man den Bolschewismus mit den Juden."[14]

Heute wissen wir:

„Massenverbrechen gehörten zum Charakter des sowjetischen Systems. Unter keinem Regime in der Menschheitsgeschichte kamen so viele Menschen gewaltsam zu Tode wie unter Lenin und Stalin. Die Schätzungen reichen bis zu 80 Millionen. Bis 1924 ermordeten die Sowjets in der Aufbauphase des Sozialismus etwa zwei Millionen Menschen. 1932/33 fielen dem gelenkten Hunger in der Ukraine fast zehn Millionen Menschen zum Opfer. Die Säuberungen zwischen 1936 und 1939 kosteten weiteren sechs Millionen Menschen das Leben…"

so der Historiker Prof. Franz W. Seidler.[15] Ein Folgeband von Seidler, *Kriegsgreuel der Roten Armee – Verbrechen an der Wehrmacht* Bd. II[16] wird von Johannes Hürter vom Institut für Zeitgeschichte so kommentiert:

„Wenn Seidler durch seine Belege für die ‚Verbrechen an der Wehrmacht' suggerieren will, die Wehrmacht habe in ihrem harten Vorgehen nur reagiert, vertauscht er Ursache und Wirkung."

Diese Form der Geschichtsschreibung stehe „in der Tradition des ‚Antibolschewismus' der Zwischenkriegszeit".[17]

Und wenn der Rezensent an anderer Stelle etwa dem General Adolf Heusinger vorhält, den pointierten Antibolschewismus seiner frühen Jahre nicht wieder abgelegt zu haben,[18] so entlarvt er sich selbst als Kryptobolschewist. Dazu gehört, eben selbst Ursache und Wirkung zu vertauschen.[19]

Besonders erbost zeigt sich der Rezensent, daß ein seriöser britischer Militärpublizist, Tim Ripley, in einem seriösen Verlag ein Buch über die Wehrmacht als eine der großen Armeen veröffentlicht hat, das sich liest „wie ein Hohelied auf die Führung, Waffentechnik und vor allem das wertvolle ‚Menschenmaterial'."[20]

Viktor Suworow (Pseudonym für Wladimir Bogdanowitsch Resun), ehemaliger Generalstabsoffizier der Roten Armee, schrieb bereits 1995 in seinem Buch *Der Tag M*: [21]

„Zugang zu Geheimarchiven zu erlangen ist der Traum eines jeden Historikers, aber auch in offen zugänglichen Publikationen sind reichlich Informationen für eine Analyse der Handlungen der Roten

Armee sowie der Pläne und Absichten ihrer Führung enthalten. Genauso wie allein das, was in der Prawda [*d.h.: Wahrheit!*] *veröffentlicht worden ist, ausreicht, um die Kommunistische Partei zu einer verbrecherischen Organisation zu erklären. Genauso wie die veröffentlichten Arbeiten Lenins ausreichen, um ihn zu einem Feind der Menschheit zu erklären* […] *Ich* […] *wundere mich, daß alles, was die sowjetischen Generale und Marschälle schrieben, stets nur von dem einen handelt: ‚Wir Sowjetmenschen bereiten uns darauf vor, den Gegner auf dessen eigenem Territorium zu schlagen', und dann folgen Schicht auf Schicht Materialien über die Vorbereitung des sowjetischen Angriffs. Verzeihung – des Befreiungsfeldzugs. Sollte all das außer mir niemand gelesen haben? Womit beschäftigen sich dann unsere Massen von Historikern?* […] *Unsere Historiker sind immer darauf bedacht, zwischen den Zeilen zu lesen. Mir aber war der Gedanke gekommen, das zu lesen, was in den Zeilen steht, das zu lesen, was der Text offen hergibt. Fünfzig Jahre warten die Historiker darauf, daß sich ihnen die Tore der Archive weit öffnen. Können die Archive wirklich helfen, wenn man sich doch nicht einmal die Zeit zum Studium dessen genommen hat, was offen in den Bücherregalen steht?"*

„Die Oktoberrevolution war die blutigste der Geschichte. Man verbindet den Terror heute mit dem Namen Stalin, um das Bild des Erzvaters Lenin sauberzuhalten. Aber gerade Lenin hat in zahllosen Stellen in seinen Schriften und Briefen Terror und Gewalt gepredigt und hat sie in der Praxis mehr noch als Stalin, geübt."

konnte man 1976 bei Wolfram Engels[22], einem Nachfahren von Friedrich Engels und seinerzeit Herausgeber der Zeitschrift *Capital* lesen. Lesen wir also bei Lenin selbst:

„Hängt (aber so, daß es die Leute sehen) mindestens hundert Kulaken, Reiche und Blutsauger auf. Veröffentlicht ihre Namen. Nehmt ihnen alles Getreide ab. Bestimmt Geiseln… Jetzt und nur jetzt, wenn in den Hungergebieten die Leute Menschenfleisch essen und Hunderte, wenn nicht Tausende Leichen auf den Straßen liegen, können (und müssen) wir die Beschlagnahme der Kirchenschätze mit der wildesten und erbarmungslosesten Energie durchführen…"[23]

Das „M" im Buchtitel von Suworow steht für den Tag der offenen, nicht der heimlichen Mobilmachung.

„Die heimliche Mobilmachung war zur Vorbereitung eines Angriffskrieges bestimmt, für die Verteidigung des Landes wurde nichts unternommen. Die heimliche Mobilmachung hatte so kolossale Ausmaße erreicht, daß sie sich nicht mehr tarnen ließ. Hitler war nur noch die eine Möglichkeit geblieben, sich durch einen Präventivschlag zu retten. Hitler kam Stalin damit um zwei Wochen zuvor. Das ist der Grund, weshalb es zum ‚Tag M' nicht kam."[24]

An anderer Stelle schreibt er:

„Der gewaltige Opfergang Deutschlands und der anderen Achsenmächte haben es verhindert, daß die Rote Armee ihr Rotes Banner auch über Paris, Amsterdam, Kopenhagen, Rom, Stockholm und womöglich auch über London hissen konnte. Stalin wollte Europa überwältigen, also nicht nur Deutschland, das ist die historische revisionistische Dimension."[25]

In einem weiteren Werk, *Marschall Schukow – Lebensweg über Leichen,*[26] weist Suworow nach, daß am 2. Januar 1941, also fast ein halbes Jahr vor dem deutschen „Überfall" im Generalstab der Roten Armee in Moskau der Sturm auf Königsberg durchgespielt wurde. Sturmreif wurde Königsberg allerdings von den Briten geschossen. In der Nacht zum 27. August 1944 erfolgte der erste Angriff mit etwa 200 Lancaster-Bombern; der zweite Angriff mit etwa 600 britischen Bombern bedeutete den Untergang der historischen Stadt und war zugleich das Zeichen für den sowjetischen Vormarsch.[27]

Der ungarischer Staatschef Miklós von Horthy hatte am 22. Juni 1943 anläßlich der Rückkehr einer Kavalleriebrigade von der Ostfront folgende Mitteilung an die deutsche Presse ausgegeben:

„Es wäre zu wünschen, daß ein jedes Kulturvolk der Welt Einblick in die furchtbaren Zustände der Sowjetunion gewönne. Dann würde die Welt auch verstehen, zu welcher Bewunderung und zu welchem Dank sie dem deutschen Heer verpflichtet ist, das an der blutigen und schwierigen Aufgabe, die Welt von der bolschewistischen Schmach und Gefahr zu befreien, den Löwenanteil genommen hat."[28]

Bereits 1920 hatte George Pitt-Rivers vom Worcester College, Oxford, eine Schrift mit dem Titel *The World Significance of the Russian Revolution* veröffentlicht.[29] Schonungslos analysierte er darin die Rolle der Juden im internationalen Geschehen. Das Manuskript hatte er dem prominenten und in Englands Literaturkreisen wegen seiner Nietzsche-Ausgabe wohlbekannten Juden Dr. Oscar Levy zur Begutachtung zugeschickt. Der Antwortbrief wurde dann als Vorwort abgedruckt. Levy bestätigte vorbehaltlos den Inhalt.

Hier sind einige seiner Einsichten:

„Sie meinen mit recht, daß eine Ideologie dahinter stecke und Sie erkennen ganz klar, daß es eine alte Ideologie ist. Es gibt nichts Neues unter der Sonne: es ist selbst nichts Neues, daß diese Sonne im Osten aufgeht…[30]

Denn der Bolschewismus ist ja keine Bewegung: es ist ein Glaube und eine Religion! Wie konnten diese Halb- und Viertelgläubigen auch nur davon träumen, die ‚Aufrechten' und die ‚Wahrhaftigen' ihres eigenen Glaubens zu besiegen, also heilige Kreuzfahrer, die unter der roten Standarte von Karl Marx sich gesammelt hatten und unter der draufgeherischen Führung der erfahrensten Leiter aller unserer modernen Revolutionen fochten – unter der der Juden?…[31]

Es gibt keine merkwürdigere, rätselhaftere Rasse in der Welt als die Juden und darum keine interessantere…[32]

Denn die Frage nach dem Einfluss der Juden auf unser Zeitalter geht an die Wurzel aller Dinge und soll und muss darum von jedem ehrlichen Denker erörtert werden, wie kitzlich diese Frage auch sein mag, wie kitzlich die Angehörigen der jüdischen Rasse selber auch sein mögen. Denn die Juden nämlich, das wissen Sie wohl auch, sind die empfindlichste Gemeinschaft auf Erden und schöpfen sofort Verdacht gegen jeden Nichtjuden, der sich ihnen mit kritischer Absicht naht. Sie sind nur zu geneigt – und das wegen ihrer schrecklichen Erfahrungen nicht zu Unrecht geneigt – einen jeden, der nicht für sie ist, als gegen sie zu betrachten und ihn als einen intoleranten, mittelalterlichen, barbarischen Feind ihrer Rasse und ihres Glaubens hinzustellen…[33]

Aber Eines muss ich doch, bevor ich für Sie eintrete, vorausschicken: es gibt kaum ein Ereignis im modernen Europa, das nicht auf die Juden zurückgeführt werden kann…[34]

…hinter diesem Scheine liegt eine gigantische Wahrheit verborgen, und sie lautet, daß alle modernen Ideen und Bewegungen ursprünglich aus jüdischer Quelle stammen – aus dem einfachen Grunde, weil die semitische Idee endgültig die Welt erobert, und dieses nur scheinbar irreligiöse Zeitalter sich gänzlich unterworfen hat…[35]

Wir, die wir uns als die Heilande der Welt aufspielten; wir, die wir stolz der Welt den Heiland gegeben zu haben vermeinten, wir sind heutzutage nichts weiter wie dieser Welt Verführer, Zerstörer, Brandstifter und Henkersknechte!…"[36]

Das ungefähr steht auch in der obengenannten Schrift von Dietrich Eckart!

Auch Churchill wußte bereits in den 1920er Jahren um das Wesen des Bolschewismus Bescheid:

„Diese Bewegung unter den Juden ist nichts Neues. Von den Tagen des Spartakus-Weishaupt (dem Gründer des bayerischen Illuminatenordens im Auftrag der Rothschilds) zu denen eines Karl Marx (Mitglied der ‚Gesellschaft der vier Jahreszeiten', einem Zweig der bayerischen Illuminaten), bis zu einem Trotzki (Rußland), Bela Kuhn (Ungarn), Rosa Luxemburg (Deutschland) und Emma Goldman (USA) an, wuchs diese weltweite Verschwörung zur Stürzung von Zivilisationen und den Wiederaufbau von Gesellschaften unter kontrollierter Entwicklung, von neidischer Böswilligkeit und unmöglicher Gleichheit. Sie spielte eine wichtige und deutlich erkennbare Rolle in der Tragödie der französischen Revolution. Es war der Hauptursprung aller subversiven Bewegungen während des neunzehnten Jahrhunderts […] *Und man muß in keiner Weise übertreiben, wenn man behauptet, daß die Rolle der Juden im Bolschewismus und die tatsächliche Hervorbringung der bolschewistischen Revolution durch diese internationalen und vor allem atheistischen Juden geschah."*[37]

„To be forewarned should be to be forearmed!" war sein Fazit.[38] Doch dann kam, wie bekannt, alles anders.

Lange Zeit hatten Vorstellungen vom „Gentleman" und von „Fair Play" das Bild Englands geprägt. Hitlers Bewunderung für die Engländer dürfte eine abrupte Abkühlung erfahren haben, als das Handbuch für neuzeitliche irreguläre Kriegsführung in deutsche Hände fiel; darin heißt es:

„Die Bedeutung des Begriffes ‚Irreguläre Kriegsführung' scheint bisher nur von wenigen verstanden worden zu sein. Allgemein gesprochen besteht diese aus verschiedenen Arten… die von einem einzelnen Sabotageakt bis zur Aufstellung einer großen und gut ausgebildeten Freischärlertruppe reichen. Die Zeiten einer sportlichen Kriegsführung sind vorüber. Heute muß jeder Soldat im Bedarfsfall ein Gangster sein […] *Schneller Schlag unter das Kinn… gleichzeitig stoße ihm die Finger in die Augen und zertritt ihm den Schädel…"*[39]

Am 29. Februar 1944 sandte das britische Propagandaministerium einen vertraulichen Rundbrief an höhere Geistliche und an die BBC. Darin heißt es u.a.:

„Es ist oft die Pflicht guter Bürger und frommer Christen, ein Auge zuzudrücken angesichts der Eigentümlichkeiten jener, mit denen wir verbündet sind […] *Wir kennen die Herrschaftsmethoden des bolschewistischen Diktators in Rußland selbst, zum Beispiel von den Schriften und Reden des Premierministers während der letzten zwanzig Jahre* […] *Wir müssen deshalb in Rechnung stellen, wie sich die Rote Armee sicherlich verhalten wird, wenn sie Mitteleuropa überrennt.* […] *Wir können die Bolschewiken nicht ändern, aber wir können unser Bestes tun, sie – und uns selbst – vor den Folgen*

ihres Tuns zu bewahren. […] *Die einzige Alternative zum Leugnen ist, die öffentliche Aufmerksamkeit von der ganzen Sache abzulenken. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die beste Ablenkung Greuelpropaganda gegen den Feind ist* […]*“* [40]

Bis 1985 blieb eine Denkschrift geheim, die Churchill im Juli 1944 seinem Generalstabschef, General Hastings Ismay, schrieb: [41]

„Ich möchte, daß Sie sich mit der Giftgasfrage eingehend befassen […] *Es ist unsinnig, bei dieser Angelegenheit moralische Überlegungen anzustellen, da im letzten Krieg alle Giftgas eingesetzt haben, ohne daß es deshalb zu Protesten von seiten der Moralisten und der Kirche kam. Damals galt die Bombardierung offener Städte allerdings als verboten, heute führen alle solche Fliegerangriffe als Selbstverständlichkeit durch. Es handelt sich ganz einfach um eine Mode, vergleichbar mit der Entwicklung der Rocklänge der Frauen* […]*“*

Der Diplomat und Schriftsteller Sir Harold Nicolson, der bereits 1963 das Wort vom „Holocaust von Dresden“ geprägt hatte[42], meinte, es sei eine verhängnisvolle Neigung der Engländer, andere Nationen der Grausamkeit anzuklagen, aus der Überzeugung heraus, daß sie selbst zu solchen Handlungen nicht fähig seien.[43]

In seinem Schlußwort vor dem Nürnberger Militärtribunal sagte Generaloberst Alfred Jodl:

„Sie [*die deutschen Soldaten*] *haben nicht der Hölle gedient und nicht einem Verbrecher sondern ihrem Volke und ihrem Vaterlande* […] *In einem Krieg wie diesem, in dem hunderttausende von Kindern und Frauen durch Bombenteppiche vernichtet oder durch Tiefflieger getötet wurden, in dem Partisanen jedes aber auch jedes Gewaltmittel anwandten, das ihnen zweckmäßig erschien, sind harte Maßnahmen, auch wenn sie völkerrechtlich bedenklich erscheinen sollten, kein Verbrechen von Moral und Gewissen, denn ich glaube und bekenne die Pflicht gegen Volk und Vaterland steht über jeder anderen. Diese zu erfüllen war mir Ehre und höchstes Gesetz* […]*“* [44]

Jodl wurde in Nürnberg hingerichtet. Was bleibt, sind Lügen.

Einen anderen Grund, angesichts von Greueltaten ein Auge zuzudrücken, hatte Heinrich Graf von Einsiedel offenbart. Er war Jagdflieger der Luftwaffe, wurde Ende August 1942 nach 35 Luftsiegen bei Stalingrad abgeschossen, geriet in sowjetische Gefangenschaft und wurde später Vizepräsident im von Stalin gegründeten „Nationalkomitee Freies Deutschland“. Am 5. Juli 1944 hatte er seinem Tagebuch anvertraut:[45]

„Ich habe meine marxistische Lektüre eifrig fortgesetzt und kann nur feststellen, daß diese festgefügte, klare, sich eng an die greifbare Realität haltende Vernunftreligion eine magische Anziehungskraft auf mich ausübt […] *Aber Terror, Gewalt, Lüge und Betrug erhalten einen neuen Sinn: Der Zweck heiligt die Mittel. Und dieser Mut zur letzten Konsequenz im Denken und Handeln fasziniert mich.“*

Dabei hatte er noch am 8. November 1943 bekannt:[46]

„Wenn die sowjetische Propagandathese richtig ist, daß die Moral einer Armee von der Fortschrittlichkeit und sozialen Gerechtigkeit der Gesellschaftsordnung abhängt, die sie verteidigt, dann ist das Dritte Reich geradezu ein Musterstaat gegenüber der Sowjetunion. Noch in den Kessel von Stalingrad sind mehr Russen hinein übergelaufen als Deutsche heraus. Sie waren dann höchst erstaunt, von den Deutschen dasselbe zu hören wie von ihren Propagandisten, nämlich daß die deutsche Armee eingekesselt sei.“

Über den Zusammenbruch in Ostpreußen schrieb er am 15. Februar 1945:

„Sie haben eine Vernichtungsorgie erlebt, wie sie noch kein zivilisierter Landstrich über sich hat ergehen lassen müssen. Nur wenige können die Tränen zurückhalten, wenn sie hiervon erzählen. – Ich habe immer Angst vor dem Tage gehabt, an dem die Rote Armee kämpfend deutschen Boden betreten würde. Aber was sich hier abgespielt hat, übersteigt alles, was ich in meinen pessimistischen Stunden für möglich gehalten habe. – Selbst die russischen Offiziere bestätigen, was die Kameraden berichten. Sie sind ihrer Truppen nicht mehr Herr. Kommandeure, die dem Treiben ihrer eigenen Einheiten Einhalt gebieten wollen, werden einfach erschossen. Die Verwilderung ist so groß, daß sie um die Kampfmoral der Truppe fürchten.“[47]

„Wieder einer dieser Punkte, der dem Anschein nach vom Kommunismus abstoßen sollte, der aber die Intellektuellen unglaublich faszinierte und anzog.“ äußerte der polnisch-jüdische Ex-Kommunist Alexander Wat im Gespräch mit dem aus Wilna stammenden Literatur-Nobelpreisträger Czeslaw Miłosz.[48] *„Und zwar war das diese Grausamkeit. Dieses ganze Blut, das für die Revolution vergossen worden war* […] *Diese Wildheit, die an die Oberfläche trat, das alles sprach für den Kommunismus. Denn diesen schrecklichen Preis muß man bezahlen* […] *Nein, mir graust eher vor Blut. Aber weißt du, es geht um dieses abstrakte Blut, dieses unsichtbare Blut, das Blut auf der anderen Seite der Mauer,* […] *wie rein und großartig muß die Sache sein, für die so viel Blut,*

unschuldiges Blut vergossen wird. Das übt eine unglaubliche Anziehungskraft aus."

Also: Der Zweck heiligt die Mittel, und die Mittel heiligen den Zweck! Welch bestechende Logik für ein Programm, das weltweit letztlich mindestens hundert Millionen Menschenleben kostete!

„Die blauen Augen der Revolution leuchten vor notwendiger Grausamkeit" hieß es 1919 bei dem französischen Schriftsteller, Kommunisten und Mitbegründer der surrealistischen Bewegung Louis Aragon[49], der seinerzeit Stalin als „größten Philosophen aller Zeiten" feierte.[50] 1931 inspirierten ihn die Leichenberge in der Sowjetunion zu einem Gedicht, in dem er von der Gründung einer französischen GPU träumte:

„Ich singe von der GPU, die sich im Augenblick in Frankreich formiert. / Ich singe von der GPU, die Frankreich braucht. / Fordert eine GPU. / Ihr braucht eine GPU. / Es lebe die GPU, das dialektische Symbol des Heldentums."[51]

Gefragt, warum er stets geleugnet habe, daß in den sowjetischen Straflagern 16 Millionen Menschen umgekommen seien, gab Aragon ungerührt zur Antwort:

„Wieso 16? Sie scherzen, meine liebe Freundin. Es waren keine 16, es waren 18 Millionen Tote. Leugnen, natürlich muß man leugnen. Es ging doch um die Familie."[52]

Der oben genannte Autor Wat hat aber auch darauf hingewiesen:[53]

„Alle Minderheiten [*in der Sowjetunion*] […] *warteten auf die Ankunft der Deutschen. Das war überall so, bis hin nach Kasachstan. Die Juden waren die einzige Ausnahme. Es war also auch ein jüdischer, nicht nur ein russischer Krieg."*

Graf Einsiedel hatte dann in seinem Tagebuch dem Gegner noch ein schönes Kompliment gemacht:

„… jeder verstand nur allzugut, daß als Faschist galt, wer sich so etwas wie eine eigene Meinung erlaubte."[54]

Er ist stolz darauf, nicht nur ein Nachfahre Bismarcks, sondern auch mit Immanuel Kant blutsverwandt zu sein. Was hätte der Königsberger Philosoph, der keiner Fliege etwas zuleide tun konnte, wohl heute für eine Meinung vom roten Grafen und der „Familie" (Aragon), wer auch immer damit gemeint war? Wer heute die geschichtliche Wahrheit einfordert, die Geschehnisse in ihrem chronologisch korrekten Ablauf schildert, aufeinander bezieht und gar Schlußfolgerungen daraus zieht, oder wer etwas Unerwünschtes über das Dritte Reich sagt, läuft Gefahr, eingesperrt zu werden, während *er* immer wieder gerne zu Fernsehinterviews herangezogen wird.

Gerd Koenen, selbst ehemals gläubiger Kommunist und ehemaliges Mitglied des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), analysiert den „religiösen" Aspekt bei der hier aufgezeigten Faszination des Grauens zum Schluß seines Buches *Die großen Gesänge*: [55]

„Man ist hier an der vielleicht tiefsten und ergiebigsten Quelle des Großen Kultes: dem einer ursprünglichen Heiligkeit, einer Geweihtheit, eines Numinosen, die, wie noch am Ursprung jeder Religion der Geschichte, gerade aus dem Menschenopfer, der äußersten Gewalt, ja dem Massaker und Verbrechen gespeist wird und sich ambivalent darauf bezieht."

Er zitiert dann den Theologen Rudolf Otto, der in seinem Buch *Das Heilige*, erschienen im Epochenjahr 1917, geschrieben hatte: [56]

„Sie [*die ‚dämonische Scheu'*] *ist das seltsamste und beachtlichste Vorkommnis überhaupt in der Religionsgeschichte. So grauenvoll-furchtbar das Dämonisch-Göttliche dem Gemüt erscheinen kann, so lockend-reizvoll wird es ihm. Und die Kreatur, die vor ihm erzittert in demütigstem Verzagen, hat immer zugleich den Antrieb, sich zu ihm hinzuwenden, ja es sich irgendwie anzueignen."*

Weiter wieder Koenen:[57]

„Stärker noch als für die klassischen Weltreligionen gilt das für die säkularen Kulte der Moderne, die fast durchweg Totenkulte waren […] *Aber im Falle der Stalinschen ‚Säuberungen' ging es nicht um vergangene, freiwillige Opfer, sondern um frisch hingeschlachtetes, großteils völlig unbeteiligtes Menschenleben, in Größenordnungen, wie sie die moderne europäische Geschichte, die an Grausamkeiten den alten Reichen in Nichts nachgestanden hat, denn doch noch nicht kannte. Und gerade diese neue, bisher unbekannte Dimension des Tötens erzeugte einen Schauer, in den sich deutlich Bewunderung mischte.*

Man kann übrigens eine Art schlichter Logik in dieser Reaktion sehen: Ein Terror, der so bewußt geübt wurde, sich so wenig um Schuld oder Unschuld kümmerte, niemanden potentiell verschonte und buchstäblich jeden treffen konnte, keine Nützlichkeitsabwägung akzeptierte, keiner erkennbaren Regel folgte, die Menschen lautlos und sogar spurlos verschwinden ließ[58] *– ein solcher organisierter Terrorismus mußte einen verborgenen höheren Sinn haben. Nicht der Zweck heiligte hier die Mittel, sondern im Gegenteil: die äußerste Gewaltsamkeit der politischen Mittel heiligte den Zweck, der ohne Zweifel ein sehr hoher Zweck sein mußte, wenn man bereit war, für ihn solche Menschenopfer zu bringen.* […]

Wozu summiert sich das alles? Zu einem grausamen Kinder-Tagtraum der Menschen des 20. Jahrhunderts. Dem Traum von einer ‚Lösung' ihrer

drängendsten Gegenwartsprobleme auf einen Streich, durch eine gesellschaftliche Generalhandlung, die so gewaltsam durchgreifend sein darf, wie es eben sein muß, wenn es gilt, die Ursachen des Unglücks in der Welt ein für allemal auszurotten.“

Die Motive hierfür potenzieren sich

„zu einem weniger progressiven als regressiven Traum, einem ewigen Kindertraum der Menschen, die Rückkehr in einen Zustand ursprünglicher Unschuld, in den Mutterschoß. Bekanntlich hat Freud in seinen letzten kulturtheoretischen Schriften diesen kollektiven Impuls, nicht ohne Vorbehalt gegen das Wort, als ‚Todestrieb‘[59] *bezeichnet.* […]

Wie man inzwischen weiß, war der real existierende Sozialismus vor allem eine einzige, überlebensgroße Fiktion. Alles war nahezu das Gegenteil von dem, was es zu sein vorgab. In diesem Sinne, wenn man so will: eine Utopie. Deren ‚Verlust‘ dann allerdings einem Phantomschmerz gleicht. […] *Die Faschisten waren zu solchen Intensitäten der Hingabe an eine ‚Sache‘ und ihren Führer ganz unfähig.“*

„Das Rätsel ist, daß der Mythos all diesen Desillusionen und Realitäten solange standhalten konnte“,

wundert sich auch Jorge Semprún, 1923 in Madrid als Sohn eines katholischen Republikaners geboren, zur Zeit des Spanischen Bürgerkrieges Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Spaniens und „antifaschistischer“ Widerstandskämpfer, befragt nach seiner Meinung zum Schwarzbuch des Kommunismus.

„Wie konnte dieses politische Engagement jahrzehntelang so blind und so religiös werden? Und warum gibt es bis heute so viele Menschen – ich meine hier nicht nur Intellektuelle, sondern Leute aller Kategorien –, die längst nicht mehr glauben, daß der Kommunismus die Lösung parat hält und die trotzdem sagen: ‚Aber schön war's doch‘? Wie in dem Lied von Piaf: ‚Je ne regrette rien.‘“ [60]

„Heute kann sich auch der entschiedenste ‚Linksintellektuelle‘ aus den Erinnerungen von Lew Kopelew[61] *leicht ein Bild davon machen, was die früheste ‚Säuberungsideologie‘ des 20. Jahrhunderts war und was für grauenhafte Handlungen die Akteure mit gutem Gewissen begehen mochten“,*

sagte Professor Ernst Nolte anläßlich der Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises 2000.[62] Und trotzdem meint er jetzt nach Jahrzehnten immer noch, daß sich derjenige, der der utopischen Illusion der marxistisch-kommunistischen Bewegung fremd blieb, heute eher Vorwürfe zu machen habe als derjenige, der sich dafür engagierte.[63] Einfach ein Auge zugedrückt!

„Wenn ich etwa die ersten sechs Takte von ‚Je ne regrette rien‘ der Madame Piaf höre, verliere ich die Kontrolle über mich“,

bekennt der jüdische Literaturwissenschaftler George Steiner. „Je ne regrette rien“, ich bedauere nichts, ist der Schlachtruf derer, die ihr eigenes Fegefeuer anheizen und nach keinem anderen Jenseits als dem ekstatischen Moment verlangen.[64]

Die wohl prägnanteste Formel lieferte Ernst Bloch in seinem Werk *Das Prinzip Hoffnung*: „Ubi Lenin, ibi Jerusalem“[65] Wo Lenin, da Jerusalem; und dann:

„Zionismus mündet im Sozialismus, oder er mündet überhaupt nicht.“[66]

„Was wissen aber die Sozialisten?“ notierte Gershom Scholem, der spätere Kabbalaforscher und Religionsphilosoph, in sein Tagebuch 1919.

„Wissen sie mehr und haben sie mehr erkannt? Sie nutzen die unbestimmte Dunkelheit einer historischen Dämmerung aus und verkünden erfolgreich eine Lehre. […] *Ihr Wissen ist Schein und auf nichts gegründet als auf eine unausdenkbare Fiktion. So verführen sie das Volk.“*[67]

In der Sowjetunion erschienen also nun die unvorstellbaren Leiden ungezählter Opfer der Triade von Revolution, Kollektivierung und Säuberung „irgendwie“ rückwärts gerechtfertigt durch den Krieg, als hätten sie stets nur der Vorbereitung auf diese äußere Bedrohung gedient; dabei bestand in der Realität keinerlei Zusammenhang – kein kausaler Nexus –, wie Gerd Koenen ausführt: [68]

„So wurde der Krieg am Ende nicht zur Stunde der Wahrheit, sondern zum Vater einer neuen geschichtlichen Lüge – der größten von allen.“

Die größte geschichtliche Lüge – das klingt doch irgendwie nach Singularität!

Für Russen also wurde der sog. Große Vaterländische Krieg rückwirkend zur Rechtfertigung der Opfer von Revolution, Kollektivierung und Säuberung stilisiert. Hatten doch schon Alexander und Margarethe Mitscherlich behauptet:[69]

„Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß sich im Laufe der kommenden Jahrzehnte die außerordentlichen Opfer der russischen Revolution so etwas wie bezahlt machen.“

Für Deutschland würde diese Art rückwärts gerichteter Dialektik entsprechend der „political correctness“ lauten: Wie verbrecherisch muß das eigene Regime – ein Musterstaat im Vergleich mit der Sowjetunion nach Graf Einsiedel – gewesen sein, wenn die Gegner zu derartigen Mitteln greifen mußten? Die Tatsache, daß der Bomben-Holocaust gegen Deutschland längst schon geplant war, bevor Hitler an die Macht kam, stößt bei jahrzehntelang neurotisierten Zeitgenossen dann nur auf pseudomoralische

Ablehnung. Dabei haben es unsere Umerzieher nicht zuletzt der deutschen Wehrmacht und ihren Hilfskräften aus vielen Ländern[70] zu verdanken, daß sie heute aus gesicherten Positionen heraus weiterhetzen können.

Wäre Hitler nämlich 1933 gescheitert oder überhaupt nicht auf der politischen Bühne in Erscheinung getreten, würde für jene erst recht gelten, was 1993 auf einem Kongreß bekannt wurde:[71]

> *„Die größte Kommunistenverfolgung der Geschichte ging von Kommunisten aus* […] *Unter dem Diktat der ‚Wachsamkeit' richtete sich der stalinistische Terror gegen alte Bolschewiken und junge Parteikader, gegen Arbeiter und ‚Kulaken', gegen Offiziere und Angehörige der Intelligenz. Er fand seine Opfer unter den politischen Emigranten in der Sowjetunion und mit Hilfe bezahlter Mörder auch außerhalb des Landes."*

So wird die „neue und größte der geschichtlichen Lügen" (Koenen) zu einer Art Lügen-Holocaust, denn man könnte hier an das Wort des tschechischen Schach-Großmeisters und Ex-Kommunisten Ludek Pachmann denken:

„Es gibt nämlich für die Seele einer Nation etwas noch schlimmeres als Massenmord und Vertreibung: Es ist ein Zustand, in dem ein Volk mehr als die Hälfte dieses Jahrhunderts zur Lüge und Mißachtung des Rechtes systematisch verführt und erzogen wird."[72]

Es ist die Umerziehung, bzw. Selbstumerziehung zum Leben mit der Lüge, die – um in Anlehnung an Heinrich Heine zu sprechen – zum Entreebillett in die heute weltweite Kultur der „political correctness" geworden ist.

Klaus Rainer Röhl, der wie Koenen früher jahrzehntelang bei dem internationalsozialistischen, antideutschen Wahn mitgewirkt hatte, beschließt sein Buch *Deutsche Tabus – Ungefragte Antworten* mit einer Schlußbilanz „Götterdämmerung – Was wird bleiben von 1968?": [73]

> *„Nichts Nennenswertes. Nur die Kunde, daß mit ihnen das Ende Deutschlands als Nation begann. Den Zweiten Weltkrieg gewannen die Alliierten, zusammen mit dem Diktator Stalin. Aber wirklich am Boden lag das deutsche Volk nicht. Das Land, zerstückelt, abgetrennt ein Drittel, der Rest in zwei ungleiche Hälften zerteilt, wurde wiederaufgebaut in wenigen Jahren, von den Überlebenden der großen Katastrophe, den Flüchtlingen aus den Ostprovinzen, den Heimkehrern und Müttern und Kindern, die die Bombenteppiche und Feuerstürme in den Städten überlebt hatten* […]
>
> *Aber die Kraft der überlebenden Kriegsgeneration reichte nur noch für das Wirtschaftswunder und das Fußballwunder von Bern, für Volkswagen und Fernsehen für alle und Ferien mit Touropa und Rückkehr nach Europa, für Nato-Integration und Aufnahme in die Völkergemeinschaft. Nicht mehr zum Widerstand gegen die eigenen Kinder, die Kinder von Marx und Marcuse, von Adorno und Horkheimer, die ihre Eltern umerziehen wollten zu friedlichen Menschen und deren Idole doch die Kriegshelden Mao und Ho Tchi Minh waren und auch, was die meisten heute vergessen haben, Pol Pot und Gaddhafi. Wirklich gewonnen wurde der Zweite Weltkrieg gegen die Deutschen erst von den 68ern."*[74]

Und die sind immer noch an der Macht! So sprach am 24. Februar 2005 der Außenminister in der Europadebatte des Bundestages von der „deutschen Selbstzerstörung", als es um die Lehren ging, auf denen heute Europa ruht.[75] Das heißt doch im Klartext nichts anderes, als daß Deutschland zum Untergang verurteilt sei, weil es den vollständigen Sieg des Bolschewismus über Europa, ja vielleicht über die ganze Welt, vereitelt hat; oder sollte man sagen verzögert, denn das Ziel heißt eben heute Globalisierung.

> *„Immerhin war der Marxismus eine erste leidenschaftliche und bedingungslose Affirmation der Globalisierung* […]"

schreibt Florian Rötzer[76], und auch für Joschka Fischer ist „diese großartige Passage, der erste Teil des Kommunistischen Manifests, der Apotheose der Globalisierung" Gegenstand der Bewunderung.[77] Von einem wirklichen Ende des Experiments „Rot-Grün" nach der Wahl im September 2005 kann man wohl nicht ausgehen, sind doch die Unionsparteien schon längst „versozialdemokratisiert" und in ein undurchdringliches Netz von Abhängigkeiten eingebunden, die radikale Reformen verhindern.

1996 meinte der Dirigent Günter Wand:

> *„Wissen Sie, die Zeit, die wir jetzt durchleben, wird in fünfzig Jahren vielleicht als die lächerlichste der deutschen Geschichte bezeichnet werden. Lächerlich, weil nichts stimmt. Alles läuft hinter ständig wechselnden Erscheinungen her, betet des Kaisers neue Kleidung an; keiner sieht, daß er nackt ist. Das ist so in der Kultur, auch in der Politik. Und immer verbunden mit der Verlogenheit, etwas hochzuspielen, von dem man weiß, daß es nicht stimmt."*[78]

Anmerkungen

1. *Der Archipel Gulag III*; Scherz Bern – München 1976, S. 28 oder Kurzausgabe 1986, S. 349
2. *Der Bolschewismus von Moses bis Lenin*, Hoheneichen, München 1924, S. 37
3. *Der Aufbau der Roten Armee in der Revolution*; Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 1923, S. 103 und 57
4. Meldung vom 12. November 1929: *„Wir werden an die Wand gestellt"* in: *Traunsteiner Wochenblatt* vom 14. November 1929
5. Jochen Staadt: *„Kampf um Sowjetdeutschland"*, Besprechung

von Zetkin-Biographien in: *FAZ* vom 28. Juli 2004, S. 6

[6] wie ihn *The New Encyclopaedia Britannica*, 15th Ed., Chicago, Bd. 12, S. 266 bezeichnet; nach Olaf Rose: *Der Hetzer*; Druffel, Inning 2004, S. 8, Anm. 1

[7] *Even now*, London 1933, S. 69

[8] *Hitler-Interpretationen 1923–1983*; 2. Aufl., Wissenschaftl. Buchgesellschaft, Darmstadt 1988, S. 209

[9] *Der Zweite Weltkrieg 1939–1945*; Klett-Cotta,

[10] 2. Aufl., Verlag für ganzheitliche Forschung, Viöl 2000

[11] OLZOG, München 2004, S. 216–261

[12] nach der Besprechung von Wolfgang Strauss: „Stalins Fehler“ in: *Deutsche Geschichte – Europa und die Welt*, Nr. 75, Februar 2005, S. 44/45

[13] *Parliamentary Debates – House of Commons – Official Report*; His Majesty's Stationery Office, London 1949, Vol. 460, no. 46

[14] *Allgemeine Jüdische Wochenzeitung* vom 24. Mai 1990, S. 11; dazu auch Johannes Rogalla von Bieberstein: *„Jüdischer Bolschewismus“ – Mythos und Realität*; Antaios, Dresden 2002

[15] *Verbrechen an der Wehrmacht – Kriegsgreuel der Roten Armee 1941/42*; Pour le Mérite, Selent 1997, S. 43

[16] Pour le Mérite, Selent 2000

[17] *„Schockwirkung“* in: *FAZ* vom 20. Juli 2000, S. 10

[18] „Hitlers und Adenauers General“ in: *FAZ* vom 29. Dezember 2001, S. 7

[19] Ein kabbalistisches Prinzip: „‚Ursache‘ und ‚Wirkung‘ sind immer umkehrbar, denn Kabbalisten betrachteten sie als linguistische Fiktionen“ (Harold Bloom: *Kabbala, Poesie und Kritik*; Stroemfeld, Basel 1988, S. 20)

[20] *The Great Armies: The Wehrmacht – The German Army of World War II*, 1939–1945; Fitzoy Dearborn, New York/London 2003

[21] *Der Tag M*, Klett-Cotta, Stuttgart 1995, S. 312 ff.

[22] *Mehr Markt – Soziale Marktwirtschaft als politische Ökonomie*; Seewald, Stuttgart 1976, S. 78/79

[23] Richard Pipes: *The Unknown Lenin*; Yale University Press, New Haven/London 1996; nach *„Menschenfleisch“* in: *FAZ* vom 27. Januar 1997, S. 11

[24] Ebenda, S. 330

[25] nach *Unabhängige Nachrichten* 4/99, S. 6

[26] Pour le Mérite, Selent

[27] „Vor 60 Jahren: Der Anfang vom Ende Königsbergs“ in: *FAZ* vom 27. August 2004, S. 5

[28] Gerhard Frey: *Deutschland wie es wirklich war*; FZ, München 2000, S. 213

[29] Basil Blackwell, Oxford 1920

[30] „You rightly recognize that there is an ideology behind it and you clearly diagnose it as an ancient ideology. There is nothing new under the Sun, it is even nothing new that this Sun rises in the East.“

[31] For Bolshevism is a religion and a faith. How could these half-converted believers ever dream to vanquish the ‚Truthful‘ and the ‚Faithful‘ of their own creed, these holy crusaders, who had gathered round the Red Standard of the Prophet Karl Marx, and who fought under the daring guidance of experienced officers of all latter-day revolutions – the Jews.

[32] There is no race in the world more enigmatic, more fatal, and therefore more interesting than the Jews…

[33] For the Jews, as you are aware, are a sensitive Community, and thus very suspicious of any Gentile who tries to approach them with a critical mind. They are always inclined – and that on account of their terrible experiences – to denounce anyone who is not with them as against them, as tainted with ‚medieval‘ prejudice, as an intolerant Antagonist of their Faith and of their Race…

[34] But first of all, I hav to say this: There is scarcely an event in modern Europe that cannot be traced back to the Jews…

[35] …all latter-day ideas and movements have originally sprung from a Jewish source, for the simple reason, that the Semitic idea has finally conquered and entirely subdued this only apparently irreligious universe of ours…

[36] „We who have posed as the saviour of the world; we who have even boasted of having given it ‚the‘ Saviour; we are today nothing else but the world's seducers, its destroyers, its incendiaries, its executioners…“
Deutsche Zitate aus: Oscar Levy: *Nietzsche verstehen – Essays aus dem Exil 1913–1937*; Parerga, Berlin 2005, S. 76–91

[37] „Zionism versus Bolshevism – A struggle for the soul of the jewish people“ in: *Illustrated Sunday Herald* vom 8. Februar 1920, S. 5; Churchill: *Great Contemporaries*; Thornton Butterworth, 4. Aufl., London 1937, S. 199 ff.

[38] Churchill: *Great Contemporaries*, S. 200

[39] Luise Jodl: *Jenseits des Endes – leben und Sterben des Generaloberst Alfred Jodl*; Fritz Molden, Wien u.a. 1976, S. 345, Anm. 50

[40] *Official Government Documents* (Polen), Vol. LVI, Doc. 78, zitiert in: Edward J. Rozek: *Allied Wartime Diplomacy*; John Wiley & Sons, 1958; Nachdruck: Westview, Boulder u.a. 1989, S. 209/210 (Fettdruck von mir, E.M.) Hier ist daran zu erinnern, daß es Anfang der 1930er Jahre ein deutscher Jude war, der nicht nur auf die Bedrohung durch die sowjetische Aufrüstung sondern auch auf die Greuel-Lügen-Propaganda hingewiesen hatte: Jakow Trachtenberg: *Rotes Russland Rüstet!*; Eigenverlag, Berlin 1931 und: *Die Greuelpropaganda ist eine Lügenpropaganda sagen die deutschen Juden selbst*; Eigenverlag, Berlin 1933, auf Deutsch, Englisch und Französisch.
Wer es wissen wollte, konnte es also wissen!

[41] zitiert in Philippe Gautier: *Deutschenangst – Deutschenhaß – Entstehung, Hintergründe, Auswirkungen*; Grabert, Tübingen 1999, S. 280

[42] im: *Observer* vom 5. Mai 1963; und der jüdische Revisionist Josef G. Burg prägte den Titel *Holocaust des schlechten Gewissens unter Hexagramm Regie* (Ederer, München 1979)

[43] Erich Schwinge: *Bilanz der Kriegsgeneration – Ein Beitrag zur Geschichte unserer Zeit*; 6. Aufl., N. G. Elwert, Marburg 1981, S. 73

[44] zitiert in Anton F. Schimmelpfennig: *Hitler – eine Biographie nach zeitgenössischer Presse 1889–1945*; Sketec, Pullach 1989, S. 110

[45] *Tagebuch der Versuchung 1942–1950* (1950); Ullstein, Frankfurt a.M. 1985, S. 136

[46] Ebenda, S. 115

[47] Ebenda, S. 175; Graf Einsiedel fand nach 35 Jahren in der SPD Anfang der 1990er Jahre seine neue Heimat in der PDS.

[48] *Jenseits von Wahrheit und Lüge*; Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 74/75; Wat endete 1967 im französischen Exil durch Freitod.

[49] *Das Schwarzbuch des Kommunismus – Unterdrückung, Verbrechen und Terror*; hrsg. von Stéphane Courtois et al.; Piper, München 1998, S. 818; übrigens: Das Motto auf dem Berliner Germanistentag von 1968 lautete: *„Schlagt die Germanistik tot, färbt die blaue Blume rot.“* (*FAZ* vom 18. November 1998, S. N 6) Die „blaue Blume“ steht für die deutsche Romantik und für die Sehnsucht nach dem Absoluten.

[50] *„Das Schwarzbuch des roten Führers“* in: *FAZ* vom 20. Dezember 1997, S. 36

[51] Jean-François Revel: „Kommunismus, 85 Millionen Tote!“, in: *Le Point*, 15. November 1997, hier nach Horst Möller (Hrsg.): *Der rote Holocaust – Die Debatte um das „Schwarzbuch des Kommunismus“*; Piper, München 1999, S. 52

[52] Jörg von Uthmann: *„Von ganzem Herzen Ja, Ja, Ja…“* in: *FAZ* vom 22. September 1990

[53] *Jenseits von Wahrheit und Lüge*, S. 618; Hervorhebung im Original kursiv.

[54] *Tagebuch der Versuchung 1942–1950*, S. 191. Der jüdische Kommunist Adam Rayski schreibt: „Bei den Intellektuellen hieß diese Formel: ‚Ich denke nicht, also bin ich.‘“ (*Zwischen Thora und Partei*; Herder, Freiburg i. Br. 1987, S. 171)

[55] *Die großen Gesänge, Lenin, Stalin, Mao Tse-tung: Führerkulte und Heldenmythen des 20. Jahrhunderts*; 2. Aufl., Eichborn,

Frankfurt a.M. 1991, S. 541–543

[56] *Das Heilige – Über das Irrationale in der Idee des Göttlichen und sein Verhältnis zum Rationalen*; C. H. Beck, München 1963/2004, S. 42; Ich bringe dieses Zitat auf der Suche nach einem Verständnis des Geschehens, auch wenn mir selbst das Gefühl für diese Art *„ursprüngliche Heiligkeit“* abgeht. Allerdings vermag ich angesichts der Auswirkungen in der Geschichte über diesen Mangel kein Bedauern zu empfinden.

[57] *Die großen Gesänge*, S. 89. Da berichtete etwa ein Engländer namens J. A. Cole 1938 von einem Deutschlandbesuch: „Es hat eine Revolution stattgefunden, und zwar in viel größeren Ausmaßen, als ich angenommen hatte. Wenn sie unter mehr Blutvergießen vonstatten gegangen wäre, würden wir von ihrer Gründlichkeit mehr überzeugt worden sein.“ (Just back from Germany, London 1938)

[58] „In den dreißiger Jahren waren in den Kellern der Gefängnisse Steinbrechmaschinen aufgestellt worden. Die Maschinen lud man mit den Leichen der Hingerichteten. Binnen einer halben Stunde floß der blutige Brei in die Kanäle“ berichtet Anton Antonow-Owssejenko, dessen Vater Wladimir zu den Bolschewiken der ersten Stunde gehörte, die die Rote Armee aufbauten, in seinem Buch *Stalin – Porträt einer Tyrannei*; Piper, München 1983, S. 421; Anm. von mir, E.M.

[59] siehe dazu auch: Igor Schafarewitsch: *Der Todestrieb in der Geschichte – Erscheinungsformen des Sozialismus*; Ullstein, Frankfurt a. M. u.a. 1980; Anm. und Fettdruck von mir, E.M.

[60] *Süddeutsche Zeitung* vom 4. Februar 1998, S. 20

[61] Lew Kopelew: *Aufbewahren für alle Zeit!*; 1. Aufl., DTV, München 1979; Anm. von mir, E.M.

[62] Ernst Nolte: *Der kausale Nexus – Über Revisionen und Revisionismen in der Geschichtswissenschaft*; Herbig, München 2002; S. 352

[63] François Furet / Ernst Nolte: *Feindliche Nähe – Kommunismus und Faschismus im 20. Jahrhundert – Ein Briefwechsel*; Herbig, München 1998, S. 42

[64] *Sinn und Form* 1/2005, S. 47; Ingeborg Harms: *„Blick in deutsche Zeitschriften“* in: *FAZ* vom 26. Februar 2005, S. 4

[65] Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1959, S. 711

[66] Ebenda, S. 713

[67] nach Friedrich Niewöhner: *„Gauner als Gottes Volk“* in: *FAZ* vom 26. Januar 2000, S. N 5

[68] *Die großen Gesänge*, S. 162/163

[69] *Die Unfähigkeit zu trauern*; Piper, München 1969, S. 333; wieviel ist ein Menschenleben wert?

[70] Hans Werner Neulen: *An deutscher Seite – Internationale Freiwillige von Wehrmacht und Waffen-SS*; Universitas, München 1985; Franz W. Seidler: *Die Kollaboration 1939–1945*; 2. Aufl., Herbig, München/Berlin 1999; Ders.: *Avantgarde für Europa – Ausländische Freiwillige in Wehrmacht und Waffen-SS*; Pour le Mérite, Selent 2004

[71] *Kommunisten verfolgen Kommunisten*; hrsg. von Hermann Weber, Akademie, Berlin 1993; s. ferner Hermann Weber und Ulrich Mählert (Hrsg.): *Terror*, Schöningh, Paderborn 1998; *FAZ* vom 3. Dezember 1998, S. 10

[72] „Die Seele der tschechischen Nation schädigend“ in: *FAZ* vom 6. August 1998, S. 6

[73] Herbig/Universitas, München 2004, S. 232–238; Fettdruck von mir, E.M.

[74] Der israelische Historiker Yair Auron schreibt in seinem Buch *Les juifs d’extrême gauche en mai 68* (Albin Michel, Paris 1988): „Es ist nicht leicht nachzuweisen, daß die Zahl der am Aufstand beteiligten Juden größer war als jene der Nichtjuden. Es ist indes einfach zu beweisen, daß sie an der Spitze der jungen Aufständischen standen.“ (Jürg Altwegg: „Der Sieg der verlorenen Revolution“ in: *FAZ* vom 8. Juni 1998, Seite 44); s.a. *VffG* 3&4/2000, S. 380 ff.

[75] nach Johannes Leithäuser: *„Der Fremde im Amt“* in: *FAZ* vom 25. Februar 2005, S. 3

[76] *Das Kommunistische Manifest – 150 Jahre danach*; Sonderdruck Suhrkamp von Florian Rötzer vom 30. März 1998

[77] „Wer nur den lieben Gott läßt würfeln“ in: *FAZ* vom 17. Februar 2001, S. 43

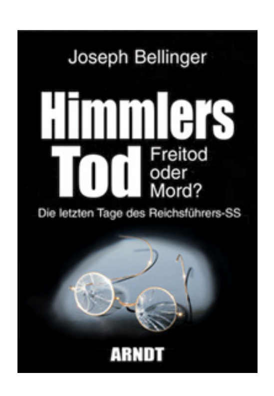
[78] *Stern* Nr. 9/1996, S. 78; Wand starb 2002 mit 89 Jahren.

Buchbesprechung

Ein Mord ebnet den Weg für die Große Lüge

Von Jürgen Graf

Joseph Bellinger, *Himmlers Tod – Freitod oder Mord? Die letzten Tage des Reichsführers SS*, Arndt Verlag, Kiel 2005, 400 S., Großformat, viele, meist farbige Abb., € 25,80 (ISBN 3-88741-072-6.)



Unter der Überschrift „Gestapo-Chef schlägt den Alliierten ein Schnippchen, indem er Gift nimmt" berichtete die *Los Angeles Times* am 25. Mai 1945:

> *„Hauptquartier der 2. britischen Armee, 24. Mai (AP). Heinrich Himmler, der Oberhenker in Hitlers Drittem Reich, starb letzte Nacht, indem er eine winzige gläserne Giftampulle zerbiss, die er in seinem Mund verborgen hatte. Der eulenhaft wirkende Chef der deutschen Gestapo sowie der Hitlerschen SS-Truppen... nahm sich im Sprechzimmer eines Hauses in Lüneburg das Leben, als ihn ein britischer Armeearzt untersuchte. Der Mann, den die Alliierten seit der deutschen Kapitulation gejagt hatten, trug bei seinem Tod nur ein Paar Socken. Als ihn der Arzt aufforderte, den Mund zu öffnen, und ihm die Zunge zurückstieß, um den Mund genauer untersuchen zu können, entschied Himmler, daß es nun so weit sei. Durch eine rasche Kopfbewegung löste er einen winzigen Glasbehälter, den er anscheinend seit seiner Gefangennahme drei Tage zuvor im Zahnfleisch verborgen hatte."*

Dies ist bis heute die offizielle Version vom Tode des Reichsführers SS Heinrich Himmler. Doch wie so oft in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs entspricht die offizielle Version auch hier nicht den Tatsachen. Heinrich Himmler schied nicht freiwillig aus dem Leben. Er wurde am späten Abend des 24. Mai 1945 in Lüneburg von britischen Soldaten umgebracht.

Gewiß, Zweifel an Himmlers Freitod sind im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte immer wieder lautgeworden. In seinem 1976 erschienenen revisionistischen Klassiker *The Hoax of the Twentieth Century* (dt.: *Der Jahrhundertbetrug*) äußerte Arthur Butz Skepsis gegenüber der Selbstmordthese. Es habe nicht im Interesse der Westalliierten gelegen, daß Himmler überlebte, meinte er. Mit dem Erscheinen von Joseph Bellingers 382-seitiger Studie *Himmlers Tod – Freitod oder Mord? Die letzten Tage des Reichsführers SS* ist die Selbstmordthese nun endgültig widerlegt.

Mehrere Jahre lang hat sich Bellinger intensiv mit der Frage nach den Umständen von Himmlers Tod auseinandergesetzt und eine beeindruckende Menge Literatur und Dokumente gesichtet. Die von ihm ins Feld geführten Indizien und Beweise sind dermaßen überwältigend, daß ernsthafter Widerspruch dagegen nicht möglich erscheint. Der offiziellen Geschichtsschreibung wird also, wie im Falle anderer, weitaus heiklerer Fragen im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg, nichts anderes übrigbleiben, als das Werk totzuschweigen.

Die in Martin Allens Buch *Himmler's Secret War* zitierten Dokumente aus dem Londoner Public Record Office, die den Mord an Himmler eindeutig zu belegen schienen, doch kurz darauf von einem Experten als Fälschungen bezeichnet wurden, hat Bellinger bei seinem Recherchen noch nicht gekannt; er kam ohne sie aus. Von überwältigender Beweiskraft ist alleine schon eine in dem – hervorragenden – Bildteil seines Werks figurierende Fotografie der auf einer Handfläche liegenden Giftampulle, mit der sich der Reichsführer angeblich das Leben nahm: Sie maß nicht weniger als 2,5 cm. Laut der Selbstmord-Version hatte Himmler die Kapsel vom Moment seiner Gefangennahme am 23.



Mai im Zahnfleisch verborgen. Obgleich er von den Briten drei Leibesvisitationen unterzogen und ausführlich verhört wurde, und obgleich er in Gefangenschaft

aß und trank, soll die Kapsel keinem seiner Wächter aufgefallen sein! Wer's glaubt, wird selig.

Die zahlreichen im Bildteil enthaltenen Fotos der Leiche lassen deutlich erkennen, daß Himmler vor seinem Tode Mißhandlungen ausgesetzt war; offenbar wurde ihm – vermutlich, während er sich gegen die erzwungene Einnahme der Giftampulle wehrte – das Nasenbein gebrochen.

Warum haben die Briten den Reichsführer SS umgebracht? Bellinger liefert folgende Erklärung:

> *„Für die Alliierten war es eine schiere Notwendigkeit, die Führung der SS rasch und gnadenlos unschädlich zu machen, um der ganzen Organisation die Fänge zu ziehen sowie der Widerstandsbewegung einen Schlag zu versetzen, von dem sie sich nicht mehr erholen konnte. Deshalb galt es, Männer wie Himmler und* [*den eine gute Woche zuvor ebenfalls von den Briten liquidierten SS-Obergruppenführer Hans-Adolf*] *Prützmann, welche die treibende Kraft des Widerstandes hätten werden können, sofort und ein für allemal unschädlich zu machen; anschließend übernahmen die Kommandos für psychologische Kriegsführung das Zepter und arbeiteten zunächst zielstrebig daran, die Moral der SS entscheidend zu brechen. Die Strategie scheint einfach und durchsichtig gewesen zu sein und lief darauf hinaus, die Niederlage der deutschen Nation auf ihre Führer abzuwälzen, die Selbstmord begangen hatten, weil sie zu feige gewesen waren, die Verantwortung für ihre Taten zu übernehmen, so daß nun der ‚Mann von der Straße' in der Patsche saß und für die ungeheuerlichen Verbrechen büßen mußte, die seine Führung angeordnet hatte. Das Ziel bestand darin, die SS für immer in Acht und Bann zu tun...“*

Das alles mag schon stimmen, doch scheint mir, daß Bellinger einen bedeutend wichtigeren Grund für die Ermordung Himmlers übersieht: Im Mai 1945 war der Nürnberger Prozeß bereits geplant, bei dem die Anprangerung eines industriellen Judenmordes in „Vernichtungslagern“ zentraler Anklagepunkt werden sollte. Himmler, der nicht in der Lage war, die Verantwortung auf Vorgesetzte abzuwälzen, und sich auch nicht mit Unwissenheit über die Vorgänge in den Lagern herausreden konnte, hätte diese Anklage selbstverständlich auf das entschiedenste bestritten. Und dies war nicht im Sinne der Sieger.

Was man Bellingers Buch vielleicht als Schwäche ankreiden mag, ist seine häufige Verwendung fragwürdiger Quellen wie etwa der Memoiren des Himmler-Masseurs Felix Kersten oder der Aufzeichnungen des zwiespältigen SS-Brigadeführers Walter Schellenberg. Bellinger wollte natürlich seiner Schilderung der letzten Wochen des Reichsführers SS Farbe verleihen, und da er sich – anders als beispielsweise David Irving in seiner Churchill-Biographie – dabei kaum auf die Tagebucheinträge von Zeitgenossen stützen konnte, mußte er zwangsläufig auch Quellen benutzen, deren Glaubhaftigkeit nicht über jeden Zweifel erhaben ist. Dies ändert jedoch nichts daran, daß dieses fesselnde Buch jedem zeitgeschichtlich Interessierten aufs nachdrücklichste zu empfehlen ist.

In Kürze

Iran darf nicht Auschwitz untersuchen

Die iranische Einladung zu einer Holocaust-Konferenz beantwortete der britische Premierminister Tony Blair mit der Aufforderung, Präsident Ahmadinedschad möge doch mal nach Auschwitz gehen und sich das Lager ansehen.

Der iranische Präsident konterte, er komme gerne – und wolle auch gleich ein Team unabhängiger Wissenschaftler mitbringen, zwecks Begutachtung des Komplexes. Das war nun auch wieder nicht recht:

Der polnische Außenminister Stefan Meller schloß aus, daß irgeneine iranische Untersuchungsgruppe die Erlaubnis bekäme, das Ausmaß des Holocaust auf polnischem Boden zu untersuchen.

Reuters 18.2.06

Holocaust-Karikaturen-Wettstreit

Die iranische Tageszeitung *Hamshari* hat zu einem Wettstreit über Holcaust-Karikaturen aufgerufen. Sie will damit prüfen, ob der Pressefreiheit im Westen wirklich ein so hoher Wert zukommt, wie es bei den Mohammed-Karikaturen behauptet wurde.

Wenig dänisch

Flemming Rose, der Kulturchef von Jyllandsposten, der die Mohammed-Karikaturen in Umlauf brachte, ist ein in der Urkraine geborener Jude. Ebenso „dänisch“ ist die Tageszeitung Jyllandsposten, was schon ihr Logo – ein gelber Davidstern – signalisiert, das die Zeitung erhielt, als sie mit dem Verlag von *Politiken* und *Extra-Bladet* in ein Konsortium einging. Die Zeitung *Politiken* wurde 1884 von den drei Juden Viggo Hørup, Edvard Brandes und Hermann Bing gegründet.

Doppelzüngig

Angesichts der Gefühlsaufwallungen wegen der Mohammed-Karikaturen hat sich der Bundestag am 10.2.06 zugunsten einer Sensibilität für religiöse Gefühle ausgesprochen, diese solle aber nicht auf Kosten der Pressefreiheit gehen.

Bei der Holocaust-Debatte gilt das natürlich nicht.

Der grüne Abgeordnete Beck hatte sich bereits am 3.2.06 in einem NTV-Interview zum Streit um die Mohammed-Karikaturen gegen eine Einschränkung der Pressefreiheit zugunsten von religiösen Inhalten geäußert, beschwerte sich aber zugleich in diesem Zusammenhang (!) über die Darstellung von Juden in arabischen Zeitungen.

Wie die Grünen überhaupt die Pressefreiheit umdefinieren, zeigt die nachfolgende Meldung.

(NTV 9.11.05, 18 h)

Leipziger Buchmesse läßt *Junge Freiheit* doch zu

Die Leipziger Messe wollte die Wochenzeitung *Junge Freiheit* von der diesjährigen Buchmesse ausschließen. Jerzy Montag, „rechts“politischer Sprecher der Grünen im Bundestag, begrüßte die Haltung der Messe, der Ausschluß sei für ihn kein Akt der Beschränkung der Pressefreiheit!

Die *Junge Freiheit* hatte jedoch Erfolg mit ihrer Forderung nach Rücknahme des Ausschlusses. Ein Appell gegen die Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit durch eine öffentlich-rechtliche Institution wurde von mehr als 300 Unterzeichnern unterstützt, darunter „Focus“-Herausgeber Helmut Markwort, den CSU-Politikern Peter Gauweiler und Norbert Geis, dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans Olaf Henkel, den Schriftstellern Arno Surminiski, Eckhard Henscheid und Thor Kunkel sowie Hochschuldozenten wie Arnulf Baring und Ernst Nolte.

http://www.welt.de/data/2006/02/09/843144.html

Also alles im Butter? Mitnichten: das ganze Spektrum der revisionistischen Verlage sucht man schon seit langem vergeblich auf der Messe. Sie sind z.T. sogar aus den Katalogen des Buchgroßhandels verbannt.

Betrogene Mehrheit

Die NTV-Umfrage „Fühlen Sie sich von SPD und CDU betrogen?“ beantworteten 90 % der Anrufer mit „Ja“.

Noch ein NS-“Dokumentations“-Zentrum

2008 soll auf dem Gelände der ehemaligen Parteizentrale der NSDAP der Grundstein für ein NS-“Dokumentations“-Zentrum gelegt werden. Der bayerische Finanzminister Kurt Faltlhauser stellte das Grundstück des „Braunen Hauses“ an der Ecke Arcis- und Briennerstraße zur Verfügung.

Trotz allseits leerer Kassen ist für so etwas immer Geld da – die Stadt München übernimmt vollständig die Betriebskosten und trägt ein Drittel der Baukosten, die restlichen Baukosten übernimmt zur Hälfte der Freistaat Bayern, wenn auch der Bund sein Drittel an dem Projekt übernimmt, so Faltlhauser.

Gegenseitige Lobhudeleien sind unabdingbar. Der Vorsitzende des Kulturausschusses im Landtag, Ludwig Spaenle (CSU), begrüßte die Entscheidung Faltlhausers: „Er hat die Tür zur Verwirklichung des Zentrums geöffnet.“

9 Monate ohne Bewährung

Der Arzt. Dr. Rigolf Hennig wurde am 22.12.05 von der Großen Strafkammer des Landgerichtes Lüneburg zu einer Haftstrafe von neun Monaten ohne Bewährung verurteilt. Dr. Hennig war angeklagt wegen „Verunglimpfungen des Staates" durch Veröffentlichungen in dem von ihm herausgegebenen *Reichsboten*, Ausgabe 5/04. Dabei hatte sich Dr. Hennig durchweg auf Aussagen von Prof. Carlo Schmid gestützt, der die BRD als ‚Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft' bezeichnet hatte.

Dr. Hennigs Kommentar: „Tatsächlich hätte das Gericht die Exhumierung von Prof. Carlo Schmid anordnen müssen, um ihn hier anklagen zu können."

Das Gericht hat sich auch nicht an formalen Fehlern gestört, etwa daß die „Tat" bereits verjährt war.

Ab nach Buxtehude

Das Amtsgericht Stade hat Adolf Dammann (NPD) wegen Verunglimpfung der BRD sowie Beleidigung zweier BRD-Politiker verurteilt. Wie fragwürdig diese Verurteilung war, geht aus einer schriftlichen Stellungnahme des Amtsgerichts Buxtehude hervor. Diese hatte den Erlaß eines Durchsuchungsbefehls gegen Adolf Dammann abgelehnt. Das AG Buxtehude wertete es nicht als Verunglimpfung der BRD, wenn diese scheinsouverän genannt werde, weil die BRD inzwischen einige – teilweise maßgebliche – Hoheitsrechte an supranationale Organisationen wie die EU abgegeben habe. Und daß Adolf Dammann Politiker von CDU und SPD als „Kehdinger Witzfigur" oder als „Sozioten" bezeichnet habe, sei keine so gravierende Beleidigung, wenn man bedenke, wie die NPD und ihre Mitglieder bisweilen in Kreisen der CDU oder SPD genannt würden…

Kalte Füße?

Das Verfahren gegen den ehemaligen FPÖ-Bundesrat John Gudenus wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung wurde eingestellt.

John Gudenus hatte Ende April 2005 in der ORF-Sendung „Report" verlangt, man sollte die Existenz von Gaskammern im Dritten Reich „physikalisch und wissenschaftlich prüfen". Mit weiteren kritischen Aussagen („Es gab Gaskammern, aber nicht im Dritten Reich. Sondern in Polen. So steht es auch in Schulbüchern") sorgte er für beträchtliches Aufsehen. Im Sommer 2005 hatte der Wiener Landtag Gudenus' Immunität aufgehoben, obwohl für normale Sterbliche nicht erkennbar ist, wie diese Äußerungen unter dem berüchtigten Paragraphen 3 h des Verbotsgesetzes subsumiert werden können, der den mit Strafe bedroht, der : „in einem Druckwerk, im Rundfunk oder in einem anderen Medium bzw. öffentlich auf eine Weise, daß es vielen Menschen zugänglich wird, den nationalsozialistischen Völkermord oder andere nationalsozialistische Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, gröblich verharmlost, gutheißt oder zu rechtfertigen sucht." Der Strafrahmen beträgt ein bis zehn Jahre Haft.

Das Justizministerium, das noch im Sommer 2005 eine Anklageerhebung genehmigt hatte, erklärte jetzt wiederum sein Einverständnis zu dem Rückzieher. „Im Endeffekt ist davon auszugehen, daß Herr Gudenus seine Zweifel an der Verwendung von Gaskammern geäußert hat", erklärte Friedrich Matousek, Leiter der Staatsanwaltschaft Wien. Das allein falle noch nicht unter das Verbotsgesetz: Der Oberste Gerichtshof (OGH) habe in einem Urteil festgestellt, daß der Tatbestand erst mit dem Abstreiten bzw. Leugnen der Gaskammern erfüllt sei. Wirklich großzügig. Es erscheint eher fraglich, ob diese Einschätzung auch gegolten hätte, wenn nicht im Gefolge der Irving-Verurteilung zunehmend Stimmen laut geworden wären, die Kritik an der drakonischen Bestrafung von Meinungsdelikten übten und das Verbotsgesetz kritisierten.

Verfahren eingestellt

Das Strafverfahren gegen den französischen EU-Abgeordneten Bruno Gollnisch wurde eingestellt, allerdings hat die Staatsanwaltschaft Rechtsmittel eingelegt. Gollnisch ist nach Le Pen der zweite Mann in der Nationalen Front und wurde wegen Forderungen nach einer freien Geschichtsdebatte strafverfolgt.

Im Oktober 2004 hatte er bei einer Pressekonferenz geäußert: „Ich bestreite nicht die Existenz tödlicher Gaskammern. Aber ich bin kein Spezialist zu dem Thema, und ich finde, wir sollten die Historiker darüber debattieren lassen." und: „In Bezug auf die Art, wie diese Leute starben, sollte eine Debatte stattfinden."

Vier Tage später befahl der damalige französische Justizminister Dominique Perben der Polizei in Lyon, Ermittlungen einzuleiten. Obwohl sich keine Anhaltspunkte für eine Straftat ergaben, bestand Perben auf einer Anklageerhebung.

Gollnisch bezeichnet das Verfahren als persönliche Verfolgung durch Perben. Dieser ist jetzt Verkehrsminister und will 2007 bei den Kommunalwahlen gegen Gollnisch antreten.

Auch ein Schauprozeß

Weil das Gericht nicht zuließ, daß die Verteidigung die Rechtmäßigkeit des Verfahrens rügte, verließen die Verteidiger von Saddam Hussein aus Protest den Saal. Die Verteidiger streiten die Legitimität des von den USA eingesetzten Gerichtes ab.

(NTV 5.12.05, 18 Uhr)

Die Parallelen zum Zündel-Prozeß sind offensichtlich – allerdings ist die Berichterstattung der Medien in den beiden Fällen recht unterschiedlich.

Menschenrechtsrat

Die Vereinten Nationen haben einen sogenannten Menschenrechtsrat gegründet, der die Aufgaben der bisherigen Menschenrechtskommission in Genf übernehmen soll. 170 von 191 Staaten der UN-Vollversammlung stimmten für die Errichtung des neuen Gremiums. Die USA und Israel stimmten dagegen. Die USA störte, daß ein Land nur 96 von 191 Stimmen in der UN-Vollversammlung benötigt, um in den neuen Rat gewählt zu werden. Dadurch könnte es Ländern, die selbst die Menschenrechte verletzen, zu leicht gemacht, in dieses Gremium zu kommen. Ein merkwürdiger Vorwurf ausgerechnet von Seiten, der USA. Doch sollte man von ohnehin von diesem Gremium kaum etwas anderes als Phrasen erwarten.

Demo für Meinungsfreiheit verboten

Das Verwaltungsgericht Karlsruhe hat das Verbot einer Demonstration für Meinungsfreiheit in Mannheim bestätigt. Als Begründung wird angeführt, daß einige der Redner wegen Volksverhetzung vorbestraft und daher entsprechende Straftaten zu befürchten seien.

Mit solchen Urteilen wird deutlich, wie es um die Freiheit hierzulande bestellt ist. In einem Rechtsstaat ist es dem Volk und damit auch jedem Bürger freigestellt, die Abschaffung einzelner Gesetze zu fordern. Es ist auch nichts Ungewöhnliches, daß gerade Betroffene von Strafmaßnahmen dagegen angehen und sich für eine Änderung der Gesetze engagieren – wie war das denn, als die Legalisierung der Abtreibung gefordert wurde, und Frauen gestanden, abgetrieben zu haben?

Paß beschlagnahmt um BRD-Ansehen zu schützen

Aus Angst, daß Horst Mahler an der iranischen Konferenz über den Holocaust teilnehmen könnte, wurde sein Paß eingezogen.

Die offizielle Begründung war eine befürchtete Schädigung des Ansehens der BRD.

Pässe für Mossad ohne Rücksicht auf BRD-Ansehen

Keine Schädigung des Ansehens der BRD fürchtet die Regierung, wenn sie deutsche Pässe an israelische Geheimdienstagenten ausstellt. Einem hochrangigen BND-Mitarbeiter zufolge stellt die BRD an Mossad-Agenten deutsche Pässe aus, wenn diese verdeckte Aktionen im Mittleren Osten durchführen. Seit dem 11. September 2001 soll sich die Zahl der für Mossad-Agenten ausgestellten Pässe drastisch erhöht haben.

Kölner Stadtanzeiger, 14.1.06

Interview mit Revisionisten

Der Fernsehsender www.currentissues.tv hat ein Live-Interview mit prominenten Revisionisten gesendet: angesichts der Verhaftungswelle gegen bekannte Revisionisten wie Germar Rudolf und David Irving wie auch der schon länger währenden Inhaftierung von Ernst Zündel wurden unter anderem Dr. Fredrick Töben (www.adelaideinstitute.org) und Mark Weber (IHR) zur Zukunft des Revisionismus befragt.

Virus an revisionistische Weltnetz-Seite verschickt

Mit dem Absender Office@fbi.gov und dem Betreff: „You visit illegal websites" wurde am 23. November 2005 9:53 in einem Anhang ein Virus an das Adelaide-Institut (www.adelaideinstitute.org) verschickt.

In der Nachricht hieß es: „Dear Sir/Madam, we have logged your IP-address on more than 30 illegal Websites. Important: Please answer our questions! The list of questions are attached. Yours faithfully, Steven Allison". Als Kontakt war die Nummer der Telefonzentrale des FBI in Washington angegeben.

Jagd auf Prof. Arthur Butz

Nachdem am 14.2.06 im *Daily Northwestern* ein Artikel von Prof. Arthur Butz erschienen war, begann eine Medienhetze gegen den Verfasser des Buches *The Hoax of the 20th Century* (Der Jahrhundertbetrug).

In Flugblättern wird zum Boykott von Butzens Lehrveranstaltungen aufgerufen. Die Zeitung wurde gerügt, weil sie Butz überhaupt zu Wort kommen ließ, aber genau das rief auch Zustimmung hervor – auch seitens der Studentenschaft.

Henry Bienen, der Präsident der Universität, an der Prof. Butz lehrt, überschlägt sich in Distanzierungs- und Anbiederungsversuchen und will nun den Martin-Luther-King-Tag zum Universitäts-Feiertag machen.

3SAT propagiert Aktion des Schweizer „Student" zur Abschaffung der Zensur

Die schweizerische Zeitschrift „Student" wendet sich gegen die Filmzensur von „anstößigen und verrohenden... Darstellungen. Erwachsene sollten selbst entscheiden, was sie sehen wollen," ethische Normen sollten ohne Zwang definiert werden... Dies berichtete 3SAT in seiner Rundschau vom 8.1.06 genüßlich.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: die Aktion zielt nur auf pornographische „Freiheit" ab, von Revisionisten oder Freiheit für politische Dissidenten im Westen ist dabei nicht die Rede.

Norwegisches Bündnis fordert Boykott Israels

In Norwegen hat sich ein Bündnis „Boikott Israel" gebildet, an dem sich neben verschiedenen Gewerkschaften auch die norwegische Partei Sozialistische Linke beteiligt. Deren Vorsitzende ist Finanzministerin Kristin Halvorsen.

Im Rahmen dieser Aktion hat auch die Distriktsregierung von Trondheim (Sørtrøndelag) zu einem Boykott israelischer Waren aufgerufen. Siehe http://www.boikottisrael.no/ Aftenposten 06.01.2006

USA drohen Norwegen wegen Israel-Boykott

Internationale jüdische Organisationen sind rasend und das US-Außenministerium drohte Norwegen wegen der Boykott-Haltung mit ernsten politischen Konsequenzen, falls Halvorsens Bemerkung die Politik der neuen rot-grünen Koalition von Arbeiterpartei, Sozialistischer Linken und Zentrumsparteien wiedergebe. Der norwegischen Botschaft in Washington wurde zu verstehen gegeben, daß diese Erklärung von „ganz oben" im US-Außenministerium stamme.

Auch die ADL forderte die norwegische Regierung auf, den Boykott-Aufruf zu verurteilen.

Der norwegische Staatsminister sowie Außenminister Jonas Gahr Støre waren umgehend um Schadensbegrenzung bemüht. Der Außenminister umriß die Haltung der Regierung in einer schriftlichen Erklärung gegenüber Israel wie auch den USA. Halvorsen betonte, die Politik ihrer Partei sei nicht mit der Regierungspolitik identisch.

Palästinenser als Freiwild

Am 15. November 2005 wurde Hauptmann R. von einem israelischen Militärgerichtshof von allen Anklagen freigesprochen, nachdem er vor etwa einem Jahr das 13-jährige palästinensische Mädchen Iman al-Hams in der Nähe von Rafah (Gazastreifen) mit 17 Kugeln getötet hatte. Der Soldat hatte das gesamte Magazin seines Schnellfeuergewehrs auf das Schulmädchen abgefeuert. Später erklärte er, er hätte genauso gehandelt, selbst wenn das Mädchen nur 3 Jahre alt gewesen wäre.

The Guardian, 16. November 2005

Davidstern als Symbol der Unterdrückung

In Norwegen wurde einem Lehrer an einem Institut für Erwachsenenbildung vom Schulleiter untersagt, einen Davidstern zu tragen, weil dies viele mohammedanischen Kursteilnehmer der Anstalt provoziere.

Der Schulleiter erklärte: „Der Davidstern kann als einseitige Parteinahme in dem derzeit weltweit dramatischsten Konflikt mißverstanden werden." „Viele Kursteilnehmer sind einer traumatischen Vergangenheit entronnen, und wir sind der Meinung, sie sollten, wenn sie jetzt norwegisch lernen, nicht hier sitzen und an all die Dinge erinnert werden, vor denen sie geflüchtet sind." Der Lehrer will die Befugnis, den Davidstern zu tragen, rechtlich durchsetzen.

Ynetnews.com

Michael Jackson: durch Juden ruiniert?

Laut US-Fernsehsender ABC hat Jackson in einem Telefongespräch [!] behauptet, die Juden hätten ihm keinen Groschen gelassen. Er wird weiter mit dem Satz zitiert: „Juden sind Blutsauger". Zugleich vermerkt die Zeitung, daß sich Jackson schon früher „bei dieser Bevölkerungsgruppe" entschuldigen mußte, weil er in dem Lied „They don't care about us" wenig schmeichelhafte Worte über sie gebraucht habe. Die „Anti" Defamation League (ADL) verlautbarte, Jackson habe eine antisemitische Schlagseite und nicht aus seinen Fehlern gelernt. Abraham Foxman, der US-Vorsitzende der ADL, mockierte sich: „Immer wenn Jackson in seinem Leben ein Problem hat, gibt er den Juden die Schuld."

Zwei Juden im Mittelpunkt des „größten Korruptions-Skandals der Geschichte"

Der Jude Robert Stein, der in den 1990er Jahren eine Haftstrafe wegen Betrug absitzen mußte, war von der US-Besatzungsbehörde im Irak zum Kontrolleur und Finanzbeauftragen ernannt worden. Ihm waren $ 82 Millionen Steuergelder in bar anvertraut worden, die für Wiederaufbauprojekte im Irak bestimmt waren.

Jetzt wurde Robert Stein wegen Annahme von Schmiergeld sowie Betrug, Transport gestohlener Güter und Absprache zur Geldwäsche angeklagt, doch geben diese Anklagepunkte kaum eine Vorstellung von der verblüffenden Dreistigkeit, mit der hier zu Werk gegangen wurde. Stein und seine Frau erhielten Bestechungs- und Schmiergelder in Höhe von mindestens 200.000 $ monatlich, um den Gesellschaften des Juden Philip Bloom lukrative Bauverträge zuzuschanzen.

Bloom ist amerikanischer Staatsbürger und lebt in Rumänien. Er soll u.a. eine telegrafische Anweisung über ein Schmiergeld von $ 140.000 ausgestellt haben, um Stein ein Grundstück in Nord-Carolina zu kaufen, weiter erhielt Stein von ihm ein Auto für $ 65.000, Schmuck für über $ 48.000 und für über $ 44.000 ließ er Steins Haus verschönern.

Ein Gutteil dieses Geldes sollte Bauprojekten im Irak dienen, etwa dem Bau einer neuen Polizei-Akademie in Babylon und dem Ausbau einer Bibliothek in Karbala. Bloom erhielt 3,5 Millionen Dollar aufgrund der ihm von Stein zugeschanzten Verträge, die mit Steuergeldern geförderten wurden. Er führte die Arbeiten aber entweder gar nicht aus, oder lieferte nur Pfusch.

New York Times, 18.11. 2005

Demokratie nix gut?

Nachdem bei der Wahl der Palästinenser die Hamas als Wahlsieger hervorging, zeigt sich die westliche Welt „schockiert". Europäische Politiker wollen die Hamas nicht ohne Weiteres über die den Palästinensern zugedachten EU-Gelder verfügen lassen – es handelt sich um 250 Millionen €, davon stammen 50 Mio. von der BRD. Auch Israel verweigert Verhandlungen mit dem Wahlsieger. Die Hamas gilt als volksnah und aktiv gegen Korruption. Auf der Liste der Hamas stehen viele Ärzte und Wissenschaftler.

zdf, „heute", 26.1.06